

ISS Lagebild



Strategie Sicherheitspolitik

– ACTA –Konferenz 2023Zeitenwende?

Militär. Politik. Gesellschaft. Globale & Nationale Strategiedimensionen

03. bis 05. Oktober





Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie, welches für die inhaltliche und thematische Ausrichtung der Konferenz verantwortlich zeichnet, hat einen gesamtstaatlichen Ansatz für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den aktuellen Sicherheitsthemen gewählt. Dieser Zugang basiert auf einem umfassenden Verständnis von Strategie und Sicherheit, vom welchen schließlich nicht nur Militär, Politik und Wirtschaft, sondern auch die gesamte Gesellschaft profitieren.

Die vielen sicherheitspolitischen Herausforderungen können nur gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse gemeistert werden. Deshalb hat sich die Landesverteidigungsakademie zum Ziel gesetzt, ihre Verantwortung evidenzbasiert im Rahmen wissenschaftlicher Erkenntnisse und Forschungsprozesse wahrzunehmen. Vor diesem Hintergrund ist es mir ein großes Anliegen, dass die Landesverteidigungsakademie mit ihren wissenschaftlichen Institutionen einen objektiven Zugang zu den komplexen Themen der Sicherheit gewährleistet und offene Diskurse zulässt – ganz im Sinne seriösen akademischen Arbeitens.

Den übergeordneten Rahmen dieser Konferenz bildet der Begriff "Zeitenwende". Der Ukrainekrieg hat uns klar vor Augen geführt, dass Sicherheit in Europa keine Selbstverständlichkeit ist. Es braucht konkrete Maßnahmen auf nationaler, europäischer und globaler Ebene, um Frieden, Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten.

In diesem Sinne wird auch das in der Verfassung fest verankerte gesamtstaatliche Umsetzungskonzept der "Umfassenden Landesverteidigung" (ULV) zum Schutz unseres Landes und der Bevölkerung wieder neu gedacht und revitalisiert. Zur ULV gehören neben der militärischen auch die geistige, zivile und wirtschaftliche Landesverteidigung. Also stellt dies einen gesamtstaatlichen Ansatz dar, dem auch die "Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik 2023" in ihrer inhaltlichen Ausrichtung Rechnung trägt.

Bei der Gewährung der notwendigen Planungssicherheit müssen unterschiedliche Expertisen gebündelt werden. Dazu braucht es wissenschaftlich fundierte Analysen über die künftigen globalen sicherheitspolitischen Entwicklungen. Erfolgreiche Strategien und die darauf beruhende Sicherheitspolitik sind daher immer evidenzbasiert. Als neutrales Land im Herzen Europas muss Österreich seine Ressourcen und Expertisen besonders gezielt einsetzen. Entsprechendes Wissen und Know-how muss mit Partnern innerhalb und außerhalb Europas im Sinne der Sicherheit unseres Landes zusammengeführt, analysiert und diskutiert werden. Auch in diesem Verständnis erhält die Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik eine besondere Gewichtung.

Gerade das Wissen über gegenwärtige und künftige Risiken vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen macht das Beschreiten von neuen Wegen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erforderlich. Und in diesem Zusammenhang sehe ich auch die "Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik 2023" als einen Beitrag für die Generierung des erforderlichen Wissens, das weitere gesamtstaatliche Ableitungen zulässt.

Es ist gerade die Nutzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in Form von angewandter Forschung, die im Austausch von Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft und Praxis, einen wertvollen Beitrag für eine gesamtstaatliche Gestaltung der Sicherheitspolitik darstellen. Für die Teilnahme und das Engagement möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Diesbezüglich freut es mich, unter den vielen namhaften nationalen und internationalen Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Gesellschaft und Militär auch unsere "Partner" von der VERBUND AG und von der Erste Group Bank AG, eingebunden zu wissen.

Mein besonderer Dank gilt allen Mitwirkenden der Landesverteidigungsakademie und besonders dem Institut für Strategie und Sicherheitspolitik für die am Puls der Zeit liegende moderne Konzipierung, Planung und Durchführung dieser Konferenz.

Aufgrund des Erfolges dieser neuen Konferenzreihe habe ich bereits die Organisation der Folgeveranstaltung mit dem Titel: "Krise. Chaos. Katharsis. – Globale & Regionale Strategiedimensionen", welche von 18. bis 20. September 2024 abgehalten wird, in Auftrag gegeben. Es bleibt mir somit abschließend, Ihnen allen, für die unzähligen anregenden Diskussionen und Beiträge zu danken, und freue mich auf ein Wiedersehen und eine spannende Zeit an der Landesverteidigungsakademie.

Generalleutnant Mag. Erich Csitkovits Kommandant der Landesverteidigungsakademie

Geleitwort

Geschätzte Leserinnen und Leser!

Ich freue mich ganz besonders, Ihnen nunmehr ausgewählte verschriftlichte Beiträge der letztjährigen "Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik" im Rahmen einer eigenständigen "Acta"-Publikation vorlegen zu können. Die Konferenz, für deren inhaltliche Gestaltung das ISS federführend verantwortlich zeichnete, fand im Oktober 2023 an der Landesverteidigungsakademie in Wien statt und war die erste eines neu gestalteten Konferenzformats an der Akademie. Selbstverständlich bestehen trotz genauer Planungen und entsprechender Analysen auch immer Unsicherheitsmomente, inwieweit Organisation, Gestaltung und Ausrichtung einer neu konzipierten wissenschaftlichen Veranstaltung auch die entsprechenden "Abnehmer", d. h. ein interessiertes Publikum finden. Dass wir dann aufgrund der bereits vorab ersichtlichen Teilnehmermeldungen – sowohl im Hinblick auf Anzahl, vertretene Institutionen und Diversität – überaus positiv überrascht wurden, stimmte uns hinsichtlich des erarbeiteten Konzepts zuversichtlich. Es wurde deutlich, dass wir mit der Wahl unseres Rahmenthemas, der Gestaltung der einzelnen Panels und den für die einzelnen Bereiche gewonnenen erstklassigen Vortragenden ganz erhebliches Interesse geweckt hatten. An dieser Stelle darf ich mich – und ich tue dies überaus gerne – nochmals ganz herzlich bei allen Panelleitern und Vortragenden für ihre grundsätzliche Bereitschaft und unkomplizierte Zusammenarbeit bedanken.

Das während der Konferenz gezeigte und bereits erwähnte große Publikumsinteresse schien von vornherein nicht unbedingt gesichert, denn durchaus selbstkritisch könnte man meinen, dass mit dem gewählten Rahmenthema der "Zeitenwende?" nicht unbedingt eine besonders kreative Überschrift gewählt worden ist. Jeder kannte und kennt Olaf Scholz' berühmte "Zeitenwende-Rede" vom 27. Februar 2022 - in Deutschland hatte es der Begriff sogar zum Wort des Jahres 2022 geschafft - und es waren wohl auch schon einige wissenschaftliche Konferenzen unter diesem Schlagwort organisiert und abgehalten worden. Warum also eine neuerliche strategisch-sicherheitspolitische Auseinandersetzung mit "Zeitenwende", welche inzwischen – durch übermäßigen medialen und politischen Gebrauch – vielleicht sogar schon zu Recht zu einem "abgedroschenen Terminus" mutierte, wie es Martin Sabrow so treffend formulierte. Denn bei "Zeitenwende" greifen im Hinblick auf Bedeutung und Charakter des Begriffs mehrere Wissenschaften mit ihren jeweiligen fachspezifischen Interpretationen ineinander. Politik-, Kommunikations-, Geschichts- und sicherlich auch Kulturwissenschaften bedienen sich des Begriffs aus ihren jeweiligen Blickwinkeln. Als Historiker - und ich ersuche für diesen persönlichen Ansatz um Verständnis – neige ich natürlich einer der geschichtswissenschaftlichen Definitionen zu, die vermeint, dass "Zeitenwenden den Lauf der Geschichte in eine unerwartete, nicht vorhersehbare Richtung lenken; sie erschüttern gewohnte Ordnungen und Sichtweisen, indem sie einen neuen Normalzustand an der Stelle eines alten etablieren." Das klingt nun nicht wirklich überraschend, verunsichert jedoch, wenn andere Begrifflichkeiten mit Synonympotential gegenübergestellt werden, wie etwa: Zäsur, Paradigmenwechsel, Umbruch, Epochenwende, Diskontinuität, zeithistorisches Datum von Gewicht etc. Frank-Walter Steinmeier sprach in seiner vielfach beachteten Rede am 28. Oktober 2022 auch nicht von Zeitenwende, sondern von einem Epochenbruch. Wollte der Verfasser der Rede bewusst den "Epochenbruch" herausstreichen oder wurde lediglich eine Art Synonym für die "Zeitenwende" gesucht - wir wissen es nicht. Dies manifestiert dann doch ein gewisses Dilemma in der Beschreibung von aktuellen Ereignissen, sodass wir uns dazu entschieden, die "Zeitenwende" als Generalthema zu belassen, aber mit einem Fragezeichen zu versehen, also den Begriff in seiner Dimension und Bedeutung auch zu hinterfragen.

Wie findet man heutzutage rasch zu ersten Erklärungsansätzen; natürlich unter Heranziehung der postmodernen Version von Brockhaus und *Enzyclopaedia Britannica* – Google – und erhält dabei auch gleich eine sechsstellige Ergebnislistung, die – wenn man sich mühevoll durch die unzähligen Zitate der bereits erwähnten Scholz-Rede und die Publikationen eines gleichnamigen Esoterikverlags gekämpft hat – endlich auch die wichtigeren Erklärungsansätze wie "*Beginn der christlichen Zeitrechnung*" und "*Beginn einer neuen Ära*" – siehe auch "*Zeitalter*" liefert. Und damit landen wir unzweifelhaft (und wiederum) bei der Geschichtswissenschaft und einem ihrer schwierigsten und wohl auch heiß diskutierten Problemfelder: der Frage der Periodisierung, denn historische Perioden werden eben durch "Zeitenwenden" begrenzt. Ohne

in die absoluten Untiefen dieser (historischen) Diskussion abzugleiten, seien dennoch einige Anmerkungen gestattet, die sicherlich zum Verständnis der aktuellen "Zeitenwende" – oder eben nicht – beitragen können.

Wenn man die Strittigkeit des Begriffs "Periode", der fälschlicherweise ein zyklisches Geschichtsbild suggerieren könnte, beiseitelässt, so manifestieren historische Perioden eine "Einteilung der Geschichte in aufeinanderfolgende Zeitalter, historische Epochen oder Zeitabschnitte, die je für sich genommen gemeinsame Merkmale aufweisen und sich in wichtiger Hinsicht unterscheiden lassen."

Es wird aber auch deutlich gemacht - und dies erscheint insbesondere im Kontext von 2022/2023 von besonderer Bedeutung -, dass derartige Einteilungen immer nur eine relative Gültigkeit aufweisen, da sie unterschiedliche Perspektiven – etwa historisch, geographisch, kulturell oder politisch – aufweisen. Daher kann es nicht verwundern, dass es im Verlauf der Geschichte unterschiedliche Gliederungsmodelle gab, von denen lediglich einige wenige zum besseren Verständnis aufgezählt werden sollen: etwa die vier historisch hinter einander liegenden Reiche des Alten Testaments, die sechs Perioden des Augustinus, die 3-Reiche-Theorie des Mittelalters mit der Hervorhebung des "Christlichen 3. Reiches" bis hin zur heute noch gültigen Grob-Dreiteilung in Antike, Mittelalter, Neuzeit und der weiteren Ausdifferenzierung in eine vorgestaffelte Ur- und Frühgeschichte sowie Aufspaltung der Neuzeit in eine frühe Neuzeit und "Neueste" Geschichte (auch als Moderne oder Zeitgeschichte bezeichnet). Über den jeweiligen Beginn bzw. das Ende dieser einzelnen Epochen wird heute intensiv diskutiert, auch wie sinnvoll bzw. unsinnig die Gleichsetzung von Einzelereignissen mit den jeweils angenommenen Anfangs- und Endpunkten ist. Andere Modelle orientieren sich an alternativen Perspektiven und Unterscheidungsmerkmalen, etwa die sozioökonomische Gliederung von Karl Marx von der klassenlosen Stammesgesellschaft ausgehend zu antiker Sklavenhaltergesellschaft hin zu Feudalgesellschaft, kapitalistischer Gesellschaft und eine durch proletarische Revolution zu erreichende klassenlose Gesellschaft. Der belgische Historiker Albert d'Haenens gliedert(e) wiederum nach der vorrangigen Kommunikationsform und erkannte ein mündliches, ein schriftliches und ein elektronisches Zeitalter; Ethnologen unterscheiden wiederum in Produktionsgesellschaften von Jägern/Sammlern, dann Agrar- und Industriegesellschaften. Also eine überaus komplexe Thematik und es gäbe noch weitere Beispiele. Aber gerade diese Komplexität führt wieder zum Ausgangspunkt zurück – zur "Zeitenwende" – nunmehr vielleicht zu Recht mit einem Fragezeichen versehen – im Jahr 2022.

Es scheint, dass sich gerade die jüngste Zeitgeschichte ganz besonders schwertut, echte oder vermeintliche Epochenbrüche zu konstatieren, insbesondere da sie in ihrem Vergangenheitsentwurf noch zu vage ist. Zudem haben sich die Globalisierungstendenzen der letzten Dezennien auch auf die Geschichtswissenschaft ausgewirkt; epochenprägende Ereignisse mögen von lokaler, regionaler Bedeutung sein, aber sind sie es auch im Kontext einer Weltgeschichtsschreibung? - der Vorwurf eines Eurozentrismus ist hier nicht ganz unbegründet (und erklärt vielleicht auch eine unterschiedliche Bewertung der Ereignisse auf anderen Kontinenten). Das heißt, Brüche und Zäsuren folgen unterschiedlichen Logiken und Rhythmen des Wandels und es ergibt sich zusätzlich auch noch der Zwiespalt einer zeitgenössischen oder nachträglichen Deutung. Erwartete oder vorhergesagte Zäsuren schienen durchaus das Potenzial zur "Zeitwende" zu haben, in der nachträglichen Betrachtung waren es dann aber oftmals keine: der Millenniums-Jahreswechsel etwa oder die Euro-Einführung bzw. die EU-Osterweiterung; dagegen gewannen andere Ereignisse an ihrer nachträglichen Bedeutung – heute für jeden verständlich und unstrittig - und haben Zäsur-Potenzial: der 28. Juni 1914 in Sarajewo etwa oder der Tod Benno Ohnesorgs im Jahre 1967. Darüber hinaus kann auch festgestellt werden, dass das Maß der persönlichen Erfahrung, war man also eine Art Zeitzeuge, der Wahrscheinlichkeit, dem selbst Erlebten diese epochenhafte, fast mythenhafte Bedeutung zuzuschreiben, erheblich steigert. Ganz im Sinne der Aussage Goethes nach der verlorenen (bzw. nicht gewonnenen) Schlacht bei Chalons/Valmy im Jahre 1792 im Kreis vollkommen entmutigter preußischer Offiziere, als er meinte: "von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, ihr könnt sagen, ihr seid dahei gewesen." Dass die Schlacht als eine bedeutende des Ersten Koalitionskrieges eingeschätzt werden muss, ist unbestritten, vielleicht auch als eine Art Zäsur, eine Zeitenwende war sie wohl nicht.

Nun, der Exkurs in eine zugegebenermaßen nicht immer ganz verständliche Komplexität einer theoretischen Fragestellung der Geschichtswissenschaft führt oftmals weniger zu klaren Antworten denn zu neuen Fragestellungen – ein wenig motivierender Umstand – und hinterlässt einen schalen Beigeschmack. Bereits der berühmte deutsche Historiker Johann Gustav Droysen formulierte in seinem

1868 erschienenen Werk "Historik", vielleicht sogar ein wenig resignierend: "Zeitalter sind nur Betrachtungsformen, die der denkende Geist dem empirisch vorhandenen gibt, um sie so desto gewisser zu erfassen". Aber wenn man, wie eingangs erwähnt, sich bewusst macht, dass beim Definieren von Zeitenwenden Subjektivität, Perspektivität und der sektorale Standpunkt eine Rolle spielen, Blickwinkel sogar hegemoniale Ansprüche unterstützen können, dann aber Zeitgewissheit durch Zukunftsunsicherheit ersetzt und auch noch unterschiedliche Wissenschaftszweige berücksichtigt, liegt die Einschätzung der "Zeitenwende" als ledigliches und fast beliebiges Gedankenkonstrukt nahe. Vom wissenschaftlichen Ansatz kann dies nur als unbefriedigend empfunden werden. Mit diesem Dilemma beschäftigte sich auch der Globalhistoriker Jürgen Osterhammel überaus intensiv und fand nach unserer Einschätzung einen überaus gelungenen Ansatz. Er formulierte, dass sich Epochenschwellen beim Übereinanderliegen verschiedener Zeitraster dadurch definieren, dass es zu Häufigkeitsverdichtungen kommt, d. h. legen wir die Entwicklungslinien unterschiedlicher Bereiche, wie Militär, Politik, Technologie, Wirtschaft, Gesellschaft etc. übereinander und erkennen viele Ausschläge in einem bestimmten Zeitrahmen, so wird eine "Zeitenwende" oder eben Epochenschwelle als wahrscheinlich angesehen, berücksichtigt sie doch einen ganzheitlichen Ansatz.

Genau diese Überlegungen lagen der Planung für diese Konferenz zugrunde, indem den Panels Militär, internationale Beziehungen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und Gesellschaft auch die Bereiche Wirtschaft, Technologie oder Medien beigestellt wurde, ganz im Sinne eines umfassend erkannten Strategiebegriffs. Denn auch in diesen Bereichen hat es Zäsuren und Brüche gegeben – 9/11, Finanzkrise, Arabischer Frühling, Pandemie, Rohstoffkrise, Extremismus, Ukrainekrieg, Migrationskrise, Künstliche Intelligenz – nur um einige Schlagworte wiederzugeben. Wenn wir also Osterhammels Definition anwenden, wird der 24. Februar 2022 wohl nicht als ein fundamentaler Epocheneinschnitt in die Geschichte eingehen, er könnte aber ein Element/Indiz einer bereits längst angelaufenen Zeitenwende sein, die fast unbemerkt schon längst unsere Denkhorizonte verändert hat.

Im Verlauf dieser Konferenz erfolgten aus den oben genannten unterschiedlichen Bereichen dann genau jene Denkanstöße, um den Diskurs des Hinterfragens und Analysierens in Gang zu bringen bzw. bereits laufende Prozesse zu erweitern.

Viele der gehaltenen Vorträge liegen nun in verschriftlichter Form und zeitnah zur Konferenz vor und ermöglichen auch nachträgliche Reflexionen bzw. halten den Diskurs in Bewegung. Den Vortragenden wurden inhaltlich wenige Vorgaben gemacht, lediglich sich in ihren schriftlichen Ausführungen an die jeweils gehaltenen Vorträge/Präsentationen sowie deren Kernaussagen zu halten. Dementsprechend bilden die Beiträge auch ausschließlich die Sichtweisen und Thesen der Verfasser:innen wieder. Sofern dies nicht immer zu einer formalistisch strikten Einheitlichkeit der Publikation geführt hat, ist dies seitens der Redaktion bewusst so intendiert – die geneigte Leserschaft wird diesem Umstand sicherlich das entsprechende Verständnis entgegenbringen und darf um wohlwollende Aufnahme der Veröffentlichung ersucht werden.

HR Dr. M. Christian Ortner, Brigadier Institut für Sicherheitspolitik und Strategie

Zeitenwend	
<u> </u>	

Keynote Zur Geburt europäischen strategischen Denkens aus dem Freiheitskampfe der Ukraine
Christian Stadler S. 8 Europa im Zeitalter von Kriegen &
die steigende Rivalität von Groß- und Mittelmächten
Gunther HauserS. 20
Ein resilientes EUropa? Ursula Plassnik
Afrika im Fokus geopolitischer/geostrategischer Interessen?
Gerald HainzlS.33
Uni-, Bi- und Multipolarität als Erklärungsmuster der aktuellen globalen Ordnung Herwig Jedlaucnik
Streitkräfte & Kriege in der Zeitenwende Impulsvortrag des Panelleiters
Wolfgang Peischel
Sicherheitspolitik
Vanessa GottwickS. 51
Streitkräfte und Kriege in der Zeitenwende
Andreas RothenederS. 53
Modern Technologies and Warfighting and why does AI matter when it is involved in conflict? Markus Reisner
"Gamechanger" – persönliche Anmerkungen zu einem sicherheitspolitischen "Buzzword" Felix Schneider
1 EIIA SCIIITEIUEI

Zeitenwer
Dem Alexa
Dehu Muss Elisab
Narz Ein I Maria Claud
Ener Kurz Josef
Tran Rohs Verte Bernh
Zeite Finar Aktu
Umfa Strate Länd Wolfg
Deut Verte intern Jörn 7
Von e Schw erlan keit o

Demokratie, Rechtsstaat & Militär
Alexander BalthasarS. 64
Dehumanisierung der Kriegsführung Muss man Soldaten besser schützen?
Elisabeth Hoffberger-PippanS. 70
Narzissmus Ein Erfolgsmodell der heutigen Zeit? Maria Gruber, Kristina Trunetz,
Claudia Schlemmer, Junia EderS. 75
Energiewirtschaft und Energiewende Kurzfassung des Vortrages
Josef BogenspergerS. 81
Transformative Bioökonomie Rohstoffverfügbarkeit und Verteilungseffizienz
Bernhard KastnerS. 84
Zeitenwende in der internationalen Finanzpolitik Aktuelle Herausforderungen
Aurel SchubertS. 87
Umfassende Landesverteidigung Strategien im
Länderergleich (D-A-CH)
Wolfgang BaumannS. 90
Deutschlands Konzeption der Zivilen Verteidigung und Einbettung in internationale Kooperationen
Jörn ThießenS. 91
Von der "totalen Verteidigung" der Schweiz im Kalten Krieg zur Wieder- erlangung der Verteidigungsfähig- keit der Schweizer Armee
Mauro MantovaniS. 93

Keynote Zur Geburt europäischen strategischen Denkens aus dem Freiheitskampfe der Ukraine

Christian Stadler

"Man lebt das Leben von vorne nach hinten und versteht das Leben von hinten nach vorne." Sören Kierkegaard

Philosophische Vorbemerkung

Wenn man über Strategie spricht, so sollte man zunächst den Begriff als solchen klären, wie uns schon Konfuzius lehrte. Diese Klärung kann einerseits historisch geleistet werden – etwa indem man es unternimmt, den griechischen Wurzeln des Begriffs auf den Grund zu gehen –, oder aber man kontextualisiert den Begriff in neuzeitlicher Manier – etwa mit Carl von Clausewitz – in transformatorischer Hinsicht: Strategie als jenes verbindende Momentum, das den Wesensübergang darstellt vom politischen Zweck (Vernunftbegriff) hin zum taktischen Mittel (Verstandesbegriff).

Der politische Zweck – also das große Ganze der zwischenmenschlichen Ordnung - fügt sich in normativer Weise in jenes Ethos ein, welches uns reflektierend darüber aufklärt, was wir tun sollen, d. h. welche Ordnung wir setzen und welcher Ordnung wir folgen sollen - und das immer unter der Bedingung verantworteter Freiheit.1 seinem Clausewitz, in fluiden Denken² aufgespannt zwischen den philosophischen Wegmarken Kant und Fichte, fasst Strategie somit als einen Weg auf, der vom - normativ zu bewertenden - politischen Zweck hin zum funktional zu bewertenden - taktischen Mittel führt.

Das taktische Mittel wiederum hat seine intellektuelle Heimat im Verstande, in der funktionalen Lösung von faktischen Problemstellungen im Felde. Hier geht es um

konkrete lebensweltliche Fragestellungen, beispielsweise von Marschplänen und Angriffsformationen, im Lichte von Mannstärken, Ausrüstung, Versorgung, Wetter, Topographie etc.

Strategie soll - so Clausewitz in seiner Konzeption - den politischen Zweck mittels eines strategischen Ziels zum taktischen Mittel hin transformieren. Anders formuliert: Es bleibt der schönste politische Zweck ein bloßer Wunsch aus dem Reiche der Vernunft, wenn er von keiner entsprechenden Strategie so transformiert wird, dass er letztlich in taktischen Mitteln zu Buche schlägt. Damit der Verstand vernünftig sein kann und die Vernunft verständig wird, bedarf es der Strategie.³ Die Strategie erfüllt dabei jene Funktion, die Kant - in Abgrenzung vom bloßen "Wunsch" - den "Willen" nannte - und dabei anmerkte, dass auf Erden nur der Wille "gut" sein könne, während seine Umsetzung unwägbaren Umständen nicht zur Beurteilung seiner sittlichen Qualität mit herangezogen werden dürfe. Ebenso kann ein bloßer politischer Zweck – also ein "Wille" im Aggregatzustand des bloßen "Wunsches" - allein noch nicht "gut" genannt werden. Obwohl die Intention eines politischen Zwecks bereits unsittlich sein kann, kann Politik ohne Strategie niemals als "gut", d. h. sittlich entsprechend, bezeichnet werden, wenn es regelmäßig an den entsprechenden strategischen Zielsetzungen mangelt.

Clausewitz weist uns in diesem Zusammenhang auch auf das Wesen des Krieges aus seiner Sicht hin: es geht im Kriege, so argumentiert er, nicht primär darum, feindliche Armeen zu besiegen oder feindliche Länder zu zerstören oder zu besetzen, sondern es geht im Kern darum, den politischen Willen des Feindes zu brechen und durch den eigenen Willen zu ersetzen. Es geht erneut um den Willen! Es wird daher oftmals – voreilig – von einem "Sieg" gesprochen, wenn feindliche Truppen besiegt sind. Es mag zwar plausibel sein, dass das feindliche Militär ein direktes Umsetzungsinstrument des feindlichen politischen Willens ist, aber eben nur ein wesentliches von vielen möglichen Instrumenten:

¹ Diese Bedingung ist ihrerseits wieder bedingt, ruht sie doch auf den Errungenschaften europäischer Zivilisation, welche ihrerseits wiederum charakterisiert werden kann, als im aufgeklärten Christentum wurzelnd. Dass dadurch gleichsam transzendental-notwendige Grenzen der Aufklärung mitgedacht werden müssen, ist eine Folge dieses spezifisch europäischen Gedankens.

² Man denke dabei an die drei Entwicklungsfassungen seines Hauptwerkes "Vom Kriege".

³ Hegel hat diesen Übergang in der Sphäre des Rechts so ausgedrückt: Das "Recht" (Vernunft, Gerechtigkeit) muss "Gesetz" (konkret formuliert und verlautbart) werden und das konkrete Gesetz muss recht (gerecht, vernünftig) sein. Ebenso verhält es sich mit Zweck und Mittel: Der Zweck muss zum Mittel verdichtet werden und das Mittel muss zweckmäßig sein. Ohne Strategie kann der Zweck sich nicht zum Mittel verdichten und das Mittel nicht zweckmäßig sein.

es gibt auch die Wirtschaft, die Diplomatie, die Technologie⁴, die (welt-)öffentliche Meinung etc., um den politischen Willen einer Macht zu brechen, nicht nur das Militär.

Polemologische Vorbemerkung

Wenn die Rede über Krieg geht, bedarf es ebenfalls zunächst einer Begriffsbestimmung, um die Sache selbst angemessen zu erfassen. Was ist das eigentliche Wesen des Krieges?⁵ Seine Phänomenologie wechselt ständig, Clausewitz spricht daher vom Krieg als einem "Chamäleon": von klassischen griechisch-römischen Schlachten bis hin zu hybriden Angriffen mittels Schadviren reicht das Spektrum, von der Land-, über die Seeschlacht hin zur Luft, dem Weltraum und jüngst dem Cyberspace – überall kann sich Krieg ereignen. Doch was ist das Wesen, die Idee, der Begriff des Krieges, der all diesen unterschiedlichen Erscheinungsweisen von "Krieg" letztlich zugrunde liegt? Auch hier führt uns die Suche nach Einsicht in die philosophische Antike zurück: Heraklit hat einst - im Angesicht der unaufhaltsamen militärischen Unterwerfung Kleinasiens durch die Perser – davon gesprochen, dass der "Krieg" der Vater aller Dinge sei. Genau genommen hat er vom "polemos" gesprochen, existenziellen Vernichtungskrieg kulturfremden Mächten⁶. Wenn Heraklit weiter davon spricht, dass dieser "polemos" darüber entscheidet, wer ein Gott und wer ein Sklave sei, kann man – auch über die 2500-jährige Distanz hinweg - ermessen, welch gleichsam existenzielle Bedeutung ein solcher "polemos" für Heraklit gehabt haben muss: er entscheidet, ob die gesellschaftliche Ordnung (etwa in Ephesos) olympisch oder zarathustrisch sei (um es sehr verkürzt auszudrücken).

Man kann in der Antike aber noch einen weiteren strukturellen Gedanken zum Kriege und seinem dialektischen Wesen entdecken: Platon beschreibt bekanntlich – v.a. in der *Politeia* – die Vernunftstruktur der antiken menschlichen

⁴ Vgl. Thomas P.M. BARNETT: *The Pentagon's New Map: War and Peace in the Twenty-First Century,* aus dem Jahre 2004.

griechischen?) (indischen, ägyptischen, Zivilisation wie folgt: es gibt – analog zum einzelnen Menschen als Naturwesen und seinen drei Seelenvermögen – auch drei gleichsam natürliche "Stände": den Erwerbstand - den Wächterstand – den Herrscherstand, genauso wie es eine Begehrseele, eine Mutseele und eine Vernunftseele gibt.7 Jedem dieser drei Seelenvermögen bzw. Stände sind bei Platon spezifische Tugenden zugewiesen: der Begehrseele die Mäßigung, der Mutseele die Tapferkeit, der Vernunftseele die Weisheit; und falls alle drei Seelenvermögen bzw. alle drei Stände in dieser Weise adäquat zusammenwirken, spricht Platon auf beiden Ebenen von "Gerechtigkeit", also "gerechter Mensch" und "gerechtes Gemeinwesen".

Polemologie, also die Philosophie des Krieges, greift nun die dargestellte Dreiteilung Platons auf und überträgt diese auf einen Konflikt bzw. Krieg: Man kann in diesem Lichte entsprechend unterscheiden: die Sphäre des OIKOS (also des Erwerbslebens), die Sphäre der POLIS (also der hoheitlich-staatlichen Ordnung des Rechts sowie seines Schutzes und seiner Durchsetzung) sowie die Sphäre des LOGOS (also die Sphäre der Kultur, Religion, Werte, Bildung, Geschichte, Weltanschauung, Kunst, Sprache, Medien, Identität). Wenn man nun einen Krieg bzw. einen Konflikt i. w. S. betrachtet, so sind notwendig alle drei Faktoren mit ins Kalkül zu ziehen: regelmäßig wird die POLIS-Dimension (Staat, Bündnisse, Internationale Organisationen, Polizei, Militär, Diplomatie, Geopolitik, Geostrategie, Internationale Gerichte) angesprochen und damit thematisiert. Betrachtet man den Konflikt in einem komplexeren Zusammenhang, wird regelmäßig auch die OIKOS-Dimension berücksichtigt, also Bevölkerung (Demographie), Wirtschaft (Realwirtschaft und/oder kalwirtschaft), Technologie, Ressourcen, Infrastruktur, Logistik, Klima und Topographie. Oftmals ist der Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen Polis und Oikos sehr einleuchtend und die Analyse dieser Zusammenhänge für die Strategieentwicklung sehr erklärungsstark.

Was jedoch oftmals (um nicht zu sagen: regelmäßig) nur am Rande, wenn überhaupt, betrachtet wird und falls ja, dann kaum als eminent relevant beurteilt, ist die LOGOS-

9

⁵ Vgl. dazu ausführlich: STADLER, *Krieg.* – Facultas UTB | Profile. Wien 2009.

⁶ Hierzu hat PLATON in seinen Werken (*Politeia, Nomoi*) wiederholt ausgeführt, dass man zwischen "stasis" (dem innergriechischen) Exzellenzkrieg (etwa zwischen Athen und Sparta) und dem existenziellen Vernichtungskrieg mit Fremdmächten (etwa Persien oder Ägypten) unterscheiden muss. Heraklit spricht hier vom "polemos" gegenüber den Persern.

⁷ Epitymetikon (= Begehrseele -> Erwerbstand); Thymoeides (= Mutseele -> Wächterstand); Logistikon (= Vernunftseele -> Herrscherstand).

Sphäre: Fragen der Bildung, Kultur, Sprache, Religion, der Werte und Weltanschauungen, der identitätsstiftenden Narrative werden fallweise auch irgendwie in den Blick genommen, gelten aber als "soft factors", nicht zu vergleichen mit der zwingenden Relevanz etwa des Verlaufs von bestimmten Gas- oder Ölpipelines. Doch das ist ein gewaltiger - und in seinen Auswirkungen höchst blutiger - Irrtum!8 Man muss auch diese Sphäre für vollwertig und damit "blutig" ernst nehmen, will man nicht katastrophalen Fehleinschätzungen unterliegen. Wer beispielsweise die Inhalte und vor allem auch die politische Relevanz des "eurasischen Narrativs" in Russland nicht ernst nimmt, kann nicht anders als vom russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 überrascht gewesen sein. Wer die Stellung von Religion für das moderne Russland nicht begreift9, glaubt westeuropäisch-aufgeklärter Manier davon ausgehen zu können, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche nur eine periphere, ggf. seelsorgerische, jedenfalls aber unpolitische Rolle in dieser eurasischen Erzählung spielt und mehr oder weniger eine Glaubensgemeinschaft nach westlichem Modell darstellt. Wer die russische Weltliteratur (etwa Puschkin oder Tolstoij) nicht zu deuten weiß, wird selbstverständlich von kulturimmanenten exkulpierenden Täter-Opfer-Umkehr bzw. der latenten Abwertung des Ukrainischen in der aktuellen russischen Debatte überrascht.

Obwohl es an dieser Stelle nur angedeutet werden kann, enthält dieser – zunächst deskriptiv – polemologische Analyseansatz durchaus auch eine perspektivische Dimension: wenn man nämlich eine wirtschaftlich krisenhafte Herausforderung (OIKOS) in Beziehung setzt mit den vorliegenden Wirkfaktoren der Kulturdimension (LOGOS), kann man daraus ein sehr wahrscheinliches Verhalten im Bereich des Politischen (Krieg oder Frieden) ableiten. Kurz dargestellt:

OIKOS x LOGOS => POLIS. Trifft also beispielsweise eine ökonomische Krise auf ein bestimmtes religiöses Selbstverständnis der individuellen Selbstentmächtigung¹⁰ (die dann kollektivistische Selbstermächtigung kompensiert werden muss), so hat dies völlig andere politische Konsequenzen als die nämliche Konstellation wirtschaftliche Bevölkerung, die etwa vom calvinistischen Leistungs- und damit (Selbst)Erlösungsethos geprägt ist¹¹. Soweit einige ganz kurze Hinweise auf das polemologische Analyse-Konzept, das letztlich von der Überzeugung geprägt ist: "Si tu veux la paix, connais la guerre!" (Gaston BOUTHOUL).

Historischer Hintergrund des Ukrainekrieges

Betrachten wir allerdings den gegenständlichen Krieg¹², den Russland offenbar bereits seit 2004 geplant hat¹³ und seit 2014 offen gegen die Ukraine führt¹⁴, so kommen wir nicht umhin, vor einer allgemein polemologisch-strategischen Reflexion einen sorgfältigen Blick in die Geschichte Osteuropas werfen, um überhaupt verstehen zu können, was sich gerade in Europa

 $^{^{\}rm 10}$ Von transzendent gebotener individueller Opferbereitschaft zwecks Seelenrettung.

¹¹ Wie dies Max WEBER so eindrucksvoll in seinem Werk: "Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus" aus dem Jahre 1920 entfaltet hat.

¹² Angriff Russlands auf die Ukraine vom 24. Februar 2024 mit der erklärten Absicht, das "Kiewer Regime" (den demokratisch gewählten Präsidenten SELENSKYJ sowie das demokratisch gewählte Parlament) zu beseitigen, das Land zu "entnazifizieren" und zu entwaffnen, ihm einen "neutralen" Status zu oktroyieren und den "legitimen" pro-russischen Präsidenten Viktor YANUKOWITSCH wieder in sein Amt einzusetzen. Da diese Ziele nicht erreichbar waren und sind, wechselte mittlerweile die Rhetorik dahin, dass die "Ukraine" überhaupt nicht existiere und dieser staatliche Fremdkörper auf "russischer Erde" so lange zu Krieg führen müsse, bis er beseitigt sei – so etwa kürzlich (Jänner 2024) der ehemalige Präsident Russlands MEDWEDEW.

¹³ Im November 2004 fand die "Orangene Revolution" (unblutige Proteste) statt gegen den offensichtlichen Wahlbetrugsversuch des pro-russischen Kandidaten Viktor YANUKOWITSCH (z. T. lag etwa im Donbass die Wahlbeteiligung bei über 100 Prozent)

¹⁴ Von November 2013 bis Februar 2014 fand der "Euromaidan" (blutig unterdrückte Proteste) statt gegen den plötzlichen antieuropäischen und prorussischen Politikschwenk vom mittlerweile zum Präsidenten gewählten Viktor YANUKOWITSCH (Verweigerung der Unterfertigung des EU-Ukraine-Abkommens). Am 21. Februar 2014 floh YANUKOWITSCH – zunächst nach Charkiw, dort wurde er von der Bevölkerung sowie den Lokalpolitikern nicht in die Stadt gelassen; von dort floh er weiter in den Donbass, schließlich wurde er von russischen Spezialeinheiten nach Russland ausgeflogen.

⁸ Es war Thomas X. HAMMES, der im Jahre 2012 in seinem bahnbrechenden Werk: *The Sling and the Stone. On War in the 21 Century* auf die zentrale Rolle von "Kultur" für das Führen und Gewinnen von Kriegen hingewiesen hat.

⁹ Hinweis: Die Orthodoxie in Russland kannte etwa keinen mittelalterlichen Investiturstreit.

ereignet und noch ereignen wird. Es mag dabei verwunderlich erscheinen, aber es ist zum Verständnis der Ereignisse im Jahre 2024 zumindest zurückzugehen ins 9. Jahrhundert nach Christus¹⁵.

Kiewer Rus (ca. 840 – 1240)

Das sowohl für das ukrainische als auch für das russische staatliche Selbstverständnis zentrale Momentum war die Frage nach Wesen und Wert des riesigen osteuropäischen Reiches, das "Kiewer Rus" genannt wird. Kiew bezeichnet dabei die Hauptstadt und das Zentrum dieses Reiches, Rus, jenen warägischen Stamm, unter dessen Leitung das Reich gegründet und gefestigt wurde. Die Waräger waren skandinavische (schwedische) Nordmänner ("Wikinger"), die sich primär dem Handel zwischen Ostsee und Schwarzem Meer über die Flüsse (u. a. Dnipro) verschrieben haben. Zu diesem Zweck gründeten sie unterschiedliche Handelsstationen (etwa das heutige Nowgorod), aber zur eigentlichen "Reichsgründung" – parallel zur fränkischen Reichsgründung im Westen Europas durch die Merowinger und später die Karolinger - kam es erst um das strategisch hervorragend gelegene Kiew - daher die Bezeichnung "Kiewer Rus" und diese Siedlung herum erfolgte "Landnahme" bzw. "Sesshaftwerdung" eigentlich nomadischen Waräger¹⁶. Ein weiteres, polemologisch nicht zu überschätzendes Datum ist das Jahr 988, die Christianisierung des Kiewer Rus (in der Person Wladimir I. (des Heiligen), der

1011 auch die weltberühmte Sophienkathedrale erbauen ließ), der zwischen der lateinischen und der byzantinischen Ausprägung des Christentums den byzantinischen Ritus¹⁷ wählte für sein Reich.¹⁸ Für unsere weiteren Überlegungen entscheidend ist der Untergang des Kiewer Reiches im Jahre 1240 durch den "Mongolensturm", der wenige Monate später dann auf das Heilige Römische Reich Deutscher Nation getroffen ist. Es ist mehreren glücklichen Umständen zu verdanken, dass das Stauferreich diesen massiven Angriff überstanden hat, allerdings folgte auf diesen Kollaps staatlicher Macht (heute würde man sagen: "staatlichen Kontrollverlust") das Reichs-Interregnum, das von 1245 bis 1273 (Wahl Rudolfs I. von andauerte¹⁹ Habsburg) eine zentrale polemologische Erkenntnis: Man kann Geschichte Mitteleuropas nicht Ereignisse in Osteuropa begreifen – fällt Kiew, ist Wien in höchster Gefahr; dies galt nicht nur im 13. Jahrhundert, das gilt auch heute noch!

13. – 17. Jahrhundert

Nach dem Mongolensturm wurde das Gebiet des einstigen Kiewer Rus von verschiedenen Mächten dominiert: die (heutige) Westukraine kam unter polnischen Einfluss, die (heutige) Ostukraine kam unter litauischen Einfluss und die Gebiete des heutigen Russland verblieben unter mongolischem Einfluss, der mit Hilfe der Fürsten von Moskau über viele Jahrhunderte stabilisiert werden konnte, eine Entwicklung, die berühmtesten Moskowiter, Alexander NEWSKI, ausgegangen war: er entschied mittlerweile zum höchsten Heiligen der Russisch-Orthodoxen Kirche avanciert und Nationalheld Russlands - im Jahre 1245, dass sich die Moskowiter mit den Mongolen gegen die Polen und Litauer (und damit gegen die lateinisch-katholische Westkirche) stellen sollten.

Wenige Jahre später wurde Moskau auch das Zentrum der Russisch-Orthodoxen Kirche und

¹⁵ In der europäischen Antike war ein Großteil der heutigen Ukraine von Skythen (8. Jahrhundert v. Chr.) und später von den Sarmaten (6. Jahrhundert v. Chr. - 4. Jahrhundert n. Chr.) besiedelt. Letztere waren ein in der Antike und auch im frühen Mittelalter berühmtgefürchteter Stamm von Kampfreitern. Im Römischen Reich waren sie gefürchtete Feinde und später sodann begehrte Hilfstruppen, erst ca. 370 n. Chr. wurden die Sarmaten von den Hunnen aus ihren Siedlungsgebieten (zwischen Donau und Dnipro) verdrängt und lösten damit Völkerwanderung Kürzlich aus. sensationellerweise in England Spuren sarmatischer Siedler gefunden. Weitere Spuren der Sarmaten (Alanen) finden sich auf der iberischen Halbinsel (Lusitanien).

¹⁶ Die Waräger, die sich mit der lokalen Bevölkerung von bulgarischen Slawen und den letzten Sarmaten vermischten, haben unmittelbar nach Sesshaftwerdung das Wappen der Sarmaten (Alanen) übernommen: den Dreizack, der heute noch das Symbol der modernen Ukraine ist. Die ukrainischen Nationalfarben (blau-gelb) finden sich eigenartigerweise auch auf dem Wappenschild Karls des Großen, in der Flagge des modernen Schweden und in den Landesfarben Niederösterreichs. Bekanntlich sind gelb und blau auch die Farben der Europäischen Union!

¹⁷ Die oftmals vertretene Behauptung, der Kiewer Rus sei der "Orthodoxie" beigetreten, ist nicht korrekt, da das große morgenländische Schisma sich erst im Jahre **1054** ereignete (die Spaltung in römisch-katholische und griechisch-orthodoxe Kirche), welche die bis dahin bestehende einheitliche Reichskirche (seit 380 n. Chr.) beendete, durch die wechselseitige Exkommunikation des römischen Papstes und des griechischen Patriarchen.

¹⁸ Anders als das Karolingerreich im Westen, das dem lateinischen Ritus von Rom folgte.

¹⁹ Parallel dazu, wenn auch nicht völlig zeitgleich, fand die Herrschaft der Babenberger in Österreich ihr Ende und wenige Jahre später wurde Rudolf I. auch Fürst in österreichischen Landen, nicht nur Kaiser des Reiches.

damit der spirituelle und machtpolitische Kern des neuen Reiches, das sodann als das "Reich der Moskowiter" und von 1721 an bis heute unter dem Namen "Russland" firmierte.²⁰ Aber das wahre (germanische) Reich der Rus war 1240 untergegangen! Eine ganz zentrale Gestalt der Moskowiter Geschichte war Zar Iwan III. (der Große), der von 1462 bis 1505 herrschte: er beendete zum einen die fast 300-jährige Dominanz der Mongolen über Moskau, zum anderen vernichtete er die letzte, dem alten Kiewer Rus treue Stadt (Republik Nowgorod) und zum dritten ließ er wesentliche Elemente des Kreml errichten²¹. steinernen Herrschaftssitz des Zaren und des russischorthodoxen Metropoliten - das Dritte Rom war in cäsaro-papistischer Eintracht gegründet!²²

Im 17. Jahrhundert trifft die osteuropäische (ukrainische) mit der mitteleuropäischen (österreichischen) Geschichte erneut zusammen: zunächst muss man wissen, dass im Jahre 1654 Teile der heutigen Ukraine, das sog. Hetmanat der Kosaken, sich – zum Schutz vor den (katholisch) polnischen Machtgelüsten im Norden und vor den (islamisch) türkischen

²⁰ Einen exzellenten Kurzüberblick über die ukrainische Geschichte gibt: Timothy SNYDER: "Der Krieg in der Ukraine ist ein Kolonialkrieg", in: IWMPost 129 (https://www.iwm.at/publication/iwmpost-article/der-krieg-in-der-ukraine-ist-ein-kolonialkrieg) Machtgelüsten im Süden an den orthodoxen Fürsten von Moskau wandte, um Waffenhilfe gegen diese beiden "Nachbarn" zu erhalten. Die heutige Ukraine deutet das als Kooperation zwischen Moskau und Kiew; das heutige Russland deutet dieses Ereignis als "Rückkehr" Kiews in den Schoß Moskaus²³ und leitet daraus bis zum heutigen Tage eine - freiwillige -Unterwerfung Kiews unter Moskau ab. Vor diesem Hintergrund wird vom heutigen Russland jegliche Unabhängigkeits- und Souveränitätsbestrebung Kiews als "Sündenfall" und "Verrat" gewertet.24 Es ist jedenfalls auffällig, dass im polnischen Heer²⁵ im Zuge der zweiten Türkenbelagerung von Wien (1683) nicht primär die polnischen Husaren, sondern essentiell die damals teilweise unter polnischer Herrschaft stehenden ukrainischen Kosaken zur Befreiung Wiens in der Schlacht am Kahlenberg zum Einsatz kamen.²⁶

1796–1917: Die vollständige Unterdrückung durch das Russische Reich

Im Zuge der polnisch-litauischen Teilungen (1772, 1793, 1796) ist die Ukraine 1796, ihr Volk, ihre Sprache und ihre Kultur vollständig vom Russischen Reich assimiliert worden und für den Rest der Welt folglich nicht mehr wahrnehmbar. Die Ukraine sollte spurlos verschwinden und von der Welt vergessen werden, was bis 1917 auch fast lückenlos gelungen ist. Zunächst war die europäische Welt während der Assimilierung der Ukraine mit den Ereignissen der Amerikanischen

²¹ Der nämliche italienische Architekt (Rodolfo "Aristoteles" FIORAVANTI), der den Kreml für Iwan III. erbaut hat, schuf ihm auch eine der damals modernsten Kanonen, mit deren Hilfe Iwan die alte Stadt Nowgorod durch massiven "Artilleriebeschuss" bis zu ihrer Kapitulation in Schutt und Asche legen ließ, da diese sich der (mongolisch-autoritären) Herrschaftsweise der Moskowiter nicht unterwerfen und stattdessen den (germanisch-freiheitsorientiert geprägten) Rechten und Traditionen des alten Kiewer Rus treu bleiben wollte. Mit kinetischer Gewalt wurde der letzte Erbe des Kiewer Rus auf russischem Boden vernichtet.

²² Um 1500 geschah viel in Europa: der Fall Konstantinopels (1453), die Begründung des Dritten Rom in Moskau (1505), die Reformation (1517), die Entdeckung Amerikas (1492) und der Siegeszug der Renaissance im ausgehenden 15. und 16. Jahrhundert. Es ist dabei von großer Bedeutung, diese Einzelereignisse im Zusammenhang zu sehen, so ist es mehr als Koinzidenz, wenn nach dem Fall von Konstantinopel in Italien die Renaissance und in Russland das Dritte Rom sich Bahn bricht; aber auch die Entdeckung Amerikas ist ohne den Fall von Konstantinopel nicht sinnvoll zu erklären. Letztlich darf man den mongolischen Einfluss auf die osmanische Eroberung Konstantinopels unterschätzen, ebenso wie den Einfluss der Eroberung Bagdads 1258 (als dem bis dahin zivilisatorischen Zentrum des Islam) durch die Mongolen.

²³ Das ist insofern schon erstaunlich, als Moskau zur Zeit des Untergangs von Kiew noch kaum gegründet und nur eine kleine Holz-Siedlung in den waldigen Sumpfgebieten des Flusses Moskwa war.

²⁴ Dieser Umstand sollte bei aktuellen Äußerungen der russischen Staatsführung immer mit bedacht werden; allerdings wird er auch durch die stete Wiederholung und Beklagung nicht wahrer. Warum sollten sich die kampferprobten, freiheitsliebenden Kosaken denn den von mongolischer Herrschaftskultur autoritär geprägten Zaren von Moskau rechtlos unterwerfen? Es ging um Waffenhilfe und Zusammenarbeit, aber nicht um Selbstaufgabe. Die vielen Jahre autonomer Koexistenz des Kosakenstaates im Umfeld Moskaus bis zur despotisch-Herrschaft aufgeklärten nationalistischen der deutschstämmigen Zarin Katharina der Großen Mitte/Ende des 18. Jahrhunderts sprechen für diese These und gegen das russische Narrativ von der "ukrainischen Selbst-Unterwerfung".

²⁵ Unter Führung des aus Lwiw (heutige Ukraine) stammenden polnischen Königs Johann III SOBIESKI.

²⁶ Von diesem Umstand kündet das Kosaken-Denkmal im Wiener Türkenschanzpark.

⁽https://www.oeaw.ac.at/tuerkengedaechtnis/denkmaeler/ort/tuerkenschanzpark-kosaken-denkmal)

(1776) und der Französischen Revolution (1789) mehr als beschäftigt, sodann mit den auf diese Revolution folgenden Napoleonischen Kriegen (1792-1815) und die daran anschließende autoritäre Restaurationsphase zur Stabilisierung der monarchischen Herrschaft (1819 Karlsbader Beschlüsse). Aus geopolitischen Interessen heraus war Russland, da es seine "Neuerwerbung" Ukraine sowie die Steppengebiete nördlich des unter Meeres Schwarzen dem Namen "Neurussland" konsolidieren musste, damals für Mitteleuropa kein aggressiver Nachbar, sondern eine "trojanische Stütze" im Kampf um Stabilität in Europa: zunächst die gemeinsame Abwehr Napoleons, sowie die dann folgende Epoche der "Heiligen Allianz" (1815–1855) ließen die Ukraine-Frage zu einer "inneren Angelegenheit" des "heiligen" Verbündeten Russland werden. Doch das sollte sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts radikal ändern!

1853-1856: Der Krimkrieg

Der erste eigentliche "Weltkrieg", der Krimkrieg zwischen dem Russischen Reich sowie dem Osmanischen Reich und seinen Alliierten (Großbritannien, Frankreich) sowie Österreich (Preußen war neutral), hat die nachnapoleonische Friedensordnung in Europa radikal verändert. Dieser große Krieg führte letztlich zum Ende der europäischen Vormachtstellung Russlands²⁷ und auch zum Ende der Heiligen Allianz (durch Neutralität Preußens und die unklare Sonderrolle Österreichs). Der Krimkrieg war der erste moderne Industrie- und Stellungskrieg seiner Art und er wurde durch die damals weltweit Großbritannien führenden Mächte Frankreich gewonnen. Das durch diesen Krieg und die darauffolgenden inneren Reformen geschwächte massiv Russland²⁸ sich

_

gezwungen, Alaska im Jahre 1867 zu einem Spottpreis (7,2 Mio. Dollar)²⁹ an die USA zu verkaufen, zumal zu befürchten stand, dass das Britische Empire³⁰ sich dieses riesige Land in Nordamerika mit seiner Flotte sowie zu Lande von Kanada aus sehr leicht einverleiben könnte. Zwar ist seit 1867 Alaska ein Teil der USA, aber es weist als russisches "Erbe" über 60.000 Angehörige der russisch-orthodoxen Kirche³¹ auf.

1914–1945: Der zweite "Dreißigjährige Krieg"

Was waren die Resultate dieser Katastrophe des Jahrhunderts: Deutschland, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Türkei – die "alten Feinde" Russlands aus dem "Krimkrieg" verlieren ihre weltgeschichtliche Rolle, das zaristisch-orthodoxe Russland verwandelt sich parallel dazu in das bolschewistische Zarenreich der totalitären UdSSR mit weltrevolutionärer Ambition³². Die USA wachsen zur atlantischen Führungsnation auf, um das Erbe europäischen Moderne anzutreten durch das Eingreifen in beiden Teilen des zweiten "Dreißigjährigen Krieges". Deutschland wird dabei zweimal vernichtend geschlagen, das stalinistische Regime profitiert davon direkt. Der verzweifelte Appell Winston Churchills von 1945, nun die totalitäre Stalin-Sowjetunion anzugreifen, bevor es – machtpolitisch – zu spät sei, verhallt

stammte auch die Radikalisierung eines gewissen Wladimir Iljitsch ULJANOW, besser bekannt als Lenin.

²⁷ Interessant ist es, sich den Ausgang des Krim-Krieges anzusehen: Russland hat verloren, das Osmanische Reich, England, Frankreich haben gewonnen, Preußen und Österreich verhielten sich neutral bis feindselig (trotz der anfangs noch geltenden "Heiligen Allianz") – und ein Jahrhundert später, Mitte des 20. Jahrhunderts: das englische Empire fällt, das französische Weltreich fällt, das Osmanische Reich und Österreich sind schon längst vernichtet, Preußen als politische Einheit ebenfalls zerstört und Deutschland mehrfach geteilt und politisch gefesselt. Russland ist in Gestalt der UdSSR (und das nur mit großer Hilfe der USA) zur Weltmacht aufgestiegen.

²⁸ Genauer gesagt: das zaristische Romanow-Regime, denn es begannen nach dem verlorenen Krimkrieg im Inneren Russlands "anarchistische" Aufstände und Attentate, die letztlich bis zur Oktoberrevolution (im Zuge des verloren zu werden drohenden Ersten Weltkriegs, der nur durch das Eingreifen der USA für die Entente gewonnen werden konnte) schwelten. Aus dieser Epoche

²⁹ Das wären heute ca. 150 Mio. US-Dollar.

³⁰ Der globale Feind Russlands im sog. "Great Game" des ausgehenden 18. bis beginnenden 20. Jahrhunderts. Zu dieser Zeit spielten die USA global noch so gut wie gar keine weltpolitische Rolle.

³¹ Wenn man bedenkt, welche geopolitisch-militärische Herrschafts-Ansprüche Russland aus der Anwesenheit von Angehörigen der russisch-orthodoxen Kirche ableitet – sei es als ideologischer Anlass des Krim-Kriegs (es ging um russisch-orthodoxe Klöster in Syrien, unter osmanischer Herrschaft), sei es als spirituelle Unterfütterung des russischen Angriffs auf die Ukraine 2022 – so ist dieser Umstand im Falle Alaskas mehr als nur eine religionspolitische Anekdote.

³² Trotz dieser Ambitionen der revolutionären Bolschewisten besteht Woodrow WILSON, damalige der US-amerikanische Präsident (Demokrat) in seinem berühmten 14-Punkte-Programm in Punkt 6 darauf, Russland herzlich in der Gemeinschaft der freien Nationen willkommen zu heißen und ihm jede Hilfe zu gewähren, um die es ersucht. Im Punkt 10 hielt WILSON dagegen fest, dass Österreich-Ungarn zu vernichten sei und seine Völker die freieste Entwicklung nehmen sollten. Keine 30 Jahre später wurden diese "befreiten Völker" von US-Präsident ROOSEVELT (Demokrat) dem sowjetischen Verbündeten STALIN überlassen.

im Washington des US-Präsidenten TRUMAN ungehört33.

1945-1991: Der Kalte Krieg

Die freien, allerdings ihrer weltgeschichtlichen Bedeutung verlustig gegangenen Nationen Europas schließen sich zur Europäischen Union zusammen und begeben sich notgedrungen in Form der NATO unter den Schutz der USA, um christlich-humanistischen Werte Kontinents institutionell abzusichern gegen das global-revolutionär offensichtlich nunmehr ambitionierte sowjetische Imperium. Dieser sogenannte Kalte Krieg war u. a. gekennzeichnet blutig niedergeschlagene freiheitsliebender Menschen in Ostdeutschland Polen (1956),Ungarn Tschechoslowakei (1968) und Polen (1970) sowie (Solidarność). Nach den friedlichen Protesten der ostdeutschen Bevölkerung im Jahr 1989 sowie dem "Paneuropa-Picknick" im August 1989 in Westungarn, das letztlich zum Zusammenbruch der DDR und dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 führt, war der Untergang der UdSSR und ihres Imperiums 1991 nicht mehr aufzuhalten. Nicht nur unterdrückten Völker des ehemaligen "Warschauer Pakts", sondern auch die im Rahmen der Sowjetunion ihrer nationalen Souveränität beraubte Völker wie Esten, Letten, Litauer, Ukrainer, Moldawier, Georgier, Armenier etc. - sie alle wollten sich im Rahmen dieses weltgeschichtlichen Momentums der Herrschaft der Moskowiter Zentralgewalt entziehen. Für viele dieser Nationen war demgegenüber die Europäische Union eine Völkergemeinschaft, der sie sich gerne anschließen wollten und dafür enorme Reform-anstrengungen unternommen haben, um das verhasste sowjetische Erbe abzuschütteln. Ihre sicherheitspolitischen Bedürfnisse wollten diese Nationen - ebenfalls erneut freiwillig - unter dem Schirm der NATO befriedigen. Innerhalb weniger Jahre schien für diese Völker Mittel-/Osteuropas ein teilweise Jahrhunderte währender Albtraum zu enden.

Ukrainische Souveränität: Neue Hoffnung erblüht

1991-2007: Nach Jahren des Kalten Krieges scheint daher im Osten die Sonne wieder aufzugehen; das totalitäre Sowjet-Imperium implodiert und verschwindet relativ unblutig von

33 Harry S. TRUMAN (Demokrat) war bereits unter US-Präsident WILSON Mitglied der US-Regierung und später unter US-Präsident ROOSEVELT Vizepräsident.

der Bühne der europäisch gedachten Weltgeschichte – aber: stimmt das wirklich? Blutigste Konflikte, wie Berg-Karabach 1988, Transnistrien 1990-92, Berg-Karabach 1992-94, Tschetschenien 1994–96 & 1999–2009 verblieben derweil im Schatten der großen Hoffnung auf zivilisatorischen Reform-Aufbruch Russlands, seit dem 11. September 2001 wurde die massive Gewaltanwendung des "demokratischen" Russland unter dem Präsidenten PUTIN gegen den Freiheitskampf Tschetscheniens als Teil des solidarischen "Kampfes gegen den Terror" weg buchstabiert.

Im unmittelbaren Osten Westeuropas - also in Mitteleuropa - schienen dagegen, welch ein Glück, blühende Landschaften zu entstehen: NATO und EU erweiterten sich um die ehemals unterdrückten Staaten Mitteleuropas, im sog. Postsowjetischen Raum war mit der "atomaren Entwaffnung" von Ukraine, Kasachstan und Belarus ein scheinbar großer Schritt in Richtung Sicherheit und Frieden getan worden - ergänzt durch letztlich - sowohl juristisch wie politisch wertlose "Sicherheitsgarantien" Budapester Memorandums von 1994³⁴.

Mit Wohlwollen betrachtete man (falls man es überhaupt zur Kenntnis nahm) das Russisch-Ukrainische Flottenabkommen sowie Russisch-Ukrainische Freundschaftsabkommen von 2010 (Charkiw-Verträge), welche u. a. tausende von Waffensystemen der Ukraine an Russland übertrugen, sowie die russische Präsenz auf der Krim (Schwarzmeerflotte) bis 2042 Grund unbezahlbare festschrieb. waren Gasschulden der Ukraine bzw. deren von ("Gas-Russland gesteuerten Oligarchen prinzessinnen") bei Russland und die Folge war ein katastrophales militärisches Ungleichgewicht an den Grenzen Russlands: die Nachbarn Belarus, Ukraine und Kasachstan waren nunmehr militärisch heillos unterlegen und Russlands militärisches Potential wuchs - dank intensiver Handelsbeziehungen mit dem friedliebenden Westen langsam, aber stetig an ... aber noch war Dialog angesagt ... bis zum Februar 2007.

³⁴ US-Präsident Bill CLINTON (Demokrat) hat damals die Ukraine mehr als nur dazu "gedrängt", ihre Atomwaffen an das JELZIN-Russland zu übergeben und damit seine Selbstverteidigungsfähigkeit gegenüber dem mächtigen Nachbarn Russland so gut wie ausgelöscht. Dafür bekam die Ukraine amerikanische "Sicherheitsgarantien" bezüglich seiner Souveränität und seiner Grenzen.

Ukrainische Souveränität: Die Lage verdunkelt ab 2007

2007-2021: Präsident PUTINs strategische Rede auf der 43. Sicherheitskonferenz in München markiert rhetorisch am 9. Februar 2007 das Ende des west-östlichen Tauwetters.35 Diese russischen Töne wurden in den USA und Großbritannien (beide Staaten haben eine tief sitzende Affinität zu Geopolitik und Geostrategie) durchaus richtig gedeutet und folgerichtig am NATO-Gipfel im April 2008 Druck gemacht, zumindest der Ukraine und Georgien die Türe zur NATO-Mitgliedschaft zu öffnen: es ist dem Widerstand Merkel-Deutschlands und Sarkozy-Frankreichs zu "verdanken", dass es nicht dazu kam, statt dessen aber zu einer vagen NATO-Perspektive, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel war in den Augen der Ukraine!

Wenige Monate später, im August 2008 (kurz vor dem Höhepunkt der Finanzkrise im September 2008) erfolgte der – militärisch eher mäßig überzeugende – Zugriff Russlands auf Südossetien und Abchasien unter dem Präsident MEDWEDEW, genau unter diesem doch als besonders liberal und westorientiert geltenden Präsident Russlands. Jedenfalls wurde das in den Augen Moskaus besonders "unzuverlässige" Georgien bereits soweit beschädigt (besetzte Territorien), dass eine weitere West-Annäherung in Richtung EU und NATO unwahrscheinlich schien, zumal wenn der Westen Russland weiterhin nicht "provozieren" wollen würde.

Der zweite unsichere Kantonist in den Augen der Moskauer Geostrategen war die Ukraine - sie wurde mit der Gas-Waffe weiter drangsaliert sowie massiv die Wahlen beeinflusst, sodass am 25. Februar 2010 zum 2. Mal Viktor JANUKOWITSCH an die Macht kam (bei seinem ersten Fälschungswahlsieg brach 2004 die "Orangene Revolution" aus), um die Ukraine kampflos-friedlich nunmehr endgültig in die Hände Russlands zu führen. Erneut brach eine Revolution des ukrainischen Volkes aus (Maidan 2013/14), woraufhin Russland kurz - und diesmal besser vorbereitet - zugegriffen hat: diesmal waren es im Laufe des Jahres 2014 die Krim und der Donbass! Und schon war der zweite West-Aspirant dermaßen beschädigt, dass bis auf weiteres nichts passieren konnte, was den restaurativen Plänen Russlands zuwiderlief. Zu dieser Zeit war Europa bekanntlich vollends mit

³⁵ Bereits im August 2007 begann übrigens völlig überraschend die Weltfinanzkrise unter Beteiligung amerikanischer Investmentbanker und Griechenlands! der – zufällig? – zeitgleich ausbrechenden "Migrationskrise" 2014/15 beschäftigt!

Zwei Völker wollten sich in freier Selbstbestimmung dem Westen anschließen, beiden wurde es durch (so die westliche Selbstbesänftigung) "chirurgische", unblutige, Interventionen Russlands unmöglich gemacht. Doch das war nur ein Zwischenschritt. Das finale Ziel lautete: vollständige Restauration des Russischen Reiches bzw. der UdSSR. Russland arbeitete weiter still und leise an seiner täglich stärker werdenden Wiederbewaffnung ganz gemäß dem Motto Lenins: Der Westen ist so dekadent, dass er einem noch den Strick verkauft, an dem man ihn aufhängen werde!

2019 geschah allerdings das Unvorstellbare für die Moskauer Eurasia-Strategen: Wolodymyr SELENSKYJ wird überraschend und mit überragender Mehrheit zum Präsidenten der Ukraine gewählt. Wenige Monate später festigt er seine Macht bei den Parlamentswahlen mit einer ebenfalls überwältigenden Mehrheit seiner Partei. Er unternimmt in weiterer Folge zum Teil radikale Reformschritte, um die Ukraine wieder auf eindeutigen "Westkurs" zu bringen bzw. zu halten. Während der sog. "Minsk Prozess", der letztlich die russische Landnahme im Donbass "einhegen", aber damit auch stabilisieren sollte, immer mehr zur Farce gerät, schließt die EU mit der Ukraine Mitte 2021 ein weitreichendes "Strategisches Rohstoffabkommen" ab, dessen geopolitische Reichweite sich nur dann erschließt, wenn man weiß, welche wertvollen und geostrategisch hochrelevanten Bodenschätze v. a. die so heiß umkämpfte Ostukraine aufweist riesige Schieferöl-Vorräte³⁶, aber auch Lithium, Titan, Kobalt und sog. "seltene Erden" finden sich in sehr großem Ausmaß³⁷ in der – teilweise von Russland besetzten - Ostukraine des Donbass. Es ist nicht so, dass Russland diese Rohstoffe dringend selbst benötigen würde, aber in den Händen einer EU-freundlichen Ukraine würden diese die Ukraine als EU-Mitglied wesentlich stärken und auch der EU einen wichtigen Schritt gewünschten zur so "strategischen Autonomie" erlauben³⁸. Ebenfalls

³⁶ Gelegen zwischen Charkiw und Donezk in der Ostukraine, die natürlich bei kriegerischen Ereignissen in der Region nicht gefördert werden können. Für diese Rohstoffe hatte sich die Royal Shell Company (UK/NL) schon vor vielen Jahren die Schürfrechte gesichert.

³⁷ Es geht um Werte von mehreren Milliarden Dollar.

³⁸ Es ist indes fraglich, wie sehr die USA der EU zu einer solchen "strategischen Autonomie" durch Befreiung der ostukrainischen Gebiete verhelfen möchten. Allerdings

Mitte des Jahres 2021 hat Präsident PUTIN seine geschichtsphilosophische Abhandlung³⁹ über die "Nichtexistenz einer ukrainischen Nation" auf der Homepage des Kremls auf Russisch und auf Englisch veröffentlicht. Somit drohte der Ukraine eine Katastrophe mit Ankündigung! Und bald sollten den Worten Taten folgen!⁴⁰

2022.02.24: Blutiges Erwachen

Am 24. Februar 2022 ist es dann soweit: Wenige Monate nach der globalen Erschöpfung im Kampf gegen die COVID-Pandemie überfällt Russland⁴¹ mit aller militärisch-kinetischer Gewalt, die zur Verfügung steht, das friedliche Nachbarland Ukraine, das seit Jahren mit den Folgen der Besetzung von Donbass und Krim zu kämpfen hatte.

Allerdings war mit der Wahl SELENSKYJs erstmals ein Mann Präsident der Ukraine, der nicht aus den postsowjetischen Macht-Seilschaften stammte, dem man mit klassischen postsowjetischen polittechnologischen Methoden nicht beikommen konnte – er war unberechenbar für Russland – und damit brandgefährlich, das gesamte Projekt der russischen Restauration zu gefährden:

Die Ukraine hat Russland niemals militärisch "bedroht" oder "gefährdet", aber die Ambition Russlands, sein Imperium wiederherzustellen, diesen eurasischen Plan hat die Selenskyj-Ukraine in der Tat existenziell bedroht durch eine sozio-ökonomisch erfolgreiche und somit endgültig westorientierte Ukraine! 42

machen diese strategisch relevanten Rohstoffe auch in den Händen eines China-abhängigen Russlands für die USA nicht wirklich Sinn.

ZEITEN-WENDE oder PARADIGMEN-WECHSEL?

Nachdem Russland die Ukraine am **24. Februar 2022** militärisch angegriffen hat, hält Bundeskanzler SCHOLZ bereits am **27. Februar** (!) im Rahmen einer Regierungserklärung seine berühmte "Rede von der Zeitenwende":

"Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts, oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen. Das setzt eigene Stärke voraus. [...] Angesichts der Zeitenwende, die Putins Aggression bedeutet, lautet unser Maßstab: Was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht wird, das wird getan [...] Wer Putins historisierende Abhandlungen liest, wer seine öffentliche Kriegserklärung an die Ukraine im Fernsehen gesehen hat oder wer wie ich - kürzlich persönlich mit ihm stundenlang gesprochen hat, der kann keinen Zweisel mehr haben: Putin will ein russisches Imperium errichten. Er will die Verhältnisse in Europa nach seinen Vorstellungen grundlegend neu ordnen, und dabei schreckt er nicht zurück vor militärischer Gewalt. Das sehen wir heute in der Ukraine."

Zeitenwende wird also im Februar 2022 noch vorwiegend polit-strategisch verstanden; es geht darum, das Rad der Geschichte nicht - mit Gewalt - zurückzudrehen, zurückzukehren in eine Phase, als blanke kinetische Gewalt die internationalen Verhältnisse bestimmte. Und BK SCHOLZ spricht die Zeitenwende auf vielen sicherheitspolitisch, rechtlich, Ebenen an: energiemäßig, integrationspolitisch - also denkt er Zeitenwende sehr strategisch i.S.v.: es gibt einen politischen Zweck (die regelbasierte, liberaldemokratische Ordnung sozialer Wohlfahrtsstaaten in Europa) und welche tauglichen strategischen ZIELE sind zu definieren, um diesen - moralisch prima vista sicherlich zu billigenden – politischen ZWECK zu erfüllen? Ein politischer ZWECK kann gut oder böse sein, ein strategisches ZIEL kann gut oder schlecht, tauglich oder untauglich sein. Politik ist ein Handeln aus praktischer Vernunft heraus, Strategie ist ein Handeln aus theoretischer Vernunft heraus. In diesem Feld bewegt sich die Rede von Zeitenwende, wenn man sie CLAUSEWITZ verorten möchte.

Aber ist nicht noch mehr passiert seit 1991? Gab es nicht eine schleichende Ermattung der politischen Urteilskraft, eine Zerrüttung der

³⁹ Wie oben bereits als Erkenntnis der Polemologie ausgeführt, bedarf es für einen umfassenden auch kinetischen Kriegsausbruch stets auch eines LOGOS-Faktors – hier in Gestalt von historischen, kulturellreligiös verbrämten Narrativen.

⁴⁰ Wenn daher führende Vertreter der Russischen Föderation immer wieder von russischen "Ansprüchen" in Mitteleuropa bzw. jüngst sogar auf Alaska sprechen, sollte der Westen diese Worte – auch wenn sie auf den ersten Blick völlig aus der Luft gegriffen zu sein scheinen – sehr ernst nehmen und mögliche Handlungen Russlands in dieser Richtung in die Verteidigungsplanung mit einbeziehen.

⁴¹ Ihm genügte mit "Sputnik" ein adaptiertes Grippemittel als Schutz

⁴² In diese Richtung argumentiert jüngst etwa Christoph BRUMME in der NZZ vom 28.01.2024: "Des Kremls übersehene Kriegsgründe – der dysfunktionale russische Staat kann im friedlichen Wettbewerb mit anderen Ländern schlicht nicht mithalten."

Europa? strategischen Disziplin in Die systemisch-strategische Dauer-Gefahr aus dem "revolutionären" Osten, die militärisch bis zur zivilisatorischen Selbstaufgabe konventionell und auch atomar hochgerüstete UdSSR, die sowohl die NATO als auch die EU sowohl politisch als auch strategisch "inspiriert" hatte, im Sinne einer externen Bedrohung - sie verschwand und damit begannen "im Westen" innere Zerfallsprozesse ihr schleichendes Werk zu tun: zunächst auf ideologisch-geistigem Gebiet ("Gemeinsames Haus Europa", politische Führung wird durch paternalistische Verwaltung ersetzt), sodann auf politisch-strategischem Gebiet ("Friedensdividende", Einmottung bzw. Reduktion der militärischen Fähigkeiten) - Hinwendung zu den Problemen und Fragestellungen des "Globalen Dorfes" – in administrativer Hinsicht; es galt, die Menschheit entwicklungspolitisch zu administrieren und letztlich dadurch zu retten; damit nicht genug, man ging in postmoderner Fehleinschätzung dazu über, gleich auch noch das Klima als solches zu retten ... KRIEG war maximal irgendwo zwischen humanitärer Intervention und ethnischem Bürgerkrieg vorstellbar und ansonsten galt er als altmodisch überholt⁴³ – oder gar in Form eines großen Panzer- und Artilleriekriegs geradezu undenkbar europäischem Boden. Mit dem 11. September 2001 betrat der islamistische Terrorismus die Weltbühne und schlug die strategische Öffentlichkeit in seinen blutigen Bann, sodass nunmehr Klima und Terror die postmoderne Öffentlichkeit "strategisch" völlig in Beschlag genommen hatte.

Die Zeiten hatten sich schon radikal gewandelt, aber wurde das wahrgenommen? Erlebten wir nicht eine zweite Periode des - diesmal geistigmoralischen - Schlafwandelns? Man hat alle historischen Fakten ganz klar gesehen, aber völlig falsch bewertet, beurteilt, interpretiert - aber warum das? Weil wir ein falsches, trügerisches Koordinaten-System aufwiesen, SICHERHEIT vor die FREIHEIT gestellt hat. Sicherheit ist eine phänomenale Kategorie, Freiheit eine noumenale Kategorie. Es ging Europa jahrzehntelang in nur um besitzbürgerliche Sicherheit, und zwar um jeden Preis: um den Preis der Unabhängigkeit, der Souveränität, der Ehre und letztlich: um den Preis der Freiheit ...

⁴³ Man denke an die damalige mediale Lächerlichkeit der Vorstellung von einer Panzerschlacht im Marchfeld!!!

Johann Gottlieb FICHTE (1762-1814) war der große Philosoph der Freiheit und der nationalen Selbstbestimmung – damals eines zukünftigen Deutschlands. In seiner berühmten Rede von 1813 an seine Studenten (im Rahmen seiner Vorlesung über die Staatslehre)44 thematisiert Fichte 2 Arten von Bürger*innen: zum einen diejenigen, die in der Wertehierarchie, in der Wertewelt des OIKOS zunächst das blanke Leben, sodann die dafür notwendigen Güter sowie zuletzt den Staat als Sicherungsanstalt für diese lebensnotwendigen Güter als höchste "öffentliche" Güter betrachten: der Staat dient der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung (i. w. S.), sodann dienen diese Lebensmittel der Sicherstellung des guten Lebens ... – und diesen Bürger*innen ist das Leben und ihre Sicherheit das höchste Gut.

Die zweite Gruppe von Bürger*innen, die FICHTE vorstellt, ist genau umgekehrt wertmäßig gepolt: Diesen POLIS-orientierten Menschen ist das blanke, nackte Leben nicht das höchste Gut, sondern ihre Freiheit in einer freien Gemeinschaft, eines republikanischen Gemeinwesens im eigentlichen Sinn des Wortes - ein nacktes Überleben ohne Freiheit ist für diese Gruppe kein hohes Gut: oder wie Friedrich SCHILLER es ausdrückte: "Das Leben ist der höchsten Güter nicht". Man kann aber auch ganz pragmatisch auf Benjamin FRANKLIN abstellen, wenn dieser sagt: "Wer bereit ist, Freiheit zu opfern, um Sicherheit zu gewinnen, verdient weder das eine noch das andere, und wird am Ende beides verlieren."

Bundeskanzler SCHOLZ hat in der UN-GV (19. 09. 2023) diesen Umstand wie folgt ausgedrückt: "Frieden ohne Freiheit heißt Unterdrückung. Frieden ohne Gerechtigkeit nennt man Diktat. Das muss nun endlich auch in Moskau verstanden werden."

Worin könnte nun der angesprochene zugrundeliegende Paradigmenwechsel bestehen? Die westliche, vor allem die europäische Gesellschaft muss aufwachen und diesen axiomatischen Zusammenhang zwischen Freiheit und Sicherheit selbst für sich erkennen. Ähnlich wie 1813 im Angesicht der napoleonischen, postrevolutionären Zumutung, Europa seinem Willen zu unterwerfen ("terreur"), arbeitet auch heute die russisch-imperiale Restauration mit einer "Versuchung" – wie schon zu Zeiten FICHTEs – mit der Versuchung, den bequemen Weg der vorauseilenden Sicherheitsunterwerfung gehen, ein bequemer Weg, der vielleicht nicht

^{44 &}quot;Über den Begriff des Wahrhaften Krieges" (1813)

gleich in die Hölle führt, aber durchaus ins Verderben: Gleiches galt bis vor kurzem für Europa, bevor der russische Präsident PUTIN versuchte, die rechts- und regelbasierte Ordnung Europas mit kinetischer Gewalt in seinem – russisch-imperialen Sinne – zu verändern, auch unter Eingehen des Risikos, dass Europa sich wieder der Wahrheit seines eigenen Wertfundamts erinnert.

Es zeigt sich jetzt nämlich mehr denn je in aller nur möglichen Deutlichkeit die Wahrheit der Warnung des Benjamin FRANKLIN: Wer seine Freiheit der Sicherheit opfert, der wird sowohl die Freiheit als auch die Sicherheit verlieren! Vielmehr muss man das klassische Dilemma Freiheit oder Sicherheit so auflösen, dass es Sicherheit nur durch Freiheit gibt, wobei Freiheit eine normative Kategorie darstellt, da sie begrifflich ihre Grundlage wie Grenze bereits in sich umschließt: die Anerkennung der nämlichen Freiheit im Anderen als legitimatorische Grundlage der je eigenen Freiheit.

Die Sittlichkeit der so verstandenen Freiheit ist – so die zentrale Aussage FICHTEs – der Referenzrahmen für die Beurteilung der Moralität von Politik und Recht. Und damit auch das zentrale Substanzkriterium für jede Strategie, die ja ihrem Wesen nach der Realisierung von Politik zu dienen hat.

Strategischer Ausblick

Bevor also Europa eine Zukunftsstrategie entwickeln kann, bedarf es einer entsprechend vernünftigen – und das heißt sittlich begründeten politischen Zwecksetzung. Diese radikale Neuorientierung kann man ebenfalls "Zeitenwende" bezeichnen, doch dieser rhetorischen Einsicht muss ein ebenso radikaler, d. h. tiefgreifender Paradigmenwechsel zugrunde liegen: weg vom Primat der reaktivökonomischen Sicherheit hin zur progressivpolitischen Freiheit, weg vom ungerechten - und damit auch nicht wirklich vernünftigen -Unterwerfungsfrieden⁴⁵ hin zum gerechten – und damit vernünftigen - Selbstbestimmungsfrieden - letztlich liegt darin auch der Kern der demokratischen Rechtsstaatlichkeit: Menschen bestimmen die sie sichernde Ordnung selbst, aber es gilt dabei nie zu vergessen, dass es eine zwangsbewehrte Ordnung ist, demokratisch legitimierte Recht notwendig der

 $^{\rm 45}$ Der sehr gerne mit der Versuchung einer "Unterwerfungsneutralität" realisiert wird.

entsprechenden realpolitischen Machtmittel bedarf, sonst verliert es nicht nur seine Wirksamkeit, sondern auch seine Legitimität. Dieses Phänomen kann man vor allem im Völkerrecht beobachten, dessen friedensgewährleistende Funktion es gebietet, nicht nur das Recht stets auf den Lippen zu haben, sondern es auch – falls nötig – mit militärischen Mitteln zu verteidigen.

Genau darum geht es in substanzieller Weise in der Ukraine - neben den dargelegten Fragen und Problemen einer postimperialen Restaurationsambition Russlands in concreto geht es um das grundlegende Prinzip der Frage HEGELschen Diktums, wonach das Recht Gesetz werden müsse, was bedeutet, dass die völkerrechtlichen Prinzipien (etwa: Gewaltlosigkeit, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Souveränität und Grenzen, Achtung von Einhalten von Verträgen) im Falle ihrer fundamentalen Infragestellung mit den Mitteln der regelbasierten Gewaltanwendung verteidigt werden müssen. FICHTE hat dabei das Bild geprägt von einer alle Menschen umfassenden Rechtsgemeinschaft⁴⁶, deren Verletzung nicht nur das Problem derer ist, die diese Verletzung erleiden, sondern das Problem aller Menschen, die in diesem Moment sich ihrer existenziellen Rechtlichkeit⁴⁷ nicht mehr sicher sein können, bis Rechtlichkeit und ihre Geltung wiederhergestellt wird.

Was können wir, ja, was müssen wir aus dem Ukraine-Krieg lernen? Vor unseren Augen führt die Ukraine unter Präsident SELENSKYJ genau diesen höchst notwendigen "Kampf ums Recht" (JHERING) sowie den damit notwendig verbundenen blutig-schmerzhaften Paradigmenwechsel durch - und solcherart einen Politik-Wechsel, und damit verbunden einen Strategie-Wechsel: weg von der Sicherheit durch Unterwerfung, hin zur Freiheit durch Kampf! Und das muss auch in Europa endlich verstanden werden: ohne Sittlichkeit der Freiheit keine substantielle Politik - und ohne substantielle Politik keine sinnvolle Strategie! Bisher stand die EU primär für Wohlstand in Sicherheit - es ist höchste Zeit, dass sie in Hinkunft "robust" für Freiheit in Gerechtigkeit einsteht!

⁴⁶ FICHTE war der einzige Philosoph der europäischen Tradition, der das Recht als eine Existenziale, d. h. als für die Möglichkeit des Seins unerlässlich aufgewiesen hat.

⁴⁷ Das gilt vor allem für neutrale Staaten wie Österreich, deren sicherheitspolitischer Status existenziell von der Geltung und Wirksamkeit des internationalen Rechts abhängt.

"Euch rate ich nicht zur Arbeit, sondern zum Kampfe. Euch rate ich nicht zum Frieden, sondern zum Siege. Eure Arbeit sei ein Kampf, euer Friede sei ein Sieg!"

FRIEDRICH NIETZSCHE: Also sprach Zarathustra (1886)



Europa im Zeitalter von Kriegen & die steigende Rivalität von Groß- und Mittelmächten

Gunther Hauser

Einführung

Europa sieht sich mit einer Vielzahl von Krisen, eingefrorenen Konflikten und auch Kriegen in Osteuropa und im östlichen Mittelmeerraum konfrontiert. Zudem nimmt die Großmachtrivalität zwischen den USA einerseits sowie der Volksrepublik China und Russland andererseits enorm zu. Am 24. Februar 2022 eskalierte der bereits 2014 begonnene Krieg Russlands gegen die Eigenstaatlichkeit bzw. Souveränität der Ukraine, am 7. Oktober 2023 überfiel die Hamas Israel und massakrierte mehr als 1200 Personen.¹ Eine militärische Eskalation folgte, israelische Truppen marschierten daraufhin in den Gazastreifen ein, die israelische Regierung erklärte den Vernichtungskrieg gegen die Hamas, die wiederum die Vernichtung Israels zum Ziel hat. Bis Ende 2023 kamen dabei 16.000 Menschen ums Leben – nach Angaben der Gesundheitsbehörde der Hamas.² Zugleich gefährden die vom Iran im Jemen unterstützten Huthi-Rebellen seit Ende 2023 den freien Schiffsverkehr im Roten Meer und somit das Funktionieren internationaler Lieferketten, unter der Führung der USA wurde am 19. Dezember 2023 eine internationale Militärkoalition zum Schutz der Seefahrt (Operation Prosperity Guardian) mit folgenden neun Staaten eingeleitet: Bahrain, Frankreich, Italien, Kanada, Niederlande, Norwegen, Seychellen, Spanien, das Vereinigte Königreich. Diese Operation beinhaltet gemeinsame Patrouillen sowie nachrichtendienstliche Unterstützung.³ Der Strategische Kompass der EU hält bereits fest, dass Europa und die EU mit einer gefährlichen Mischung aus bewaffneter Aggression, illegaler Annexion, fragilen Staaten, revisionistischen Mächten und autoritären Regimen konfrontiert sind. Dieses

Umfeld stellt einen Nährboden für zahlreiche Bedrohungen für die europäische Sicherheit dar – von Terrorismus, gewalttätigem Extremismus und organisierter Kriminalität bis hin zu hybriden Konflikten und Cyberattacken, der Instrumentalisierung irregulärer Migration, der Verbreitung von Waffen und der fortschreitenden Schwächung der Rüstungskontrollarchitektur.4 Europa und die Welt sehen sich nun einer Vielzahl von Krisen gegenüber, die sich gegenseitig verstärken. Ein Phänomen, das der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze als Poly-Krise bezeichnet.⁵ Dieser Beitrag setzt sich zum Ziel, die derzeitigen Gefahren für Europa und die EU aufzuzeigen und deren Auswirkungen zu analysieren.

Unipolare Weltordnung? Multipolare Weltordnung? Kampf von Demokratien gegen Autokratien?

Oft wurde von sicherheitspolitischen Analytikern von unipolarer Ordnung gesprochen, wenn es um die Periode 1991 bis 2014 geht. Eine unipolare – so der Tenor – wird nun von einer multipolaren neuen Ordnung abgelöst. Die 23 Jahre zeigen jedoch, dass es weder permanent eine unipolare Ordnung noch eine Ordnung des internationalen Systems an sich gegeben hatte. Bereits seit den 1990er-Jahren gründet die russische Außen- und Sicherheitspolitik auf der sogenannten *Primakow-Doktrin*, benannt nach dem ehemaligen Außenminister Jewgenij Primakow. Diese Doktrin stellt klar:

- Russland soll eine multipolare Welt anstreben, die von einem Konzert von Großmächten geführt wird, die ein Gegengewicht zur einseitigen Macht der USA bilden können;
- Russland sollte auf seine Vorrangstellung im postsowjetischen Raum beharren und die Integration in dieser Region anführen;
- Russland sollte sich der NATO-Erweiterung nach Osten widersetzen.⁶

¹ Vgl. Friedman, Thomas L. (2023): What Israel should know about Gaza, The New York Times International Edition, 14. Dezember 2023, S. 1.

² Vgl. Nereim, Vivian (2023): War widens gap between Arab rulers and citizens, The New York Times International Edition, 14. Dezember 2023, S. 1.

³ Vgl. Tagesschau (2023): USA bilden Militärkoalition gegen Huthi-Miliz, 19.12.2023, 06.20 Uhr: https://www.tagesschau.de/ausland/asien/rotes-meerangriffe-huthis-koalition-usa-100.html [19.12.2023]

⁴ Vgl. Council of the European Union (2022). A Strategic Compass for Security and Defence – For a European Union that protects its citizens, values and interests and contributes to international peace and security, 7371/22, Brüssel, 21. März 2022, S. 8.

⁵ Vgl. Steinvorth, Daniel (2023): Die EU kämpft mit einer Polykrise, Neue Zürcher Zeitung, 27. Oktober 2023, S. 1.

⁶ Vgl. Rumer, Eugene (2019): The Primakov (Not Gerasimov) Doctrine in Action, Carnegie Endowment for

Bevor russische Truppen am 24. Februar 2022 in die Ukraine einmarschierten, nannte Präsident Putin folgende sechs Bedingungen für einen Frieden:

- Keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine;
- Keine NATO-Erweiterung (in seinen Worten: Expansion) bis zu den russischen Grenzen;
- Abzug der US- und NATO-Truppen aus Ostmitteleuropa;
- Abzug der Atomwaffen aus Westeuropa;
- Anerkennung der Annexion der Krim;
- Anerkennung der Staatlichkeit der Donezker Volksrepublik und der Luhansker Volksrepublik.⁷

Putin fordert als Kriegsziele die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine: "Es wird Frieden geben, wenn wir unsere Ziele erreichen. Sie ändern sich nicht." Putin weiter: "Entweder bekommen wir ein Abkommen, einigen uns auf bestimmte Parameter, oder wir lösen das mit Gewalt."8

Insbesondere der Krieg in der Ukraine spiegelt die Divergenz in der Denkweise Pekings sowie Moskaus und Washingtons wider: Nach Ansicht der US-Regierung unter Präsident Josep R. Biden stellt das Vorgehen Russlands eine Herausforderung für die regelbasierte internationale Ordnung dar - ebenso für Präsident Putin das Vorgehen der US-Regierung Biden in Richtung Verwestlichung der Ukraine. Nach Ansicht der regierenden Kommunistischen Partei Chinas zeigt der Krieg in der Ukraine wiederum, dass die "Welt in eine Periode der Unordnung eintritt".9 Zudem betonte Putin in seiner Rede vom 21. Februar 2022 – also kurz vor seiner militärischen Invasion in die Ukraine -, dass die Ukraine ein Kunstgebilde bzw. eine Laune der Geschichte sei.10 So wird von Russland die Existenz der entgegengesetzt Ukraine negiert, zum

International Peace, Washington DC, 5. Juni 2019: https://carnegieendowment.org/2019/06/05/primakov-not-gerasimov-doctrine-in-action-pub-79254 [20.12.2023] ⁷ RT UK, Februar 21, 2022.

sogenannten Sauna-Beschluss von Russland, Belarus und der Ukraine kurz vor Auflösung der Sowjetunion Ende 1991, in dem die damaligen Gründungsmitglieder der Sowjetunion einander garantierten, sich gegenseitig anzuerkennen sowie wirtschaftlich, kulturell und sicherheitspolitisch damals innerhalb einer neu gegründeten Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu kooperieren. Zudem sicherte Russland zu, die Aufnahme von Belarus und die Ukraine als neue unabhängige Staaten in die UNO zu unterstützen und diese als unabhängige Staaten anzuerkennen. Russisches Militär blieb jedoch auf der Krim stationiert; dies wurde von Moskau vorerst bis 2017, danach bis Anfang der 2040er-Jahre durch Abkommen mit Kiew abgesichert.

In dieser sogenannten multipolaren Weltordnung, die sich nun abzeichnet und deren endgültige Form bislang nicht absehbar ist, laufen die EU und Europa selbst jedoch Gefahr, als Spielball zwischen den USA, Russland und aufstrebenden Großmacht China eingeklemmt zu werden. US-Präsident Biden spricht von einer Spaltung der Welt in Autokratien Demokratien¹¹ und einem Kampf zwischen Demokratie und Autokratie, was jedoch widerlegt werden kann: Die USA unterstützen weiterhin selektiv autoritäre Regierungen, wenn diese den Interessen der USA dienen. Von den 50 Ländern, die die NGO Freedom House zu Diktaturen zählt, erhielten im Jahr 2021 35 Militärhilfe aus den USA.12

Zudem ist die Behauptung, eine regelbasierte Ordnung aufrechtzuerhalten, für die USA und die EU nicht mehr glaubwürdig. So sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2023: "Ich bin erstaunt, wie sehr wir das Vertrauen des Globalen Südens verloren haben". 13 Viele Länder in Afrika und Asien sind davon überzeugt, dass der Westen seine eigenen Normen selektiv anwendet und sie häufig im Sinne seiner eigenen Interessen revidiert. So übernahmen von 2021 bis 2023 Militärjuntas die Kontrolle in Ländern wie Mali, Burkina Faso, Gabun und Niger, die als Verbündete des Westens in besonders krisenreichen Regionen

⁸ Vgl. Angerer, Jo (2023): Friede erst nach "Entmilitarisierung", Der Standard, 15. Dezember 2023, S. 2.

⁹ Vgl. Leonard, Mark (2023): China Is Ready for a World of Disorder. America Is Not, Foreign Affairs, Juli / August 2023. S. 117.

¹⁰ Vgl. ORF (2023b): "Der Westen gegen Putin – Ist der Ukraine-Krieg noch zu gewinnen?", Im Zentrum, 17. Dezember 2023, 22.15 Uhr bis 23.10 Uhr.

¹¹ Vgl. Stockman, Farah (2023): Corruption is a threat to Ukraine, The New York Times International Edition, 13. September 2023, S. 1.

¹² Vgl. Spektor, Mathias (2023): In Defence of the Fence Sitters. What the West Gets Wrong About Hedging, Foreign Affairs, Mai / Juni 2023, S. 14.

¹³ Vgl. Miliband, David (2023): The World Beyond Ukraine. The Survival of the West and the Demands of the Rest, Foreign Affairs, Mai / Juni 2023, S. 36.

gelten. Dort wurde die russische Flagge mittlerweile zu einem Kampfsymbol gegen Frankreich und den Westen: "Die russische Flagge ist in Westafrika zu einem Symbol des Widerstands das mit einer antiwestlichen antifranzösischen Haltung verbunden ist", so Kyle Walter, Forschungsleiter beim Technologieunternehmen Logically. Die Hoffnungen auf wirtschaftliche Chancen und sozialen Fortschritt durch Partnerschaften mit Frankreich und dem Westen sind enorm geschwunden.¹⁴ Zudem ging in Afrika die Anzahl von zivilen und militärischen Einsätzen nicht nur Frankreichs, sondern auch der EU drastisch zurück.

Zivilisten bilden stets die größte Gruppe der Opfer in Kriegen – auch heute sowohl im Krieg Russlands gegen die Ukraine als auch im Krieg der Hamas gegen Israel und vice versa. Zudem trägt die Hamas bei ihren Kämpfen keine Uniformen, zwischen Zivilisten und Kombattanten kann hier nicht mehr unterschieden werden. Im Gazastreifen wurden seitens der israelischen Streitkräfte zivile Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten und auch teils Spitäler zerstört, diese wurden seitens der Hamas auch militärisch genutzt. Zudem wurden zahlreiche zivile Einrichtungen durch ein umfassendes Tunnelsystem untereinander verbunden. In der Ukraine zerstörte Russland absichtlich zivile Einrichtungen wie Kirchen, Restaurants, Kindergärten und Wohnhäuser mit schweren Waffen und Raketen, so dass die russische Regierung für den Tod zehntausender Zivilisten verantwortlich ist. Sowohl die ukrainische als auch die israelische Führung kämpfen für die Souveränität ihrer Länder, die im Falle der Ukraine von Russland und im Falle Israels vom Iran und seinen Stellvertretern Hamas, Hisbollah und den Huthi-Rebellen im Jemen nicht nur nicht anerkannt, sondern massiv bedroht wird. Sowohl Russland als auch der Iran beabsichtigen, die Souveränität international anerkannter Staaten auszulöschen.

Der Zerfall der Östlichen Partnerschaft der EU

Durch die NATO-Erweiterung konnte sich die EU ebenso nach Mittel- und Osteuropa ausdehnen. Ursprünglich verkündete die EU ihre

¹⁴ Vgl. Peltier, Elian (2023): As Russia make inroads in Africa, its flags are hot in Niger, The New York Times International Edition, 2. Oktober 2023, S. 4.

Absicht, ihre Prinzipien der Menschenrechte, der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit an die Ränder des Kontinents zu exportieren, um den Ausbruch neuer Konflikte zu verhindern und jene Stabilität und Sicherheit zu verbreiten, die aus Demokratie und Wohlstand erwächst. 15 In Mittel- und Osteuropa wurden die Erweiterungsund Partnerschaftsprojekte zum Anziehungspunkt für viele zivilgesellschaftliche Bewegungen: Daher zielte die 2009 von Polen und Schweden initiierte Östliche Partnerschaft auf die politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration der folgenden Länder ab: Moldawien, Ukraine, Belarus sowie Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Große Teile der Republik Moldawiens und Georgiens sind jedoch nach wie vor in politische und territoriale Streitigkeiten mit Russland verwickelt: In Georgien beispielsweise besteht die größte Herausforderung nach wie vor im Zerfall des Landes - die abtrünnigen Landesteile Abchasien und Südossetien haben nach dem russischen Einmarsch in Georgien im August 2008 ihre Unabhängigkeit erklärt. Mit Nagorno-Karabach dem Einmarsch in annektierte Aserbaidschan das von Armenien Anfang der 1990er-Jahre eroberte Gebiet wieder zurück, 120.000 Armenier verließen daraufhin ihr angestammtes Land und flohen nach Armenien. Nagorno-Karabach wurde von Aserbaidschan als Verwaltungseinheit Ende 2023 aufgelöst, die Spannungen Armenien zwischen Aserbaidschan verschärften sich dadurch. Ein Frieden zwischen beiden Ländern scheint derzeit nicht in Sicht. Armenien gehört zudem der Organisation des Vertrags für die kollektive Sicherheit an und wäre somit dadurch wie Belarus für einen Annäherungsprozess an die EU allein deshalb ungeeignet. Aserbaidschan schon erscheint als Energielieferant für die EU als attraktiv, unterhält jedoch äußerst energiepolitisch engste Beziehungen zu Russland. demokratischen Entwicklungen Von Aserbaidschan kann zudem keine Rede sein.

Die Ukraine war seit 2014 zunächst in einen Krieg mit russischen Stellvertretern in Donezk und Luhansk verwickelt, der am 24. Februar 2022 zu einem offenen Krieg mit Russland führte. Das Ziel des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist es, zu verhindern, dass die Ukraine zu einem "nationalistischen Anti-Russland" und zum "Aufmarschgebiet des Westens gegen Russland"

 $^{^{15}}$ Vgl. Ferrero-Waldner, Benita (2004): "Wir machen der Ukraine ein Angebot", Die Presse, 23. Dezember 2004, S. 14.

wird. ¹⁶ Dieser russische Großkrieg in der Ukraine bedeutet jedoch einen eklatanten Bruch der gesamten europäischen Sicherheitsordnung und eine Bedrohung der Stabilität des europäischen Kontinents. ¹⁷

Belarus wiederum bildete 1999 gemeinsam mit Russland einen Unionsstaat, der allerdings nur auf dem Papier existierte. Im Dezember 2018 schlug der russische Premierminister Dmitri Medwedew vor. dass Russland den belarussischen Zentralbank und die Gerichte Zoll, die übernehmen könnte, und betonte, dass Russland bereit wäre, beim Aufbau eines Unionsstaates weiterzugehen. Außerdem wurde Russland zum größten Wirtschaftsmarkt von Belarus. 18 Am 14. Dezember 2018 sagte Präsident Aljaksandr Lukaschenko gegenüber russischen Journalisten: "Wenn jemand [Belarus] in Regionen aufteilen und uns zwingen will, ein Untertan Russlands zu werden, wird das niemals passieren."19 Doch seit 2020, als Präsident Lukaschenko einen Volksaufstand vor den anstehenden Wahlen brutal niederschlug, hat Belarus die Abhängigkeit von Russland verstärkt. Obwohl die Regierung in Minsk sich weigert, die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 anzuerkennen, begann 2022 Russland, Belarus als militärische Operationsbasis gegen die Ukraine zu nutzen.

Russland wird von all diesen Ländern der Europäischen Östlichen Partnerschaft in erster Linie als Militärmacht gesehen, die diese Staaten einer Vertiefung und Stärkung politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur NATO und zur EU abhalten will. Aufgrund schwerwiegender geopolitischer Veränderungen in Osteuropa und im Südkaukasus - die Armenier verließen Berg-Karabach im September 2023, nachdem aserbaidschanische Truppen in diese Region einmarschiert waren, die enge Annäherung von Belarus an Russland seit 2020 und Russlands Krieg gegen die Ukraine ab 2022 sowie die wirtschaftliche Anbindung Georgiens als Export- und Tourismusland an Russland - kann die Östliche Partnerschaft als gescheitert betrachtet werden.

Das Verhältnis EU-China wird konfrontativer

2023: Ungarns Peking, Mitte Oktober Ministerpräsident Viktor Orbán traf russischen Präsidenten Wladimir Putin auf dem Gipfeltreffen der Belt and Road Initiative und schüttelte ihm herzlich die Hand. Später erklärte Viktor Orbán in Brüssel, er sei stolz darauf, der Einzige in der EU zu sein, der sich aktiv um Frieden in der Ukraine bemüht. Kommissarin Věra Jourová nannte Orbáns Vorgehen daraufhin einen Akt des Verrats.²⁰

In ihren Beziehungen zu China zeigten sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten äußerst naiv mit leichtfertigen Verkäufen von Teilen ihrer Verkehrsinfrastruktur, wie z.B. Häfen, an die Volksrepublik; Piräus wurde durch Schuldenerlasspolitik, die die EU Griechenland im Zuge der Finanzkrise 2007/2008 auferlegte, nach und nach chinesisch. In den letzten 20 Jahren hatte China massive Beteiligungen an Häfen in der EU erworben - von Griechenland Italien. Spanien. Frankreich. Großbritannien, Belgien und Deutschland - und im Nahen Osten und Nordafrika.²¹ Darüber hinaus wurden Hightech-Unternehmen Europa - etwa in den Bereichen künstliche Intelligenz, Automobilbau und Flugzeugbau – an China verkauft. Im Jahr 2018 erwarb ein von chinesischen Investoren unterstütztes Unternehmen einen 76-prozentigen Anteil am Hafen von Zadar; ein anderes chinesisches Konsortium war daran interessiert, in den Hafen von Rijeka zu investieren, aber Anfang 2021 annullierte Kroatien eine Ausschreibung, bei der Unternehmensgruppe das niedrigste Angebot abgegeben hatte, offenbar auf Druck der USA und der EU.²² China verkündete 2013 das heute weltumspannende geoökonomische Infrastrukturprojekt der "Neuen Seidenstraße" ("Belt and Road Initiative - BRI"). Bis Ende 2023 wurden umgerechnet an die 1,2 Billionen

¹⁶ Vgl. Hauser Gunther (2023): Der Kampf der Ukraine um ihre Unabhängigkeit und dessen Folgen für Europa, in: JIPSS (Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies), veröffentlicht von ACIPPS, Vol. 36, No. 2/2022, Graz, S. 14.

¹⁷ Vgl. Fasslabend, Werner (2023): The War against Ukraine and the Global Power Structure, AIES Fokus 3/2023, Wien, S. 1.

 $^{^{18}}$ Vgl. The Economist (2019): Belarus: He had a friend in Minsk, 12. Januar 2019, S. 21-22.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Vgl. Steinvorth, Daniel (2023): Die EU kämpft mit einer Polykrise, Neue Zürcher Zeitung, 27. Oktober 2023, S. 1.

²¹ Vgl. Hauser, Gunther (2022): Chinese Geo-Economics and Strategic Interests in the Broader Mediterranean Region, in: Proceedings, No XXI, Estonian Academy of Security Sciences, Tallinn, S. 63-98.

²² Vgl. Šabić, Senada Šelo (2022): Chinese Influence in Croatia, Center for European Policy Analysis (CEPA), Report, Insights & Analysis, 12. August 2022, S. 3.

Euro seitens der Volksrepublik dafür ausgegeben - in Afrika, Asien, Australien, Europa und in Lateinamerika. 150 Staaten schlossen sich diesem Projekt an, 21.000 Projekte wurden bereits finanziert. Zahlreiche Länder gerieten dadurch in eine Schuldenfalle gegenüber China, in Asien beispielsweise Laos oder Sri Lanka, in Europa Montenegro. China ist derzeit bestrebt, diese Seidenstraße" verstärkt geopolitischen Zielsetzungen auszurichten.²³ Im derzeit (noch) von den USA dominierten Weltwirtschaftssystem ist China vergangenen 30 Jahren einerseits zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt aufgestiegen. Andererseits ist das politische Führungssystem im Sinne des Marxismus-Leninismus chinesischer Prägung nicht nur unverändert geblieben, sondern gesellschafts- und wirtschaftspolitisch noch restriktiver geworden. Hongkong verlor seine Autonomie, das Prinzip ein Land/zwei Systeme wurde 2019 und dem Folgejahr von Peking abgeschafft, nachdem die Zentralregierung damit begonnen hatte, die heftigen Studentenproteste gewaltsam aufzulösen. Darüber hinaus nahmen die wirtschaftlichen Spannungen mit Australien zu, ebenso wie die militärischen Spannungen mit Indien entlang der Line of Actual Control (LOAC) und der politische Druck auf Taiwan, sich mit der Volksrepublik China wiederzuvereinigen.

China baute seine Besitzansprüche, insbesondere im Südchinesischen Meer, massiv aus, während der Quadrilaterale Sicherheitsdialog (Quad) mit Australien, Japan, Südkorea und Indien seine Sicherheitskoordination mit den USA ausweitete: "Unsere kollektiven Anstrengungen im nächsten Jahrzehnt werden darüber entscheiden, ob es der VR China gelingt, die Regeln und Normen, die dem Indo-Pazifik und der Welt zugutegekommen sind, zu verändern", heißt es in der Indo-Pazifik-Strategie der USA vom Februar 2022.²⁴

Im Februar 2018 verabschiedete der damalige US-Präsident Donald Trump einen Strategierahmen der USA für die indopazifische Region als Teil seiner nationalen Sicherheitsstrategie und legte einige Elemente einer auf China

Vgl. ORF (2023a): "Neue Seidenstrasse", ECO-Wirtschaftsmagazin, 14. Dezember 2023, ORF 2, 22.30 Uhr bis 23.05 Uhr, hier 22.55 Uhr bis 23.04 Uhr.
 Vgl. The White House (2022): Indo-Pacific Strategy of The United States of America, Washington DC, 11. Februar 2022, S. 5.

ausgerichteten Industriestrategie fest.25 Infolgedessen wurden chinesische Unternehmen daran gehindert, Ausrüstung für 5G-Dienste zu liefern, und die USA begannen, ihre Abhängigkeit von chinesischen Importen und Investitionen zu verringern. Als Reaktion auf die Embargo- und Sanktionspolitik der USA verkündete China daher seine Dual-Circulation-Strategie, die auf eine nachhaltige Stärkung des heimischen Marktes abzielt.26 So begann China, seine Bemühungen zu verstärken, sich von der Abhängigkeit vom Weltmarkt zu lösen.²⁷ Der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Joseph R. Biden, Jake Sullivan, sagte, dass Außen- und Innenpolitik mehr denn je zusammenhängen, zum Beispiel im Fall der amerikanischen Bemühungen, Chinas Zugang zu fortschrittlicher Technologie zu beschränken.²⁸

Daher drängte China die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) zu einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit. sicherheitspolitischen BRICS-Staaten beschlossen auf ihrem Gipfel in Johannesburg am 9. und 10. September 2023, die BRICS bis 2024 um Argentinien, Ägypten, Saudi-Arabien und Äthiopien, Iran, Vereinigten Arabischen Emirate zu erweitern. Jedoch entschied sich die neue argentinische Regierung unter Javier Milei im Dezember 2023, nicht der BRICS beizutreten; die Entscheidung der Vorgängerregierung wurde somit maßgeblich revidiert. Argentinien könnte sich wieder dem Westen annähern. Den BRICS gehören seit 2024 somit zehn Staaten an, die etwa die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen und einen Anteil von 37 Prozent am globalen BIP haben werden mehr als die G7 (30 Prozent). Die Kernprinzipien Indiens und Südafrikas bleiben im Sinne der Politik der strategischen Autonomie weiterhin außerhalb ieder sicherheitsoder verteidigungspolitischen Allianz; Indien betont das Prinzip der Nichteinmischung und lehnt Bündnisbeziehungen strikt ab.29

²⁵ Vgl. Allen, Bethany (2023): Beijing Rules. China´s Quest for Global Influence, John Murray (Publishers), London, S. 37.

²⁶ Vgl. Staack, Michael (2023): Chinas Selbstverständnis und die Sicherheitskonstellation in Ostasien. Gibt es (noch) eine Chance für kooperative Sicherheit? WIFIS aktuell, Volume 72, S. 14.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Vgl. The Economist (2023): Biden's bandwith. The overstretched superpower, The Economist, 28. Oktober 2023, S. 21.

²⁹ Vgl. Staack, Michael (2023): Chinas Selbstverständnis und die Sicherheitskonstellation in Ostasien. Gibt es

Zwischen den westlichen (sozialen) Marktwirtschaften und der sozialistischen Marktwirtschaft der Volksrepublik China findet jedoch eine große wirtschaftliche Konkurrenz statt. Seit COVID-19-Pandemie sieht sich gezwungen, strategische Antworten auf globale Lieferkettenunterbrechungen und Großmachtrivalität zu geben, um die Resilienz der Union und ihrer Bevölkerungen zu stärken. Die US-Regierung unter Präsident Biden hatte im September 2022 das CHIPS-Gesetz eingeführt, das darauf abzielt, die Halbleiterproduktion mithilfe von Subventionen von China und Taiwan in die USA zu verlagern und somit auch internationale Unternehmen in die USA zu bringen.

Dieses CHIPS-Gesetz könnte auch die Produktion bzw. Zielsetzungen die Produktion von Halbleitern in der EU, Japan und Südkorea gefährden. Daher reagierten Regierungen in Südkorea, Japan und Taiwan mit eigenen konkurrierenden Subventionen Halbleiter.30 Der südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol bezeichnete im Juni 2023 den Wettbewerb um Chips als einen "totalen Krieg".31 machen Halbleiter 20 Prozent südkoreanischen Exporte aus.32

Zudem beäugen sich im Pazifik China und die USA mit zunehmender Feindseligkeit Amerikanische Analytiker Misstrauen. ostasiatischen Politik meinen sogar, dass beide Länder wegen Taiwan in einen Krieg geraten könnten.33 Chinas damaliger Außenminister Qin Gang warnte im April 2023 vor "gefährlichen" Konsequenzen für Länder, die sich in Taiwan einmischen, indem er sagte, dass "diejenigen, die mit dem Feuer spielen [...], schließlich verbrannt werden" inmitten erhöhter Spannungen um Taiwan.34 Diese Gefahren veranlassten den US-Präsidenten Biden zu der Erklärung, dass die Welt "zum ersten Mal seit der Kubakrise" im Jahr 1962 von der Vernichtung bedroht sei. 35 In einer Rede in Moskau sagte der russische Präsident Putin, die 2020er-Jahre seien "das gefährlichste Jahrzehnt" seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. 36

Der Indo-Pazifik ist keine Region, sondern ein politisches Konzept.³⁷ Am 16. September 2021 verabschiedete die EU ihre Indo-Pazifik-Strategie (Gemeinsame Mitteilung über die EU-Strategie für die Zusammenarbeit im Indo-Pazifik, 16. September 2021). Laut dieser Strategie wirken sich fünf entscheidende Sicherheitsfragen direkt auf die Sicherheit und den Wohlstand der EU aus: maritime Sicherheit, nukleare Sicherheit und Nichtverbreitung, Cybersicherheit, Handel und Terrorismus. Die EU bietet sozusagen als Antwort auf derartige Bedrohungen militärische Einsatzmodelle wie die Operation Atalanta, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO), die Europäische Friedensfazilität (EPF), die Cyber-Politik und die koordinierte maritime Präsenz als Komponenten Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) an. Folgende Länder im indopazifischen Raum unterzeichneten Partnerschaftsrahmenabkommen mit der EU (Framework Partnership Agreements - FPA): Australien, Neuseeland, Südkorea und Vietnam. Die EU sieht in einem FPA ein ideales Instrument zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den GSVP-Missionen der EU und ihren Partnern. Südkorea hat zur Operation Atalanta beigetragen, Neuseeland hat dies in der Vergangenheit getan.38

Aufseiten der USA geht es nach wie vor in erster Linie um die Verwirklichung des Konzepts einer umfassenden Absicherung und Eindämmung von China. Insbesondere Deutschland hingegen hat in seinen Indo-Pazifischen Leitlinien 2020 ursprünglich einen inklusiven, China einbeziehenden Ansatz betont.³⁹ Als starke Wirtschaftsmacht will China die Entwicklung der

⁽noch) eine Chance für kooperative Sicherheit? WIFIS aktuell, Volume 72, S. 28.

³⁰ Vgl. Kamin, David; Kysar, Rebecca (2023): The Perils of the New Industrial Policy. How to Stop a Global Race to the Bottom, Foreign Affairs, Mai / Juni 2023, S. 93 u. 99.

³¹ Vgl. Liu, John; Young, Jin Yu (2023): Chip war with Beijing tests critical U.S. ally in Asia, The New York Times International Edition, 2. Oktober 2023, S. 7.

³² Ebenda.

³³ Vgl. Rao, Nirupama (2023): The Upside of Rivalry. India's Great-Power Opportunities, Foreign Affairs, Mai / Juni 2023, S. 17.

³⁴ Vgl. Leahy, Joe; Davis, Christian (2023): Beijing warns of 'dangerous' outcomes if west meddles with Taiwan, Financial Times Weekend, 22 April / 23 April 2023, S. 4.

³⁵ Vgl. Rao, Nirupama (2023): The Upside of Rivalry. India's Great-Power Opportunities, Foreign Affairs, Mai / Juni 2023, S. 17.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Vgl. Pacheco Pardo, Ramon; Leveringhaus, Nicola (2022): Security and defence in the Indo-Pacific: What is at stake for the EU and its strategy? In-Depth Analysis: https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/653660/EXPO_IDA(2022)653660_EN.pdf [08.01.24]; S. 3-6.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Vgl. Staack, Michael (2023): Chinas Selbstverständnis und die Sicherheitskonstellation in Ostasien. Gibt es (noch) eine Chance für kooperative Sicherheit? WIFIS aktuell, Volume 72, S. 11.

des Regeln, Normen und Institutionen internationalen Systems beeinflussen und die globale aktiv mitgestalten.40 Agenda Das Auftreten der Volksrepublik China als globaler politischen Akteur eigenen mit wirtschaftlichen globalen Gestaltungsmodellen stellt eine zentrale Herausforderung für die Entwicklung der internationalen Politik dar.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine und sein anhaltender Krieg gegen die Ukraine führten zu einer Renaissance der NATO und der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Infolgedessen wurde ein neuer östlicher Schutzschild mit der Ukraine, Polen, Estland, Lettland und Litauen Schweden gebildet.41 Finnland und Finnland wurde bereits am 4. April 2023 Mitglied der NATO, Schweden soll frühestens 2024 folgen. Die Ukraine wurde zu einem Grenzstaat und kann daher nicht mehr als Pufferstaat definiert werden.42 Nun wird die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wieder im Rahmen der US-geführten NATO gestaltet⁴³ solange US-Präsident Joseph Biden und die Demokraten die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik gestalten. Das könnte sich ändern, wenn die Republikanische Partei die Präsidentschaftswahlen 2024 gewinnen sollte; sie hat ein geringes Interesse an einer militärischen Unterstützung der Ukraine gezeigt und ist bestrebt, die Migrationsströme Richtung USA zu drosseln. Viktor Orbán und Robert Fico - beide Premierminister aus den NATO-Staaten Ungarn und der Slowakei - sind nicht bestrebt, die Ukraine militärisch zu unterstützen. In diesem Kontext blockierte Ungarns Premierminister Orbán vorerst EU-Hilfen für die Ukraine im Umfang von 50 Milliarden Euro.44 Bis Ende 2023 hatte die EU insgesamt 133,2 Milliarden Euro an Hilfe für die Ukraine bereitgestellt, die USA 71,4

⁴⁰ Ebenda, S.12.

Milliarden US-Dollar.45 In einer Fernsehdiskussion Mitte Dezember 2023 betonte der Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich, Martin Selmayr, dass die NATO "Europa" "schwach" und bei sei Munitionsbeschaffung massiv aufholen müsse.46 Diese sollte - wie bei der Beschaffung von Impfstoffen während der Coronakrise - zentral erfolgen. Jedoch existiert in der EU kein einziger Munitionsbetrieb, der diese vollumfassend durchführt, somit können auch keine Drittländer im Kriegsfall (wie die Ukraine) mit Munition versorgt werden. Zudem zeigten sich die Sanktionen gegen Russland als wirkungsloser als erhofft, so Selmayr, diese sind "zu schwach gewesen" und müssten deshalb "intensiviert" werden.⁴⁷ Oberst des Generalstabsdienstes Markus Reisner von der Theresianischen Militärakademie betonte in diesem Zusammenhang, dass die USA sowie die EU zu einem "Kulminationspunkt" gekommen sind, an dem sie folglich die Ukraine ernsthafter unterstützen müssen, jedoch zaudern Washington und Brüssel, der Ukraine stärkere militärische Unterstützung zukommen zu lassen. Reisner leitete ab: "Man kann einen Krieg nicht halbherzig führen."48 Bereits im Falle der Annexion der Krim durch Russland haben die Sanktionen gegen Russland zwischen 2014 und 2022 nicht dazu geführt, dass Russland die Krim an die Ukraine zurückgegeben hat. Zudem wurde die Regierung in Russland autoritärer und die demokratische Opposition seit 2014 vollständig zum Schweigen gebracht, interne politische und wirtschaftliche Reformen wurden gestoppt, Russland selbst hat Kriegswirtschaft eingeführt. Seit 2022 verhängte die EU insgesamt zwölf Sanktionspakete gegen den russischen Staat. Aber außerhalb Europas und Nordamerikas steht die Verteidigung der Ukraine nicht im Vordergrund, selbst in Europa Nordamerika wird diese zunehmend bezweifelt und politisch wie ökonomisch untergraben. Wenige Regierungen billigen die russische Invasion in die Ukraine, doch die wenigsten Regierungen außerhalb Europas lassen sich davon überzeugen, dass der Kampf für Freiheit und Demokratie in der Ukraine auch der ihre ist.⁴⁹ Darüber hinaus leben nach Angaben der Economist Intelligence Unit etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung in Ländern wie Brasilien,

⁴¹ Vgl. Fasslabend, Werner (2023): The War against Ukraine and the Global Power Structure, AIES Fokus 3/2023, Wien, S. 1.

⁴² Vgl. Biscop, Sven (2023): The New Geopolitics of Europe, Alpbach Panorama. Bold Europe. European Forum Alpbach 2023, August 2023, S. 27.

⁴³ Vgl. Fasslabend, Werner (2023): The War against Ukraine and the Global Power Structure, AIES Fokus 3/2023, Wien, S. 3.

⁴⁴ Vgl. ORF (2023b): "Der Westen gegen Putin – Ist der Ukraine-Krieg noch zu gewinnen?", Im Zentrum, 17. Dezember 2023, 22.15 Uhr bis 23.10 Uhr.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Ebenda.

^{**} Ebenda.

 $^{^{\}rm 49}$ Vgl. Miliband, David (2023): The World Beyond Ukraine. The Survival of the West and the Demands of the Rest, Foreign Affairs, Mai / Juni 2023, S. 36.

Indien, Indonesien und Südafrika, die offiziell neutral sind oder Russland unterstützen.⁵⁰ Viele der sogenannten Entwicklungsländer haben die westlichen Sanktionen gegen Russland nicht unterstützt und halfen Putin sogar, diese zu umgehen.⁵¹ Im Fall der Ukraine geht es darum, dass sich das Land umfassend gegen Russland verteidigen kann, gemäß dem Selbstverteidigungsrecht der Charta der Vereinten Nationen, das Existenzrecht der Ukraine bleibt in Gefahr, so Vasyl Khymynets, Botschafter der Ukraine in Österreich.⁵² Friede ist mit Russland demnach nur möglich, wenn der letzte russische Soldat die Ukraine verlässt.⁵³ Putin jedoch glaubt, so Oberst d. G. Markus Reisner, er könne die Situation "aussitzen" und danach eventuell das nächste Land (beispielsweise Moldawien) "holen". So benötigt die Ukraine mehr moderne Waffen, um auf Russland mehr politischen Druck ausüben zu können, um auch gezielter russische Logistikpunkte angreifen zu können. Verhandeln könne man somit ausschließlich aus der Position der Stärke. Das Schicksal des russischen Präsidenten ist "auf Gedeih und Verderb" mit dem Schicksal der Ukraine verbunden.⁵⁴ Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer betonte, die Ukraine kämpft, damit die russische Armee nicht näher an die österreichische Staatsgrenze oder an NATO-Staaten kommen könne.55 Würde der Westen die Militärhilfe an die Ukraine einstellen, könnte die Volksrepublik China umso mehr motiviert sein, Taiwan militärisch einzunehmen. Bereits im Herbst 2023 erhob das nächste Land Anspruch auf den Großteil der Fläche seines Nachbarlandes. Demnach beabsichtigt Venezuelas Präsident Nicolás Maduro über ein Referendum eine Annexion von 60 Prozent von Guyana zu erreichen.

Im Fall Israel / Hamas unterstützten die meisten Länder der Welt eine Resolution der UN-Generalversammlung, die ein Ende des Leidens der Zivilbevölkerung forderte, nachdem Israel als Reaktion auf die brutale Ermordung von etwa 1200 israelischen Bürgern Anfang Oktober 2023

⁵⁰ Ebenda, S. 37.

tausende Angriffe auf Gaza-Stadt gestartet hatte. Auch hier war die EU uneins, wie sie mit dieser Situation umgehen sollte: Während Kroatien, Österreich, die Tschechische Republik und Ungarn am 26. Oktober 2023 gemeinsam mit den USA und Israel diese völkerrechtlich nicht verbindliche Resolution ablehnten, enthielten sich Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, Litauen, die Niederlande, Polen, Rumänien, die Slowakei, Schweden und Zypern. Belgien, Frankreich, Irland, Luxemburg, Malta, Portugal, Slowenien und Spanien unterstützten zusammen mit Liechtenstein, der Schweiz und Norwegen diese Resolution.56

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte in ihrer Rede zur Lage der Union am 13. September 2023 zwar die "Geburt einer geopolitischen Union" an. Auf ukrainischer Seite nahm jedoch die EU eine unmissverständliche Haltung ein und zeigte zum ersten Mal ihre indem sie Unterstützung, gegenüber Regierung in Kiew über die Europäische Friedensfazilität (EPF) koordinierte Militärhilfe leistet – jedoch mit äußerst bescheidenem Erfolg für die Ukraine. Ein Sieg der Ukraine wird hiermit nicht möglich. Von der Leyen erklärte am 13. September 2023 zudem, dass die "Zukunft der Ukraine [...], des westlichen Balkans [...] (und) Moldawiens in unserer Union liegt".57 Mit der Ukraine und Moldawien wurde am 15. Dezember 2023 beschlossen, EU-Beitrittsgespräche einzuleiten. Zudem soll Georgien im Frühjahr 2024 den Status eines Beitrittskandidaten erhalten, auch ist die EU bestrebt, Beitrittsverhandlungen mit Bosnien-Herzegowina aufzunehmen, dieses Land die formalen Kriterien dafür erfülle.58

Die EU ist immer noch auf der Suche nach ihrer strategischen Autonomie. Es bleibt die Frage offen, ob die EU jemals eine derartige Autonomie erreichen kann. Bei der Verteidigung ist die EU weiterhin stark auf die militärischen Fähigkeiten der USA angewiesen, bei der Energiepolitik orientiert sich die EU seit 2022

⁵¹ Vgl. Guriev, Sergei (2023): Europe's Economic Lessons from Russia's War against Ukraine, Alpbach Panorama. Bold Europe, European Forum Alpbach 2023, August 2023. S. 26.

⁵² Vgl. ORF (2023b): "Der Westen gegen Putin – Ist der Ukraine-Krieg noch zu gewinnen?", Im Zentrum, 17. Dezember 2023, 22.15 Uhr bis 23.10 Uhr.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Ö1 (2023): Ö1-Abendjournal, 15. Dezember 2023, 18.06 Uhr.

⁵⁶ Vgl. UNO (2023): Gaza crisis: General Assembly adopts resolution calling for humanitarian truce, civilian protection, 27 October 2023. And: UN General Assembly Resolution on Protecting of Civilians and Upholding Lagal and Humanitarian Obligations, A/ES-10/L.25, 26. Oktober 2023., S. 1.

⁵⁷ Hauser, Gunther (2023), Rede zur Lage der Union (EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen), Mitschrift des Autors, 13. September 2023.

⁵⁸ Vgl. Mayer, Thomas (2023): Der Weg der Ukraine in die EU ist frei, Der Standard, 15. Dezember 2023, S. 3.

zunehmend am Westen. Russland steigert seine Rüstungsproduktion ganz erheblich - bis 2024 auf 10,8 Billionen Rubel (umgerechnet etwa 111 Milliarden Euro) - folglich laut Beschluss der Duma um mehr als 60 Prozent. Weiters kündigte Vladimir Putin verstärkte Militärpräsenz nahe der Grenze zu Finnland an, zudem richtete Russland 2024 den Militärdistrikt Leningrad ein. Verteidigungsminister Deutschlands Boris Pistorius warnte Ende 2023 eindringlich vor weiteren Angriffen Russlands auf Europa. In der NATO selbst, so Pistorius, herrsche "massiver Nachholbedarf'. Es gelte demnach, vorzubereiten bzw. nachzulegen: "Wir haben jetzt ungefähr fünf bis acht Jahre, in denen wir aufholen müssen - sowohl bei den Streitkräften als auch in der Industrie und Gesellschaft." Im November 2024 - sollte die Republikanische Partei in den USA Präsidentenwahlen gewinnen - könnte diese Situation zu neuen transatlantischen Gräben führen. Daher muss die EU ihre Außen-, Sicherheits- und Verteidigungs-politik erneut umfassend definieren, um strategisch autonomer zu werden. Im Jahr 2018 bezeichnete der damalige republikanische Präsident Donald J. Trump die EU als einen der größten Feinde der USA.⁵⁹ Der transatlantische Liberalismus gerät seitdem zunehmend unter Druck, mit ihm das Prinzip einer offenen Weltwirtschaft. Nun wird es zunehmend infrage gestellt - insbesondere USA (und ihren Wirtschaftsdie protektionismus), durch westliche Gesellschaften selbst aufgrund von Inflation und Verlust des Wohlstandes, aber auch durch das System des autoritären Staatskapitalismus der Volksrepublik China. Hinzu kommt, dass sich Russland zunehmend mit China verbündet, wenn auch nur als Juniorpartner. Seit Russland Krieg gegen die Ukraine führt, hat Russland die meisten wichtigen Absatzmärkte in Europa verloren, jedoch Richtung China und Indien aufgestockt: bis Februar 2023 ist der Anteil Europas an den russischen Ölexporten von über 50 % im Jahr 2021 auf etwa 8 % gesunken. Von den weltweiten Ölexporten Russlands wurden etwa 53 % des Rohöls und 54 % der Ölprodukte nach Europa exportiert. Gazprom trug im Jahr 2021 rund 24 % zum weltweiten Gashandel bei und schickte 83 % seiner Pipeline-Gasexporte und 44 % seiner LNG-Exporte nach Europa.60 Russland begann, sich nach anderen Märkten wie Indien, China und der Türkei umzusehen - mit Erfolg. Für die EU sollte 2024 ein entscheidendes Jahr sein, um resilienter und strategisch autonomer zu werden - in Zeiten zunehmend politisch, wirtschaftlich ausgetragener militärisch zwischen Russland und dem Westen sowie auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zwischen China und den USA. Eine Einstellung der militärischen Ukraine-Hilfe könnte ermutigen, mehr militärischen Druck auf Taiwan auszuüben. 2024 zeichnen sich zudem in zahlreichen Ländern der EU und in den USA Richtungswahlen ab, die die derzeitige Politik der USA und der EU gegenüber den USA massiv ändern könnten.

⁵⁹ Vgl. Vazquez, Maegan (2018): Trump calls the European Union a 'foe' of the United States, CNN, Updated 3:06 AM EDT, Monday, 16. Juli 2018: https://edition.cnn.com/2018/07/15/politics/donald-trump-european-union-foe/index.html [08.01.2024]

⁶⁰ Vgl. Jordan, Claire, Husbands, Steve (2023): Europe's Not Buying: The >Impact of Lost Gas Markets for Gazprom and Russia, RUSI Commentary, Royal United Services Institute (RUSI), London, 5. Mai 2023, S. 1.

Ein resilientes EUropa?

Ursula Plassnik

Die kommende **Dekade** wird für die Europäer und die EU zum Jahrzehnt einer multidimensionalen **Selbstbehauptung**: verteidigungspolitisch, ökonomisch im Sinne globaler Wettbewerbsfähigkeit, gesellschaftlich als weltweit größtes Demokratie-Projekt. Es geht um nichts weniger als die Bewahrung von Frieden und Freiheit nach dem Zusammenbruch der europäischen Sicherheitsarchitektur, spätestens durch den von Wladimir Putin losgetretenen Überfall auf die Ukraine.

Die von BK Olaf Scholz proklamierte «Zeitenwende» ist der Trigger-Moment für ein radikales sicherheitspolitisches Neudenken: Der russische Angriff auf den Nachbarn Ukraine am 24.2.2022 hat zunächst die wirtschaftliche EU-Führungsmacht Deutschland aus der sicherheitspolitischen Träumerei geweckt. Unterfüttert hat der deutsche Bundeskanzler seine Ankündigung durch die Zusage von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr. Es sind also nicht leere Worte, sondern budgetäre Rahmen-Verpflichtungen. Nun geht es darum, planerisch und operativ daraus europaweit die notwendigen Folgen zu ziehen.

Die globalen Herausforderungen beträchtlich und bedürfen simultaner Bearbeitung. Ihre gegenseitigen Auswirkungen erhöhen die Komplexität der Problemlage. Europa, allen voran die EU, muss einen eigenen Weg finden. Es geht für die EU in der kommenden Dekade um nichts weniger als politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Selbstbehauptung. Der autoritär-aggressive russische Neoimperialismus fordert auch das demokratisch-pluralistische europäische Lebensmodell heraus. Die lang gewohnte und tief verankerte sicherheitspolitische Abhängigkeit Europas von den USA wirft dabei knifflige Fragen auf.

1. Alter vs. neuer Hegemon: Das Ringen zwischen China und den USA wird den Druck auf die EU, eindeutig Stellung zu beziehen, deutlich erhöhen. Unter einem Präsidenten Trump wird das wohl dramatischere Formen annehmen als unter Biden, etwa bei allfälligen Sanktionen wegen Taiwan. Zudem muss sich die EU im Bereich wirtschaftliche Sicherheit rüsten, um ihre Unabhängigkeit in Schlüssel-

sektoren zu erhöhen (incoming/outgoing investment screening, Exportkontrollen, dual-use Güter, Forschungssicherheit auf Universitäten).

- 2. Das Comeback der Gewalt: Auch in Europa wird militärische Gewalt wieder als Mittel zur Erreichung politischer Ziele eingesetzt. Haben wir kollektiv verlernt, mit Gewalttätern und Kriegsverbrechern umzugehen? Insofern war das rasche und geschlossene Handeln der EU als Reaktion auf den russischen Angriff eine überraschend positive Erfahrung. Wie lange hält diese Einheit? Die Erkenntnis, dass die Zeiten billiger oder gar kostenloser Sicherheit sind, bedeutet iedoch Investitionen in Ausrüstung und Training der Armeen sowie in - möglichst gemeinsame europäische - Herstellung von Waffen und Militärgütern.
- 3. Alles wird zur Waffe: Menschen (zynisch als Flüchtlinge an die EU-Grenzen geschleust), Energie (Ausnutzung einseitiger Abhängigkeit von einem single provider), Handel (nur mehr mit Partnern), Freunden und Technologie (Exportstopp heikler Produkte und Verfahren), Lieferketten (Umgehung oder Ausschluss unliebsamer Partner durch home-shoring, nearfriend-shoring), Rohstoffe (kritische Mineralien). Ganz zu schweigen Cybersecurity.
- 4. Inventar unserer Verletzlichkeiten: Die Pandemie hat uns gezeigt, wie unerwartet abhängig wir selbst bei einfachen Produkten wie Schutzmasken von funktionierenden globalen Lieferketten sind. Es gilt, sie kritisch zu überprüfen, anzupassen und gegebenenfalls neu zu organisieren. Sicherheitspolitisch ist die reiche EU beispielsweise zwar willens, aber nicht fähig, das selbstgesteckte Ziel von einer Million Artilleriegeschossen für die Selbsthilfe der Ukraine binnen Jahresfrist aufzustellen. Ganz abgesehen davon, dass die NATO als de facto europäischer Armee unter einem Präsidenten Trump den Europäern wohl kaum weiter Sicherheit zum Billigtarif gewährleisten
- 5. Globaler Süden sucht eigenen Weg: Viele im Globalen Süden widersetzen sich dem Druck, im Krieg gegen die Ukraine klar Stellung zu beziehen. Breitgefächerte antiwestliche, antikolonialistische, revanchistische Gefühle koagulieren zu Offenheit gegenüber undemokratischen Regierungen und opportunistischer Schaukelpolitik gegenüber den bisherigen Partnern USA und EU. Ein entsprechendes

Neudenken der EU-Politik ist dringend erforderlich. Die Zukunft liegt in Partnerschaften auf Augenhöhe.

- 6. Klimawende braucht Rohstoffe: Die ausreichende Versorgung mit CO2-freier Energie erfordert den gesicherten Zugang zu kritischen Rohstoffen. Diese wiederum werden weltweit nachgefragt und sind nur beschränkt verfügbar. Die EU-Kommission hat dringenden Handlungsbedarf, will Europa nicht ins Hintertreffen im Verhältnis zu China und den USA geraten.
- 7. Technologie-Sprünge: ΚI wirft sehr grundlegende Fragen auf. Unklar ist derzeit, welcher Regelungsansatz (USA, EU, Singapur) sich international als vernünftig durchsetzen wird. Dabei ist das Veränderungspotenzial für viele Industrien noch nicht klar einordenbar. Dramatische Entwicklungen erleben wir im militärischen Bereich: Es beginnt «Killerroboter» und «Killer-drohnen» und führt in die KI-gesteuerte autonome Kriegsführung.
- 8. Demokratie unter Druck: Fragmentierung der Gesellschaften, Orientierungslosigkeit und Verunsicherung der Bevölkerung sowie die Überforderung nationaler und europäischer Politik generieren Angst und erhöhen quasi automatisch die Attraktivität «alternativer» autoritärer Modelle und Parteien. Das wiederum verstärkt die Tarnkappenmentalität bei kleineren, schwächeren Ländern. Hier ist beharrliche und phantasievolle politische Erklärungsarbeit geboten. Der Wiederaufbau des verlorenen Vertrauens in die Lösungsfähigkeit demokratischer Ordnungen und Verfahren ist unumgänglich.

Die anstehenden europäischen Hausaufgaben brauchen also entschlossenes Handeln und eine entsprechend engagierte Überzeugungsarbeit für die europäischen Öffentlichkeiten. umso mehr, als die amerikanische Präsidentschaftswahl für Europa eine zusätzliche beträchtliche Unsicherheits-Dimension bereithält. Boris Pistorius zeigt übrigens vor, wie ein gleichzeitig Politiker mutiger Klartext kommunizieren («Deutschland kriegstüchtig machen») und der mit großem Abstand beliebteste Politiker sein kann. Glaubwürdigkeit ist in Zeiten multipler Unwägbarkeiten ein spielentscheidendes Merkmal. Nach Jahrzehnten des unhinterfragten Konsums der Friedensdividende ist die Änderung des mindsets des Durchschnittseuropäers die wohl anspruchsvollste Aufgabe. Ihr sollten adäquate finanzielle,

organisatorische und personelle Mittel gewidmet werden.

Sicherheit kostet. Für den Staat, für die Unternehmen und letztlich auch für den Bürger und Steuerzahler. Wer sich gegen Cyber-Angriffe, Verletzungen seines Luftraumes oder gar wirtschaftliche Erpressung schützen will, muss ohne langes Zögern Finanzmittel lockermachen bzw. erschließen. Investitionen in Selbstverteidigung und gemeinsame Sicherheit sind à priori nie populär und werden rasch unter dem populistisch-vereinfachenden Begriff rüstung» subsumiert. Medien und Informations-Vermittler sollten entsprechend geschult werden. Die öffentliche Meinung darf nicht widerspruchslos von Desinformation oder heillos zugespitzten Aussagen manipuliert werden. Geduldiges, differenziertes Argumentieren ist angesagt.

Auf europäischer Ebene ist ein breit angelegtes Umdenken unter der politischen Führung der Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen im Gange. Während jedoch die militärischsicherheitspolitische Dimension kaum Fortschritte macht, werden erste konkrete Konzepte und Maßnahmen-Entwürfe im Bereich Wirtschaftssicherheit sichtbar. Allerdings liegen derzeit die Kompetenzen in den primär relevanten Themen (Exportkontrollen sensibler Produkte, Investitionskontrollen und Forschungssicherheit) bei den EU-Mitgliedstaaten, nicht auf EU-Ebene. In Zeiten von Bedrohungen durch hybride Kriegsführung geht es darum, alle Komponenten ganzheitlich zu erfassen und konkrete Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Zunehmend geht es dabei auch um die Informationshoheit: Wer glaubt wem, warum? Der mittlerweile weltweite Krieg der Narrative im Nahostkonflikt bietet hochaktuelles Anschauungsmaterial.

Der Druck auf die europäische Politik und Wirtschaft wird in der nächsten Dekade dramatisch steigen; das von den USA orchestrierte Abkommen mit den Niederlanden und Japan von Anfang 2023 ist ein warnendes Beispiel. Der wertvollsten europäischen Hightech-Firma ASML wurde so der Export hochsensibler Halbleiter-Komponenten nach China untersagt. Umgekehrt hat der massive chinesische Druck auf Litauen als Folge der Eröffnung einer Taiwan-Vertretung eindrücklich gezeigt, was unter dem Ausdruck «economic coercion» zu verstehen ist. Die Erklärung der G7 am Gipfel von Hiroshima im Mai 2023 zu diesem Thema ist das erste Zeichen tiefgreifenderen Bewusst-seinswandels.

Die EU wird sich wärmer anziehen müssen, um standhalten zu können. Sie wird dabei auch an der Neuformatierung des transatlantischen Verhältnisses nicht vorbeikommen. Allein der demographische Wandel in den USA bewirkt, dass immer weniger Europa-affine Menschen in Verantwortungspositionen kommen, dafür aber mehr mit prägender asiatischer und lateinamerikanischer Herkunft. Nicht amerikanische Präsident ist auch automatisch ein überzeugter Team-Spieler. Ein verbesserter NATO-interner Lastenausgleich ist übrigens ein berechtigtes amerikanisches Anliegen, Hobby von Donald Trump. In konservativen US-Think-Tanks werden momentan schon ganz andere Modelle gewälzt: etwa die Bereitstellung militärischer Schutz-Leistungen nur Bezahlung, also eine Art Privatisierung von kollektiver Sicherheit. Ein urkapitalistisches Modell, das auch in Europa historisch nicht unbekannt ist, wenn man an die Söldnertruppen der Schweiz denkt. Und, ehrlich gesagt - warum sollen die USA den Europäern tatsächlich ihren nuklearen Schutzschild gratis zur Verfügung stellen?

Im Augenblick ist die NATO die europäische Armee - so Martin Selmayr, EU-Botschafter in Wien. Trotz präzedenzloser Anstrengungen gelingt es der EU nicht, selbst einfache selbstgesetzte Ziele wie die Lieferung von einer Million Artilleriegeschossen an die Ukraine binnen Jahresfrist auch tatsächlich umzusetzen. Die gemeinsame Produktion, Beschaffung und Bereitstellung militärischer Güter und Dienstleistungen kommt nicht wirklich vom Fleck. Finnland und Schweden setzen politisch demnach auch auf Washington und die NATO, und nicht Brüssel die gemeinsame auf Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Allein im Jahre 2023 haben Finnland und die Schweiz 100 Stück F-35-Kampfjets bei einem amerikanischen Rüstungskonzern bestellt.

Ein Zusammenschluss von 27 hochentwickelten Demokratien muss geradezu zwangsläufig erhebliche **Defizite im Krisenmanagement** haben. Die aktuellen und zukünftigen Sicherheitsbedrohungen verlangen entschlossenes und optimal vernetztes Handeln. Da wird die EU auch im zivilen Katastrophen-Management einen Zahn zulegen müssen: konzeptuell liegt seit dem von Michel Barnier 2006 erstellten Bericht «Europe Aid» das notwendige Gerüst vor, seit dem BREXIT kann auch Grossbritannien nicht weiter als Bremser vorgeschoben werden.

Der Hilfsmechanismus «RescUE» mit seinem sichtbaren Mehrwert für betroffene Europäer verfügt mittlerweile über ein 7-Jahres-Budget von immerhin 3 Milliarden und bietet gegenseitigen Hilfe bei Naturkatastrophen oder Terrorattacken

Aus vielerlei Gründen sollte die EU sich dringend verstärkt einer aktiven Partnerpflege im Globalen Süden widmen, und zwar im Rahmen der UNO, aber auch der EU-spezifischen Instrumente. China, Russland, der Iran und Nordkorea verstehen es - trotz aller internen Differenzen – meisterhaft, das Feindbild «Westen» aufzubauen und zu bewirtschaften. Es gibt keinen vernünftigen Grund, dem nichts entgegenzusetzen, aber viele Gründe, sich den Anliegen und Beschwerden der einzelnen Länder konstruktiv zuzuwenden. Wie Beziehungen bringt es nichts, den Partner nur mit den eigenen Bedürfnissen zu überschütten oder sich Partner-Leistungen und -Wohlverhalten «erkaufen» zu wollen. Es wäre nützlich, sich Problemlagen zuhörend mit den Erfahrungen des Globalen Südens in der post-Pandemie-Zeit auseinanderzusetzen. Zudem ist es widersinnig, kooperationswillige und potente Wirtschaftspartner wie etwa den Mercosur aus undurchdachten Motiven abzuweisen.

Und wo ist Österreich? Wer als Partner ernst genommen werden will, muss sich auch wie ein Partner benehmen. Keiner mag Trittbrettfahrer, blinde Passagiere oder Profiteure. Mehr noch, wen andere als Abzocker empfinden, der lebt gefährlich. Im Krisenfall sind die Trittbrettfahrer die Ersten, die abgestoßen werden, denen man nichts sagt, nichts zutraut, nicht zu Hilfe kommt. Krisen ordnen die Prioritäten neu und lassen keinen Raum für Spielchen. Nur wer sich in der Wahrnehmung seiner Partner langfristig als fairer Mitverantwortlicher profiliert, kann auch mit der Unterstützung seiner Nachbarn und Freunde rechnen. Österreich hat hier eindeutig Klärungsund Nachholbedarf. «Be useful» - Arnold Schwarzeneggers Maxime sollte sich gerade ein kleinerer Staat zu Herzen nehmen.

Wie andere Fertigkeiten auch kann man Sicherheitspolitik verlernen. Großbritannien etwa hatte Zollverwaltung verlernt und musste im Zuge des BREXIT nach- bzw. neulernen. Haben die Österreicher durch den Dornröschenschlaf der letzten 2,5 Jahrzehnte verlernt, was es bedeutet, Bevölkerung, Territorium und Institutionen wirksam zu schützen? Geben wir uns tatsächlich mit der Tarnkappe Neutralität zufrieden? Ist die Zeitenwende etwa an der österreichischen Öffentlichkeit schlicht vorbei-

gegangen? Wir wissen zwar, was zu passieren hat, wenn es zu einer Gesamtänderung der Bundesverfassung kommt. Wissen wir aber auch, was zu tun ist, wenn es wie heute zu einer Gesamtänderung der Sicherheitsbedingungen kommt?

Natürlich gibt es positive Ansätze, wie die erhöhte Mittelzuweisung an das Bundesheer, die Teilnahme an der Luftverteidigungs-Initiative punktuell «Skv Shield», die verbesserte Zusammenarbeit mit der Schweiz und die notwendige Aktualisierung dringend österreichischen Sicherheitsdoktrin. Das ersetzt aus meiner Sicht allerdings nicht die breite Diskussion unserer Optionen in Sicherheitsfragen mit der Bevölkerung. Es geht um demokratie-politische Notwendigkeit, auch und gerade in Wahlkampfzeiten. Es wäre sträflich, den populistischen Sand-in-die-Augen-Streuern das Gelände zu überlassen. Österreich sollte sich nicht wegducken, sondern an der im Entstehen begriffenen europäischen Sicherheitsarchitektur zentral mitgestaltend teilnehmen und das auch Bevölkerung, Freund und Feind wissen lassen.

Zudem gibt es schon jetzt spannende Möglichkeiten, die ausgezeichneten Analyse- und Trainingskapazitäten, also die «Nachdenktruppen und Ausbildungstruppen», des österreichischen Bundesheeres mutiger mit internationalen Partnern zu vernetzen und so einen anerkennenswerten Teil-Beitrag zu leisten.

Sicherheitspolitik findet statt, ob es uns gerade passt oder nicht. Wir können in jeder Situation darüber entscheiden, ob wir **aktiv mitgestalten**, oder andere über uns bestimmen lassen. Kurz, ob wir Subjekt oder Objekt sein wollen. Das ist heute keine Schicksalsfrage mehr, sondern eine Willens-entscheidung von Regierung und Bevölkerung.

Stellen wir uns gemeinsam dieser Verantwortung!

Afrika im Fokus geopolitischer/geostrategischer Interessen?

Gerald Hainzl

Afrika im Fokus geopolitischer/geostrategischer Interessen **Z**11 beschreiben ist eigentlich unmöglich. Die Größe des Kontinents, die vielfältigen unterschiedlichen geographischen Gegebenheiten, die Vielzahl an Sprachen und Völkern sowie über 50 Staaten und mehrere Regionalorganisationen lassen nicht zu, diese Aufgabe in einer kurzen Reflexion umzusetzen, oder wie Ryszard Kapuscinski es im Buch "Afrikanisches Fieber" ausdrückte: "Dieser Kontinent ist zu groß, als dass man ihn beschreiben könnte. (...) Wir sprechen nur der Bequemlichkeit halber von Afrika. In Wirklichkeit gibt es dieses Afrika gar nicht, außer als geographischen Begriff."1 Alleine die geographische Ausdehnung der Staaten ist für Europäer schwer fassbar. So reichen etwa alleine die Grenzen von Niger in ihrer Südwest-Nordost-Ausdehnung verglichen mit Europa von Südwestfrankreich Bordeaux in polnischen Hauptstadt Warschau. Doch trotz der vielen Unterschiede und Vielfalten gibt es dennoch einige Gemeinsamkeiten, die europäischer/EU-Sicht, aber österreichischer Perspektive nicht unwesentlich erscheinen. Das Interesse externer Akteure betrifft im Bereich Wirtschaft Handel und Märkte, Investitionen und Ressourcen, im Bereich Sicherheit Terrorismus, Piraterie und Konfliktbearbeitung sowie besonders aus europäischer Sicht zusätzlich Migrationsbewegungen.

Seit 2022 hat es Afrika politisch vor allem mit versuchten und erfolgreichen Staatsstreichen über die mediale Wahrnehmungsschwelle geschafft. Besonders jene Staaten, die für politische Themen in der Europäischen Union bzw. den einen oder anderen Mitgliedsstaat von Bedeutung sind, wie Mali und Niger, ließen europäische Ängste in Bezug auf Terrorismus und Migration kurzfristig aufflammen. Frankreich musste in seinen ehemaligen Kolonien als Partner herbe Rückschläge hinnehmen. Die antifranzösische Haltung der neuen Eliten hatte Auswirkungen auf die Zusammenarbeit und

auch

äußerte sich unter anderem in der Beendigung der G5 du Sahel-Gruppe durch Mali, Niger und Burkina Faso, die damit ihre Frustration über die Bekämpfung von Terroristen bzw. den Anstieg des Terrorismus seit Beginn der letzten Dekade zum Ausdruck brachten. Besonders von diesen drei Staaten wird Frankreich als Projektionsfläche für alle negativen Entwicklungen verantwortlich gemacht. Diese Tendenz dürfte sich auch in Zukunft fortsetzen. Eine Dekade zuvor unter anderer politischer Führung wurde beispielsweise der damalige französische Präsident Francois Hollande in Mali im Februar 2013 noch enthusiastisch gefeiert, als mit der Operation Serval der Vormarsch von Regimegegnern auf gestoppt worden war.2 Entwicklungen in den drei zentralen Sahelstaaten haben demgegenüber während der letzten Monate gezeigt, wie rasch sich sicherheitspolitische Variablen ändern können. Ob ein externer Akteur die treibende Kraft hinter diesen Entwicklungen war oder lediglich die Gunst der Stunde genutzt hat, bleibt in der Konsequenz letztendlich gleichgültig. Aus der Sicht mancher afrikanischer Staaten und Kommentatoren hat diese Entwicklung einen antikolonialen, emanzipatorischen Charakter und wird als Akt der Befreiung gelesen: Die internationalen Partner können aus einem Pool mehrerer internationaler Akteure gewählt werden, dies umso mehr, als durch den Klimawandel Ressourcen aus Afrika einen wesentlichen Anteil an der sogenannten Energiewende haben werden.

Die Entwicklungen der letzten Dekade zeigen aber auch sehr deutlich, dass die internationalen sicherheitspolitischen Instrumente, mit denen Konflikten in Afrika begegnet wird, nur mehr bedingt ihre Wirksamkeit entfalten können. Trotz internationalen Engagements in Sahelstaaten, haben sich Putschisten die Klinke in die Hand gegeben. Und selbst Staaten wie der Senegal, der als demokratischer Ankerstaat in Westafrika galt, werden wegen verschobener Wahlen und dem Ausbruch von Gewalt im Umfeld derselben international genau beobachtet.3

¹ Kapuscinski, Ryszard: 1999. Afrikanisches Fieber. Erfahrungen aus vierzig Jahren. Eichborn: Frankfurt/Main,

Vorwürfe. malischen dass die Streitkräfte außergerichtliche Hinrichtungen und Lynchmorde verübt haben sollen, wurden geflissentlich überhört.

³ Während der Finalisierung dieses Beitrages wurde Anfang Februar 2024 von Präsident Sall auf Druck der Opposition bekannt gegeben, dass die Wahlen nun im Dezember dieses Jahres stattfinden sollen. Er wird bis dahin im Amt bleiben.

Während der letzten Jahre hat nicht zuletzt auch aus diesem Grund unter den externen Akteuren auch ein Kampf um den Zugang zu Ressourcen ein neuer Wettlauf begonnen, der an die 60er-, 70er- und 80er-Jahre des vorangegangenen Jahrhunderts erinnert. Der Zugang zu und die Ressourcen von scheinen Haupttriebfedern des derzeitigen Engagements externer Akteure zu sein. Je nach Position des Betrachters ist jedoch das Ergebnis der Analyse unterschiedlich. So wird beispielsweise aus afrikanischer Sicht der Bau der Transsahara-Pipeline⁴ noch immer für möglich erachtet und argumentiert, dass mit dem Regimewechsel in Niger dies lediglich zu höheren Kosten des Gases führen würde. Dies mag aus ökonomischer Sicht zwar richtig sein, allerdings wäre es aufgrund der komplexen Sicherheitssituation in der Region de facto unmöglich, diese Pipeline auf einem so hohen Niveau zu schützen, um eine konstante Lieferung garantieren zu können. Einbeziehung dieses Arguments scheint der Bau der Pipeline eher unwahrscheinlich.

In Bezug auf Bodenschätze regt sich in Afrika aber auch politischer und wirtschaftlicher Widerstand gegen den bloßen Abbau und Export derselben. Die Forderungen nach mehr Wertschöpfung in den jeweiligen Ländern sind unüberhörbar und sichtbar. Deshalb ist es auch wenig verwunderlich, dass große Importeure von afrikanischen Rohstoffen dazu übergehen, künftig afrikanische Staaten zumindest etwas am großen wirtschaftlichen Kuchen mitnaschen zu lassen.⁵ Dieser Trend eines neuen afrikanischen Selbstbewusstseins wird sich auch in Zukunft fortsetzen, nicht zuletzt deshalb, weil sich afrikanische Staaten ihre Partner aus einem Pool externer Akteure aussuchen können. Das Wissen um die Bedeutung strategischer Ressourcen aus Afrika für eine erfolgreiche Energiewende trägt dazu bei.

Bei allen oben genannten Argumenten sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass die Ansätze der externen Akteure durchaus unterschiedlich sind. An der Wirtschaftsfront dominiert nach den Zahlen von 2021 eindeutig China, dessen Handel mit afrikanischen Staaten beinahe die 200 Mrd. US-Dollargrenze erreichte und damit allen weit vor anderen Handelspartnern lag. Der Bereich der Waffenindustrie wurde im selben Jahr von Russland **USA** dominiert. Die und die Europäische Union sowie manche ihre Mitgliedsstaaten hatten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit die Oberhand.

Die eingangs gestellte Frage, ob Afrika (wieder) im Fokus geopolitischer Interessen steht, lässt sich also eindeutig mit JA beantworten.

Daher sind auch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten gefordert, ihre Konzepte und Politiken diesen Entwicklungen anzupassen. Frei nach Marshall Hodgson lässt sich damit konstatieren, dass die Zeiten, in denen der Rest der Weltgeschichte als eine Funktion der europäischen Geschichte gelesen werden konnte, zumindest für den Augenblick vorbei sind.

⁴ Die Transsahara-Pipeline ist/war ein Pipelineprojekt, welches Gas von Nigeria über Niger und Algerien an die Mittelmeerküste transportieren sollte.

⁵ Vgl. etwa https://africabriefing.com/africas-first-gigafactory-for-ev-batteries-could-mark-a-turning-point-in-the-continents-energy-transition/, abgerufen am 06.02.2024.

Uni-, Bi- und Multipolarität als Erklärungsmuster der aktuellen globalen Ordnung

Herwig Jedlaucnik

In diesem Thesenpapier wird die vorherrschende Sichtweise einer multipolaren Globalordnung infrage gestellt und argumentiert, dass neben den USA nur China ein weiterer Pol des neuen globalen Systems ist. Daher ist die aktuelle Globalordnung weder uni- noch multi-, sondern bipolar. Um diese untermauern, werden Beziehungen und Polaritäten anhand des Verhaltens nationaler Akteure in den zwei zentralen Krisen der vergangenen Jahre analysiert. Dabei wird versucht, auf Basis dominanten versus sich unterordnenden Verhaltens, die dargelegte These über die Bipolarisierung der globalen Beziehungen zu festigen.1

Mythos Multipolarität?

Zahlreiche Politiker, Diplomaten und Beobachter der internationalen Politik behaupten, dass die Welt multipolar ist oder zumindest bald sein wird. So erklärte beispielsweise UN-Generalsekretär António Guterres im Herbst 2023, dass "die Zeit nach dem Kalten Krieg vorbei ist, und wir uns auf eine neue globale Ordnung und eine multipolare Welt zu bewegen". Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außenpolitik, vertrat ergänzend die Auffassung, dass die Welt bereits seit 2008 ein System "komplexer Multipolarität" wäre. Und auch der deutsche Bundeskanzler

¹ Vorarbeiten für die vorliegende Kurzstudie erfolgten durch den Autor in den letzten Jahren in der laufenden Analyse internationaler Beziehungen in der halbjährlich erscheinenden "Strategischen Lage". URL: https://www.bmlv.gv.at/wissen-

forschung/publikationen/person.php?id=162, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

Borrell, Josep; Multipolarity without multilateralism. In: EEAS vom 24.09.2023. URL:

Olaf Scholz erläuterte unlängst, dass "die Welt des 21. Jahrhunderts [...] multipolar" wäre.4 Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu erklärte Mitte 2023, dass es eine globale Aufgabe wäre, "eine wirklich demokratische multipolare Weltordnung" zu realisieren.5 Chinas Staatspräsident Xi Jinping wird nicht müde zu betonen, dass sich die globale Ordnung in einem Übergang zu einer multipolaren befinde.6 Und auch der brasilianische Präsident Lula da Silva⁷ oder Indiens Premierminister Narendra Modi⁸ verkünden die neue Multipolarität und betrachten ihre Länder jeweils als (künftige) Pole einer solchen Weltordnung.9 Aber auch Wissenschaftler wie beispielsweise Herfried Münkler¹⁰ argumentieren, dass die neue globale (Un)Ordnung multipolar wäre. Letzterer geht beispielsweise davon aus, dass ein neues regionaler Einflusszonen System welches von fünf Großmächten dominiert wird, den USA, der EU, China, Russland und Indien.¹¹

https://www.eeas.europa.eu/eeas/multipolarity-without-multilateralism en, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

² UN chief unveils new vision for peace across a 'multipolar world'. In: UN-News vom 20.07.2023. URL: https://news.un.org/en/story/2023/07/1138947, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

³ Borrell, Josep; How to revive multilateralism in a multipolar world? In: EEAS vom 16.03.2021. URL: https://www.eeas.europa.eu/eeas/how-revive-multilateralism-multipolar-world en, zuletzt eingesehen

am 21.02.2024;

⁴ Auswärtiges Amt: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, Berlin 2023, S. 5.

⁵ Außenministerium der Russischen Föderation; Rede des Außenministers der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, auf der XI. Moskauer Konferenz für internationale Sicherheit in Moskau am 15. August 2023. URL:https://mid.ru/de/press_service/minister_speeches/1900527/, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

⁶ Beispielsweise in einem Beitrag für die russische Rossiyskaya Gazeta am 20.03.2023 anlässlich seines Staatsbesuchs in Moskau: Jinping, Xi; Упорно двигаться вперед, к новым перспективам дружбы, сотрудничества и совместного развития Китая и России. URL: https://rg.ru/2023/03/20/uporno-dvigatsia-vpered-k-novym-perspektivam-druzhby-sotrudnichestva-i-sovmestnogo-razvitiia-kitaia-i-rossii.html, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

⁷ Vgl. 100 Tage Lula – ein Präsident, der in der Vergangenheit feststeckt. In: NZZ vom 21.04.2023. URL: https://www.nzz.ch/international/100-tage-lula-einpraesident-der-in-der-vergangenheit-feststecktld.1734278, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

⁸ Vgl. Wagner, Christian; Indiens Poker um die Weltordnung. In: Der Pragmaticus vom 15.03.2023. URL: https://www.derpragmaticus.com/r/regionalmacht-indien, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

⁹ Vgl. Neue Weltordnung: Chaos als Chance. In: Die Zeit vom 14.09.2023.

URL: https://www.zeit.de/2023/39/multipolare-welt-fuehrungsmaechte-westen, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

¹⁰ Vgl. Münkler, Herfried; Welt in Aufruhr: Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert, Rowohlt, Berlin 2024.

¹¹ Ebenda, S. 410-417.

Machtpotenziale

Die vorliegende Analyse ist theoriegeleitetempirisch-analytisch-deskriptiv. Sie versucht, die Rolle von Groß- und Mittelmächten im globalen Kontext zu beschreiben, zu analysieren und zu kategorisieren. Theoretische Grundlage bildet der Neorealismus, der einerseits Macht als zentrale Größe der internationalen Beziehungen versteht und andererseits Polaritäten als wesentliches Analysetool zum Verständnis der globalen Machtstrukturen betrachtet. Das Untersuchungsziel des vorliegenden Beitrages ist es die sich aus den realpolitischen Handlungen der dominierenden und steuernden Akteure der globalen Sicherheitspolitik ergebenden Polaritäten zu identifizieren. Dabei soll versucht werden, die Frage zu beantworten, welche global relevanten Pole der internationalen Beziehungen erkennbar sind und wer in diesen als treibende Kräfte agiert. Wichtig für die Bewertung dieser internationalen Akteure ist dabei die Einschätzung und Beurteilung, ob diese relevanten Einfluss auf die globale Struktur haben. Daher ist auch klar zwischen der globalen und regionalen Ebene zu differenzieren und demzufolge sind unterschiedlichen Auswirkungen der aktuellen Macht-Konstellationen auf globaler regionaler Systemebene analytisch zu trennen. Einleitend werden einige wesentliche Faktoren strategischer Macht dargestellt und bewertet, um die global relevanten Akteure zu identifizieren. Als Großmacht gilt dabei ein internationaler Akteur, der einen zentralen globalen Einfluss hat. Als Mittelmacht wird ein internationaler Akteur bezeichnet, dem relevante Machtmittel zur Verfügung stehen, der jedoch keinen zentralen globalen Einfluss einnehmen kann. Danach wird versucht deren Beziehungen und Polaritäten anhand ihres Verhaltens in den zentralen Krisen der vergangenen Jahre zu analysieren und einzuschätzen. Dafür werden der Ukraine- und Taiwan-Konflikt herangezogen.

Auch wenn internationale Macht sich nicht ausschließlich aus harten wirtschaftlichen und militärischen Machtkomponenten, sondern auch aus politischen Werten, kultureller Kraft und technologischer Stärke zusammensetzt, ist davon auszugehen, dass potenzielle Pole in einer globalen Ordnung nur Staaten sein können, denen harte Machtpotenziale wirtschaftlicher und militärischer Natur zur Verfügung stehen. Sowohl die Wirtschaftsleistung als auch die Militärausgaben der USA und China überragen dabei mit Abstand alle anderen Staaten. Nur die Europäische Union kann theoretisch mit diesen

beiden Großmächten mithalten, sofern man deren Machtpotenziale als die Summe der wirtschaftlichen und militärischen Macht ihrer Mitgliedsstaaten betrachtet. Staaten, die nicht zumindest fünf Prozent sowohl der Wirtschaftsleistung als auch der Militärausgaben der jeweils führenden Nation USA und China zur Verfügung stehen, kommen jedenfalls nicht als potenzielle Pole in Frage.

Neben den erwähnten USA, China und der Europäischen Union sind daher nur Russland, Indien, Japan, Südkorea, Saudi-Arabien, die Türkei, Großbritannien und die EU-Mitglieder Deutschland, Frankreich und Italien als relevante Mächte bzw. potenzielle Pole zu betrachten.¹²

Die USA als Kristallisationskern globaler Polaritäten

Ein Ansatz, die Polarität der als relevante Mächte identifizierten Akteure zu bestimmen, ist die Analyse des Verhaltens dieser Akteure in den aktuellen zentralen globalen Konflikten. Ein Akteur, der in den letzten Jahrzehnten an allen relevanten Konflikten beteiligt war, sind die USA. Wie sich daher Staaten in Konflikten gegenüber den USA verhalten, kann uns die Beurteilung globaler Polaritäten erleichtern. Dabei ist nicht nur entscheidend, ob sich Staaten gegenüber den USA kooperativ oder antagonistisch, sondern auch, ob sie sich unterordnend verhalten.

Aus US-amerikanischer Sicht ist die Erhaltung der liberalen Werteordnung auf globaler Ebene nationales Interesse. Sowohl demokratische als auch traditionelle republikanische Sicherheitspolitiker sind der Ansicht, dass vor allem autoritäre Regime eine Gefahr für den internationalen Frieden darstellen. Globale Sicherheit würde daher durch die Forcierung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten Demokratie realisiert werden. Teil dieser liberalen Ziele war aber auch die Sicherstellung USamerikanischer Dominanz im aktuellen internationalen System.

Das Streben nach Erhalt dieser USamerikanischen Dominanz war immer ein Verbindungsglied zwischen den (sicherheits)

¹² International Monetary Fund, World Economic Outlook Database, October 2023. URL:

https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2023/October, zuletzt eingesehen am 21.02.2024; SIPRI; SIPRI Military Expenditure Database. URL: https://www.sipri.org/databases/milex, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

politischen Eliten der beiden US-amerikanischen Parteien.

Um dieses nationale strategische Ziel sicherzustellen ist auf geopolitischer Ebene die nicht nur des amerikanischen Kontinents, sondern auch der amerikanischen Gegenküsten in Europa und Asien aufrechtzuerhalten, die gleichzeitig die Randländer Eurasiens sind. Und die Beherrschung Eurasiens ist ein zentraler Aspekt in den beiden relevantesten geopolitischen Auseinandersetzungen um die Ukraine und um Taiwan. Ziel der USA ist dabei die Erhaltung der eigenen Dominanz. Russland bzw. China wollen hingegen die globale Dominanz der USA stoppen und zumindest die eigene regionale Dominanz in ihrem strategischen Umfeld sicherstellen. Dieser geopolitische Konflikt findet parallel und synchronisiert mit einem ideologischen Konflikt statt. Präsident Biden sieht dabei den demokratischen Westen in einem Kampf mit den autoritär-undemokratischen Regimen China und US-amerikanische Russland.¹³ Der wissenschaftler Hal Brands hat zuletzt die Verbindung dieser geopolitischen und ideologischen Auseinandersetzungen in einen zeitlich weiteren Zusammenhang gebracht feststellte, dass in den letzten hundert Jahren "Washingtons wichtigste Aufgabe als Supermacht darin bestand, die Welt im Gleichgewicht zu halten, indem Eurasien geteilt blieb. Jetzt führen die Vereinigten Staaten wieder eine Koalition demokratischer Verbündeter an den Rändern Eurasiens gegen eine Gruppe zentral gelegener Rivalen an."14

Die NATO garantiert dabei die dauerhafte Präsenz US-amerikanischer Truppen an der atlantischen Gegenküste. Überdies ermöglicht sie es der USA auf ihre europäischen Partner (macht)politisch einzuwirken. Die US-Präsenz an der pazifischen Gegenküste in Ostasien wird hingegen durch bilaterale Übereinkommen und nicht eine institutionelle transpazifische Struktur sichergestellt. Die realpolitische Wirkmacht in der Zusammenarbeit der Partner ist in weiterer Folge

Z

anhand des Verhaltens dieser Akteure in den zu analysierenden Konflikten herauszuarbeiten. Betrachten wir also diese Konflikte an den beiden US-Gegenküsten etwas genauer.

Konfliktraum Europa

Zbigniew Brzeziński, einer der einflussreichsten US-Geopolitiker der vergangenen Jahrzehnte, erläuterte Ende der 1990er-Jahre, welches Ziel die USA verfolgen sollten, um ihre unipolare Macht zu erhalten. Die USA müssen nach seiner Einschätzung verhindern, dass eine andere Macht den eurasischen Raum beherrscht. Vielmehr müsse die von den USA angeführte internationale Gemeinschaft freien Zugang zu Eurasien haben.¹⁵ Russland sollte dazu aus Europa, seinem bisherigen geopolitischen Vorfeld, verdrängt werden. Für Brzeziński spielt dabei die Ukraine eine zentrale Rolle. Denn ohne die Ukraine hört Russland auf ein eurasisches Reich zu sein. Kann Russland hingegen die Kontrolle über die Ukraine (wieder)gewinnen, ist es (wieder) ein Europa und Asien verbindender potenter imperialer Staat.¹⁶ Aus diesem Blickwinkel ist die von den USA dominierte und forcierte Osterweiterung des Westens der Jahrzehnte besser zu verstehen. Während der Versuch des Westens, Russland durch die Gewinnung neuer NATO- und EU-Mitglieder an seinen unmittelbaren Grenzen "einzuhegen", (völker)rechtlich legitim und im Sinne eines geostrategischen offensiven Machtausbaus nachvollziehbar ist, stärkte diese Politik fast zwangsläufig die Gegnerschaft der betroffenen Mächte. Höhepunkt dieser Entwicklung ist die ab 2008 vor allem von den USA forcierte NATO-Anbindung der Ukraine.17 Frankreich, Deutschland, Italien und einige weitere westeuropäische Staaten hatten jedoch bezüglich Ukraine zunächst andere sicherheits-, wirtschafts- und innenpolitische Zielsetzungen als die USA. Auf sicherheitspolitischer Ebene widersetzten sich daher einige westeuropäische Staaten vorerst den Wünschen der USA und verhinderten einen unmittelbaren NATO-Beitritt der Ukraine (und Georgiens). Sie mussten jedoch

 ¹³ Biden, Joe; Remarks by President Biden at the 2021
 Virtual Munich Security Conference am 19.02.2021.
 URL: https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/02/19/remarks-by-president-biden-at-the-2021-virtual-munich-security-conference, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.
 ¹⁴ Vgl. Brands, Hal; The Battle for Eurasia. In Foreign Policy vom 04.06.2023. URL: https://foreignpolicy.com/2023/06/04/russia-china-usgeopolitics-eurasia-strategy, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

¹⁵ Vgl. Brzeziński, Zbigniew; The Grand Chessboard: American Primacy and its Geostrategic Imperatives, Basic books, New York 2016, S. 148.

¹⁶ Ebenda, S. 46.

¹⁷ Siehe detaillierter: Jedlaucnik, Herwig; Der Weg des westlichen Liberalismus in den Ukrainekrieg - Teil 1. Hegemoniale Bereinigung interner Differenzen in der Ukraine- und Russlandpolitik der transatlantischen Partner. In: ÖMZ 4/2023, S. 439-453.

US-Wunsch den der Festlegung eines akzeptieren.18 langfristigen Beitritts Die Dominanz der USA zeigte sich in weiterer Folge auf verschiedenen Ebenen. So bestimmten 2014 auf innenpolitischer Ebene die USA, dass der von den USA geförderte Arsenij Jazenjuk und nicht ein von europäischen Akteuren unterstützter Politiker neuer Ministerpräsident der Ukraine werden sollte.¹⁹ Auf wirtschaftspolitischer Ebene war die Dominanz der USA beispielhaft bei der Verzögerung und beim späteren endgültigen Aus der Ostsee-Pipeline "Nord Stream 2" zu beobachten. Aber auch nach Beginn des bewaffneten Konfliktes in der Ukraine 2014 dominierten die USA die Vorgangsweise. Während Frankreich und Deutschland 2015 mit der Ukraine und Russland das Minsker-Abkommen erarbeiteten, forcierten die USA die militärische Unterstützung der Ukraine durch die Realisierung eines umfassenden Ausbildungsund Ausrüstungsprogrammes.²⁰ Als Konsequenz der forcierten NATO-Annäherung erreichten die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen einen absoluten Tiefpunkt. Russland versuchte 2021 noch durch Verhandlungen mit den USA u. a. den Verzicht der NATO-Erweiterung und eine Einigung zur Lösung des Ukrainekonflikts zu erreichen.²¹ Die EU bzw.

europäische Akteure waren in dieser Phase weder für Russland noch die USA ein Gesprächspartner. Grund dafür war einerseits die Schwäche der EU bzw. einzelner europäischer Nationalstaaten, andererseits der Status der USA als westlicher Hegemon. Josep Borrell, Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, kritisierte die faktische Irrelevanz der EU in dieser Phase: "Es geht nicht nur um die USA und Russland. Wenn man über die Sicherheit in Europa sprechen will, müssen die Europäer mit am Tisch sitzen, und die Agenda umfasst nicht nur die Themen, die Russland auf den Tisch gelegt hat."22 Laut Borrell dürfe es "kein Jalta 2 geben. Und wenn, dann muss es ein Helsinki 2 sein."23 Den Grund für diese eigene Irrelevanz hatte der italienische Premierminister Mario Draghi Ende 2021 gut zusammengefasst: "Welche Abschreckung kann Europa einsetzen? Diese Frage sollte uns zu denken geben. [...] Haben wir Raketen, Schiffe, Kanonen, Armeen? Im Moment nicht. Wir Europäer haben allenfalls eine Art wirtschaftliche Abschreckung. Aber auch hier müssen wir einen Moment nachdenken. [...] Sind wir wirklich in der Lage, dies zum richtigen Zeitpunkt in ausreichender Stärke zu tun? Die Antwort ist eindeutig 'Nein'. "24

Bezüglich der uns hier interessierenden Fragestellung der Polaritäten den internationalen Beziehungen und dem damit zusammenhängenden dominanten und unterordnenden Verhalten internationaler Akteure ist deutlich erkennbar, dass bis dato die **USA** die Ukraine-Politik des Westens dominieren. Das Handeln des Westens im Ukrainekonflikt wird schlussendlich klar vom

unnachgiebig in der Sache. In: NZZ vom 16.06.2021. URL: https://www.nzz.ch/international/der-gipfel-der-rotenlinien-putin-und-biden-geben-sich-in-genf-freundlich-imton-aber-unnachgiebig-in-der-sache-ld.1630882, zuletzt eingesehen am 07.02.2023; Ackeret, Markus; Russland erzeugt künstlich Dringlichkeit bei Verhandlungen über Europas Sicherheit. In: NZZ vom 22.12.2021. URL: https://www.nzz.ch/international/russland-dringt-aufschnelle-verhandlungen-mit-den-usa-ld.1661361, zuletzt eingesehen am 07.02.2024.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Vgl. Ukraine crisis: Transcript of leaked Nuland-Pyatt **BBC** vom 07.02.2014. https://www.bbc.com/news/world-europe-26079957, zuletzt eingesehen am 16.02.2024; Leaked audio reveals embarrassing U.S. exchange on Ukraine, EU. In: Reuters vom 07.02.2014. URL:

https://www.reuters.com/article/uk-usa-ukraine-tapeidUKBREA-151VA20140207, zuletzt eingesehen am 16.02.2024; Roland Benedikter: Fuck the EU. Die USA und die Ostpolitik der EU. In: Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs 2/2014, S. 104-117.

²⁰ Vgl. Die Zeit vom 20.04.2015; USA beginnen mit Ausbildung ukrainischer Soldaten. URL:

https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-04/ukraineusa-militaerhilfe-ausbildung-soldaten?page=6, eingesehen am 21.02.2024; Peter J. Marzalik, Aric Toler: Lethal Weapons to Ukraine: A Primer. In: Atlantic Council vom 26.01.2018. URL:

https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/lethal -weapons-to-ukraine-aprimer/, zuletzt eingesehen am 21.02.2024; Cronk, Terri Moon; U.S. Troops Training Ukrainian Soldiers, Mattis Says. In: DOD NEWS vom 02.02.2018. URL: https://www.defense.gov/News/News-Stories/Article/Article/1431947/us-troops-training-

ukrainian-soldiers-mattis-says/, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

²¹ Vgl. Rüesch, Andreas; Der Gipfel der roten Linien: Putin und Biden geben sich in Genf freundlich im Ton, aber

²² Schiltz, Christoph B.: "Nichts wird über uns entschieden, ohne dass wir dabei sind". In: Die Welt vom 29.12.2021. URL:

https://www.welt.de/politik/ausland/plus235918076/Jos ep-Borrell-Nichts-wird-ueber-uns-entschieden-ohne-dasswir-dabei-sind.html, zuletzt eingesehen am 21.02.2024. ²³ Ebenda.

²⁴ Speciale, Alessandro, u.a.; Italy Executives Ignore Draghi Appeal, Join Call With Putin. In: Bloomberg vom 25.01.2022. URL:

https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-01-25/putin-to-meet-with-top-italian-executives-onwednesday, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

Hegemon USA geprägt und bestimmt. Faktisch wurden auch die europäischen Bündnispartner trotz teilweise konträrer strategischer Zielsetzungen erfolgreich zu einer uneingeschränkten Unterstützung der US-amerikanischen Politik "gezwungen" und auch die der US-amerikanischen Ukrainepolitik negativ gegenüberstehenden europäischen Staaten unterstützen schlussendlich die Politik des Hegemons faktisch uneingeschränkt.25 Dabei wird deutlich, dass am europäischen Konflikt-Schauplatz die westlichen Interessen von den USA definiert und dominiert werden. Das relevante Handeln in entscheidenden Fragen bestimmt faktisch ausschließlich der Hegemon USA. Sowohl die EU als auch die europäischen Nationalstaaten - ganz konkret die hier näher untersuchten europäischen Akteure Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien - nehmen in dieser Krise ein sich klar unterordnendes Verhalten gegenüber den USA

Die außereuropäischen asiatischen Akteure Japan und Südkorea unterstützen die Ukraine in enger Abstimmung bzw. gemäß den "Wünschen" des US-amerikanischen Hegemons finanziell bzw. (zumindest indirekt auch) militärisch.²⁶ Die Türkei scheint hingegen als Anrainer des Schwarzen Meeres eine eher eigenständige Rolle zu spielen, positioniert sich aus Eigeninteresse geschickt zwischen den Gegenspielern und versucht sich immer wieder als Friedensvermittler ins Spiel zu bringen.²⁷ China wiederum hat sich im Ukraine-Konflikt als vorsichtiger, aber stabiler

China hat den Konflikt gleichzeitig genutzt, um Russland vor allem wirtschaftlich, aber auch politisch eng an sich zu binden. Wirtschaftlich ist dabei ein sich unterordnendes Verhalten Russlands gegenüber China erkennbar.²⁸ Indien und Saudi-Arabien haben sich hingegen neutral positioniert und dem Druck der USA nicht nachgegeben, die Ukraine einseitig unterstützen oder Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Indien hat vielmehr die Situation genutzt und vor allem günstige Importe aus Russland forciert. Saudi-Arabien wiederum hat zuletzt seine Beziehungen zu Russland sowohl im Rahmen der OPEC plus als auch der BRICS plus weiter ausgebaut.²⁹ Es scheint dabei seinen unmittelbaren nationalen Interessen Vorrang gegenüber strategischen Beziehungen mit dem Westen und den USA zu geben.³⁰

Partner Russlands bewiesen, ohne dabei andere

internationale Partner zu brüskieren. Russland

konnte dabei keine dominante Rolle einnehmen.

Konfliktraum Asien

Trotz der kriegerischen Dominanz ist weiterhin der potentiell Ukrainekrieges globalen gefährlichste Schauplatz der Auseinandersetzungen Asien. zentrale Der Konflikt ist dabei die Auseinandersetzung zwischen China und den USA sowie deren (ost)asiatischen Verbündeten. China ist durch seinen rapiden und nachhaltigen wirtschaftlichen Aufstieg dem sukzessive auch die Herausbildung militärischen Stärke folgt, aber nicht nur der zentrale Herausforderer der USA, sondern auch der aktuellen, westlich geprägten Weltordnung. Die USA haben auf diese Bedrohung ihrer eigenen Machtstellung schon am Beginn der 2010er-Jahre mit dem "Pivot to Asia" reagiert. Unter diesem Schlagwort wendeten sich die USA vermehrt politischen wirtschaftlichen Fragen in und um Asien zu, sondern sie verstärkten vor allem auch die eigene militärische Präsenz. Denn die USA sind davon

²⁵ Vgl. Jedlaucnik, Herwig; Der Weg des westlichen Liberalismus in den Ukrainekrieg - Teil 2. Konsequenzen divergenter westlicher Russlandstrategien. In: ÖMZ 5/2023, S. 584-591.

²⁶ Vgl. Graça Peters, Katharina; Die Zweifel an der Aufrüstung sind teilweise größer als in Deutschland. In: Der Spiegel vom 26.03.2023. URL:

https://www.spiegel.de/ausland/warum-japan-die-ukraine-unterstuetzt-und-was-china-damit-zu-tun-hat-a-072a4871-cb73-4a99-80a5-662b74baff9e, zuletzt eingesehen am 21.02.2024; Roman, Tyborski; Südkorea liefert über 300.000 Artilleriegranaten an die Ukraine. In: Handelsblatt vom 12.12.2023. URL:

https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/r uestungsbranche-suedkorea-liefert-ueber-300000-artilleriegranaten-an-die-ukraine-01/100002980.html, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

²⁷ Vgl. Pabst, Volker; "Proukrainisch, aber nicht antirussisch" – stösst der türkische Balanceakt im Ukraine-Krieg an seine Grenzen? In: NZZ vom 14.09.2023. URL: https://www.nzz.ch/international/proukrainischaber-nicht-antirussisch-stoesst-der-tuerkischebalanceakt-im-ukraine-krieg-an-seine-grenzenld.1755779, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

²⁸ Vgl. Kluge, Janis; Russisch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen: Moskaus Weg in die Abhängigkeit (SWP-Studie 16 vom Dezember 2023), S. 1-40. URL: https://www.swpberlin.org/publications/products/studien/2023S16_Russl and_China.pdf, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

²⁹ Vgl. Carmody, Pádraig; BRICS' Enlargement: Power Expansion or Contraction in a Changing World Order. In: EconPol Forum 1/2024, 25. Jg., S. 14-17.

³⁰ Vgl. Dazi-Héni, Fatiha; The war in Ukraine and Arab Gulf states' foreign policy shifts. In: European Review of International Studies 2/2023, 10. Jg., S. 166-195.

überzeugt, dass die Beherrschung der ostasiatischen Gegenküste ihre Sicherheit sicherstellt. Die damit einhergehende Verteidigung ihrer asiatischen Verbündeten ist dabei die notwendige Voraussetzung für dieses eigentliche nationale Interesse der USA. Geopolitisch relevant sind dabei zwei Inselketten. Die sogenannte "erste Inselkette" verläuft entlang der Linie Japan – Taiwan – Diaoyu-Inseln – Philippinen. Die Verbindung zwischen Japan -Saipan - Guam - Indonesien stellt die dahinterliegende "zweite Inselkette" dar und ist gleichzeitig die strategische Tiefe der eigenen Kräfte. Militärstrategisch sind diese Inselketten die Basis für die Verhinderung einer chinesischen Expansion. Die eigene Präsenz im geopolitischen Vorfeld Chinas wird offiziell damit begründet, die "Freiheit der Schifffahrt" sicherzustellen, realpolitisch ermöglicht es jedoch die Logistikrouten Chinas bei Bedarf unterbrechen zu können. Dadurch wird auf machtpolitischer Ebene die eigene Dominanz garantiert und eine potentielle Machtausdehnung Chinas verhindert. China stellt zusehends die beschriebene USamerikanische Position infrage. China möchte seine lebensnotwendigen Logistikrouten und zentralen Wirtschaftsräume beherrschen. In diesem Raum nimmt Taiwan eine entscheidende Stellung ein, weshalb der Konflikt um diese Insel den Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen zwischen den USA und China darstellt und uns die Möglichkeit gibt, das Verhalten der global relevanten Mächte und damit potenziellen Pole zu analysieren.

geostrategischen Überlegungen Die zur Notwendigkeit Beherrschung der des Chinesischen Meeres und deren Ausgänge zum Pazifischen Ozean begründen sich aus Perspektive chinesischer auf Grund der Bedrohung der Handlungsfreiheit Chinas selbst bzw. der Sicherheit seiner Logistikrouten aus diesem Raum heraus. Nur eine entsprechende strategische Tiefe würde den wirkungsvollen Schutz des chinesischen Festlands und der Meerengen, durch die chinesische Importe und Exporte am Seeweg transportiert werden, nachhaltig ermöglichen. Eine Beherrschung der Straße von Malakka, der Straße von Formosa und anderer kleinerer Seewege würde es jedem ermöglichen China (indirekt) beherrschen. Um deshalb gegebenfalls eine Blockade dieser Seewege zu verhindern, ist es für China notwendig, in diesen Räumen mit eigenen Kräften wirksam werden zu können. Die Bereithaltung entsprechender eigener Kräfte zur Sicherung der Meerenge von Malakka erfolgt dabei im Südchinesischen Meer, was die Errichtung zahlreicher Stützpunkte in diesem Raum erklärt. Diese Stützpunkte werden auch in Zukunft sukzessive weiter ausgebaut werden. Der Versuch dies zu unterbinden, wird notfalls auch mit militärischen Mitteln zurückgewiesen werden. Es ist davon auszugehen, dass sich China mittelbis langfristig auch Taiwan (wieder) einverleiben und wenn notwendig dafür auch militärische Mittel einsetzen wird.

Die USA dominieren jedoch seit Ende des Zweiten Weltkrieges die regionale Ordnung in Ostasien. Basis dieser Ordnung sind bilaterale Sicherheitsvereinbarungen zwischen den USA und ostasiatischen sowie pazifischen Staaten. Durch diese primär bilateralen Abkommen wurde eine Sicherheitsarchitektur geschaffen dessen Kern die USA darstellen. Von den hier näher untersuchten Staaten sind Südkorea und Japan von besonderem Interesse. Beide Staaten haben Verteidigungsabkommen mit den USA, räumen den USA zahlreiche militärische Stützpunkte auf ihren Territorien ein und folgen der regionalen US-amerikanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik faktisch uneingeschränkt.31 Japan nimmt dabei auch eine immer aktivere Rolle ein und positioniert sich als regionale Gegenmacht zu China, ohne jedoch die US-amerikanische Hegemonie infrage zu stellen.32 Südkoreas ist grundsätzlich einer der engsten Verbündeten der USA im indopazifischen Raum. Grundlage dieser Allianz ist die Bedrohung durch Nordkorea. Sein Verhalten gegenüber China kann jedoch als "Hedging" definiert werden.³³ Im Falle einer militärischen Konfrontation im Taiwan-Konflikt ist daher eher davon auszugehen, dass Südkorea versuchen wird, sich aus diesem Konflikt herauszuhalten.³⁴ Die anderen asiatischen Mächte

³¹ Vgl. Lim, Taehun; Die Spannungen um Taiwan und ihre Auswirkungen auf die indopazifische Sicherheitsordnung. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 1/2023, 16. Jg., S. 43-52.

³² Vgl. Speck, Ulrich; Wie Japan Chinas Vormachtanspruch im Indopazifik entgegentritt. In: NZZ vom 02.08.2023. URL: https://www.nzz.ch/pro-global/kopie-von-ulrich-speck-wie-japan-chinas-vormachtanspruch-im-

indopazifik-entgegentritt-ld.1749633, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

³³ Vgl. Chaewon, Lee; Liff, Adam P.; Reassessing Seoul's "One China" Policy: South Korea-Taiwan "Unofficial" Relations after 30 Years (1992-2022). In: Journal of Contemporary China 143 (2023), 32. Jg., S. 745-764.

³⁴ Vgl. Roy, Denny; South Korea Will Stay Out of a Taiwan Strait War. In: The Diplomat vom 21.03.2023. URL: https://thediplomat.com/2023/03/south-korea-will-stay-out-of-a-taiwan-strait-war/, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

versuchen sowohl zu den USA als auch zu China gute Beziehungen zu haben. Indien, das unter anderem aufgrund zahlreicher Grenzstreitigkeiten in einer gespannten Beziehung mit seinem chinesischen Nachbarn lebt, hat zwar in den vergangenen Jahren etwas mehr Nähe zu den USA gesucht,35 versucht aber vorerst noch eine eigenständige, neutrale Rolle zu bewahren. Die türkisch-chinesischen Beziehungen haben sich hingegen in den letzten Jahren deutlich verbessert. Die Türkei nimmt im Konflikt um die Dominanz im indopazifischen Raum bzw. den Taiwan-Konflikt jedoch faktisch eine neutrale Rolle ein. US-Versuche, Saudi-Arabien in die Bemühungen internationalen gegen einzubinden, waren erfolglos. Unter anderem hat in den vergangenen Jahren vermehrt wirtschaftliche, aber auch kulturelle Bindungen zu asiatischen Staaten aufgebaut. China nimmt dabei eine prominente Rolle ein. In der Taiwan-Frage unterstützt Saudi-Arabien daher die Standpunkte Chinas.³⁶ Nichtsdestotrotz haben Saudi-Arabien und die USA weiterhin eine enge strategische Beziehung und daher wird sich Saudi-Arabien in einem Konflikt zwischen den USA und China eher neutral verhalten. Anzumerken ist noch, dass sich die strategischen Ambitionen sowohl der Türkei als auch Saudi-Arabiens auf das eigene geopolitische Umfeld beschränken.

In den Beziehungen zwischen EUropa³⁷ und China war bisher der wirtschaftliche der entscheidende strategische Faktor, sicherheitspolitische Fragen eher von geringer Bedeutung. Auf beiden Politikfeldern ist jedoch erkennbar, dass die europäischen Akteure grundsätzlich nach und nach die Positionierung der USA gegenüber China übernehmen. Großbritannien folgt in traditioneller Weise als engster Verbündeter dem Beispiel der USA und geht mehr und mehr auf

38

Konfrontationskurs mit China.38 Die EU hat zwar sicherheitspolitisch nur eine sehr begrenze Rolle, die derzeitige EU-Kommission und ihre Präsidentin positionieren die EU aber ganz im US-amerikanischen Verständnis als "Systemische Rivalin" zu China.³⁹ Um sich gegenüber China klar zu positionieren forderte Josep Borrell, Außenbeauftragter der EU, dass auch "die europäischen Marinen in der Taiwanstraße [...] patrouillieren, [...] um Europas Engagement für die Freiheit der Schifffahrt in diesem absolut entscheidenden Bereich unter Beweis zu stellen"40. Die Konsequenz dieses Handelns wäre eine potentielle Involvierung der EU und der europäischen Staaten in den Taiwan-Konflikt. Dieser könnte so von einem Konflikt zwischen den USA und China zu einem Konflikt zwischen dem Westen und China werden. Frankreich ist in diesem Zusammenhang als eigenständigster europäischer betrachten. Die zu französische Zielvorstellung eines strategisch autonomen EUropas und damit eigenständigen Pols in der Weltordnung, scheint aber aktuell eher eine utopische Vorstellung zu sein.41 Sowohl die Europäische Union als auch die meisten europäischen Nationalstaaten ordnen realpolitisch trotz enger wirtschaftlicher Beziehungen zu China der US-Strategie unter. den für diese Analyse relevanten europäischen Akteuren bildet hier nur Frankreich eine Ausnahme; sein Verhalten kann keinesfalls als unterordnend bewertet werden. Dennoch tritt Frankreich nicht auch als relevanter eigenständiger Akteur am asiatischen Konfliktschauplatz auf.

³⁵ Vgl. Hornat, Jan; Hegemonic stability in the Indo-Pacific: US-India relations and induced balancing. In: International Relations 2/2023, 37. Jg., S. 324-347. URL: https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0047117 8211059253, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

³⁶ Vgl. Foley, Sean; Saudi Arabia`s relations with China. In: Zoubir, Yahia H. (Hg.); Routledge Companion to China and the Middle East and North Africa, Routledge, New York 2023, 333-359; Foley, Sean; When Oil Is Not Enough: Sino-Saudi Relations and Vision 2030. In: Asian Journal of Middle Eastern and Islamic Studies 1/2017, 11. Jg., S. 107-

³⁷ EUropa ist die Summe der 27 EU-Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen.

³⁸ Vgl. UK quietly shifts China policy as trust between countries erodes. In: The Guardian vom 15.03.2023. URL: https://www.theguardian.com/politics/2023/mar/15/uk-quietly-shifts-china-policy-as-trust-between-countries-erodes, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

³⁹ Vgl. EU und die China-Politik. Hoffnung auf konstruktive Gespräche mit dem "systemischen Rivalen". In: Deutschlandfunk vom 04.04.2023. URL: https://www.deutschlandfunk.de/china-eu-wirtschaftvorherrschaft-usa-von-der-leyen-macron-102.html, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

⁴⁰ Borrell fordert Patrouillen europäischer Kriegsschiffe in Taiwanstraße. In: Zeit Online vom 23.04.2023. URL: https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-04/eu-aussenbeauftragter-josep-borrell-taiwanstrasse-kriegssschiffe, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

⁴¹ Vgl. Speck, Ulrich; Traum von der Weltmacht: Macron will ein eigenständiges Europa führen. In: NZZ vom 16.08.2023. URL: https://www.nzz.ch/pro-global/traum-von-der-weltmacht-macron-will-ein-eigenstaendiges-europa-fuehren-ld.1751790, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

Chinas Aufstieg zu einer die USA herausfordernden Macht hängt eng mit seiner wirtschaftlichen Entwicklung und seinen Handelsbeziehungen zu westlichen Staaten zusammen. In den letzten Jahren hat sich die wirtschaftliche Rivalität zwischen den USA und China zu einem regelrechten Handelskrieg entwickelt. Zielsetzung der USA ist dabei, die Entwicklung eines globalen Herausforderers zu stoppen. Die USA befürchten ansonsten ihre Hegemonialstellung zu verlieren und nehmen dafür eine direkte Konfrontation mit China in Kauf. Die USA forcieren dabei inzwischen eine wirtschaftliche Abkoppelung des Westens von potentiell gegnerischen Staaten. Diese Politik bezieht sich grundsätzlich auf autoritäre Staaten, ist aber auch sehr auf China (und Russland) fokussiert. Schlussendlich hat sich sowohl in den USA als auch international dafür der Begriff des "De-Risking" durchgesetzt.

Japan hat sich formell im Rahmen der G7 der US-Initiative der westlichen "De-Risking"-Politik angeschlossen.⁴² Real hat es jedoch schon seit Jahren entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen im Zuge seiner gesamtstaatlichen Sicherheitspolitik vorbereitet. Das Konzept des "De-Risking" ist inzwischen in das Konzept der wirtschaftlichen Sicherheit Japans eingebettet.⁴³

Südkorea hat trotz oder gerade wegen seiner intensiven Handelsbeziehungen mit China die US-Politik des "De-Risking" nur begrenzt übernommen. Eine Abkehr von der komplexen Interdependenz mit China ist bisher nicht gelungen, bzw. macht es den Anschein, dass dies auch gar nicht das südkoreanische Interesse ist.⁴⁴

Indien⁴⁵, Saudi-Arabien⁴⁶ und die Türkei⁴⁷ sind hingegen nicht Teil des wirtschaftspolitischen Konfliktes zwischen den USA und China. Ihr Verhalten ist faktisch als neutral zu bewerten.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen übernahm hingegen die US-Zielvorgabe des "De-Risking", als sie im März 2023 die neue Chinapolitik der EU präsentierte.⁴⁸ Konsequenterweise ist seit Juni 2023 "De-Risking" offizielle Politik der EU. Italien hatte sich noch 2019 dem chinesischen Projekt der Neuen Seidenstraße angeschlossen, Mitte 2023 diesen Vertrag jedoch gekündigt. Es damit auf seine traditionell transatlantische Verbindung zu den USA zurückgekehrt.⁴⁹ Und auch Deutschland wendet sich langsam von seiner bisherigen engen wirtschaftlichen Verbindung mit China ab.50 Deutlich ersichtlich ist dabei auch vom zeitlichen Ablauf, dass durch die EU und die Masse der europäischen Staaten den entsprechenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen der USA gefolgt wurde. Nur einzelne europäische Akteure lehnten es ab, die US-amerikanische Chinapolitik

review.org/index.php/ker/article/view/29, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

 $^{^{\}rm 42}$ Vgl. Wulf, Herbert; No Risk, no Trade. In: IPG vom 26.05.2023. URL:

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-undsicherheitspolitik/artikel/no-risk-no-trade-6718/, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

⁴³ Vgl. Suzuki, Kazuto; Japanese Economic Security as "Derisking". In: KEI Editorial Board 3/2023, 38-51. URL: https://keia.org/wp-

content/uploads/2024/01/KEI_KoreaPolicy_2023_V1-I3_Digital_FINAL.pdf#page=38, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

⁴⁴ Vgl. Han-koo, Yeo; Is South Korea de-risking? In: PIIE vom 26.01.2024. URL:

https://www.piie.com/blogs/realtime-

economics/2024/south-korea-de-risking, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

Hundt, David; He, Baogang; Simonelli, Dominic; South Korea's "3-D" Problem: De-risking and Diversifying in Response to China's Economic Coercion. In: Korea Europe Review: an interdisciplinary journal of politics, society, and economics 5/2023. URL: https://korea-europe-

⁴⁵ Vgl. Kolte, Ashutosh; u.a.; Socio-economic relations between India and China: understanding and examining the significance of trade. In: International Journal of Business and Globalisation 4/2023, 33. Jg., S. 387-424. URL:

https://www.inderscienceonline.com/doi/abs/10.1504/IJBG.2023.129534, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

⁴⁶ Vgl. Foley, Sean; Saudi Arabia's relations with China. In: Zoubir, Yahia H. (Hg.); Routledge Companion to China and the Middle East and North Africa, Routledge, New York 2023, 333-359; Foley, Sean; When Oil Is Not Enough: Sino-Saudi Relations and Vision 2030. In: Asian Journal of Middle Eastern and Islamic Studies 1/2017, 11. Jg., S. 107-120

⁴⁷ Vgl. Oğuzlu, H. Tarık; Turkey as a restrained middle power. In: Turkish Studies 3-4/2023, 24. Jg., S. 673-690.

⁴⁸ Vgl. Koch, Moritz; Von der Leyen rückt vom Freihandel ab. In: Handelsblatt vom 19.06.2023. URL: https://www.handelsblatt.com/politik/international/euinvestitionskontrollen-von-der-leyen-rueckt-vom-

freihandel-ab/29211752.html, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

⁴⁹ Vgl. Mattheis, Philipp; Italien sagt Ciao zu Chinas Neuer Seidenstraße. In: Der Standard vom 31.07.2023. URL: https://www.derstandard.at/story/3000000181175/italie n-sagt-ciao-zu-chinas-neuer-seidenstrasse, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

⁵⁰ Vgl. Speck, Ulrich; Wie sich Scholz dem geopolitischen Konkurrenzkampf verweigert. In: NZZ vom 23.08.2023. URL: https://www.nzz.ch/pro-global/wie-sich-scholz-dem-geopolitischen-konkurrenzkampf-verweigert-ld.1752768, zuletzt eingesehen am 21.02.2024.

zu übernehmen, bzw. stellten sich zumindest zeitweilig dagegen, wie beispielsweise Frankreich, das sich im Juli 2023 gegen Handelsbeschränkungen mit China aussprach.⁵¹

Aufgrund des angespannten Verhältnisses mit hat seine Westen auch China Handelsbeziehungen deutlich diversifiziert. Von besonderer Bedeutung sind dabei die russischchinesischen Handelsbeziehungen. Auf Grund durch den Ukrainekrieg ausgelösten Wirtschaftskrieges gegen Russland musste sich dieses wie bereits erwähnt wirtschaftlich eng an China anlehnen. Als dominanter Akteur dieser bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ist China zu identifizieren.

Weltordnung

Nach Abschluss der Analyse des Verhaltens der untersuchten Staaten in den beiden zentralen globalen Konflikten sind die darin erkennbaren Polaritäten zu identifizieren. Die aktuelle Weltordnung weiterhin als US-amerikanische Unipolarität zu definieren, ist angesichts der begrenzten Durchsetzungskraft der USA und der konstanten Entwicklung des chinesischen Gegenpols nicht mehr seriös möglich. Es stellt sich daher die Frage, welche Position China in dieser Weltordnung einnimmt. China selbst behauptet, dass sich die globale Ordnung in einem Übergang zu einer Multipolarität befinde. Weltweite Multipolarität, wirtschaftliche Demokratisierung Globalisierung und internationalen Beziehungen wären dabei unumkehrbar.⁵² Chinas Vision einer multipolaren Welt ist aber weniger mit der Intention behaftet, eine solche Multipolarität zu realisieren. Vielmehr ist es als das Bemühen Chinas zu begreifen, internationale Akteure davon überzeugen, sich von den USA abzuwenden und selbst eine relevante Rolle in der Globalordnung einzunehmen. Damit die aktuelle Weltordnung

als multipolar definiert werden könnte, bräuchte es jedoch mehr als zwei Großmächte, die vergleichbare Machtpotentiale und relevanten Einfluss auf die globale Struktur haben. Genau dies ist aber nicht der Fall. Neben den USA und China hat keine andere Macht diese Fähigkeit und die Ambition, ein Pol im globalen System zu sein. Potenziellen Kandidaten fehlen entweder die Fähigkeiten und Ressourcen oder der Wille, diese auf globaler Ebene zielgerecht einzusetzen oder aber beides. Dies gilt auch für den theoretisch drittmächtigsten Akteur, die EU. Ihr fehlt nicht nur die Einigkeit, die es braucht, um ein relevanter globaler Akteur zu sein, sondern sie ist real mit der Masse ihrer Teilelemente zu unterordnend gegenüber den USA, um selbst als Pol wirksam werden zu können. Nur die USA und China bilden somit auf globaler Ebene aufgrund ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht, ihres Willens und ihres Einflusses auf andere Staaten einen Pol. Anderen Mächten fehlen diese Eigenschaften. Die Vertreter Europas, der Türkei, Russlands, Japan, Südkorea, Indiens oder Saudi-Arabiens versuchen teilweise durch die Behauptung einer Multi-polarität ihre eigene Stellung aufzuwerten. Nur durch diese Behauptungen, durch das Narrativ selbst (relevante) Pole zu sein, wird die Welt jedoch nicht multipolar. Diese Staaten können als Mittel-, aber nicht als Großmächte angesprochen werden. Auf globaler Ebene bildet derzeit keiner von ihnen einen Pol. Und auch wenn die sich unterordnenden Akteure des Westens dem Hegemon nicht immer so widerspruchsfrei folgen, wie es beispielsweise im Kalten Krieg des 20. Jahrhunderts erkennbar war, ändert dies nichts an der Stellung der USA als westlicher Hegemon und damit einziger Pol des Westens auf globaler Ebene. Die Gegenspieler des Westens sind in ihrer Strukturierung zwar noch instabiler, werden aber aufgrund des westlichen zunehmend konsolidiert. Zentraler Drucks Akteur dieses Gegenpols ist eindeutig China. Russlands Fähigkeiten sind schlussendlich nur regional. Die anderen analysierten Staaten sind entweder Teil einer der globalen Machtblöcke oder, vergleichbar den Blockfreien des 20. Jahrhunderts, globalen um Distanz zur Konfrontation bzw. Polarität bemüht. All diese Staaten haben entweder nicht die Fähigkeit oder nicht den Willen, Pole einer globalen Ordnung zu sein. Warum betonen ihre Führer aber die Fiktion einer multipolaren Welt? Es scheint ein rhetorisches Mittel zu sein, um eigene, ganz unterschiedliche Narrative zu forcieren. Länder des Globalen Südens, Russland, aber auch

⁵¹ Vgl. French finance minister says economic 'decoupling' from China is impossible. In: France24 vom 30.07.2023. URL: https://www.france24.com/en/europe/20230730french-finance-minister-says-economic-decoupling-fromchina-is-impossible, zuletzt eingesehen am 21.02.2024. 52 Beispielsweise in einem Beitrag für die russische Rossiyskaya Gazeta am 20.03.2023 anlässlich seines Staatsbesuchs in Moskau: Jinping, Xi; Упорно двигаться перспективам новым к сотрудничества и совместного развития Китая и России. URL: https://rg.ru/2023/03/20/uporno-dvigatsiavpered-k-novym-perspektivam-druzhby-sotrudnichestvai-sovmestnogo-razvitiia-kitaia-i-rossii.html, eingesehen am 21.02.2024.

europäische Nationalstaaten sowie die EU wollen mit multipolarer Rhetorik zumindest den Anschein eigener Relevanz pflegen. Mancher Akteur glaubt vielleicht sogar seinem eigenen Narrativ und hat falsche Vorstellung seiner eigenen Position. China nutzt die Betonung der Multipolarität wiederum, um das Ende der USamerikanischen Unipolarität zu demonstrieren. Vor allem der Globale Süden soll so zu einer Hinwendung zu China und schlussendlich einer Akzeptanz des verdeckten chinesischen Führungsanspruches bewegt werden. Die eigene Positionierung als erfolgreiches Entwicklungsland gepaart mit antikolonialistischer Rhetorik bietet Möglichkeit China die eine antiwestliche Koalition aufzubauen. Die Selbstdefinition als Entwicklungsland nutzt China, um den Status der Entwicklungsländer als anti-westlich definieren. China konnte sich dabei als Partner auf Augenhöhe positionieren. Es zeigt durch die Betonung der fiktiven Multipolarität auch seine diplomatische Fähigkeit, eigene Stärke wohl gegenüber seinen Gegnern zu zeigen, nicht jedoch gegenüber seinen Partnern. China baut auch damit seine Position als Gegenpol zu den USA sanft, aber kontinuierlich aus.

Die Rolle der Mittelmächte ist es daher entweder Verbündete zu sein, um die Politik und Haltung der bipolaren Mächte zu beeinflussen, oder aber alternativ als neutrale Mächte außerhalb der dominierenden globalen Auseinandersetzung zu bleiben. Staaten, die sich für keine der beiden Pole entscheiden, werden auf globaler Ebene entweder irrelevant sein oder Nischenfunktion einnehmen. Als Verbündete der USA lassen sich die EU, die europäischen Mittelmächte Großbritannien, Deutschland und Italien sowie die ostasiatischen Staaten Japan und Südkorea identifizieren. Die Türkei und vor allem Frankreich sind zwar vergleichsweise eigenständige Akteure, aber grundsätzlich enger mit den USA als mit China verbunden. Russland ist klar als engster Verbündeter Chinas erkennbar. Indien und Saudi-Arabien sind hingegen als neutral zu betrachten.

Regionalordnungen

Um eine seriöse Interpretation der globalen Polaritäten vorzunehmen, müssen wir aber auch globale von der regionalen Ebene unterscheiden. Denn abhängig vom spezifischen sicherheitspolitischen Raum und dessen Problemstellungen im regionalen können Rahmen durchaus unterschiedlichste machtpolitische Strukturen sichtbar werden, die nicht zwangsläufig mit den globalen Strukturen ident sein müssen. Amerika wird (vorerst) als gesamter Kontinent weiterhin unipolar von den USA dominiert. Sowohl in Südasien als auch im MENA-Raum sind hingegen multipolare Strukturen erkennbar. Wie bereits beschrieben ist in Europa und Ostasien, als Randländer der eurasischen Landmasse und gleichzeitig Gegenküsten der USA, die globale bipolare Struktur auch regional erkennbar. Die USA ist in beiden Regionen der eine Pol. Der Gegenpol in Ostasien ist China und Russland unterstützt es. In Europa ist der Gegenspieler der USA Russland, das von China unterstützt wird. Diese Unterstützung kann dabei offen, indirekt oder verdeckt erfolgen. In der Innenbeziehung der beiden relevanten anti-westlichen Gegenspieler ist dabei jedenfalls von einer chinesischen Führungsrolle auszugehen.

Asymmetrische Bipolarität

Dadurch, dass die beiden aktuellen Blöcke fragiler und die Stärken der beiden Pole ungleicher verteilt sind als in der Bipolarität des 20. Jahrhunderts, ist das globale System derzeit noch unausgeglichener. Es könnte somit aktuell unausgeglichene noch asymmetrische Bipolarität definiert werden. In den kommenden Jahren wird es sich aber vermutlich sukzessive stabilisieren und schlussendlich zu ausgeglichenen asymmetrischen Bipolarität entwickeln. Asymmetrisch ist diese Bipolarität deshalb zu bezeichnen, da die Machtverteilung eine ungleiche ist und nur die USA in allen Machtbereichen - militärisch, wirtschaftlich, aber auch politisch und kulturell projektionsfähig sind. Die globale Ordnung hat sich somit von der Unipolarität der 1990er und frühen 2000er Jahre über einen Zustand diffuser Polarität zu einer asymmetrischen Bipolarität entwickelt. Die Hauptpole dieser Weltordnung sind die USA und China. Sie führen dabei einerseits den stabilen Block westlicher Staaten, andererseits den fragilen Block anti-westlicher Staaten an. Der Pol der sich um China und Russland sowie ihre Verbündete bildet, ist sowohl fragilerer als auch schwächer. Fragil, weil es sich in gewisser Hinsicht dabei um einer Art Zwangsallianz handelt, wesentliches Momentum der Einigung der äußere westliche Druck ist. Dieser äußere Druck ist entscheidend, dass China und gemeinsam mit unterschiedlichen Koalitionspartnern, den anti-westlichen Block bilden. Je stärker der äußere Druck durch den Westen ist, umso stärker ist die Bindung zwischen den antiwestlichen Partnern. Dies ist in den letzten Jahren vor allem auch in den Beziehungen zwischen Russland und China deutlich erkennbar gewesen. Eine Schwäche des antiwestlichen Pols ist die begrenzt umfassende globale Projektionsfähigkeit der eigenen Macht. Eine effektive Projektionsfähigkeit ist jedenfalls im engeren regionalen Rahmen deutlich erkennbar. Außerhalb dieser Räume ist diese Fähigkeit jedoch (noch) eingeschränkt. Vor allem die rapide Entwicklung der wirtschaftlichen und militärischen Macht sowie die Stärkung des russisch-Chinas chinesischen Bündnisses verändern aber auch laufend. diesen Aspekt Auch ist gesellschaftspolitisch-kulturelle Anziehungskraft des Westens noch dominant, aber auch diese Domäne könnte sich auf Grund der inneren Zerwürfnisse der westlichen Gesellschaften verändern. China hat in dieser Beziehung vor allem im Zuge des Ukrainekrieges dezent, aber eindeutig die Führungsrolle übernommen. Solange der Westen seine Politik gegenüber Russland nicht radikal verändert - was nicht zu erwarten ist - ist Russland in eine enge Kooperation, zukünftig eventuell auch in ein formelles Bündnis mit China "gezwungen". Weitere Staaten werden sich lagebedingt und abhängig von konkreten Problemstellungen und Interessen mehr oder weniger stark einem der beiden Machtblöcke, welche sich jeweils rund um bilden, anschließen. einen Pol kommenden Jahren ist davon auszugehen, dass vor allem der anti-westliche Block diffuser und unstrukturierter kooperieren wird. Es zeichnet sich aber klar ab, dass eine anti-westliche Blockbildung stattfindet. China ist dessen Führer, aber in dieser Führungsrolle durchaus zurückhaltend. Anzumerken ist, dass sich die Kooperation zwischen Staaten nicht unbedingt in allen Domänen - Sicherheit, Wirtschaft, Politik, Technologie und Gesellschaftspolitik/Kultur decken muss. Es werden vermutlich einzelne Staaten als "Swing States" pragmatisch und interessensabhängig auch zwischen den Blöcken zeitweilig wechseln oder außerhalb Blockstrukturen verbleiben. Es wird wohl auch von der Intensität der Auseinandersetzungen abhängen, inwieweit China bzw. die USA Staaten dazu animieren oder aber auch "zwingen" werden, sich enger an sie anzuschließen. Jedenfalls kooperiert der anti-westliche Block bereits jetzt und trotz aller Diffusität enger als jemals zuvor seit Ende des Kalten Krieges.

Dadurch ist dieser Block aber auch gefährlicher als jede andere Bedrohung der letzten Jahrzehnte.

Sowohl in der wirtschaftlichen als auch der militärischen Machtdomäne haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sukzessive Verschiebungen stattgefunden. Die Stabilität internationalen Systems ist jedoch gefährdet, wenn absteigende und aufsteigende Macht nicht in der Lage sind, die sich aus den machtpolitischen Veränderungen ergebenden Neuordnung dieses Systems, zu realisieren. Vor allem der Aufstieg Chinas hat das bisherige asiatische und in weiterer Folge auch globale Gleichgewicht der Kräfte verrückt. Der Westen und insbesondere die USA sind aber nicht bereit, die globale und regionale Ordnung diesen Gegebenheiten anzupassen. Bei einer Nichteinigung der noch dominierenden und der aufstrebenden Macht auf eine neue Globalordnung besteht aber die Gefahr in die sogenannte "Thukydides-Falle" zu tappen. Mit dieser wird eine von Thukydides etwa 400 v. Chr. beschrieben Konstellation zwischen Athen und Sparta bezeichnet, welche eine militärische Konfrontation zweier Akteure bei wandelnden Machtpositionen sehr wahrscheinlich macht.

Streitkräfte & Kriege in der Zeitenwende Impulsvortrag des Panelleiters

Wolfgang Peischel

Da die Zielsetzung dieser Konferenz im Gegensatz zur bisherigen Wiener Strategiekonferenzreihe, die sich der militärischen Perspektive der Strategie und der ihr zugrundeliegenden spezifisch militärwissenschaftlichen Beurteilungslogik verschrieben hatte, nunmehr in den sicherheitspolitischen Dimensionen der Zeitenwende liegt, verstehe ich dieses Panel, das ich dankenswerterweise leiten durfte, als die ergänzende militärische und militär-wissenschaftliche Perspektive zur schwergewichtsmäßig sicherheitspolitischen Ausrichtung des Themas.

Ich bin HR Dr. Ortner sehr dankbar dafür, dass er den militärischen/militärwissenschaftlichen Aspekt trotz der schwergewichtsmäßig sicherheitspolitischen Fokussierung der Konferenz mit diesem Panel hat ergänzend einfließen lassen und dieser Zielsetzung auch durch die Auswahl dafür höchst prädestinierter und prominenter Vortragender Ausdruck verliehen hat.

Die Kernthese, von der ich die Panelisten ersucht habe auszugehen, leitet sich aus der grundsätzlichen Frage ab, ob wir es bei der, durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine herbeigeführten sicherheitspolitischen Lage Europas, mit einer unvorhersehbaren "Zeitenwende" zu tun haben oder ob man bei Einbeziehung einer spezifisch militärischen und militärwissenschaftlichen Beurteilungslogik strategisch vorbeugend hätte wirksam werden können. Ich stelle dabei die Hypothese in den Raum, dass eine gesamtheitliche strategische Beurteilung, die gleichermaßen sicherheitspolitische militärisch/militärwissenschaftlich basierte Ansätze einbezieht, zu treffsichereren Ergebnissen geführt hätte.

Der Begriff der "Zeitenwende" dürfte deshalb einen solchen Siegeszug in der medial kommunizierten Darstellung und Bewertung der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage angetreten haben, weil er implizit suggeriert, dass Europa es mit einer disruptiven, vollkommen überraschenden, nicht vorhersehbaren und damit auch nicht zu verantwortenden Entwicklung zu tun hat. Er wird in den Medien auch über den deutschen Sprachraum hinaus häufig unübersetzt, im deutschsprachigen Original verwendet. Dort

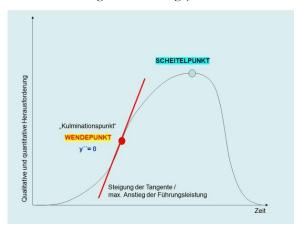
verfängt die Elementarereignis-Konnotation (man denkt dabei unwillkürlich an Ereignisse wie z. B. das plötzliche Umschlagen des Wetters im Hochgebirge) des Begriffs besser, weil die eigentliche wissenschaftssprachliche Bedeutung der "Wende" im Deutschen selten verstanden wird.

Tatsächlich wird der Wendepunkt im wissenschaftlichen Gebrauch des deutschsprachigen Raums im bewussten Gegensatz zum Scheitelpunkt verstanden.

Leibnitz definiert den Punkt eines Funktionsgrafen mit dem höchsten x-Wert als *Scheitelpunkt* und den Punkt, in dem der Krümmungsmittelpunkt der Kurve von einer Seite zur anderen springt und der Anstieg der Tangente maximal ist (y''=0), als *Wendepunkt*.

Clausewitz, ein Bewunderer von Leibnitz, überträgt dieses Prinzip auf krisenhafte (das heißt einer dringenden Entscheidung bedürfende) Gefechtsentwicklungen.

Dabei kann die Abszisse als die Zeit verstanden werden, über die eine Lageentwicklung fortschreitet – die Ordinate als die Leistungsfähigkeit der eigenen Streitkräfte, die notwendig ist, um den prognostizierten Scheitelpunkt zu erreichen (dieser wäre vergleichbar mit der Dienstgipfelhöhe eines Flugzeuges in Bezug zu dem zu überfliegenden Gebirge).



"Wende- & Scheitelpunkt" nach Leibnitz (Grafik: Peischel)

Dieser Vergleich macht verständlich, warum der Scheitelpunkt keinen großen Erkenntnisgewinn für das eigene Führungshandeln liefert. Wird er erreicht, dann hat die eigene Führungsleistung ausgereicht – anderenfalls kann er erst gar nicht erreicht werden.

Viel interessanter und aussagekräftiger ist hingegen der Wendepunkt, mit Clausewitz der Kulminationspunkt: er zeigt den höchsten Anstieg der Tangente, also die Zunahme der Führungsleistung in der Zeiteinheit, die notwendig ist, um den prognostizierten Scheitelpunkt zu erreichen (dies wäre vergleichbar mit der Steigleistung eines Flugzeugs). Ist das eigene System in der Lage, eine solche "Beschleunigung" zu bewerkstelligen, kann der Erreichung des Scheitelpunktes optimistisch entgegensehen werden – wenn nicht, muss das System augenblicklich umgesteuert werden.

Darin zeigt sich, dass man vom Wendepunkt nicht überrascht sein kann (es gibt ja in diesem Punkt noch die Möglichkeit des Nachsteuerns) – und vom Scheitelpunkt kann man nur überrascht bzw. überfordert werden, wenn der Wendepunkt verschlafen oder in diesem Kulminationspunkt verabsäumt wurde, eine zu flache Tangente zu korrigieren.

Genau Letzteres dürfte aber in Europa geschehen sein. Jetzt, im Scheitelpunkt, erkennt man, dass die strategischen Anstrengungen, Russland davon abzuhalten, die westliche Wertegemeinschaft substanziell zu gefährden, nicht ausgereicht haben. Diesen Punkt jetzt als Zeitenwende zu apostrophieren kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der tatsächliche Wendepunkt weit zurückliegt und es in diesem Wendepunkt verabsäumt wurde, strategisch zu steuern. Zudem ist – wie die Ableitung zeigt – die Bezeichnung "Zeitenwende" vollkommen ungeeignet, ein entschuldigendes "Überraschungsmoment" ins Treffen zu führen.

Vom *Scheitelpunkt* kann also nur überrascht werden, wer den *Wendepunkt* verschlafen hat. Da nützt es auch nichts, den Scheitelpunkt als Wende zu bezeichnen – weil Europa ja offensichtlich nichts mehr in der Hand hat, um die Entwicklung in der *gegenwärtigen* Phase substanziell zu beeinflussen.

Indikatoren, die auf den tatsächlichen Wendepunkt schließen lassen, wurden von der Militärwissenschaft klar erkannt und publiziert – allein im sicherheitspolitischen Diskurs nicht ausreichend berücksichtigt. Hätte man sich mit diesen militärwissenschaftlichen Erkenntnissen auseinandergesetzt, dann hätte man zumindest erkennen müssen, dass der Kulminationspunkt der derzeitigen europäischen Entwicklung auf der Zeitachse näher bei 1991 als bei 2022 gelegen hat.

Ich darf nun einige Beispiele dafür nennen, dass eine sowohl die sicherheitspolitische als auch die militärwissenschaftliche Perspektive einbeziehende, *komplementäre* Beurteilung zu einer

verantwortungsvolleren strategischen Ausrichtung Europas geführt haben dürfte:

Die von der NATO bereits früher vollzogene Abkehr von der sogenannten "Produktformel" wurde seitens der Europäer nicht nachvollzogen. Solange Russland keine glaubhafte Angriffsabsicht erkennen ließe bzw. raumgreifende Operationen gegen NATO-Territorium kein strategisch verwertbares Ergebnis (im herkömmlichen Sinn) versprechen würden, dachte man, die Bedrohung durch Russland vernachlässigbar einstufen zu können. Die Militärwissenschaft hat hingegen klar herausgearbeitet, dass auch schon die grenznahe Bereitstellung scheinbar "absichtslosen" Potenzials dazu führen kann, das Vertrauen der Randstaaten in das Bündnis und damit dessen Kohärenz zu schwächen und dass genau darin der eigentliche strategische Zweck Russlands liegen könnte.

Einen Beweis für die Richtigkeit Beurteilung liefert die Simulationsstudie der RAND Corporation 2014/15, die hypothetischen Überraschungsangriff Russlands auf die Linie TALLINN-RIGA beschreibt und deren langsamster Durchlauf gerade einmal 60 Stunden benötigt hätte. Nur um zu verzögern, hätte es 7 Brigaden (3 davon mechanisiert) bedurft. Diese Kräfte hatte Europa zu diesem Zeitpunkt nicht (was sich in der späteren Schaffung der VHJTF deutlich zeigt) nicht, obwohl beteuert wurde, die Kräfte wären verfügbar, aber eben nur nicht ausreichend harmonisiert.

Die Simulationsstudie begann 2014, also zeitgleich mit dem NATO-Gipfel von WALES. Das 2 % GDP Wales-Ziel wurde offensichtlich im Licht der ersten Ergebnisse dieser Studie beschlossen.

Militärwissenschaftlich wurde abgeleitet, dass eine anhaltende Nichtbereitschaft Europas, einen fairen Beitrag zum transatlantischen Verteidigungsbündnis zu zahlen, zur Verringerung der amerikanischen Verteidigungsunterstützung für Europa führen wird. Unter der Präsidentschaft von Donald wurde hier sogar der Umfang der "Erweiterten nuklearen Abschreckung" infrage gestellt.

Das Streben, budgetäre Engpässe durch eine fortgesetzte Lukrierung der Friedensdividende zu kompensieren, führte dazu, dass in Europa vermehrt nach der Eintrittswahrscheinlichkeit von Bedrohungen gerüstet wurde, was militärischem Denken grundsätzlich widerspricht, weil

die höchst intensivsten Bedrohungen, die mit der statistisch geringsten Eintrittswahrscheinlichkeit sind, gleichzeitig aber die, auf die ein Militär das *ultima ratio* des Staates zu sein hat, gerüstet sein muss.

Ebenfalls im Lichte der beabsichtigten Budgeteinsparungen ist der europäische Trend zu sehen, nach dem Zusammenbruch der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) eine zehnjährige Friedensphase anzunehmen, die es erlaubt, in diesem Zeitraum Streitkräfte auf einem niedrigeren Kosten- und damit Fähigkeitsniveau zu fahren und erst frühestens nach Ablauf dieser Phase hochzurüsten. Militärwissenschaftler haben hier entgegengehalten, dass allein die Phasen des Niederfahrens und des Wiederhochfahrens so lange dauern würden, dass der Zeitraum, in dem die Streitkräfte auf einem niedrigeren Kostenfahren, den Mehraufwand ausgleichen würde und es keine zuverlässigen frühzeitigen Indikatoren dafür gibt, wann die "Friedensphase" endet und ihr Prolongieren daher nicht mehr zulässig wäre. Dennoch wurde sie in vielen europäischen Staaten laufend verlängert. Der Angriff auf die Ukraine hat nun deutlich und endgültig gezeigt, dass die friedliche Phase geendet hat, ohne Europa die Zeit zu geben, den notwendigen Fähigkeitsaufbau zu beginnen und schon gar nicht abschließen zu können.

Im Buch, das Walter Feichtinger 2017 herausgegeben hat ("Gordischer Knoten Ukraine") wurde eine militärwissenschaftliche, gesamtstrategische Beurteilung vorgelegt, welche auch die Reorganisation der russischen Streitkräfte beinhaltet hat. Folgende Kernaussagen seien genannt:

- Das "Entstehenlassen" eines konventionellen Kräftevakuums gegenüber Russland wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Angriffsabsichten verleiten, die zuvor nicht vorhanden gewesen sein müssen.
- Die Verlegefähigkeit Russlands in der operativen Richtung "West" war, was die Analyse der Angriffe auf Georgien und die Krim gezeigt hat, in zeitlicher Hinsicht um das Vierfache unterschätzt worden (nach diesem Wert war aber die gesamte REFORGER-Planung im Kalten Krieg ausgerichtet).
- Die russische Strategie sieht zum Publikationszeitpunkt die Möglichkeit eines taktischen Nuklearwaffeneinsatzes bereits auf der

Intensitätsstufe des "Regionalen Konflikts" vor.

- Mit der Armata-Generation stand eine völlig neue technologische Rüstungsdimension bevor

 – dies zu einem Zeitpunkt, zu dem Fukuyama-Epigonen noch den "Tod des Kampfpanzers" beschworen und sich über "Kalte-Krieger" lustig gemacht haben.
- Seitens der Europäer wurde der Übergang von der Divisions- zur Brigadestruktur mit Erleichterung wahrgenommen zu Unrecht: unter Zugrundelegung der neuen Waffentechnologie und der Tatsache, dass die Kampfunterstützungsanteile der früheren Division anteilig in die Brigaden wandern sollten, waren die neuen Brigaden von ihrer Kampfkraft her eher mit den früheren Divisionen als mit Regimentern zu vergleichen.

Im Instituts-übergreifend erarbeiteten Buch der LVAk, "Strategische Resilienz im Spannungsfeld zwischen Dependenz und Autarkie" wurden u. a. folgende militärwissenschaftliche Ableitungen getroffen:

- Das Prinzip der Globalisierung, das darauf basiert, dass wechselseitige Abhängigkeiten Konflikte unwahrscheinlich machen und daher Sicherheit schaffen, wird dann scheitern, wenn sich herausstellt, dass diese Abhängigkeiten nicht spiegelbildlich sind und der größere Akteur mehr Alternativen hat, die Abhängigkeit vom kleineren zu kompensieren. Dies bewahrheitet sich jetzt in der einseitigen Energieabhängigkeit von Russland.
- Konflikte der Zukunft werden verstärkt durch die Wertedimension bestimmt sein, das heißt, sich gegen die westliche Wertegemeinschaft richten. Der Angriff Russlands stellt sich nunmehr auch zunehmend als "Wertesystemkonflikt" mit dem pluralistisch demokratischen, liberalen Westen heraus.
- Pluralistische Demokratien sind in ihrer strategischen Handlungsfähigkeit gegenüber autokratischen Akteuren systemisch gehemmt, was eine Rückbesinnung auf ein ursprünglicheres Werteverständnis erfordert und durch eine weitergehende Liberalisierung nur noch verschärft würde.
- Die sogenannte Gerassimow-Doktrin eröffnet Russland ein zusätzliches Handlungsspektrum zum konventionellen Kräfteeinsatz. Sie berechtigt keinesfalls dazu, zu glauben, man könne sich durch eine schwergewichtsmäßige

Cyber-Fähigkeiten der Verlagerung auf Aufgabe der konventionellen Verteidigung entledigen. Sicherheitspolitisch konnte man phasenweise sogar den Eindruck gewinnen, der Westen sei froh darüber, dass Russland unterhalb der "Art. V"-Schwelle der NATO operiert, weil man dann eben außer mit Cyber-Fähigkeiten nicht reagieren müsste – was schon deshalb eine irrige Annahme war, weil der Gerassimow zugeschriebene Ansatz unterschwelligen Fähigkeiten ja nicht als Ersatz für die konventionelle, operative Angriffsfähigkeit begreift, sondern als deren Ergänzung.

• Ebenso wenig kann sich Europa dadurch der Aufgabe der hochintensiven konventionellen Verteidigung entledigen, indem es Streitkräfteportionen für verschiedene "niederintensive" Einsatzformen maßschneidert, wie Rupert Smith das in seinem viel zitierten Buch "Utility of Force" vorschlägt, aus denen dann im Bedarfsfall verteidigungsfähige Kräfte zusammengestellt werden sollen. Streitkräfte müssen - insbesondere dann, wenn sie als Kontingente für eine spätere gemeinsame europäische Verteidigung taugen sollen – organisch gefügt, höchstmögliche Einsatzintensität vorbereitet, für konventionelle Verteidigungsaufgaben ausgebildet und im Kampfverfahren Verteidigung geübt sein.

Die hier vorgestellten, auf militärwissenschaftlicher Beurteilung fußenden Erkenntnisse, die natürlich nicht nur in Österreich erarbeitet wurden, sondern den Stand auch der europäischen und internationalen Forschung widerspiegeln, hätten als Beratungsbeitrag an der Schnittstelle zur politischen Entscheidungsfindung dazu verholfen, Europa widerstandsfähiger gegen völkerrechtswidrige Angriffe wie den auf die Ukraine zu machen.

Nun, da der russische Angriff aber einmal erfolgt und auf dem "besten" Weg ist, seine schädigende Wirkung auch weiter zu entfalten, die aktiven Handlungsmöglichkeiten Europas hingegen jetzt am Scheitelpunkt der Entwicklung begrenzt sind, hat es wenig Sinn, darauf hinzuweisen, wie sinnvoll eine Einbeziehung militärwissenschaftlicher Beurteilung gewesen wäre.

Im Hinblick auf künftige Bedrohungen wäre aber doch die Frage zu stellen, ob aus den bisherigen Erfahrungen gelernt wurde und ob militärwissenschaftliche Erkenntnisse zumindest bei der nächsten strategischen Herausforderung, "China", Berücksichtigung finden werden. Auch hier gibt es bereits eine Vielzahl militärwissenschaftlicher Arbeiten und Erkenntnisse, welche die europäische politische Entscheidungsfindung sinnvollerweise, und hier auch noch im Kulminationspunkt, d. h. im tatsächlichen Wendepunkt, berücksichtigen könnte:

- Die Studie der RAND-Corporation aus 2016, "War with CHINA, thinking through the unthinkable" beschreibt die durchaus reale Möglichkeit eines langandauernden, verlustreichen, konventionellen Krieges zwischen den USA und China. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Krieges erhöht sich mit Hinwendung Europas zum chinesischen Seidenstraßenprojekt und mit der damit einhergehenden Marginalisierung der USA vom europäischen Markt. Die Fokussierung der USA auf einen solchen Konflikt würde für Europa zumindest den Verlust eines Teiles der Verteidigungs-unterstützung durch die USA bedeuten. Europa würde vom entstehenden größten Binnenmarkt der Erde nur kurzzeitig profitieren - danach in eine einseitige Abhängigkeit von China abgleiten und die transatlantische Verteidigungsgarantie (zumindest teilweise) einbüßen.
- Es gibt militärhistorische Untersuchungen, die darin eine Parallele zur historischen Bagdad-Bahn sehen. Der durch die Bahn ermöglichte Zugang zu asiatischen Rohstoffquellen und zu Indien hätte Deutschland (Wilhelm II) unabhängig vom Nachschub über den Atlantik gemacht und könnte einen Mitgrund für den Kriegseintritt der Transatlantiker dargestellt haben.
- Die Militärwissenschaft hat das chinesische Narrativ der Thukydides-Falle nachhaltig entzaubert. Der von China ausgehenden militärischen Gefahr dadurch begegnen zu wollen, dass man militärisch weniger rüstet, ist schlichtweg widersinnig. Auch der Untergang Athens war nicht dadurch begründet, dass es sich zu sehr vor den doch so friedliebenden Spartanern gefürchtet und daher zu stark gerüstet hätte. Bei einigen sicherheitspolitischen Richtungen hat hingegen das Buch von Graham Allison "Destined for War" verfangen, das diesem chinesischen Narrativ folgt.
- Wohingegen einige sicherheitspolitische Überlegungen zum Verhältnis einer stärker transatlantischen oder kontinentalen Ausrichtung Europas unausgesprochen von der "Rimland-Heartland" These Mackinders

ausgehen, untersucht die Militärwissenschaft die Weiterentwicklung der These durch Nicolas Spykman. Es ist bei ihm nicht mehr das "Herzland", das durch die Kontrolle über den "Rim" die Weltherrschaft beansprucht, sondern der "Rim", der das Expansionsstreben des "Herzlands" begrenzt und dadurch zur führenden strategischen Macht aufsteigt. Dieser "Rim" würde sich geografisch über China, die Staaten der Seidenstraße, BRICS(+) und Europa erstrecken und dieser Theorie entsprechend zur Einhegung Russlands mit allen daraus resultierenden Gefährdungen für Europa beitragen.

- Die europäische Schelte für den amerikanischen Ausstieg aus dem INF-Vertrag bewertet die Militärwissenschaft auch unter dem Aspekt der amerikanischen Unterlegenheit im Indo-Pazifik, die daraus resultiert, dass China durch den INF-Vertrag nicht gebunden war.
- Zudem analysiert die Militärwissenschaft Quellen, die darauf schließen lassen, dass China auf eine gezielte Konfrontation mit den USA zusteuert sowie die "Staatsphilosophie" der *Tianxia*, die eine chinesische Gesellschaftsordnung vorgibt, welche mit der Ausdehnung der chinesischen Wirtschafts- und Machtsphäre auch das Potenzial hat, sich zu einer globalen Werteordnung auszuweiten und mit der westlich abendländischen zu konkurrieren.

Hier schließt sich der Kreis. Die wachsende Bedrohung durch China hat nämlich nur auf den ersten Blick nicht viel mit der gegenüber dem russischen Angriff ausgerufenen vermeintlichen "Zeitenwende" zu tun. Auf den zweiten wird klar, dass China mit Bezug auf die Ausweitung seiner Werteordnung einer ähnlichen Zielsetzung folgt wie Russland und ganz genau beobachten wird, ob die westlichen Werte, wie von Russland angenommen, wirklich soweit erodiert sind, dass es gelingt, die Kohärenz der westlichen Staatengemeinschaft zu erschüttern und sie dazu zu bewegen, ihre Solidarität für die Ukraine aufzugeben.

Wäre dem so, dann hätte Europa gleich zwei trojanischen Pferden die Tore geöffnet.

Mit der Darstellung von Beispielen, die zeigen, wo die militärische/militärwissenschaftliche Beurteilungsperspektive von der rein sicherheitspolitischen abweicht, und bezogen auf die langfristige Zwecksetzung einen Mehrwert für die politische Entscheidungsfindung erbracht hätte,

sollte nicht Kritik an möglichen Versäumnissen der Vergangenheit geübt, sondern vielmehr die These belegt werden, dass ein komplementärer Ansatz aus einerseits sicherheitspolitischer und andererseits auf militär-wissenschaftlicher Beurteilungslogik basierender Beurteilung künftig in Betracht gezogen werden sollte, um drohenden strategischen Dilemmata wirkungsvoller vorbeugen zu können.

Dieser kurze Impulsvortrag stellt aber noch keineswegs das Ergebnis des Panels dar. Er diente lediglich dazu, die Ausgangsthese zu umreißen, ausgehend von der die Panelisten gebeten wurden, ihre jeweilige spezifische Perspektive aufzusetzen.

Krisenfrüherkennung Ein Beitrag zur Verteidigungs- & Sicherheitspolitik

Vanessa Gottwick

Krisen sind weder ein neues noch eindimensionales Phänomen: sei es die Klimakrise, gekennzeichnet durch die Zunahme Extremwetterereignissen von und Naturkatastrophen, Gesundheitskrisen wie der Ausbruch der COVID-19-Pandemie oder der fortlaufende Kampf gegen das Ebola-Virus sowie die terminologisch strittige Flüchtlingskrise. Diese vielfältigen Krisenphänomene stehen komplexen Wechselwirkungen zueinander und scheinen zunehmend miteinander verflochten zu

Spätestens seit dem Jahr 2017 ist das Verständnis von early warning, early action fester Bestandteil von außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Überlegungen im Rahmen des ressortübergreifenden Ansatzes der deutschen Bundesregierung. Die entsprechenden Leitlinien mit dem Titel: "Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern" beschreibt die Aufgabe der Krisenfrüherkennung als die frühzeitige Identifikation von "Entwicklungen, die das Potenzial bergen, Konflikte innerhalb Staaten und Gesellschaften gewaltsam eskalieren zu lassen"1. Diese Beschreibung ist und bleibt durch das gestiegene Konfliktaufkommen, wie die Zahlen des Uppsala Conflict Data Program (UCDP) belegen, von anhaltender Relevanz. So ergibt die Auswertung der Konfliktdaten im Zeitraum von 1946 bis 2022, dass das Jahr 2022 mehr konfliktbedingte Todesfälle bei Konflikten mit staatlicher Beteiligung2 verzeichnete als alle vorangegangenen Jahre seit 1984^{3} . Todesopfer seit dem Angriff der Hamas vom

Deutsche Bundesregierung (2017): Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung: Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern, S. 110. https://www.auswaertiges-

amt.de/de/aussenpolitik/krisenpraevention/leitlinien-krisen/217444

7. Oktober 2023 im Israel-Palästina-Konflikt sind hierbei noch nicht inkludiert. Aktuelle Konfliktherde, die Berücksichtigung finden, sind beispielsweise der nun seit knapp drei Jahren anhaltende russische Angriffskrieg auf Ukraine oder die beunruhigende Zahl an schwer innerstaatlichen Konflikten lösbaren Äthiopien, im Sudan oder dem Jemen. Der Think-Tank International Crisis Group konstatiert, dass auch im Jahr 2024 eher wenig Hoffnung für diplomatische Durchbrüche für die größten globalen Konfliktherde besteht 4.

Um präventiv handeln zu können und zukünftige Konflikte im besten Fall zu verhindern, wird anderem auf den Aufbau Methodenkompetenz im Bereich der quantitativen Krisen- und Konfliktforschung gesetzt. Ein übergeordnetes Ziel, insbesondere der indikatorengestützten Krisenfrüherkennung, besteht darin, Entscheidungsgrundlagen mithilfe digitaler Werkzeuge zu verbessern und die Vorlaufzeit für Krisenpräventionsminderungsmaßnahmen zu verlängern. Mit dem steigenden Aufkommen von frei verfügbaren Daten kann dabei eine immer breitere Palette von Indikatoren eingesetzt werden. Dazu zählen Nachrichtenmeldungen, Informationen Plattformen der sozialen Medien, Satellitendaten, Wirtschaftsdaten Erfassen zum sozioökonomischer Faktoren wie Einkommensungleichheit sowie **Indizes** zur Messung politischer Faktoren, wie die Art des Regimes oder den Grad an staatlicher Fragilität.

Zur Auswertung dieser Informationen spielen Algorithmen des maschinellen Lernens (ML) eine wachsende Rolle. ML-Methoden ermöglichen es, große Mengen strukturierter und unstrukturierter Daten zu verarbeiten und zu analysieren, um die Wahrscheinlichkeit zukünftiger sicherheitspolitisch relevanter Ereignisse besser einschätzen zu können. Dabei werden Muster in historischen Daten identifiziert, die mit dem zukünftigen Auftreten von Konflikten in Verbindung stehen. Der Vorteil von ML-Modellen ist dabei, dass sie dazu in der Lage sind, auch nichtlineare Beziehungen zwischen erklärenden Faktoren aufzugreifen.

Die große Mehrheit an ML-basierten Konfliktvorhersagen identifiziert den Faktor Konflikthistorie als stärksten Prädiktor für

² Staatlicher Konflikt: Eine gewaltsame Auseinandersetzung, bei der mindestens eine Konfliktpartei ein Staat ist; dabei führt der Einsatz von Waffengewalt innerhalb eines Kalenderjahres zu mindestens 25 konfliktbedingten Toten (Obermaier & Rustad 2023, S. 7).

³ Obermaier, A. M. & Rustad, S. A. (2023): Conflict Trends A Global Overview 1946-2022 PRIO Paper 2023. https://www.prio.org/publications/13513

⁴ International Crisis Group (2024): 10 Conflicts to Watch in 2024.

https://www.crisisgroup.org/global/10-conflicts-watch-2024

künftige Konflikte, da diese den anhaltenden Charakter der Gewalt in den betroffenen Gebieten aufgreift. Für Fall den Konfliktausbrüche verlieren Vorhersagen dagegen an Genauigkeit. Für diesen Fall werden relevante Faktoren von den verfügbaren Daten oft nicht ausreichend erfasst. Insgesamt stellt die gleichzeitige Bewältigung von mangelnder Datenqualität und -verfügbarkeit sowie der dynamischen Anpassung der ML-Algorithmen Herausforderung dar. Einschränkungen bedeuten, dass die derzeitigen Modelle am besten in Verbindung mit gezielten Analysen bzw. Fragestellungen und lokalem Fachwissen eingesetzt werden sollten.

In diesem Kontext ist der Mehrwert von Künstlicher Intelligenz (KI) vor allem an jenen Aufgaben zu verzeichnen, bei denen die Anforderungen an den Menschen in Quantität und Komplexität stetig zunehmen. Durch die Reduzierung des manuellen Aufwands bei der Informationsrecherche, Sortierung und Filterung von Ereignissen sowie durch die Visualisierung relevanter Informationen kann mehr Zeit für die Bewertung der Informationen geschaffen werden. Das Forschungsund Analysegebiet der Krisenfrüherkennung ermöglicht somit eine Effizienzsteigerung, die eine frühzeitigere potenziellen Identifizierung von Risiken ermöglicht. Der Faktor Mensch, in diesem Fall der Analyst, bleibt zumindest derzeit noch der entscheidende Akteur.

Streitkräfte und Kriege in der Zeitenwende

Andreas Rotheneder

Der vorliegende Beitrag fokussiert auf das Kernthema des Panels Militär: "Streitkräfte und Kriege in der Zeitenwende" und diskutiert die Fragestellung, ob durch den Russland-Ukraine-Krieg Veränderungen hinsichtlich des Einsatzes von Streitkräften in bewaffneten Konflikten bzw. Kriegen ausgelöst wurden oder absehbar sind?

Der Begriff "Zeitenwende" wurde in Bezug auf die aktuelle Diskussion vom deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz im Zuge einer Regierungserklärung am 27. Februar, also bereits drei Tage nach dem Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022, geprägt.

Um sich der Frage anzunähern, ob die Tatsache, dass ein Land A ein Land B angreift, eine "Zeitenwende" für das Militär bzw. den Krieg an sich darstellt, muss zunächst geklärt werden, welche Definition der deutsche Bundeskanzler dem Begriff zugrunde gelegt hat.

Er hat sich tatsächlich auf den 24. Februar bezogen. Dieser markiert in seinen Worten eben eine "Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents". Putin habe "die europäische Sicherheitsordnung, wie sie seit der Schlussakte von Helsinki Bestand hatte, zertrümmert".

Seine Definition des Begriffs Zeitenwende lautet daher: "Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor".1

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass der 24. Februar 2022 für die allermeisten Streitkräfte der Welt keine Zeitenwende darstellt. Für diese ist die Welt danach weitgehend dieselbe wie zuvor. Für jene Kontinentaleuropas und insbesondere für jene Deutschlands war dieser Tag allerdings ein veritabler Schock.

Die Streitkräfte der meisten EU- und europäischen NATO-Staaten haben sich nach der letzten sogenannten "Zeitenwende"– nämlich nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion und dem damit

¹ Eine interessante These seiner Rede konnte bisher mit dem Blick nach China, Iran, Nordkorea, Syrien etc. jedenfalls nicht verifiziert werden, nämlich dass sich der russische Präsident Putin "auch ins Abseits der gesamten internationalen Staatengemeinschaft" gestellt hat. verbundenen Wegfall der Bedrohung durch deren Riesenarmee – vom klassischen konventionellen Krieg weg entwickelt. Und folglich ihren Fokus auf sogenannte Out of Area-Einsätze, Peace Support, Peace Keeping – oder ähnlich bezeichnete Formen der Einsatzführung, gelegt. Das Österreichische Bundesheer hat sein Heil traditionellerweise auch in Assistenz- oder Katastrophenhilfseinsätzen gesucht.

Schwere Waffen, insbesondere Artillerie, Fliegerabwehr und Kampfpanzer, haben bei der Streitkräfteentwicklung nur mehr eine untergeordnete bis gar keine Rolle mehr gespielt. Ganz entledigen wollte man sich dieser Systeme jedoch auch nicht und so wurden Maßnahmen ergriffen wie z.B. ein Rekonstruktionskern in Österreich oder der Betrieb von Kampfpanzern in enger Kooperation mit einem anderen Staat, wie z.B. die Niederlande und Deutschland.

Die meisten europäischen Streitkräfte haben die Wehrpflicht abgeschafft oder ausgesetzt und auf Berufsarmeen gesetzt. Dabei wurden Umfänge der Streitkräfte massiv reduziert. Der Historiker Dr. Felix Schneider von der LVAk hat einmal ausgerechnet, dass alle Kampfpanzer in den Innenhof der Stiftskaserne passen würden. Und Generalmajor Hofbauer vom BMLV visualisiert die Größe des ÖBH so, dass es mobilgemacht (55.000) in das Wiener Ernst-Happel-Stadion passen würde, allerdings unter Verwendung von Rasen und Laufbahn. Im Vergleich dazu umfasst in Österreich die Polizei etwa 30.000 Personen, das Rote Kreuz 74.000 (8.000 im Berufsstand) und die Freiwilligen Feuerwehren 270.000 aktive Mitglieder. Dieser Zahlenvergleich stellt die Bezeichnung "Strategische Reserve der Republik" für das Österreichische Bundesheer ernsthaft infrage.

Auch viele militärische Verfahren und die Ausbildung wurden an die Rahmenbedingungen dieser durchaus wissenschaftlich unterfütterten "Neuen Kriege" (Kelly Greenhill, Herfried Münkler etc.) angepasst.

Verkürzt kann gesagt werden (Deutschland soll hier als Beispiel dienen): Es wurde für Einsätze wie jenen in Afghanistan geplant, beschafft, ausgebildet und vorbereitet.

Und dann beginnt ein konventioneller Krieg, zwar nicht mitten – aber doch in Europa. Dieser ist wohl nicht in dieser Form beabsichtigt gewesen, hat sich aber zu einem solchen, mittlerweile als Abnutzungskrieg bezeichneten, ausgewachsen und erinnert dadurch mehr an den Ersten als an den Zweiten Weltkrieg. Jedenfalls wird er deutlich anders geführt, als sich das die Streitkräfteplaner Europas in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten für die Zukunft vorgestellt haben.

Es muss bei dieser Gelegenheit angemerkt werden, dass der "Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine" ja nicht am 24. Februar 2022 begonnen hat, sondern bereits 2014, was von der NATO auch erkannt wurde. Deren Reaktion kann durchaus als zügig bezeichnet werden. Im März 2014 hat Russland die Annexion der Krim verkündet und beim Gipfel im September wurden durch die NATO weitreichende Beschlüsse gefasst.

"... Russlands aggressives Vorgehen gegen die Ukraine hat unsere Vision eines ungeteilten, freien und friedlichen Europas grundlegend erschüttert"².

Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen muss leider als zögerlich bezeichnet werden. Insbesondere die anzupeilende 2 %-Marke für die Verteidigungsbudgets konnte vielfach nicht einmal durch kreative Berechnungsmethoden erreicht werden.

Die "Zeitenwende", falls es eine ist, hat also am 24. Februar 2022 bereits 8 Jahre gedauert und in diesem Zeitraum hätte – in Bezug auf europäische Verteidigungsanstrengungen – mehr erreicht werden können.

Jetzt kann es nicht schnell genug gehen: Deutschland stellt ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr bereit und Österreich verfolgt einen "Aufbauplan 2032+". In ganz Europa gibt es Aufrüstungsanstrengungen.

Dazu kommt die Militärhilfe für die Ukraine, welche anfangs sehr zögerlich angelaufen ist. Erst die unerwartete und auch - zumindest für westliche Gesellschaften unvorstellbare Verteidigungsbereitschaft der Ukraine hat sie in beträchtlichem Umfang ansteigen lassen allerdings auch nicht unlimitiert, eine zu starke Involvierung in den Krieg wollte und will man nicht riskieren. Dafür gibt es plausible Gründe, anzustrebenden Nachkriegswelche von ordnungen bis zur Gefahr eines russischen Nuklearwaffeneinsatzes reichen.

Für Aufrüstung und Militärhilfe ist nicht nur das Militär, sondern insbesondere die Rüstungsindustrie gefordert. Viele der erforderlichen Beschaffungen werden sich nicht in kurzer Zeit bewerkstelligen lassen. Die deutsche Artilleriemunition SMART z. B. konnte gar nicht mehr produziert werden, da deren Fertigung aufgrund nicht erfolgter Nachfrage seitens der Industrie zwischenzeitlich eingestellt worden ist.

Neben den herausfordernden Beschaffungsvorgängen kommt der Erhaltung bzw. Erhöhung der personellen Einsatzbereitschaft besondere Bedeutung zu. Einerseits herrscht generelle Personalknappheit und andererseits müssen viele entscheidende Bereiche wie Einsatzbereitschaft, Mobilmachung, Aufmarsch, Kampf der verbundenen Waffen etc. erst wieder neu gelernt werden.

Die "Kriege in der Zeitenwende" werden also nicht mehr nur hybrid geführt, wie das in der einschlägigen Literatur lange Zeit prognostiziert wurde. Dabei wurde der Begriff des hybriden Krieges lange nicht richtig verstanden. Viele Experten waren der Meinung, dieser würde ohne Beteiligung des Militärs auskommen. Landesverteidigungsakademie hat über Institute hinweg, oftmals auch in Meinungsverschiedenheit mit der EU und dem BMLV, stets behauptet, dass Streitkräfte sehr wohl eine Rolle im hybriden Krieg spielen und dieser sich nicht auf die anderen Instruments of Power oder niederschwellige Einsatzmittel beschränken lassen kann. Natürlich wird auch gegenwärtige Krieg mit wirtschaftlichen, diplomatischen und Mitteln der Information in allen Facetten geführt. Zur Überraschung vieler hat allerdings beigetragen, dass seitens Russlands die militärische Karte gezogen wurde.

Zusammenfassend kann zur Frage "Kriege in der Zeitenwende" gesagt werden, dass diese, so wie alle Kriege zuvor, mit allen (passenden und verfügbaren bzw. neu entwickelten bzw. zu entwickelnden) Mitteln (z. B. Drohnen) eines Staates geführt werden – zur Erreichung strategischer Ziele und der Erfüllung des strategischen Zwecks.

In Anlehnung an Clausewitz kann festgestellt werden: Der Charakter des Chamäleons Krieg bleibt gleich, er verändert nur gerade wieder einmal, wie schon des Öfteren in der Kriegsgeschichte, seine Natur. Mit dieser Feststellung soll zum Thema Verteidigungsplanung übergeleitet werden. Dass es gegen hybride Bedrohungen gesamtstaatliche (comprehensive/integrated) Antworten geben muss, ist unbestreitbar. Es soll wieder das Militär im Vordergrund stehen. Und da besagt ein Sprichwort, dass sich Generäle oftmals in der Geschichte darauf vorbereitet haben, den

² Gipfelerklärung von Wales, 5. September 2014.

vorangegangenen Krieg zu gewinnen, während Diplomaten ebendiesen zu verhindern suchten.

Damit ist gemeint, dass sich europäische Staaten (inklusive Österreich) jetzt nicht dafür rüsten sollten, den Abwehrkampf der Ukraine gegen Russland zu gewinnen, sondern ihr eigenes Bedrohungsszenario und ihre eigenen strategischen Interessen in den Fokus rücken sollen. Die jetzt begonnene Verbesserung der militärischen Fähigkeiten muss mit einem Blick auf die kommenden Jahrzehnte betrachtet werden.

Das stellt natürlich ein Dilemma für jeden Verteidigungsplaner dar. Niemand kann die Zukunft voraussagen – auch nicht selbst ernannte Experten diverser Institute, die ihre "Prognosen" um teures Geld anpreisen.

Eine Leitlinie für Verteidigungsplanung könnte also folgende Punkte umfassen:³

- Definition umsichtiger politischer Ziele (Zweck-Zieldefinition): Das stellt die unverzichtbare Grundlage jeder Verteidigungsplanung dar.
- Prioritäten setzen: Eine schwierige Aufgabe wird sein, die potenziellen Gefahren und deren Eintrittswahrscheinlichkeit zu definieren. Herbeiführung Insbesondere die diesbezüglichen politischen Entscheidungsprozesses wird den Strategen einiges an Überzeugungskunst abverlangen, da die größten Gefahren mit eher geringen Eintrittswahrscheinlichkeiten nicht zu den ersten Prioritäten der Entscheidungsträger zählen werden.⁴ Es wird auch nicht möglich sein, alle erforderlichen Mittel rasch zu einem vertretbaren Preis zu beschaffen.
- Fehlertoleranz: Fehler im Rahmen der Verteidigungsplanung sind unausweichlich. Es ist daher in den Planungen stets zu berücksichtigen, wie sich Fehler vergangener Planungen ausbessern lassen (oder wie sich gegenwärtige Fehler zukünftig ausbessern lassen).
- Flexibilität und Anpassungsfähigkeit: Es muss ein Planungsumfeld geschaffen werden, welches verhindert, dass sich Routinen einschleichen und ermöglicht, dass sich die Planungen stets auf das aktuelle und erwartbare strategische Umfeld beziehen.

Vielleicht kann ein Beispiel aus der Taktik zur Lösung des Problems herangezogen werden. Wenn im Zuge eines Angriffs ein genaues Lagebild vorliegt, kann schmal und tief eine Schwachstelle des Gegners angegriffen werden. Gibt es jedoch kein hinreichendes Aufklärungsergebnis, greift man möglichst breit an, bis eine Schwachstelle des Verteidigers erkannt wird und gruppiert dann um, um ein eigenes Schwergewicht zu bilden.

Das Beispiel lässt sich auf die Verteidigungsplanung umlegen: Wenn zukünftige Bedrohungen nicht klar identifiziert werden können, was in einem VUCA-Umfeld⁵ immer weniger möglich sein wird, kann man sich nicht auf bestimmte Fähigkeiten spezialisieren oder in Nischenfähigkeiten investieren. Auch von Rekonstruktionskernen oder der Festlegung von Eintrittswahrscheinlichkeiten wäre eigentlich abzusehen (die ukrainischen Streitkräfte waren 2014 in einer Phase der Rekonstruktion!). Breit aufgestellte und flexible/reaktionsfähige Streitkräfte wären das Gebot der Zukunft für Europa.

Besondere Bedeutung kommt natürlich der Ausbildung, speziell von Offizieren, zu. Es braucht ein Offizierskorps, das den Krieg denken kann. Nur so ist es möglich, Streitkräfte zu entwickeln und im (hoffentlich nicht eintretenden) Anlassfall auch flexibel und adaptiert einzusetzen.

Auf diese Schlussfolgerungen wäre man nach intensiver Befassung mit der Thematik Strategie vor dem 24. Februar 2022 auch gekommen. D. h. – abschließend – in Bezug auf den Krieg und auf Streitkräfte gibt es keine wirkliche Zeitenwende. Strategisch gesehen muss dem Bundeskanzler Scholz jedoch zugestimmt werden. Die Sicherheitsordnung ist (allerdings schon seit 2014) eine andere geworden, insbesondere in Hinblick auf außer Kraft gesetzte Rüstungskontrollabkommen und das Erstarken neuer geostrategischer Akteure.

Wenn nun die Welt nicht mehr aussieht, wie zuvor und der Wegfall einer regelbasierten Weltordnung zu beklagen ist, wäre die Welt dringend wieder neu zu ordnen. Dies könnte etwa durch die Weiterentwicklung internationaler Organisationen geschehen, durch neue Rüstungskontrollabkommen, jedenfalls aber durch die Stärkung vertrauensbildender Maßnahmen – hoffentlich kann eine neue Weltordnung auf friedlichem Wege erreicht werden.

³ Vgl. Colin S. Gray in Baylis, Wirtz, Gray, 2019, S. 176f.

⁴ Vgl. Gray, 2014, S. 171.

⁵ Volatile, Uncertain, Complex, Ambiguous.

Modern Technologies and Warfighting ... and why does AI matter when it is involved in conflict?

Markus Reisner

The end of the 20th century brought a major change in the traditional pattern of conflict that had been familiar until then. Today it seems that wars between states fought by conventional means are increasingly becoming the exception. However, the beginning of the 21st century brings further developments with it, the effects of which are much more decisive and the full extent of which cannot yet be assessed. Digitization, the development of potent information technologies and Artificial Intelligence (AI) created the conditions for a revolution in warfare. A decisive developmental step was achieved, namely the increasing automation and autonomization of military weapons systems. Today's international armed forces are equipped with modern weapon systems that make it possible to have a lethal effect at any time, anywhere in the world, and without endangering their personnel. The boundaries of space and time have thus been greatly altered for military operations. The previously known parameters for military operational thinking, i.e., force, space, time and information, are beginning to change as a result, and new possibilities also arise at the strategic level regarding the use of means.1

Artificial Intelligence can be defined as the process which enables machines and robots to imitate human behaviour. It can be divided into several subcategories. Those are machine learning and deep learning. Machine learning uses computerized statistical methods to enable machines to improve with experience. Deep learning tries to enhance computation by using multi-layer artificial neural networks, so called ANNs. The aim of Artificial Intelligence is to transfer from "frozen software" (which needs regular updates) to "evolving software" (which is updating itself). According to the current state of technological development, Artificial Intelligence is defined primarily in the analysis of large amounts of data. It is therefore not vet referred to as a "technical singularity", i.e., an "intelligent" mechanical entity, but rather as the analysis of

¹ Vgl. David Lonsdale: Strategy, in: David Jordan, John D. Kiras (Hrsg.): Understanding Modern Warfare, New York 2008, 16ff.

huge amounts of data (Big Data). This is primarily performed for the purpose of assisting or enhancing human decision-making. And this function is not only of essential importance in social networks but also in warfare. Here, data preparation is of special significance.²

In contrast to the nuclear missile with its devastating area effect, the military now has a family of unmanned weapon carriers and weapon systems at its disposal, which promise an unprecedented precision in the use of weapons in the air, on land and on water. The next step in warfare was taken with the man-made possibility of using unmanned, semi-autonomous, robot-like weapon systems. The remote-controlled deployment of airborne, unmanned, designated reconnaissance systems and their increasing use for the transfer and deployment of lethal weapons open up previously undreamed-of possibilities for modern armed forces. At present, the human operator still controls the use of such systems, but science and technology are already in the process of taking the next technological development step and creating the possibility of excluding the (remote) operator. This – decisive – circumstance must, however, be considered more closely, taking into account the possible consequences.3

Human control of manned and unmanned weapons systems is exercised via network structures in cyberspace. If an opponent succeeds in controlling and penetrating his own networks, optional attack or defense strategies have to be developed. Due to limited communication, these strategies can only be based on a higher degree of autonomy of software and hardware. In the domain of cyber, the development of semiautonomous programs is already being actively pursued. These are intended to be used to carry out various Computer Network Operations (CNO). However, partial autonomy is only an intermediate goal here. One example is the development of a program called "MonsterMind" for the US National Security Agency (NSA). The purpose of the program is to detect and neutralize possible cyberattacks on the USA at an early stage. Due to the high speed with which such operations are performed, the goal is to use the program in a fully autonomous mode. A fully

² Vgl. Markus Reisner: Robotic Wars, Norderstedt 2018, 244ff und 291ff.

³ Paul Scharre: Robotic on the Battlefield – Part II: The Coming Swarm, online unter: http://www.cnas.org/sites/default/files/publications-pdf/CNAS_The Coming Swarm_Scharre.pdf (23. Dezember 2015).

autonomous software, i.e., an active system equipped with artificial intelligence in the sense of a technical singularity (in addition to cyber programs e.g., also a Lethal Autonomous Weapon System, LAWS) could revolutionize warfare decisively. The decision about the right to life or physical integrity would be taken out of the hands of the human being, he would be degraded to a mere spectator.⁴

The leap to the development of a fully autonomous robot does not necessarily have to be made first by the military. It can also be made by civil research. Fully autonomous systems have numerous advantages. First and foremost is the fact that humans need time to go through their decision cycle (OODA-loop: Observe, Orientate, Decide and Act). This time can be largely marginalized by a fully autonomous system. Unmanned reconnaissance and weapon systems in which humans are in or on the loop have the disadvantage that the necessary up- and downlink communication between unmanned system and control station takes time. One of the declared goals of the military is to overcome this shortcoming. In addition, the human reaction time would take too long, especially in defense systems, to ensure effective defense. The automatic PHALANX or AEGIS defense system used in many of the world's war fleets is such an example. In such a system, man is reduced to a pure observer role. He can and should only intervene when necessary. In fact, there are already several systems that have a high degree of automation and autonomy.5

In the longer term, it can be assumed that ultimately fully autonomous reconnaissance and weapons systems using low levels of artificial Intelligence will be able to independently resolve situations of moderate complexity (e.g., unarmed reconnaissance or armed patrols in a defined and designated area) at the end of a corresponding development process. The current development of such systems, their advantages, disadvantages, must be clearly addressed by military and political decision-makers to a broad public. Only through appropriate transparency can it be avoided that any unwanted developments gain a foothold. Not only military, but above all civil research must be made responsible for this. However, it is a fact that the armament efforts of state actors are currently aimed at overcoming the prevailing stalemate of "nuclear deterrence" and "information superiority"

A fully autonomous robot equipped with Artificial Intelligence, on the other hand, would be able to independently collect information about its environment using sensors. This information is processed by high-performance processors and forms the basis for a decision, which is then implemented by installed components (such as movement mechanisms or weapons). By increasing its experience, the robot can gradually optimize itself. The effectiveness of its actions is constantly growing. A possible use of weapons no longer remains proportional, but becomes more effective. The robot's software works based on purely mathematical calculations and negates moral or ethical considerations. The result is a "fighting machine" (or killer robot) to which every inhibition is foreign and which can only be stopped by technical failure or destruction or (in the best case) command from outside.7

This means that regardless of what degree of autonomy a reconnaissance and weapon system, on land, in water, in the air or elsewhere, will achieve in the future. The question of human responsibility in the use of such developments always remains. A violation of international law can be caused by the wrong actions of man in or on the loop. In the case of a possible fully autonomous system (artificial Intelligence, off the loop), however, this could either have been programmed in violation of international law from the outset, or a technical defect could be the trigger for misguided action. The developing countries are therefore called upon to take the observance of international legal norms seriously in the future as well, or to provide for the exercise of human control in developments. In the development of future fully autonomous reconnaissance and weapon systems, it is necessary to impose certain basic requirements on the expected technological developments. Any programming of the software

⁴ Vgl. Kim Zeter: Meet MonsterMind, the NSA Bot That Could Wage Cyberwar Autonomously, online unter: http://www.wired.com/2014/08/nsa-monstermind-cyber-warfare/ (10. Februar 2016).

⁵ Vgl. Peter Waren SINGER: Wired for War – The Robotic Revolution and Conflict in the 21st Century, New York 2009., 45ff.

⁶ Vgl. Peter Waren Singer, The Five Deadly Flaws of Talking About Emerging Military Technologies and the Need for New Approaches to Law, Ethics, and War, in: Peter L. Bergen, Daniel Rothenberg (Hrsg.): Drone Wars, Transforming Conflict, Law and Policy, New York 2015.

⁷ Vgl. Markus Reisner: Robotic Wars, Norderstedt 2018, 291ff.

of a future fully autonomous weapon system should be designed in such a way that humans have the possibility to intervene at any time when an autonomous system is in use. Furthermore, it must be ensured that the programming of the software already includes appropriate control mechanisms.⁸

⁸ Vgl. Rieke Arendt: Völkerrechtliche Probleme beim Einsatz autonomer Waffensysteme, Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam, Band 41, Berlin 2016.

"Gamechanger" – persönliche Anmerkungen zu einem sicherheitspolitischen "Buzzword"

Felix Schneider

Wir alle kennen die Welt der sicherheitspolitischen Modewörter: Resilienz, Transformation, hybrid, Pooling and Sharing - die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Die meisten dieser Begriffe wurden in den letzten Dekaden kreiert, viele davon nicht zuletzt, um den Umstand unseres westlichen Versagens der eigenen konventionellen Verteidigungsfähigkeit zu kaschieren bzw. klein- oder schönzureden. Seit zwei Jahren bekommen wir für dieses Versagen von Wladimir Putin eine schmerzliche Rechnung präsentiert. Aber das ist eine andere Geschichte.

Momentan aktuell: "Gamechanger". Niemand weiß so genau, welcher Nerd sich das schon wieder ausgedacht hat. Doch der weltweiten (leider oft selbsternannten) strategischen Community scheint das zu gefallen und auch für diese gilt nach wie vor das berühmte Zitat Seneca des Älteren: crede mihi, sacra populi lingua est (glaube mir, die Sprache des Volkes ist heilig). Und was dem Volk gefällt, gefällt eben auch der Politik – das war schon zu Julius Caesars Zeiten nicht anders.

"Gamechanger" – ein "Spielveränderer" also. Jemand – oder etwas –, der/das das Gleichgewicht eines bestehenden Zustandes zu seinen Gunsten zu verändern vermag. In unserem speziellen Falle handelt es sich um "Gamechanger", die den Krieg gegen die Ukraine revolutionieren sollen. Man sollte annehmen, solche "Gamechanger" seien sehr rar gesät. Es kommt in der (Militär)Geschichte nämlich nicht allzu häufig vor, dass eine neue Waffe so grundlegend und schnell alles bisher Gesehene und Praktizierte überflüssig macht.

Weit gefehlt. Wir scheinen heute in einer regelrechten "Welt von Gamechangern" zu leben. Googeln Sie heute die Begriffe "Ukraine" und "Gamechanger" in der Suchmaschine Ihres Vertrauens, so erhalten Sie eine zweistellige Millionen-Anzahl von Treffern. Es verging seit Kriegsbeginn kaum eine Woche, wo im Rahmen des nun seit zwei Jahren tobenden Krieges nicht irgendein neuer militärischer "Gamechanger" angekündigt wurde, der sich dann nur allzu rasch als medialer Rohrkrepierer erwies. Doch das ist unserer heutigen schnelllebigen Tic-Toc-Welt, die lediglich die Aufmerksamkeitsspanne eines

Fünfjährigen im Trotzalter voraussetzt, egal – denn bis sich diese Erkenntnis als solche herausstellte, wurden uns schon wieder weitere "Gamechanger" präsentiert – deren Schicksal dann ein selbiges war. Und bis diese sich dann als Unsinn herausgestellt hatten – ich glaube, Sie ahnen, worauf ich hinauswill …

Ich weiß nicht, ob sie den Film kennen: "Groundhog Days" (USA 1993), hierzulande erschienen unter dem etwas holprigen Titel "Und täglich grüßt das Murmeltier" – der verschrobene Kotzbrocken Bill Murray gefangen in einer Zeitschleife, die ihn immer und immer wieder genau denselben Tag erleben lässt …

Lassen Sie mich zur Demonstration dieses medialen Irrsinns nur die Highlights des Ergebnisses meiner eigenen Suche, die ich unvorsichtigerweise im Herbst vergangenen Jahres durchführte, auflisten (ich hätte es besser lassen sollen):

Folgende "Gamechanger" wurden von mir Ende August 2023 den Pressemeldungen entnommen:

HIMARS, ATACMS, Prigoschin-Revolte, Cluster-Munition, Kriegsrecht in der Ukraine, Storm-Shadow, Einsatz westlicher Artilleriesysteme, Panzer Leopard I, Panzer Leopard II, KI, Panzer KF-51 "Panther" (den es noch gar nicht gibt), Kampfflugzeug F-16, iranische türkische Drohnen, Drohnen, ukrainische Drohnen, Patriot-Systeme, Panzer Abrams, Schützenpanzer Marder, Bucha-Massaker, Hyperschall-Waffen, zwischen Unterredung ukrainischem Präsidenten Selenskyj und chinesischem Premier Xi Jinping, Switchblade-Drohnen und und und ...

Viele weitere ließen sich anfügen. Mein persönliches Highlight: Das 2-Mann-Combat-Kajak "Poloz-M16" mit eingebautem Granatwerfer! Wie um alles in der Welt ein Zwei-Mann-Schinakel einen Krieg, der sich in der westlichen eurasischen Steppe abspielt, entscheiden soll, dafür fehlt selbst mir die Fantasie.

So wie dem alten Bill Murray in "Groundhog Days", so ergeht es auch uns allen mit dem Begriff "Gamechanger": Jeden Morgen das gleiche Prozedere: Man schaut in die Medien und ein neuer – diesmal aber ein wirklich wirklich kriegsentscheidender "Gamechanger" – grinst frech vom Bildschirm – der dann aller Voraussicht nach im gleichen historischen Rundarchiv landen wird, wie alle bisherigen (der

"Gamechanger" wohlgemerkt, nicht der Bildschirm).

Manchmal muss man Dinge und Umstände akzeptieren, die zu vollbringen zu eigenen Lebzeiten nicht mehr möglich sein wird. Da kommt man schon ins Grübeln. Sollte ich vielleicht noch 20 Jahre leben und damit das Durchschnittsalter eines männlichen Europäers erreichen, so wird es mir nicht möglich gewesen sein, zu Lebzeiten einen seriösen militärgeschichtlichen Vortrag über den Krieg in der Ukraine zu halten. Das ist leider ein Faktum. Selbst wenn dieser Krieg noch heute Abend enden würde, bliebe diese meine Aussage dieselbe.

Bis alle historisch entscheidenden Dokumente über eine militärische Auseinandersetzung solch weltanschaulicher Brisanz einmal zitierreif vorliegen werden, braucht es Zeit. Viel Zeit.

Zur Veranschaulichung: Stellen sie sich vor, sie stehen im Wiener Heeresgeschichtlichen Museum vor einem der riesigen Schlachtengemälde von Peter Snayers, der im 17. Jahrhundert so einzigartig die Schlachten des Dreißigjährigen Krieges gemalt hat. Und sie stehen ganz nahe am Gemälde, so nahe, dass ihre Nasenspitze fast das Werk berührt. Alles, was sie sehen, sind vielleicht wenige Soldaten und das, was diese gerade tun. Und sie nehmen diesen einen Eindruck und ziehen daraus die gesamthistorischen Schlüsse. Sie wissen nicht, was rechts und links, oben oder unten auf dem Gemälde zu sehen ist, denn ihr Abstand vom Geschehen ist nicht ausreichend. Und so ist es auch mit Geschichte. Erst der historische Abstand lässt wirklich objektive Aussagen und Gewichtungen zu.

predigen unseren Studentinnen Studenten ständig, quellenkritisch auf der Hut zu sein, gerade in unserer von Social-Media-Müll überfrachteten Fake-News-Zeit. Aber wenn wir das tun, dürfen wir selbst nicht der Versuchung erliegen, durch Hüftschüsse ins politische Blaue unsere Reputation und die unserer Zunft leichtfertig zu unterminieren. Andy Warhol hat 1968 in Hinblick auf die immer kürzer Aufmerksamkeitsspannen werdenden Medienwelt gemeint, jeder werde in Zukunft wohl 15 Minuten berühmt sein. Ich bin der Meinung, wir sollten diese 15 Minuten nicht allzu sehr strapazieren.

Ist der Krieg in der Ukraine selbst vielleicht ein "Gamechanger"?

Das bleibt abzuwarten. Vorerst hat es tatsächlich den Anschein, als dass der Westen, allen voran die Staaten der Europäischen Union, nach Beginn des russischen Angriffskrieges aus einer Art Schockstarre erwacht sind und nun danach trachten, über Dekaden Versäumtes militärisch nachzuholen. Inwieweit ein – momentan sich nicht abzeichnender – Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine daran etwas ändern würde, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös gesagt werden.

Darum verlassen wir jetzt eiligst die Welt der geopolitischen Konjunktive und "gamechangenden" Propheten. Begleiten Sie mich ein Stück zurück in die Militärgeschichte, ein sehr großes Stück zurück, zu zwei *tatsächlichen* (militärischen) "Gamechangern", die dann einen dritten bedingten ...

Gamechanger Nr.1: Pfeil und Bogen

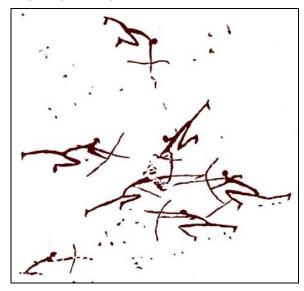
Die Entwicklung des Bogens bedeutete für die Jäger der Steinzeit einen Quantensprung. Erstmals war es möglich, selbst große Beutetiere aus deutlicher Distanz und ohne sich zwingend aus der eigenen Deckung begeben zu müssen, zu jagen. Damit war der Bogen dem Speer, aber auch der Speerschleuder, deutlich überlegen. Daneben war es dem geübten Schützen wohl auch schon damals möglich, mehrere Pfeile gleichzeitig in der Luft zu halten.



Steinzeitliche Jagd mit Pfeil und Bogen. Ca. 13.000 Jahre altes Felsbild, Provinz Castellón, Spanien ¹

¹ Bild Wikimedia Commons/Joanbanjo/CC-3.0: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Escena_de_ca %C3%A7a_de_la_cova_dels_Cavalls,_reproducci%C3%B3 _del_museu_de_la_Valltorta.JPG

Pfeil und Bogen traten einen Siegeszug um die Welt an und können heute durchaus als erste "High-Tech-Waffe" bezeichnet werden. Der Bogen sollte den Fernkampf über mehr als 10.000 Jahre hindurch beherrschen. Erst die Einführung des Schießpulvers setzte dem Siegeszug des Bogens schließlich ein Ende.



Die älteste und bekannte Darstellung von Krieg, der mit der ersten wirklichen High-Tech-Waffe, dem Bogen, geführt wurde (ostspanische Höhlenmalerei, frühes Mesolithikum – 9600-7000 v.Chr.)²

Gamechanger Nr.2: Das Pferd

Wir bleiben in der Steinzeit. Die Domestizierung des Pferdes stellte in der Entwicklung des Menschen ebenso wie die Herstellung von Pfeil und Bogen eine Revolution dar.

Eindeutige Belege für die Nutzung von Pferden gibt es ab dem 4. Jahrtausend vor Christus. Geographisch sind die Anfänge Domestizierung des Pferdes im heutigen Südrussland und Kasachstan zu verorten. Die damals dort ansässigen Kulturen der Chwalynsk (Russland) sowie Jamnaja und Botai (Kasachstan) nutzten nachweislich das Pferd nicht nur als Zug, sondern auch als Reittier. Erste Belege für die regelmäßige Nutzung des Pferdes als Reittier datieren jedenfalls mehr als 5.000 Jahre in die Vergangenheit.



Schwedisches Reiterfelsbild von Tegneby. Bronzezeitliche Felsritzung einer Reiterschlacht.³

Die Domestizierung des Pferdes geschah zu Beginn wohl zur reinen Nutzung als Nahrungsquelle. Die Nutzung als Zugtiere schließlich gestattete es schließlich, auch schwere Lasten leichter über größere Entfernungen zu transportieren. Mit der Erfindung des Rades und der Achse (um ca. 3.500 v.Chr.) erfuhr auch das Transportwesen eine Revolution, die den Gütertransport über Land bis zur Erfindung der Dampfmaschine bestimmen sollte.

Militärisch am wichtigsten war jedoch das Pferd als Reittier. Die schnelle Überwindung von Distanzen ermöglichte es, eigene Jagdgründe effizient zu kontrollieren. Auf diese Weise war es erstmals möglich, auch größere Regionen militärisch zu beherrschen (Entstehung von Großreichen). Das Pferd revolutionierte also sowohl die Jagd- als auch die Kriegstechniken. Wie beispielsweise das Reiterfelsbild von Tegneby zeigt, ist der Gebrauch des Pferdes zu Kriegszwecken schon früh umgesetzt worden – die frühe Kavallerie war geboren.

Aber nicht nur die Reiterei wurde mit der Domestizierung des Pferdes aus der Taufe gehoben.

Der Streitwagen als erstes "Kampffahrzeug"

Erste sumerische Pferdegespanne wurden noch nicht als Streitwagen gebraucht. Diese Wagen repräsentierten vielmehr die Macht der Herrschenden. So sind auf der berühmten *Standarte von Ur* (2850-2350 v. Chr.), einem frühdynastischen sumerischen Holzkasten, der im

² Bild Wikimedia Commons/Pacheco/Gemeinfrei: https://de.wikipedia.org/wiki/Bogen_(Waffe)#/media/Da tei:Morella (combate-de-arquero.png

³ Bild Wikimedia Commons/CC BY-SA 3.0: https://de.wikipedia.org/wiki/Reiterfelsbild_von_Tegneb y#/media/Datei:Reiterschlacht Tanum.JPG

Königsgrab von Ur (heutiger Irak) gefunden wurde, vierrädrige Wagen erkennbar, die von jeweils vier Pferden gezogen werden.



Standarte von Ur: Vierrädrige Gespanne, die wahrscheinlich Präsentationszwecken dienten.⁴

Die militärischen Gespanne, die sich daraus entwickelten, waren in der Regel immer Zweispänner. Es gelang mit der Zeit, die Fahrzeuge immer leichter zu gestalten, was natürlich auch großen Einfluss auf die Wendigkeit auf dem Schlachtfeld hatte.

Der erste militärische Nutzen, den man aus den Gespannen zog, war der Transport von Truppen. entwickelten sich Später daraus Kampffahrzeuge. Die ersten großen Kulturen des zweiten vorchristlichen Jahrtausends, die sich des Streitwagens militärisch bedienten, Mykener, Assyrer, Perser, Chinesen, Hethiter, Hyksos und später auch Ägypter. Besonders der hethitische Streitwagen, der in mehreren Ausführungen genutzt wurde, ist hier zu erwähnen, war er doch zu seiner Zeit auf dem Schlachtfeld "State of the Art".

Der Streitwagen gilt als erster "Waffenträger" der Geschichte. Meist war er mit 2 oder 3 Mann besetzt, wobei neben dem Lenker ein Mann mit Schild diesen vor Pfeilen beschützte und ein Dritter den Streitwagen als Kampfplattform verwendete. Sowohl der Speer als auch der Bogen kamen hier zum Einsatz. Daneben waren die Streitwägen oft mit an den Achsen angebrachten rotierenden Sicheln bestückt, die sowohl bei feindlichen Infanterie- wie auch Kavallerie- einheiten äußerst gefürchtet waren.

Der Streitwagen war eine der wichtigsten Weiterentwicklungen auf dem Schlachtfeld des Mittleren und Nahen Ostens des zweiten vorchristlichen Jahrtausends, doch er benötigte stets ebenes, trockenes Gelände, um taktisch richtig zum Einsatz gebracht zu werden.

Aus eben diesem Grund konnte er letztlich am Schlachtfeld gegen die sich parallel entwickelnde Kavallerie, die auch billiger in der Unterhaltung war, nicht bestehen.



Ägyptischer Streitwagen, Neues Reich (1550-1070 v. Chr.)⁵

Gamechanger Nr. 3: Der Steigbügel

Mit der Erfindung und militärischen Einführung des Steigbügels wurde die Kavallerie an der Schwelle der Antike zum Mittelalter zu *dem* bestimmenden Element des Schlachtfeldes.



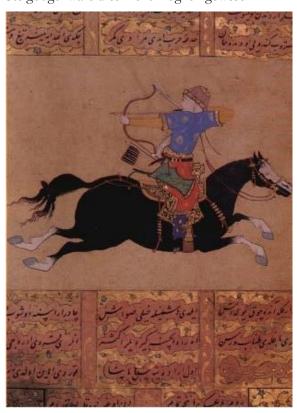
Der Steigbügel machte die Kavallerie über Jahrhunderte hinweg zur dominanten Waffengattung. ⁶

Der Steigbügel gab dem Kämpfer zu Pferd erst jenen Halt, den er benötigte, Waffen beidhändig zu bedienen. Bisher war er genötigt gewesen, zumindest eine Hand zur Lenkung des Pferdes bzw. zur Gewährleistung des eigenen Halts zu verwenden. Das galt sowohl für die leichte wie die schwere Kavallerie.

⁴ Bild Wikimedia Commons/CC BY-SA 3.0: https://de.wikipedia.org/wiki/Standarte_von_Ur#/media/ Datei:Standard of Ur front view.jpg

 ⁵ Bild Wikimedia Commons/Gemeinfrei: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Egyptian-Chariot.png#/media/Datei:Egyptian_Chariot_(colour).jpg
 ⁶ Bild Wikimedia Commons/Gemeinfrei: https://de.wikipedia.org/wiki/Steigb%C3%BCgel_(Reiten) #/media/Datei:Steigbuegel Domreiter.jpg

Der Steigbügel und der damit verbundene sichere Halt gab ihm auch zu Pferd eine zweite Hand frei. Vor allem für die berittenen Bogenschützen war das ein immenser Vorteil. Endlich waren genaueres Zielen und komplizierte Kampftechniken – wie z.B. der gefürchtete "Partherschuss" – möglich. Bei diesem Manöver schoss der Reiter rückwärtsgewandt (meist in Vortäuschung eines Rückzugs). Ein solches Manöver erforderte äußerstes Geschick und perfekte Beherrschung des Pferdes. Ohne die Steigbügel wäre dies nicht möglich gewesen.



Partherschuss ("Parthisches Manöver") eines berittenen osmanischen Bogenschützen.⁷

Der nomadische Steppenreiter und mit ihm die Kavallerie der Hunnen, Awaren, Mongolen et al. galten über Jahrhunderte hinweg als die "Geißel" Ost(mittel)europas dominierten bis zum Beginn der Neuzeit die Schlachtfelder des Ostens. Ihnen gegenüber erwiesen sich die europäischen Ritterheere obwohl gut gepanzert - meist als zu schwerfällig. Der schnelle nomadische Steppenreiter ist somit eine **Symbiose** jener "Gamechanger", die bisher genannt worden sind: Bogen - Pferd - Steigbügel!

⁷ Bild Wikimedia Commons/Gemeinfrei: https://de.wikipedia.org/wiki/Parthisches_Man%C3%B6v er#/media/Datei:OttomanHorseArcher.jpg Europa selbst setzte den Steigbügel ebenfalls mit großem Erfolg auf den Schlachtfeldern um – wenn auch im Rahmen der schon erwähnten schweren gepanzerten Kavallerie. Das Führen einer Lanze bzw. das Tragen von schweren Rüstungen machte einen guten Halt auf den Schlachtrössern unumgänglich. Der Steigbügel gab dem europäischen Ritter diesen Halt. So ist es wenig verwunderlich, dass die Einsätze schwerer gepanzerter Ritter die meisten Schlachten in (West)Europa entschieden, bis – Sie ahnen es bereits – zur bereits erwähnten Einführung des Schießpulvers.

Aber das ist eine andere Geschichte.

Demokratie, Rechtsstaat & Militär

Alexander Balthasar

I. Allgemeine Einführung

"Demokratie" Das Verhältnis von "Rechtsstaat" – zweier nicht nur traditionsreicher Prinzipien der politischen Theorie, sondern auch gegenwärtigen, staatlichen unserer kontinentalen Verfassungsordnung – ist schon für sich allein ein komplexes. Im Rahmen dieser Konferenz geht es allerdings nicht einfach um dieses Verhältnis als solches (ich komme hierauf noch zurück [III), sondern um den spezifischen Bezug des Militärs - in Österreich, aber auch in der EU und darüber hinaus - zu diesen beiden Prinzipien.

Nun mag dieser Bezug sich – mit Blick sowohl auf "Demokratie" wie auf "Rechtsstaat" – für viele zwar prima facie eher als ein solcher des blanken **Gegensatzes** denn als ein konstruktivkooperativer darstellen; hier lohnt freilich ein **zweiter Blick**:

"Militär" & "Demokratie"

Was zunächst das Verhältnis des Militärs zu "Demokratie" anlangt, so

- Entscheidung (paradigmatisch mittels Befehls eines von oben ernannten Kommandanten) idealtypisch demokratischer Inklusion und Partizipation samt schließlicher Mehrheitsentscheidung eines repräsentativen, von unten gewählten, eher größeren als kleineren kollegialen Repräsentativorgans (oder gar direkter bzw. Basis-Demokratie) maximal entgegengesetzt (auch wenn vertiefte Analyse durchaus manche strukturelle Gemeinsamkeit, insbesondere bei der Vorbereitung einer Entscheidung durch einen kompetenten Stab, zutage fördern könnte),
- sondern es zeigt die Geschichte auch immer wieder, gehäuft freilich im 20. Jahrhundert, aber auch in unseren Tagen, wenngleich derzeit nicht in Europa, die eigenmächtige Übernahme staatlicher Macht durch das Militär ("Militärdiktatur") unter Ausschaltung ziviler, insbesondere demokratischer Herrschaft.

Gleichwohl beruft die österreichische Bundesverfassung das österreichische Bundesheer geradewegs zum Schutz und zur Verteidigung "auch [der] verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihre[r] Handlungsfähigkeit sowie [der] demokratischen Freiheiten der Einwohner" (nicht nur der Staatsbürger!)

- Zunächst "vor gewaltsamen Angriffen von außen" im Rahmen der "militärischen Landesverteidigung" (Art. 9a Abs. 1 im Art. 79 Abs. 1 B-VG).
- Aber auch im Inneren, und zwar
- o nicht nur im Wege eines von der "gesetzmäßige[n] zivile[n] Gewalt" in Anspruch genommenen **Assistenz**einsatzes (Art. 79 Abs. **2** Z 1 lit. a B-VG),
- o sondern auch mittels "[s]elbständig[n] militärische[n] Einschreiten[s]" unter den in Art. 79 Abs. 5 B-VG genannten beiden, alternativen Voraussetzungen.

Ergänzend zu diesem damit sichtlich zumindest dem österreichischen Militär gerade auch für die Sicherung der Demokratie entgegengebrachten Grundvertrauen sei auf die durchaus auch als demokratisches Organisationselement (funktionell vergleichbar dem Art. 91 Abs. 1 B-VG [Das Volk hat an der Rechtsprechung mitzuwirken"], aber in der Gewichtung noch über diesen hinausgehend) begreifbare Anordnung des zweiten Satzes des Art. 79 Abs. 1 B-VG ("[Das] Bundesheer ... ist nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten") hingewiesen.

"Militär" & "Rechtsstaat"

Militärische Entscheidung bzw. Tätigkeit erscheint vielen freilich nicht nur demokratischer Methode, sondern auch allgemein üblichen rechtsstaatlichen Verfahrensgrundsätzen entgegengesetzt (sich vielmehr. allenfalls. weitestgehend verfahrensfreien Extremen, wie einem "Mandat" nach § 57 AVG oder einem "Akt unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt" i. S. d. Art. 130 Abs. 1 Z 2 B-VG, berührend). Vor allem aber scheint genuin militärische Tätigkeit von ihren Auswirkungen her jedem rechtsstaatlichen, insbesondere menschen- bzw. grundrechtlichen Standard gegenüber komplementär (wie sofort offensichtlich wird bei einem Vergleich dessen, was etwa nach Art. 3 EMRK höchstrangig – prima facie nicht derogabel [Art. 15 Abs. 2 EMRK!] - verboten, jedoch bei einem, zumal "robusten" militärischen Einsatz – unvermeidlicherweise – oft noch erheblich übertroffen wird).

Zumindest ein Indiz für diese Sichtweise liefert auch die österreichische Bundesverfassung, wenn sie das österreichische Bundesheer bei dessen (gerade angesprochenen) Aufgaben nach Art. 9a Abs. 1 i. V. m. Art. 79 Abs. 1, 2 bzw. 5 B-VG mit keinem Wort explizit an die Einhaltung der staatlichen Rechtsordnung allgemeinen oder der innerstaatlichen grundrechtlichen Standards im Besonderen, bindet (implizit ergibt sich dies zwar für Assistenzeinsätze, aber schon keineswegs mehr mit ausreichender Klarheit auch für das "selbständige Einschreiten" im Inneren nach Art. 79 Abs. 5 B-VG, von der "militärischen Landesverteidigung" einmal ganz abgesehen). Mit einem von daher naheliegenden "silent enim leges freilich arma" mag sich Staatengemeinschaft immer weniger abzufinden, wie nicht zuletzt die Einrichtung eines "Internationalen Strafgerichtshofes" - wenngleich lediglich durch multilateralen Staatsvertrag, sohin begreifbar Aufstand Generalversammlung gegen einen widerstrebenden Sicherheitsrat, an diesem vorbei, damit aber auch ohne Anteil am Vorrang der Satzung der Vereinten Nationen – zeigt.

Damit werden zwei grundsätzliche, miteinander zusammenhängende Fragen berührt:

(i) jene nach den "natürlichen" Grenzen der Verrechtlichung militärischer Einsätze

(ii) jene umgekehrte nach der Leistungsfähigkeit der (Grund-) Rechtsordnung in Krisenzeiten.

Denn eines dichotomischen "silent enim leges inter (temporären) gänzlichen eines Heraustretens aus der für normale (Friedens-) Zeiten geltenden Rechtsordnung – bedarf es ja umso weniger, je mehr diese Rechtsordnung, zumal die Grundrechtsordnung, sich als fähig erweist, auch Extremsituationen (Notstände) nicht bloß mit einem achselzuckenden ("Das [Staats-] recht hört hier auf" [@Gerhard Anschütz]) zu guittieren, sondern auch in diesen noch Maßstabsfunktion zu entfalten (sodass man auch in solchen Situationen, statt dem bekannten argumentum ad absurdum "fiat iustitia, et pereat mundus", guten Gewissens zu sagen vermöchte: "fiat iustitia, aut pereat mundus").

II. Grundsätzliches Verhältnis der Prinzipien "Demokratie" und "Rechtsstaat"

Integrales versus dichotomisches Verständnis. Primat des Rechtsstaates.

möchte meine Ausführungen grundsätzlichen Verhältnis der Prinzipien "Demokratie" und "Rechtsstaat", mit dem wohl berühmtesten Satz, den unser Verwaltungsgerichtshof (VwGH) je geprägt hat - und der wohl der Feder eines der profiliertesten österreichischen Juristen (des gelernten Justizrichters, Angehörigen des Verfassungsdienstes im BKA, nachmaligen Mitglieds des VwGH und Ersatzmitglieds des VfGH, Prof. für öffentliches Recht an der LF Universität Innsbruck und auch, in der Regierung Klaus, BM für Justiz, *Hans Klecatsky*) entstammt – beginnen: "Es steht im Rechtsstaat kein Mensch über dem Recht und keiner außerhalb des Rechts."

Dieser Satz ist nicht nur seiner blanken Aussage wegen, sondern auch aufgrund des Kontextes, in dem er geprägt wurde, so bemerkenswert, ging es doch damals, in der Causa "Habsburg", letztlich – zumindest aus der Sicht jener, die in diesem Verfahren im Ergebnis unterlegen sind – um nichts weniger als um die Verteidigung der "demokratischen Republik" gegenüber einer vom letzten k. u. k. Kronprinzen auszugehen befürchteten Restaurationsgefahr, also um nichts weniger als um den Bestand der aktuellen Herrschaftsform.

Und dennoch: Auch in der Situation einer derartigen existenziellen Gefährdung selbst der "demokratischen Republik" als solcher gibt es, nach Ansicht unseres VwGH, in einem Rechtsstaat keine rechtsfreien Räume, weder "nach oben" – in dem schrankenlosen Sinne, in dem Jean Bodins Rede vom "princeps legibus solutus" allzuoft missverstanden wurde – noch "nach unten", im Sinne einer ausgrenzenden, diskriminierenden "Vogelfreiheit".

In dieser Bindung eines **jeden** Herrschers an die Anforderungen des Rechtsstaates hat *Klecatsky* sichtlich nicht nur der altösterreichischen Tradition (bzw. schon jener des Alten Reiches) Tribut gezollt (ich möchte an dieser Stelle auf die Inschrift auf der inneren Seite des Äußeren Burgtores der Wiener Hofburg hinweisen: "*iustitia regnorum fundamentum*", Wahlspruch des Kaisers *Franz* und eine nur leichte Abwandlung des Satzes in *Dantes* Monarchia: "*Imperio vero*

fundamentum ius humanum est"), sondern insbesondere die vollen Konsequenzen aus Kants Unterscheidung zwischen der "forma regiminis" und der "forma imperii" gezogen:

Während die "forma regiminis" angibt, wie ein Gemeinwesen (Staat) regiert wird - für Kant gibt es hier eigentlich nur die Alternative zwischen einer Orientierung am Recht oder eben nicht, wobei die letztere Option einer mangelnden Orientierung am und damit der Abwesenheit von Recht gleichbedeutend ist mit Willkür bzw. Tyrannis – gibt die "forma imperii" an, wer regiert (in einer ersten, bereits antiken Annäherung entweder einer oder einige/viele/alle); vor allem im Bereich der "einigen" steckt freilich Potenzial für unendlich viele weitere Untergliederungen, etwa nach den Kriterien der Bestimmung zur Herrschaft: im Erbwege oder aufgrund von Wahl, aufgrund bestimmter beruflicher Tätigkeit, sei es als Priester oder als Militär, als Richter oder als "Philosophenkönig", aufgrund wirtschaftlicher Macht, etwa (heute) als (agrarischer, industrieller, finanz- oder informationsdienstleistender) Unternehmer, oder als Repräsentant bestimmter gesellschaftlich relevanter Gruppierungen.

Die Pointe an dieser Sichtweise ist, dass es in Rechtsstaat eigentlich einem nahezu gleichgültig ist, wer regiert bzw., genauer, diese Frage keinen eigenständigen Wert besitzt, sondern, als Funktion des Rechtsstaates, unter dem Gesichtspunkt bloßer Zweckmäßigkeit welche "forma imperii" für die Verwirklichung des Rechtsstaates unter den aktuellen empirischen Bedingungen relativ bestgeeignet sei – zu beantworten ist bzw. daran orientiert auch die nähere Ausgestaltung der Herrschaftsorganisation innerhalb der einmal gewählten "forma" auszurichten ist.

Auch im komplementären Bereich, im Nicht-Rechtsstaat, kommt der Frage nach dem konkreten "imperator" aber keine wesentliche Bedeutung zu; handelt es sich doch samt und sonders um Phänomene der "Tyrannis" bzw. der "Willkür".

In dieser Sichtweise schimmert deutlich noch die Lehre des *Aristoteles* von den (bezogen auf die Herrschaft des einen/der wenigen/aller) drei richtigen und den drei Verfallsformen durch, auch wenn *Kant* lediglich für die Herrschaft des Einen zwei unterschiedliche Begriffe ("Monarch" versus "Autokrator") bringt.

Diese Sichtweise ist **integral**, weil sie, wie gesagt, in der "forma regiminis" des Rechtsstaates keine rechtsfreien Räume kennt, sohin **jeden** Aspekt

insbesondere des Staates, aber jede Staatsfunktion/jedes Staatsorgan in grundsätzlich gleicher Weise einbezieht. Dies zu betonen ist deshalb nicht überflüssig, weil sie gerade in einem Mutterland der "rule of law", dem Vereinigten Königreich (mit historischen Zentrum England) letztlich bis heute (zumindest) nicht (vollumfänglich) geteilt wird (wobei in dieser fortdauernden Diskrepanz zum Kontinent jedenfalls einer der tieferliegenden Gründe für den Brexit zu suchen sein dürfte):

In England ist die Sphäre des Rechts jedenfalls seit (und wohl als Folge) der normannischen Eroberung, die Jahrhunderte lang als Fremdherrschaft empfunden wurde, nicht so sehr dem Staat als der "civil society" zugeordnet, die das "common law" unter möglichster Distanz zu Krone und Parlament gewissermaßen selbst verwaltet (mithilfe zum einen der aus dem Stande der Rechtsanwälte genommenen Richter, zum andern der lange auch im Privatrecht zum Einsatz gelangten Geschworenen). Demgegenüber steht die - letztlich rechtsfreie - Sphäre des allzeit "souveränen", jedenfalls in der Theorie auch heute noch dreigliedrigen "Parlaments" (Krone; Oberhaus, Unterhaus), mit einem ganz prekären Verhältnis zu den Institutionen des "common law" (sichtbar zum einen an der, die längste Zeit über, rechtlich weitgehend ungebundenen Verwaltung [,,red line theory"], zum anderen aber an der eigentlich nach wie vor fehlenden Verfassungsgerichtsbarkeit).

Umso grundstürzender war daher auch das Urteil des UKSC vom 24. 09. 2019 im Vorfeld des Brexit, als sogar eine königliche Verfügung aufgehoben wurde.

Diese englische - letztlich dichotomische -Sicht ist auch bei uns keinesfalls einflusslos: Sie dürfte nicht sogar dem nur noch politikwissenschaftlichen Konzept der "liberal democracy", zunächst wo eine eigengesetzliche Demokratie lediglich nachträglich Sicherungen rechtsstaatlichen "Rahmungen" versehen wird, zugrunde liegen, sondern vor allem auch in Art. 6 EMRK ihre Spuren hinterlassen haben, gewährt doch jedenfalls der ursprüngliche (bezeichnenderweise nachmals vom EGMR bis zur Unkenntlichkeit extensiv korrigierte) Text einen Anspruch auf eine Entscheidung durch ein unabhängiges Gericht nur gegenüber einer strafrechtlichen Anklage oder Angelegenheiten in Privatrechts. Diese doppelte Abwertung (im Sinne einer Nichteinbeziehung in die Sphäre des eigentlichen Rechts):

- ➤ Zum einen der Materien des Verwaltungsrechts (bis hin zu der eigentlich unerträglichen Konsequenz, dass zwar etwa Angelegenheiten des Asyls bzw. Refoulement-Schutzes, wo es um Leib und Leben gehen kann, bis heute nicht Art. 6 EMRK unterfallen, wohl aber eine jede Streitigkeit um eine Ratenzahlung für einen Kühlschrank).
- Zum andern aber auch der nicht gerichtsförmig organisierten Verwaltungsbehörden.

Dies entspricht zwar vollständig der erläuterten traditionellen englischen Lebenswelt, nicht aber kontinental-europäischer Tradition (und wir tun daher durchaus gut daran, gerade auch bei gewissen rezenten britischen Unbedenklichkeiten im Bereich des Staats- oder Völkerrechts – mit besonderem Bezug zu den Sicherheitskräften – diese Differenz gehörig mitzubedenken, bevor wir uns daran ein Beispiel nehmen).

Nähere Bestimmung

1. Rechtsstaat

Was macht aber nun einen "Rechtsstaat" aus, bzw. welche Leitlinien stellt dieses Prinzip letztlich für das Verhalten eines **jeden** Staats*organs*, ja eines jeden Staats*bürgers*, auf?

Ich möchte diese Frage auf drei Ebenen beantworten:

Im Kern ist, wie dies bereits aus Kants Gegenüberstellung der letztlich bloß beiden "formae regiminis" zu entnehmen ist, das Prinzip des Rechtsstaats die Antithese schlechthin zu Willkür bzw. bloßem Belieben, und zwar aus der Erkenntnis heraus, nicht "allein auf der Welt zu sein", sondern auf dieser gemeinsam mit anderen Wesen zu leben (in erster Linie Menschen, aber im Grundsatz auch anderen Bestandteilen der belebten wie unbelebten "Natur" "Umwelt"), denen ein von eigener Gnade unabhängiges Existenzrecht ("Würde") zukommt, also - um wiederum mit Kant zu sprechen - ein "Selbstzweck".

Diese grundsätzliche **Ablehnung einer** solipsistischen Perspektive führt zu der *Notwendigkeit*, die *wechselseitigen* Lebenssphären nach einem nicht nur aus der je eigenen, subjektiven, sondern auch aus gegenbeteiligten Perspektiven *einsichtigen Kriterium*, sohin intersubjektiv akzeptabel, gegeneinander abzugrenzen, und zwar zunächst einmal dahin, ob,

und diesfalls, zu welchen Zwecken und in welchem Ausmaß überhaupt eine gemeinsame Besorgung je eigener Angelegenheiten durch welche Partner erfolgen solle (bzw., vor allem bei sogenannten "natürlichen" Gemeinschaften, wohl müsse) und, komplementär dazu, welche Angelegenheiten in welchem Ausmaß von gemeinsamer Besorgung ausgenommen bleiben.

Eine wesentliche Konsequenz dieser – vor allem in den Theorien zum "Gesellschaftsvertrag" bzw. den "Staatszwecken" (vgl. paradigmatisch Art. 2 geltenden dem französischen Verfassungsrecht angehörigen und daher, aufgrund des horizontalen Homogenitätsprinzips des Art. 2 EUV, auch über Frankreich hinaus für alle EU-Mitgliedsstaaten ebenso wie für die EU selbst beachtlichen – französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 5. 10. 1789) entfalteten Theorien ist, dass "der Staat" - der zur "Besorgung" der "gemeinsamen Angelegenheiten" (der "res publica") eingesetzte "Agent" – in letzter Konsequenz gerade kein Selbstzweck, sondern Instrument zur Erreichung der von seinen "Prinzipalen" gesetzten Zwecke ist (freilich, angesichts der in aller überindividuellen Natur dieser Zwecke, mit gleichwohl, erforderlichenfalls, selbst existentielle Eingriffe in die Rechte einzelner "Prinzipale" legitimierender Intensität).

Zur Besorgung der danach "gemeinsamen Angelegenheiten" bedarf es jedoch weiters ...

- > eines intersubjektiv akzeptablen Verfahrens,
- eines intersubjektiv akzeptablen Maßstabes.

Beides findet sich bereits in der – durchaus einen Bestandteil des im zweiten Erwägungsgrund der Präambel zum EUV für die Auslegung der im Art. 2 EUV genannten Werte (darunter gerade auch jenes der "Rechtsstaatlichkeit" – "rule of law" – oder, wie es besser als in der französischen Fassung dieses Artikels in Art. 3 SER heißt: "préeminence de droit") als maßgeblich bestimmten "Erbe Europas" bildenden – berühmten, eingangs der Digesten platzierten Formel Ulpians, wonach

"iustitia est constans et perpetua voluntas suum cuique tribuendi":

Der **erste** Teil dieser Formel nennt nämlich nicht nur, *explizit*, die individuelle Tugend der Gerechtigkeit (also die zur Verwirklichung des Rechtsstaates erforderliche *innere Grundhaltung* eines jeden unter diesem Paradigma handelnden), nämlich das hierauf gerichtete "immer strebende Bemühen" (dies wird noch Jean-Jacques Rousseau mit seiner "volonté générale" aufgreifen), sondern beinhaltet auch, implizit, d. h. als Bedingung der Möglichkeit eines Erfolges dieses Bemühens, die Notwendigkeit der kontinuierlichen, nie abgeschlossenen sorgfältigen Erhebung wie Bewertung der jeweiligen "Lage" in einem rationalen deliberativen Verfahren.

Der **zweite** Teil dieser Formel enthält sodann den Maßstab, nämlich

- den allgemeinen Gleichheitssatz in seiner Doppelgestalt als
 - Gleichbehandlungs-, aber eben auch als
 - Differenzierungsgebot
- das (wohl in diesem Doppelgebot, nämlich dem Erfordernis, das jeweilige Ausmaß an Identität wie Differenz zu bestimmen und hieraus die entsprechenden Handlungsaufträge abzuleiten, wurzelnde) Verhältnismäßigkeitsprinzip
- sowie das insbesondere in der Judikatur des österreichischen Verfassungsgerichtshofes (und bereits zuvor des Reichsgerichtes) stets gehandhabte Sachlichkeitsgebot.

Wären wir "ein Volk von Göttern" (© Rousseau), dann wäre den genannten Elementen nichts mehr hinzuzufügen. Tatsächlich haben sich jedoch einige flankierende Maßnahmen zur Absicherung weithin als nützlich erwiesen, freilich, wenn verabsolutiert, auch als kontraproduktiv; es handelt sich hier um

- das der Versuchung des Machtmissbrauchs entgegenwirken sollende Prinzip der "checks and balances" bzw. der "Gewaltenteilung" – das in sich allerdings auch die Gefahr eines Auseinanderstrebens, eines die Verwirklichung des gemeinsamen Zwecks behindernden Strebens nach Sonderstellung einzelner "Gewalten" bergen kann
- das gleichfalls, mittels des "Schleiers des Nichtwissens" (© John Rawls), tendenziöse Normsetzung verhindern sollende (und überdies, kraft Nötigung zur Abstraktion, eine inhaltliche Qualitätssteigerung intendierende) Ideal des "allgemeinen Gesetzes" das dennoch, wie schon Aristoteles erkannte, der im Einzelfall gefundenen Billigkeit (der "besseren

Gerechtigkeit") geradewegs entgegenstehen kann

und schließlich um das im Jahrhundert immer mehr ausgefeilte corpus der Grundrechte – die jedoch, zumal wenn als unter allen Umständen unübersteigliche "limites imperii" gegenüber jedem Individuum verstanden, wie schon angesprochen Lähmung des Staates gerade in Krisenzeiten, damit zur Konterkarierung eigentlichen Auftrages, führen können.

2. Demokratie

Alle diese gerade ausgeführten Anforderungen des rechtsstaatlichen Prinzips sind nun, wenn dieses gilt, wie bereits gesagt, von jedem "imperator" in gleicher Weise zu erfüllen – auch dem demokratischen "imperator" wird hier kein Nachlass gewährt (es können sich daher auch die erwähnten, in Art. 9a Abs. 1 und Art. 79 Abs. 2 Z 1 lit. a B-VG erwähnten "demokratischen Freiheiten der Einwohner", zu deren Schutz vor innerer wie äußerer Bedrohung das Bundesheer berufen ist, nicht auf einen etwaigen rechtsstaatswidrigen Gebrauch dieser Freiheiten beziehen).

Insoferne erübrigt es sich, im hier gegebenen Zusammenhang auf verschiedene mögliche Varianten der technischen Ausprägung des demokratischen Prinzips, etwa

- direkte Demokratie, auch in Sachfragen versus strikte Repräsentativverfassung
- "freies" oder "imperatives" Mandat bzw. zumindest Möglichkeit des "recall"
- Parlamentszentrierung oder starke Stellung eines (zumal direkt gewählten) Staatsoberhauptes

näher einzugehen. Allerdings sei doch gesamthaft auf Folgendes hingewiesen:

verständnis agiert "das Volk" auch in einer volkssouveränen Demokratie nur ganz selten als – jedenfalls von seinen eigenen rechtlichen Bindungen befreiter – Souverän (in Österreich etwa lediglich bei einer Volksabstimmung im gesamtändernden Verfahren oder bei einer Revolution), vielmehr in aller Regel als den rechtsstaatlichen Anforderungen in grundsätzlich gleicher Weise wie jedes andere

Staatsorgan unterworfenes *Staatsorgan* (dies zeigt sich etwa daran, dass auch volksbeschlossene Gesetze vom VfGH aufgehoben werden können).

- (ii) Je weniger der je einzelne Staatsbürger den diesbezüglichen, bereits in Art. 1 AEMR (geradewegs auch mit Blick auf Art. 21 AEMR) ausgedrückten Erwartungen, er sei "endowed with reason and conscience and should act towards one another in a spirit of brotherhood", tatsächlich entspricht,
 - o umso *weniger* dürften sich *dermalen direkte* Partizipationsformen,
 - umso eher dafür die Repräsentativverfassung stützende Elemente: neben der ohnedies seit Jahrzehnten zunehmenden Einhegung durch immer dichteres internationales Recht wären auf staatlicher Ebene etwa zu nennen: ein präventiv beratender Staatsrat (wie etwa in Irland, den Niederlanden oder Frankreich) oder eine ausgebaute Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts, oder kontrollierende Elemente wie Rechnungshöfe oder Volksanwaltschaften oder sogenannte "Normenkontrollräte" (wie etwa, keineswegs nur in Deutschland) oder auch ein nicht gewähltes Staatsoberhaupt samt einer "Ersten", nicht gewählten parlamentarischen "Kammer" wie aktuell noch im Vereinigten Königreich) empfehlen.
- (iii) Gleichwohl zielt Demokratie - soweit vom rechtsstaatlichen Prinzip her vertretbar - auf größtmögliche Einbindung aller Staatsder Besorgung bürger bei öffentlicher Angelegenheiten ab. Zwei typische Bereiche, in denen unsere Verfassung ein solches Hinausgreifen über einen professionellen Kern explizit fordert, habe ich bereits genannt (Art. 79 Abs. 1 und Art. 91 Abs. 1 B-VG), ein dritter ist die (zwar mit einem Milizsystem nicht zwingend verbundene, aber sehr gut kompatible) Wehrpflicht, weitere könnten und sollten folgen (eben hier liegt die nicht nur fiskalische, sondern eminent demokratische Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Ehrenamtes, (jedenfalls zunächst einmal) kommunaler und regionaler Ebene.
- (iv) Gerade weil anders als bei anderen Staatsorganen – die rechtsstaatlichen Pflichten des Staatsbürgers *nicht sanktionsbewehrt* sind (was,

zumal bestimmten von einem Rechtsverständnis aus, zu der Illusion führen mag, diese Pflichten bestünden gar nicht), kommt der staatsbürgerlichen Erziehung entscheidende Bedeutung zu. Die Bundesverfassung nennt dies - im Rahmen der "umfassenden Landesverteidigung" (ULV) "geistige Landesverteidigung". Gerade hier wäre wohl noch viel zu tun, durchaus auch von Seiten des österreichischen Bundesheeres - wenn man es denn lässt ...

Dehumanisierung der Kriegsführung – Muss man Soldaten besser schützen?

Elisabeth Hoffberger-Pippan

I. Einleitung

Die zunehmende Technologisierung unserer Welt und die damit einhergehende Nutzung digitaler Technologien - nicht zuletzt im bewaffneten Konflikt - hat bereits vor einigen Jahren die Frage aufgeworfen, ob Kriegsführung zunehmend dehumanisiert wird. Dabei wird der Begriff der Dehumanisierung zumeist negativ konnotiert und aufgrund verschiedenster technologischer Entwicklungen auch neu interpretiert. Im Grunde meint Dehumanisierung im Hinblick auf die Nutzung digitaler Technologien im bewaffneten Konflikt, dass sich der Mensch immer weiter vom Kampfgeschehen entfernt - mit zum Teil tragischen Konsequenzen. Doch die zunehmende Distanz zwischen dem Menschen, genau genommen dem Soldaten oder der Soldatin vom Schlachtfeld, kann durchaus gewollt und im mit rechtlichen, Einklang ethischen sicherheitspolitischen Erwägungen stehen.

Die in Deutschland seit einigen Jahren geführte Diskussion über die Bewaffnung von Drohnen dreht sich genau um diesen Aspekt. Während Kritiker davor warnen, dass der Mensch beim Kampfeinsatz mittels Drohne durch physische Distanz Entscheidungen über Leben und Tod anders und mitunter unter Verletzung grundlegender moralischer Prinzipien trifft, berufen sich Befürworter der Bewaffnung von Drohnen darauf, dass diese der Truppe im Gefechtsfeld Schutz vor Angriffen bieten können in der Kriegsführung von morgen unerlässlich sind. Die Frage, ob und wie Soldaten und Soldatinnen geschützt werden können, hängt unweigerlich mit der Frage zusammen, welche Verantwortung demokratische Gesellschaften für das eigene Militär haben.

Der folgende Beitrag befasst sich mit genau diesem Thema und versucht, die Debatte über die Bewaffnung von Drohnen zu entschärfen und in den größeren Kontext rund um das Thema Demokratie, Rechtsstaat und Militär einzubetten.

II. Die Drohnendebatte in Deutschland – Wie alles begann

Bereits 2014 hat die deutsche Bundesregierung beschlossen, fünf Drohnen des Typs "Heron TP" zu beschaffen, doch über deren Bewaffnung sollte gesondert beraten werden.1 In weiterer Folge hat der Deutsche Bundestag 2018 der Beschaffung der Heron TP, einer grundsätzlich bewaffnungsfähigen Drohne, zugestimmt.² 2020 das zudem deutsche Verteidigungsministerium die Bewaffnung der Drohnen dringend empfohlen.3 Der dem Deutschen Bundestag vorgelegte Bericht enthielt nicht nur die explizite Empfehlung die Heron TP zu bewaffnen, sondern listete im Anhang auch Regeln und Grundsätze für deren Einsatz auf. Demnach dürften bewaffnete Drohnen nur nach Zustimmung des Deutschen Bundestags zum Einsatz kommen. Dieser sogenannte Parlamentsvorbehalt sollte die demokratische Rückbindung militärischer Entscheidungsbefugnisse garantiesollten bewaffnete Drohnen ren. Zudem ausschließlich im bewaffneten Konflikt und/oder im Zuge von Selbstverteidigungshandlungen zum Einsatz kommen. Diese verhältnismäßig strengen Regeln dienen in erster Linie dazu, die mit dem Einsatz bewaffneter Drohnen drohenden rechtlichen, ethischen und sicherheitspolitischen Risiken, abzuwehren beziehungsweise minimieren.4

¹ Vgl. Anja Dahlmann, 'Heron TP – und dann? Implikationen einer Bewaffnung deutscher Drohnen' SWP Aktuell Nr. 76, September 2020, Seite 1, abrufbar unter: https://www.swp-

berlin.org/publications/products/aktuell/2020A76_Deuts cheDrohnen.pdf (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

² Vgl. Anja Dahlmann, 'Heron TP – und dann? Implikationen einer Bewaffnung deutscher Drohnen' SWP Aktuell Nr. 76, September 2020, Seite 1, abrufbar unter: https://www.swp-

berlin.org/publications/products/aktuell/2020A76_Deuts cheDrohnen.pdf (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

³ Bundesministerium der Verteidigung, 'Drohnendebatte: Bericht des BMVg an den Bundestag' (6 Juli 2020), abrufbar unter:

https://www.bmvg.de/de/presse/drohnendebatte-bericht-bmvg-bundestag-274184 (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

⁴ Bundesministerium der Verteidigung, Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung an den Deutschen Bundestag zur Debatte über eine mögliche Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr, 3 Juli 2020, abrufbar unter:

https://www.bmvg.de/resource/blob/274160/f5d26b7af 1a024551e4aafc7b587a01d/20200703-download-berichtdrohnendebatte-data.pdf (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

Doch auch der aktuelle Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung sollte bei der Frage Bewaffnung nach der von Drohnen berücksichtigt werden. Der Koalitionsvertrag der deutschen "Ampelregierung" (2021 - 2025) deutet einerseits - zumindest implizit - auf die Drohnen bewaffneten verbundenen Gefahren hin. So heißt es beispielsweise, dass Drohnen stärker bewaffnete internationale (Rüstungs-)Kontrollregime einbeziehen möchte.⁵ Ein speziell auf (bewaffnete) Drohnen ausgerichtetes Regime gibt es derweilen noch nicht, doch zeigt diese Bestimmung, dass sich die Bundesregierung über die potenziellen, mit bewaffneten Drohnen in Verbindung stehenden Gefahren, durchaus bewusst ist. Gleichzeitig greift der Koalitionsvertrag aber wieder das Schutzargument auf: "Bewaffnete Drohnen können zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz beitragen. Unter verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten werden wir daher die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr in dieser Legislaturperiode ermöglichen. Bei ihrem Einsatz gelten die Regeln des Völkerrechts, extralegale Tötungen - auch durch Drohnen lehnen wir ab"6.

Am 6. April 2022 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Mittel für die Bewaffnung der Heron TP endlich freigegeben. Fortan können diese mit Präzisionslenkkörpern entsprechend ausgestattet werden und nach Maßgabe der anwendbaren Einsatzregeln zum Einsatz kommen.⁷

Das Schutzargument scheint bei der Entscheidung, die Bewaffnung von Drohnen nun endgültig umzusetzen, eine tragende Rolle gespielt zu haben. Damit kommt Deutschland auch seiner politischen Verantwortung nach, die wichtige Rolle des Militärs im Staat und vor allem die Gefahren, denen sich Soldaten Soldatinnen im Kampfeinsatz aussetzen,

⁵ Deutsche Bundesregierung, Koalitionsvertrag 2021 – 2025, Seite 115, abrufbar unter:

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

entsprechend zu berücksichtigen. Ganz generell lässt sich ein Trend erkennen, Kriegsführung zunehmend zu "de"-humanisieren. In den meisten Fällen ist damit gemeint, dass Kriege durch technologischen Fortschritt unter anderem die Schwelle für den Einsatz militärischer Gewalt senken und der Mensch tendenziell weniger Kontrolle über beziehungsweise Einflussmöglichkeiten auf verschiedenste Technologien hat. Doch eine "De"-Humanisierung kann auch anders gedacht werden: Je weniger sich der Soldat oder die Soldatin in der Nähe von Kampfhandlungen befindet, desto eher kann sein/ihr Leben geschützt werden. Diesem Aspekt und den zugrunde liegenden rechtlichen sowie sicherheitspolitischen Erwägungen ist das folgende Kapitel gewidmet.

III. Dehumanisierung der Kriegsführung welche Rolle spielt der "Gesellschaftsvertrag"?

Die zunehmende Dehumanisierung der Kriegsführung beziehungsweise der damit einhergehende Einsatz neuer Technologien auf dem Gefechtsfeld macht eine – wenngleich kurze – Auseinandersetzung mit verschiedensten Begriffen, nicht zuletzt der Dehumanisierung selbst, unabdingbar.

Während "humanitas" auf Lateinisch "Menschsein" mit all seinen damit einhergehenden sozialen und kulturellen Normen bedeutet,⁸ wird das Wort "de" verwendet, um eine Abkehr vom eigentlichen Stammwort – in diesem Fall "humanitas" vorzunehmen. Im Grunde geht es bei der Dehumanisierung um ein in Abrede stellen von Menschlichkeit,⁹ womit zugleich in den meisten Fällen ein Entmenschlichungsprozess einhergeht. Beispiele hierfür sind Gegner in (bewaffneten) Konflikten oder marginalisierte und damit einhergehend vulnerable Menschengruppen.¹⁰ Sie alle können und sind bereits in der Vergangenheit in verschiedensten Kontexten ihrer Menschlichkeit beraubt und damit dehumanisiert worden. Dehumanisierung

⁶ Ibid. Seite 118.

⁷ Bundesministerium der Verteidigung, 'Weg frei zur Bewaffnung der Drohne Heron TP mit Präzisionsmunition' (06.04.2022), abrufbar unter:

https://www.bmvg.de/de/aktuelles/bewaffnung-derheron-tp-drohnen-mit-praezisionsmunition-5389376 (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

⁸ Langenscheidt Latein Lexikon, "Humanitas", abrufbar unter: https://de.langenscheidt.com/latein-

deutsch/humanitas (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

⁹ Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, ,Dehumanisieren', abrufbar unter:

https://www.dwds.de/wb/dehumanisieren (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

¹⁰ Vgl. Alexa Mathias, Metaphern zur Dehumanisierung von Feindbildern: Eine korpuslinguistische Untersuchung zum Sprachgebrauch in rechtsextremen Musikszenen (Peter Lang 2015), Seite 3-15.

zwangsläufig mit aber nicht der muss Entmenschlichung von Menschen selbst "De"zusammenhängen. Das Wort humanisierung verdeutlicht, dass im Grunde alle Prozesse oder Lebensbereiche einer Entmenschlichung zugänglich sein können. Nicht immer muss Dehumanisierung negativ konnotiert sein. Der Begriff der Dehumanisierung wurde zuletzt auch verstärkt im Hinblick auf die zunehmende Technologisierung der Kriegsführung verwendet. Hierbei versucht der Begriff in erster Linie auf die Risiken hinzuweisen, die im Zuge einer zunehmenden Auslagerung vormals menschlicher Entscheidungen auf Maschinen einhergehen.¹¹

Gerade bei der Frage, ob Drohnen beispielsweise in Deutschland bewaffnet werden sollen, geht es darum, den Soldaten bzw. die Soldatin auf dem Gefechtsfeld besser zu schützen. Das Bestreben. Soldaten und Soldatinnen durch räumliche Distanz vor den Auswirkungen von Kampfhandlungen zu bewahren wurde nicht zuletzt durch den Vietnam-Krieg (1964 - 1973) geprägt, Rahmen dessen abertausende amerikanische Soldaten und Soldatinnen ihr Leben ließen. Der spätestens seit dem Anblick der zahlreichen, in die USA überstellten Särge, überkochende politische Druck auf die US-Regierung war maßgeblich dafür verantwortlich, dass fortan Soldaten und Soldatinnen besser geschützt werden sollen.12 Dies sollte nicht unbedingt (nur) durch künftige außenpolitische Zurückhaltung erfolgen, sodass die USA in keine derartigen Kriege mehr verwickelt sind.13 Vielmehr war man (auch) bestrebt, durch den

Einsatz neuer Technologien die Distanz zwischen dem Soldaten und der Soldatin einerseits und dem eigentlichen Gefechtsfeld andererseits zu vergrößern.¹⁴

Der sogenannte Gesellschaftsvertrag fügt sich hierbei in die bestehende Debatte, inwieweit Soldaten und Soldatinnen von den negativen Auswirkungen von Kampfhandlungen durch den Einsatz neuer Technologien bewahrt werden können. Der Gesellschaftsvertrag wurde von Thomas Hobbes und John Locke geprägt, wenngleich die beiden Philosophen unterschiedliche Auffassungen im Hinblick auf die den Geltungsgrund Entstehung und Gesellschaftsvertrags haben. Thomas Hobbes geht davon aus, dass die Menschen untereinander einen Gesellschaftsvertrag abschließen, um sich so auf gewisse Werte, Ideale und andere existenzielle Grundfeste zu einigen. hypothetische Naturzustand sei nach Ansicht Thomas Hobbes' frei von Moral und würde ein Leben zutage bringen, welches einsam und traurig wäre.15 John Locke vertritt hingegen die Auffassung, dass der Mensch in einem hypothetischen Naturzustand gewisse Freiheiten und Rechte genieße, die erst durch das gemeinsame Zusammenleben beschnitten würden. Durch einen Gesellschaftsvertrag könne man sich ein Mindestmaß dieser Grundrechte und Freiheiten bewahren.¹⁶

Neben dem klassischen "ersten" Gesellschaftsvertrag, welcher die Beziehung zwischen Souverän und Unterworfenem regelt, gibt es im Grunde auch noch den "zweiten" Gesellschaftsvertrag. Dieser regelt die Beziehung zwischen

¹¹ Tassilo Singer, 'Dehumanisierung der Kriegsführung: Herausforderungen für das Völkerrecht und die Frage nach der Notwendigkeit menschlicher Kontrolle' (Springer 2019). Seite 5.

¹² Thomas Forte, 'The Vietnam War and the Shifting Tides of Public Opinion', Dickinson College (19 April 2017), abrufbar unter: https://blogs.dickinson.edu/hist-118pinsker/2017/04/19/2895/ (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

¹³ Mara Oliva, 'Vietnam war: how US involvement has influenced foreign policy decisions over 50 years', University of Reading Blogpost (11 January 2023), abrufbar unter: https://research.reading.ac.uk/researchblog/vietnam-war-how-us-involvement-has-influenced-foreign-policy-decisions-over-50-years/ (zuletzt abgerufen am 26.01.2024). Als Reaktion auf den Vietnam Krieg wurde 1973 beispielsweise der sogenannte War Powers Act verabschiedet, welcher die Kompetenzen des US-Präsidenten hinsichtlich der Entscheidung Krieg zu führen eingeschränkt und die Zustimmung des US-Kongresses zwingend vorgeschrieben hat. USA, War Powers Resolution, H.J.Res.542, Public Law No. 93-148 (11 July 1973).

¹⁴ Der Vollständigkeit wegen sei noch erwähnt, dass es laut diversen Berichten bereits während des Vietnam Kriegs (und auch schon davor) zum Einsatz von Drohnen durch das US-Militär gekommen ist. Beispielsweise sei die Fire Fly, eine Aufklärungsdrohne, zum Einsatz gekommen. Offizielle Daten gibt es dazu nur wenige, doch es wird vermutet, dass der Einsatz der Fire Fly nicht von Erfolg gekrönt war und es immer wieder zu Abstürzen der Drohne gekommen ist. Für weitere Informationen siehe Peter W. Singer, Wired for War: The Robotics Revolution and Conflict in the 21st Century (Penguin 2009), Seite 54-55.

 $^{^{15}}$ Thomas Hobbes, Leviathan (Felix Meiner Verlag 1996), Seite 3-5

¹⁶ John Locke, Eine Versuch über den menschlichen Verstand (Michael Holzinger Verlag, Berliner Ausgabe 2016, 4. Auflage), Seite 1-15.

https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2022/pk 0676 (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

Staat, Gesellschaft und Militär.¹⁷ Dabei geht es vor allem um die Frage, wie die Macht des Militärs nach innen eingehegt und kontrolliert werden kann. In der Regel bedeutet dies, dass im Falle von sogenannten Parlamentsarmeen¹⁸, Einsätze des Militärs (auch von neutralen Staaten) nur nach Zustimmung des Parlaments erfolgen dürfen. In Österreich, beispielsweise, ist dies durch das KSE-BVG (Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland) geregelt.¹⁹

Der zweite Gesellschaftsvertrag befasst sich aber auch mit der Frage, inwieweit den Opfern, die Angehörige der Streitkräfte in der Regel zu erbringen haben, ausreichend Rechnung getragen wird. Die größte Gefahr, die das Militär - selbst bei rein unterstützenden Handlungen im Rahmen der Teilnahme bei friedenserhaltenden Missionen eingeht – ist, im schlimmsten Fall den Einsatz mit dem eigenen Leben bezahlen zu müssen. Durch die zunehmende Digitalisierung unserer Welt, nicht zuletzt auch auf dem Gebiet des Militärs, wurde es möglich, die Distanz zwischen Soldaten und Soldatinnen einerseits und dem andererseits Gefechtsfeld erheblich vergrößern. Hierbei spielt der Einsatz von (bewaffneten) Drohnen eine substanzielle Rolle.²⁰ Nichtsdestotrotz darf nicht in Vergessenheit dass gerade der Einsatz geraten, Technologien im bewaffneten Konflikt zwar einerseits die eigenen Soldaten und Soldatinnen

besser schützen kann, doch mit solch einem Einsatz sind andererseits zahlreiche rechtliche, sicherheitspolitische ethische und Risiken verbunden. Der Einsatz von bewaffneten Drohnen im von den USA geführten weltweiten Kampf gegen den Terrorismus hat dazu geführt, dass vermeintliche Terroristen und Terroristinnen nahezu überall auf der Welt neutralisiert werden konnten. Doch völkerrechtlich ist es äußert problematisch, Kämpfer im nichtinternationalen bewaffneten Konflikt, die gerade nicht unmittelbar an Kampfhandlungen teilnehmen, zu neutralisieren. Denn grundsätzlich gilt, dass Kämpfer und Kämpferinnen im nichtinternationalen bewaffneten Konflikt nur dann neutralisiert werden dürfen, wenn sie unmittelbar an diesen teilnehmen (und dann auch nur für die Dauer ihrer Teilnahme), es sei denn, die in Rede stehende Person hat eine sogenannte continous function.²¹ Zum anderen völkerrechtlich auch schwierig zu argumentieren, dass vermeintliche "Terroristen" auf dem Territorium eines Staates neutralisiert werden dürfen, wenn dieser der Neutralisierung gar nicht zugestimmt hat.²² Doch auch ethische Fragen spielen beim Einsatz bewaffneter Drohnen eine maßgebliche Rolle. Dadurch, dass der Mensch sich nicht unmittelbar im Kampfgeschehen, sondern vielleicht hunderte oder gar tausende Kilometer entfernt befindet, kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Töten von Personen leichter und die Schwelle zum wird.23 Gewalteinsatz niedriger Sicherheitspolitisch wird von Kritikern bewaffneter Drohnen angeführt, dass der Einsatz bewaffneter Drohnen auch negative Auswirkungen auf die strategische Stabilität haben kann.²⁴

¹⁷ Harald Müller, Marco Fey, Sabine Mannitz und Niklas Schörnig, 'Demokratie, Streitkräfte und militärische Einsätze: der "zweite Gesellschaftsvertrag" steht auf dem Spiel', Bericht des Peace Research Institutes Frankfurt (vormals Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Bericht Nr. 10/2010, abrufbar unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/docume nt/29254/ssoar-2010-muller_et_al-

demokratie.pdf?sequence=1 (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

¹⁸ Siehe hierzu beispielsweise die Stellungnahmen der Österreichischen Verteidigungsministerin, Mag. Klaudia Tanner, im Rahmen einer Befragung im Nationalrat vom 15.06. 2022, abrufbar unter:

¹⁹ Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland, BGBl. I Nr. 38/1997 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 35/1998.

²⁰ Vgl. Harald Müller und Niklas Schörnig, ""Revolution in Military Affairs": Abgesang kooperativer Sicherheitspolitik der Demokratien?', Bericht des Peace Research Institutes Frankfurt (ehemals Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Bericht Nr. 8/2001, abrufbar unter https://www.researchgate.net/publication/277793275_R evolution_in_military_affairs_Abgesang_kooperativer_Sic herheitspolitik_der_Demokratien (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

²¹ Vgl. Emily Crawford und Alison Pert, *International Humanitarian Law* (Cambridge University Press 2020, 2. Auflage), Seite 88-89. Ausführlicher zu völkerrechtlichen Erwägungen beim Einsatz von Drohnen siehe unter anderem Rebecca Mignot Mahdavi, *Drones and International Law* (Cambridge University Press 2023).

²² Vgl. Christof Heyns, Dapo Akande, Lawrence Hill-Cawthorne and Thompson Chengeta, 'The International Law Framework Regulating the Use of Armed Drones', *The International and Comparative Law Quarterly* (2016 Vol. 56 Nr. 4), Seite 791-827.

²³ Vgl. Michael J. Boyle, Legal and Ethical Implications of Drone Warfare (Routledge 2017), Seite 3-15; Kenneth R. Himes, Drones and the Ethics of Targeted Killing (Rowman and Littlefield 2016).

²⁴ Vgl. Anja Dahlmann, 'Heron TP – und dann? Implikationen einer Bewaffnung deutscher Drohnen' SWP Aktuell Nr. 76, September 2020, Seite 2, abrufbar unter:

Die Grenze zwischen der Notwendigkeit, neue Technologien zum Schutz der Soldaten und Soldatinnen zum Einsatz zu bringen und der Gefahr, rechtliche, wie auch ethische und sicherheitspolitische Normen zu verletzen, ist daher schwimmend und kann nicht immer klar definiert werden. Die in Deutschland gewählte Lösung, den Einsatz bewaffneter Drohnen ausschließlich auf bewaffnete Konflikte und Selbstverteidigungshandlungen zu reduzieren und jeden Einsatz von einer vorherigen parlamentarischen Zustimmung abhängig zu machen, mag hierbei ein akzeptabler Mittelweg sein.

Österreich verfügt bereits Aufklärungsdrohnen. 2018 wurden sechs Drohnensysteme mit insgesamt 18 Mini-Drohnen beschafft, zudem wurden sieben Mikrodrohnen zu Testzwecken angeschafft. Wenngleich diese Drohnen nicht bewaffnet sind, wird sich auch Österreich mit der Frage befassen müssen, ob Drohnen künftig bewaffnungsfähig oder sogar bewaffnet sein sollen - zumindest im Kontext der Selbstverteidigung eines jeden Soldaten/einer ieden Soldatin sollte dies diskutiert werden.²⁵

IV. Trendwende in zukünftigen Konflikten und Herausforderungen für den Rechtsstaat

Die hier - in aller Kürze - skizzierten Entwicklungen und Debatten zeigen auf, wie schwierig es ist, das Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Militär und damit einhergehend zwischen Demokratie, Rechtsstaat und Militär geeignete Weise zu regeln. Auf der einen Seite sind Soldaten und Soldatinnen in bestehenden Demokratien gerade kein "Kanonenfutter", sondern Bürgerinnen und Bürger entsprechenden Rechten und Pflichten. Als am 24. Februar 2022 der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz, die seither viel zitierte und mitunter stark kritisierte Zeitenwende²⁶ verkündet hat, war vielen klar; dass die Zeitenwende signifikante Auswirkungen auf künftige Debatten über Demokratie, Rechtsstaat und Militär haben wird. Das sicherheitspolitische Umfeld wird unberechenbarer und konfrontativer. Das zwischen militärischen Großmächten vorgenommene Wettrüsten, auch im Bereich der militärischen Hochtechnologien, lässt auch militärische Mittel-Regionalmächte nicht unberührt. Gegenteil, gerade die Tatsache, dass Drohnen nicht zuletzt durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als ubiquitär, leicht beschaffbar und relativ einfach einsetzbar gelten, zeigt, dass (bewaffnete) Drohnen vom Gefechtsfeld nicht mehr wegzudenken sind. Der Schutz von Soldaten und Soldatinnen – als Ausfluss des zweiten Gesellschaftsvertrages - muss daher einerseits durch entsprechende Drohnenabwehr gewährleistet werden; doch bewaffnete Drohnen spielen in diesem Zusammenhang ebenso eine substanzielle Rolle. So umstritten der Einsatz von Drohnen auch war und zum Teil noch immer ist. unberücksichtigt nicht bleiben, (bewaffnete) Drohnen sehr wohl im Einklang mit rechtlichen, ethischen und auch sicherheitspolitischen Bestimmungen zum Einsatz kommen und Soldaten und Soldatinnen entsprechend Schutz bieten können. Eine "De"-humanisierte Kriegsführung kann daher auch bedeuten, das Leben der eigenen Soldaten und Soldatinnen in den Vordergrund zu stellen und dabei dennoch im Einklang mit dem Völkerrecht und anderen relevanten Normen zu handeln.

https://www.swp-

berlin.org/publications/products/aktuell/2020A76_Deuts cheDrohnen.pdf (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

skanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-downloadbpa-data.pdf (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

²⁵ Vgl. Bericht des Österreichischen Rechnungshofs, 'Beschaffung und Einsatz von Drohnen im Bundesheer' (2020), abrufbar unter:

https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/004.66 7_Drohnen_Einsatz_Bundesheer.pdf (zuletzt abgerufen am 26.01.2024).

Rede des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz, Reden zur Zeitenwende', abrufbar unter:

https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814 /2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bunde

Narzissmus Ein Erfolgsmodell der heutigen Zeit?

Maria Gruber Kristina Trunetz Claudia Schlemmer Junia Eder

"Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. Sie widersprechen ihren Eltern, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Lehrer". Dieser bekannte Ausspruch des Philosophen Sokrates (470-399 v. Chr.) beschreibt ein nach wie vor populäres Phänomen - der Jugend wird Faulheit und Selbstbezogenheit vorgeworfen. Ebenfalls in der Antike wurde der beschreibende Begriff des Narzissmus geprägt. Dieser leitet sich aus der griechischen Mythologie ab. Darin wird der Jüngling Narziss beschrieben, der für Zurückweisung der Liebe anderer mit unstillbarer Selbstliebe bestraft wurde, weshalb Narzissmus im alltäglichen Sprachgebrauch auch Selbstverliehtheit verbunden wird.1

Doch sind alle Jugendlichen von heute wirklich Egoisten? Welche Auswirkungen hat narzisstisches Verhalten letztendlich im beruflichen Kontext? Welchen Einfluss haben soziale Medien bei diesem Phänomen, sowohl hinsichtlich unseres Verhaltens als auch unserer Wahrnehmung?

Therapy Speak – Psychologische Begriffe in der Alltagssprache

Der sogenannte "Therapy Speak" beschreibt die Verwendung von Fachbegriffen in unserem Alltag, vor allem in den sozialen Medien. Psychologische Fachbegriffe, insbesondere aus der Traumatherapie und klinischen Psychologie wie "Trigger", "toxisch", "Coping" "Selbstfürsorge" aber auch "narzisstisch" haben damit Einzug in unsere Alltagssprache gehalten. Wer durch seine *Social-Media-Feeds* scrollt, wird daher unweigerlich mit diesen oder ähnlichen Begriffen konfrontiert.

Der inflationäre und unreflektierte Gebrauch von psychologischen (Fach)-Begriffen birgt dabei die Gefahr, dass diese verharmlost werden. Diese Verharmlosung von Störungsbildern bzw. deren Symptomatiken führt dazu, dass von psychischen Erkrankungen betroffene, behandlungsbedürftige Personen nicht ernst genommen werden.² Zudem können die Begriffe dazu missbraucht werden, Macht über andere Menschen auszuüben, indem selbstsüchtiges Verhalten unter Vorwand der Abgrenzung maskiert wird.3 Durch das Verwenden von Fachbegriffen erfolgt die Auseinandersetzung mit Symptomen psychischer Erkrankungen zum Teil rein auf einer oberflächlichen Ebene, wodurch diese zu leeren Worthülsen werden und Kommunikation auf Distanz betrieben wird.4

Beispielsweise wird Wort "Trigger" das mittlerweile bei vielen Postings und Nachrichten Internet beinahe inflationär eingesetzt ("Achtung Triggerwarnung"). Auch Sätze wie "Das triggert mich jetzt total" sind gerade bei Jugendlichen oft zu hören. In der Psychologie beziehen sich sogenannte Trigger in der Regel auf Reize, durch die Erinnerungen an ein erlebtes Trauma ausgelöst werden (können). inflationäre Gebrauch des Wortes "Trigger" suggeriert, viele Menschen dass Traumatisierungen betroffen sind. Nicht jedes erlebte Trauma führt jedoch einer Traumafolgestörung und stellt somit anhaltend schwere Belastung für die Betroffenen Lebenszeitprävalenz traumatische Belastungsstörungen (PTBS) liegt in der Allgemeinbevölkerung abhängig vom Untersuchungsland beispielsweise bei ca. 1 bis 9 %.5

¹ Vgl. Schütz, A., & Röhner, J. (2023). Narzissmus. In M. A. Wirtz (Hrsg.) *Dorsch Lexikon der Psychologie*. Hogrefe. Abgerufen von:

https://dorsch.hogrefe.com/stichwort/narzissmus

² Vgl. Pichler, J. & Isser, K. (2023, 16. Januar). Toxisch, narzisstisch und gegaslightet: die Vokabeln der modernen Küchenpsychologie. Abgerufen von:

https://www.unipress.at/gesellschaft/toxischnarzisstisch-und-gegaslightet-die-vokabeln-dermodernen-kuechenpsychologie/

³ Vgl. Kadic, V. (2023, 15. August). Von «Trigger» bis «Gaslighting»: Warum wir mit Therapy Speak bremsen müssen. Abgerufen von https://www.annabelle.ch/bodysoul/gesundheitwellness/von-trigger-bis-gaslighting-warum-wir-mit-therapy-speak-bremsen-muessen/

⁴ Vgl. Morgan, E. (2023, 20. August). 'That's triggering!' Is therapy-speak changing the way we talk about ourselves? Abgerufen von:

https://www.theguardian.com/society/2023/aug/20/trig gered-toxic-narcissist-are-you-fluent-in-therapy-speak

⁵ Vgl. Flatten, G., Gast, U., Hofmann, A., Knaevelsrud, C., Lampe, A., Liebermann, P., ... & Wöllern, W. (2011). S3–LEITLINIE Posttraumatische Belastungsstörung ICD-10: F43. 1. *Trauma & Gewalt*, 5(3), 202-210;

Ben-Ezra, M., Karatzias, T., Hyland, P., Brewin, C. R., Cloitre, M., Bisson, J. I., ... & Shevlin, M. (2018). Posttraumatic stress disorder (PTSD) and complex PTSD

Zum anderen ist dieses Phänomen als positiv im Sinne der Enttabuisierung zu bewerten. Zu sehen, dass psychische Erkrankungen auch andere betreffen, vielleicht sogar Personen, die man bewundert, kann dazu führen, Barrieren zu senken und Betroffenen ermöglichen, über eigene Probleme, Ängste und Sorgen zu sprechen. Psychische Erkrankungen werden mittlerweile vielen Personen als Teilidentitäten angesehen, die mittlerweile auch öffentlich geteilt und diskutiert werden. Mehrere Studien zeigen, dass die Selbstoffenbarung im Netz zu einer Steigerung des Wohlbefindens, sowie positive Erfahrungen online zu einer Reduktion von Einsamkeitsgefühlen führen können.6

Mental Health Influencer – Fluch oder Segen?

Sogenannte "Mental Health Influencer" bieten durch ihren Content eine informelle Möglichkeit, an Informationen zur psychischen Gesundheit zu gelangen.⁷ Die meisten jungen Menschen recherchieren online zu psychischen Problemen, sie Fachexpert:innen wie klinische Psycholog:innen, Psychotherapeut:innen oder Psychiater:innen kontaktieren.8 Der große Vorteil der Informationen in sozialen Medien ist, dass diese jederzeit, kostenlos und anonym verfügbar und somit für unterschiedliche Personengruppen niederschwellig erreichbar sind. Zudem sind soziale Medien eine für die Generation Z (Gen Z), also die Geburtsjahrgänge 1995-2010, vertraute Umgebung, in der sie sich sicher

(CPTSD) as per ICD-11 proposals: A population study in Israel. *Depression and Anxiety*, 35(3), 264-274.

sie die meisten bewegen und aus der Informationen beziehen.9 Auch kann psychischen zunehmende Sichtbarkeit von Erkrankungen in den sozialen Medien durch Influencer, die über ihre Erkrankungen öffentlich sprechen, beim Abbau von Stigmata und Vorurteilen helfen. Darüber hinaus kann der Austausch in den sozialen Netzwerken mit anderen betroffenen Personen dazu führen, dass Betroffene sich auch "im echten Leben" Hilfe suchen.

Ein Problem mit Social-Media-Content ist allerdings die fehlende Qualitätskontrolle. Für Laien ist es in dieser Umgebung noch schwerer zu beurteilen, ob bzw. über welche fachlichen Qualifikationen Influencer:innen verfügen. Oft finden sich auch bei verifizierten User:innen keine Angaben von Ausbildungen und Zertifizierungen, Literaturangaben, sowie entsprechende Hinweise für weiterführende Hilfe und Notfallnummern. Viele Influencer:innen leben zudem von dieser Tätigkeit (Stichwort selfcare-Kapitalismus) und dementsprechend bieten oft überteuerte Produkte (z.B. Bücher, Workshops, Hilfsmittel) mit Erfolgsgarantie an. 10 Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass sie durch ihre Posts eine eigene versteckte Agenda verfolgen, die für viele Nutzer:innen erst bei genauerem Hinblicken erkennbar wird.

Mit der leichteren Verfügbarkeit psychischen Informationen zu diversen Störungen in den sozialen Medien steigt auch das Risiko, auf Falschinformationen zu treffen bzw. der vermeintlich einfachen Diagnostizierbarkeit von psychischen Erkrankungen mit Hilfe von Selbsttests, z.B. zu ADHS, Depression oder Borderline-Persönlichkeitsstörung, Glauben zu schenken. Eine der Schwierigkeiten Selbstdiagnosen über soziale Medien stellt die fehlende Kenntnis weiterer Umstände dar, die z.B. das Abgrenzen von Erkrankungen mit ähnlicher Symptomatik ermöglicht. komplexe Einschätzung, sollte ausschließlich von Fachexpert:innen durchgeführt werden, um die Qualität der Einschätzung von Schweregrad, Prognose Therapievorschlägen sowie

⁶ Vgl. Chu, T. H., Sun, M., & Crystal Jiang, L. (2023). Self-disclosure in social media and psychological well-being: A meta-analysis. *Journal of Social and Personal Relationships*, 40(2), 576-599.

https://doi.org/10.1177/02654075221119429;

Smith, D., Leonis, T., & Anandavalli, S. (2021). Belonging and loneliness in cyberspace: impacts of social media on adolescents' well-being. *Australian Journal of Psychology*, 73(1), 12-23.

https://doi.org/10.1080/00049530.2021.1898914

⁷ Vgl. Pretorius, C., McCashin, D., & Coyle, D. (2022). Mental health professionals as influencers on TikTok and Instagram: What role do they play in mental health literacy and help-seeking? *Internet Interventions*, *30*, 100591. https://doi.org/10.1016/j.invent.2022.100591

⁸ Vgl. Scott, J., Hockey, S., Ospina-Pinillos, L., Doraiswamy, P. M., Alvarez-Jimenez, M., & Hickie, I. (2022). Research to Clinical Practice—Youth seeking mental health information online and its impact on the first steps in the patient journey. *Acta Psychiatrica Scandinavica*, *145*(3), 301-314. https://doi.org/10.1111/acps.13390

⁹ Vgl. Pretorius, C., McCashin, D., & Coyle, D. (2022). Mental health professionals as influencers on TikTok and Instagram: What role do they play in mental health literacy and help-seeking?. *Internet Interventions*, *30*, 100591. https://doi.org/10.1016/j.invent.2022.100591

¹⁰ Vgl. Wiederhold, B. K. (2023). Social Media Influencers as De Facto Therapists. *Cyberpsychology, Behavior, and Social Networking*. *26*(6), 389-390.

https://doi.org/10.1089/cyber.2023.29270.editorial

gewährleisten. Darüber hinaus zeigt sich ein Anstieg von Social Media Profilen, die mithilfe von Checklisten eine Ferndiagnose diverser psychischer Störungen anhand weniger Verhaltensweisen von Partner:innen, Familienmitgliedern und Freund:innen versprechen. Eine dieser häufig gestellten "Diagnosen" stellt die des Narzissmus dar.

Narzissmus im Alltagsgebrauch, die narzisstische Persönlichkeitsstörung und Narzissmus als Persönlichkeitseigenschaft

"Narzisst" Alltagssprachgebrauch Der im exzessive zeichnet sich durch Eitelkeit, Extraversion, das Bedürfnis nach Macht, Status und Aufmerksamkeit, einen überhöhten und gleichzeitig oft labilen Selbstwert und einen großen Wunsch nach Bewunderung aus.11 Narzissten sind überempfindlich gegen Kritik an ihrer Person, neigen zur Selbstüberschätzung und glauben von sich "besonders" und einzigartig zu sein.¹² Das im ersten Anschein dominante und Auftreten wirkt selbstsichere auf Personen oft erst einmal anziehend. Durch ihr egoistisches Verhalten und die Neigung, Andere für den eigenen Nutzen auszubeuten, werden sie nach längerer Zeit allerdings zunehmend negativ bewertet.13

Im internationalen Klassifikationssystem der Weltgesundheitsorganisation (ICD-10) wird Narzissmus den "spezifischen Persönlichkeitsstörungen (F60)" zugeordnet.¹⁴ Persönlichkeitsstörungen stellen keine psychiatrische Diagnose im herkömmlichen Sinne dar und unterscheiden sich von anderen Störungen auf vielfältige Weise. Die Abgrenzung zu noch "normalem" bzw.

toleriertem Verhalten fällt oft schwer.¹⁵ Das subjektive Befinden, die soziale Anpassung oder berufliche Leistungsfähigkeit bei Personen mit Persönlichkeitsstörungen sind relevant eingeschränkt. Persönlichkeitsstörungen werden oft als ich-synton ("zu sich selbst gehörend") erlebt, weshalb Betroffene oft nicht den Eindruck haben, dass etwas mit ihnen nicht stimmt bzw. dass sie krank sein könnten. Insbesondere die narzisstische Persönlichkeitsstörung geht oft mit beachtlichen sozialen Kosten und einem daraus resultierenden Leidensdruck einher. Zwei Drittel Personen mit Persönlichkeitsstörungen erfüllen darüber hinaus die Kriterien für eine weitere psychische Störung, aufgrund derer meist eine Behandlung aufgesucht wird. Um die Diagnose der narzisstischen Persönlichkeitsstörung vergeben zu können, müssen neben den allgemeinen Kriterien für eine Persönlichkeitsstörung noch eine Reihe weiterer Merkmale Diese sind beispielsweise zutreffen.¹⁶ Größengefühl in Bezug auf eigene Leistungen die eigene Persönlichkeit, Allmachtsphantasien in Bezug auf finanziellen Erfolg, Ruhm oder die ideale Liebe, ein Bedürfnis nach übermäßiger Bewunderung, das Ausnutzen zwischenmenschlicher Beziehungen zum eigenen Vorteil, ein Mangel an Empathie hochmütige und arrogante Verhaltensweisen und Attitüden.17

Im Unterschied zu einer pathologischen Ausprägung von Narzissmus laut ICD-10, wird Narzissmus in der Dunklen Triade als eine von drei "dünkleren" Persönlichkeitseigenschaften im Sinne einer subklinischen Ausprägung bzw. Persönlichkeitsakzentuierung beschrieben. 18 Dabei sind Narzissten vorwiegend gekennzeichnet durch eine Tendenz zur starken Selbstbezogenheit, Egoismus sowie Selbstorientierung. Narzissmus gilt in der Dunklen Triade als die "hellste" Eigenschaft und wird mit

¹¹ Vgl. Paulhus, D. L., & Williams, K. M. (2002). The dark triad of personality: Narcissism, Machiavellianism, and psychopathy. *Journal of Research in Personality*, *36*(6), 556-563.

https://doi.org/10.1016/S0092-6566(02)00505-6

 ¹² Vgl. Falkai, P., Laux, G., Deister, A. & Möller, H. (2021).
 Duale Reihe Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie. Georg Thieme Verlag.

¹³ Vgl. Schütz, A., & Röhner, J. (2023). Narzissmus. In M. A. Wirtz (Hrsg.) *Dorsch Lexikon der Psychologie*. Hogrefe. Abgerufen von:

https://dorsch.hogrefe.com/stichwort/narzissmus

¹⁴ Vgl. Dilling, H. 1., Freyberger, H. J. 1., Cooper, J. E., & Weltgesundheitsorganisation. (2016). *Taschenführer zur ICD-10-Klassifikation psychischer Störungen* (9., überarbeitete Auflage unter Berücksichtigung der Änderungen gemäß ICD-10-GM (German Modification) 2019.). Hogrefe.

¹⁵ Vgl. Falkai, P., Laux, G., Deister, A. & Möller, H. (2021). Duale Reihe Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie. Georg Thieme Verlag.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Vgl. Dilling, H. 1., Freyberger, H. J. 1., Cooper, J. E., & Weltgesundheitsorganisation. (2016). *Taschenführer zur ICD-10-Klassifikation psychischer Störungen* (9., überarbeitete Auflage unter Berücksichtigung der Änderungen gemäß ICD-10-GM (German Modification) 2019.). Hogrefe.

¹⁸ Vgl. Paulhus, D. L., & Williams, K. M. (2002). The dark triad of personality: Narcissism, Machiavellianism, and psychopathy. *Journal of Research in Personality*, *36*(6), 556-563

https://doi.org/10.1016/S0092-6566(02)00505-6

einem hohen Anteil an emotionaler Intelligenz¹⁹ sowie mit erhöhter Extraversion, Offenheit und Gewissenhaftigkeit in Verbindung gebracht.²⁰ Darüber hinaus zeigen sich Zusammenhänge von Narzissmus mit funktionaler Impulsivität, z.B. Treffen inakkurater, aber vorteilhafter Entscheidungen²¹, sowie mit Defiziten bezüglich Bescheidenheit und Gier.²² Aus diesem Grund werden sie manchmal auch "disagreeable extraverts" genannt.²³

Im beruflichen Kontext berichten Personen mit erhöhten Narzissmusausprägungen tendenziell von einer geringeren Zufriedenheit im Beruf als Personen ohne entsprechende Ausprägung.²⁴ Wenn sie in ihrem Ego gekränkt werden, sind sie tendenziell aggressiver und verhalten sich an ihrem Arbeitsplatz destruktiv (wie z.B. Diebstahl, Sabotage, Arbeitsverweigerung, Verbreiten von Gerüchten oder Aggressionen gegenüber Kolleg:innen).25 Personen mit erhöhten Narzissmusausprägungen findet man auch gehäuft in Führungspositionen, da diese sich in der Regel sehr gut selbst darstellen können. Geringe bis mittelstarke Ausprägungen von Narzissmus können sich sogar positiv auf den Führungsstatus und die Akzeptanz einer Person auswirken (z.B. können sie sich durch die erhöhte Extraversion

¹⁹ Vgl. Petrides, K. V., Vernon, P. A., Schermer, J. A., & Veselka, L. (2011). Trait emotional intelligence and the dark triad traits of personality. *Twin Research and Human Genetics*, *14*(1), 35-41.

https://doi.org/10.1375/twin.14.1.35

²⁰ Vgl. Muris, P., Merckelbach, H., Otgaar, H., & Meijer, E. (2017). The malevolent side of human nature: A meta-analysis and critical review of the literature on the dark triad (narcissism, Machiavellianism, and psychopathy). *Perspectives on Psychological Science*, *12*(2), 183-204. https://doi.org/10.1177/1745691616666070

²¹ Vgl. Koehn, M. A., Okan, C., & Jonason, P. K. (2019). A primer on the Dark Triad traits. *Australian Journal of Psychology*, *71*(1), 7-15.

https://doi.org/10.1111/ajpy.12198

²² Vgl. Muris, P., Merckelbach, H., Otgaar, H., & Meijer, E. (2017). The malevolent side of human nature: A metaanalysis and critical review of the literature on the dark triad (narcissism, Machiavellianism, and psychopathy). *Perspectives on Psychological Science*, *12*(2), 183-204. https://doi.org/10.1177/1745691616666070

²³ Vgl. Paulhus, D. L. (2001). Normal narcissism: Two minimalist accounts. *Psychological Inquiry*, *12*(4), 228–230.

²⁴ Vgl. Mathieu, C. (2013). Personality and job satisfaction: The role of narcissism. *Personality and Individual Differences*, *55*(6), 650-654.

²⁵ Vgl. Penney, L. M., & Spector, P. E. (2002). Narcissism and counterproductive work behavior: Do bigger egos mean bigger problems? *International Journal of Selection and Assessment*, *10*(1-2), 126-134.

gut vernetzen oder sie stecken viel Energie in den Erfolg der eigenen Abteilung). Bei hohen Narzissmusausprägungen verschwindet dieser Effekt allerdings wieder. Man spricht hier von einem U-förmigen Zusammenhang zwischen Narzissmus und Führungsverhalten.²⁶

Befinden wir uns im narzisstischen Zeitalter?

Stereotyp der faulen, arbeitsscheuen, Das emotional instabilen und vor allem egoistischeren Jugend hält sich auch in der heutigen Zeit hartnäckig.²⁷ Vor allem der Gen Z wird ein erhöhter Narzissmus vorgeworfen, manche sprechen sogar einer regelrechten von "Narzissmus-Epidemie"28, wobei nicht Forschungsergebnisse diese These unterstützen.²⁹ Auch vorhergehende Generationen wurden schon als Generation "Me"30 oder Generation Me Me" (Generation "Me Y/Millenials, 1981-1995)³¹ bezeichnet.

Die Gründe, warum bei der Gen Z (wieder) von einer Narzissmus-Epidemie gesprochen wird, lassen sich anhand mehrerer Punkte festmachen. Zum einen wurde eine erhöhte *Social Media*-Nutzung in der Gen Z (und auch schon bei der Generation Y) mit einem gesteigerten Narzissmus in Verbindung gebracht.³² Auch

https://doi.org/10.1177/2167696814522620

²⁸ Vgl. Wetzel, E., Brown, A., Hill, P. L., Chung, J. M., Robins, R. W., & Roberts, B. W. (2017). The narcissism epidemic is dead; long live the narcissism epidemic. *Psychological Science*, *28*(12), 1833-1847.

https://doi.org/10.1177/0956797617724208

²⁹ Vgl. Trzesniewski, K. H., & Donnellan, M. B. (2010). Rethinking "Generation Me": A study of cohort effects from 1976-2006. *Perspectives on Psychological Science*, *5*(1), 58-75.

³⁰ Vgl. Trzesniewski, K. H., Donnellan, M. B., & Robins, R. W. (2008). Is "Generation Me" really more narcissistic than previous generations? *Journal of Personality*, *76*(4), 903-918.

³¹ Vgl. Staff, T. (2013). Millennials: the Me me me generation. TIME. https://time.com/247/millennials-the-me-me-generation/

³² Vgl. McCain, J. L., & Campbell, W. K. (2018). Narcissism and social media use: A meta-analytic review. *Psychology*

²⁶ Vgl. Grijalva, E., Harms, P. D., Newman, D. A., Gaddis, B. H., & Fraley, R. C. (2015). Narcissism and leadership: A meta-analytic review of linear and nonlinear relationships. *Personnel Psychology*, *68*(1), 1-47.

²⁷ Vgl. Trzesniewski, K. H., & Donnellan, M. B. (2014). "Young People These Days ... ": Evidence for Negative Perceptions of Emerging Adults. *Emerging Adulthood*, 2(3), 211–226.

wurde seit den 1980ern eine steigende Ich-Zentriertheit der Jugend beobachtet³³, wofür unter anderem auch "moderne" Erziehungspraktiken verantwortlich gemacht werden. Hierbei würden Kinder das überzogene Ego, das ihnen von ihren Eltern beigebracht wird, verinnerlichen ("Du bist besser als alle anderen!").³⁴ Aber auch ein sehr autoritärer, eher "altmodischer" Erziehungsstil, der von starker Kontrolle und fehlender positiver Bestätigung in der Kindheit geprägt ist, wird mit erhöhtem Narzissmus in Verbindung gebracht.³⁵

Bei der Debatte rund um die Zu- oder Abnahme von Narzissmus innerhalb der Generationen ist zu beachten, dass der Narzissmus einer Person über die Lebensspanne nicht immer gleich stark ausgeprägt ist. Hier spricht man sogenannten "Reifungsprinzip", was bedeutet, die Narzissmusausprägung über Lebensspanne abnimmt.36 Diese empirisch widersprüchlich scheinenden Befunde (Generationenunterschiede vs. Reifungsprinzip) schränken auch die Aussagekraft der Forschungsergebnisse ein. etwas sich Altersunterschiede Generationen- vs. nicht wirklich sauber voneinander trennen lassen.

of Popular Media Culture, 7(3), 308-327. https://doi.org/10.1037/ppm0000137

³³ Vgl. Twenge, J. M., Konrath, S. H., Foster, J. D., Campbell, W. K., & Bushman, B. J. (2008). Egos inflating over time: A cross-temporal meta-analysis of the Narcissistic Personality Inventory. *Journal of Personality*, *76*(4), 875-902. https://doi.org/10.1111/j.1467-6494.2008.00507.x

³⁴ Vgl. Brummelman, E., Thomaes, S., Nelemans, S. A., De Castro, B. O., Overbeek, G., & Bushman, B. J. (2015). Origins of narcissism in children. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, *112* (12), 3659-3662. https://doi.org/10.1073/pnas.142087011;

Wetzel, E., & Robins, R. W. (2016). Are parenting practices associated with the development of narcissism? Findings from a longitudinal study of Mexican-origin youth. *Journal of Research in Personality*, *63*, 84-94. https://doi.org/10.1016/j.jrp.2016.05.005

³⁵ Vgl. Cramer, P. (2011). Young adult narcissism: A 20 year longitudinal study of the contribution of parenting styles, preschool precursors of narcissism, and denial. *Journal of Research in Personality*, *45*(1), 19-28.

³⁶ Vgl. Chopik, W. J., & Grimm, K. J. (2019). Longitudinal changes and historic differences in narcissism from adolescence to older adulthood. *Psychology and Aging*, *34*(8), 1109;

Wetzel, E., Brown, A., Hill, P. L., Chung, J. M., Robins, R. W., & Roberts, B. W. (2017). The narcissism epidemic is dead; long live the narcissism epidemic. *Psychological Science*, *28*(12), 1833-1847.

https://doi.org/10.1177/0956797617724208

Weitere Limitationen zu Aussagen Narzissmus ergeben sich aus der Forschung zu Narzissmus selbst. Dies betrifft etwa die Stichprobenauswahl. Entweder wird nur eine ganz bestimmte Personengruppe befragt (z.B. nur Studierende), welche dann nicht unbedingt die wahre Ausprägung innerhalb der Gesamtbevölkerung widerspiegelt oder Narzissmus wird im Sinne der Persönlichkeitsstörung an einer klinischen Stichprobe untersucht (z.B. nur Personen mit einer Narzissmus-Diagnose laut ICD-10). Diese klinischen Stichproben sind ebenso nicht repräsentativ dafür, wie sich narzisstische Persönlichkeitszüge im Sinne einer subklinischen Ausprägung (vgl. Dunkle Triade) innerhalb der Bevölkerung präsentieren. Auch gibt es Unterschiede darin, wie Narzissmus überhaupt gemessen wird. Narzissmus kann theoriegeleitet etwa als zwei- oder dreidimensionales Konstrukt angesehen werden. Je zugrundeliegender Theorie unterschiedliche Erhebungsmethoden verwendet, sodass die Ergebnisse einzelner Studien nicht unbedingt einfach miteinander vergleichbar sind.³⁷ Das Forschungsinteresse an Narzissmus bzw. an der narzisstischen Persönlichkeitsstörung ist in den letzten Jahren jedoch deutlich gestiegen³⁸ und ermöglicht damit ein zunehmend besseres Verständnis des Themas.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass Narzissmus wohl weniger eine Erscheinung der heutigen Zeit darstellt, sondern vielmehr ein sich über die Jahrtausende haltendes Phänomen beschreibt. Dieses zeigt sich unter anderem in der Debatte, wie unterschiedliche Generationen

³⁷ Vgl. Chopik, W. J., & Grimm, K. J. (2019). Longitudinal changes and historic differences in narcissism from adolescence to older adulthood. *Psychology and Aging*, *34*(8), 1109;

Miller, J. D., Back, M. D., Lynam, D. R., & Wright, A. G. (2021). Narcissism today: What we know and what we need to learn. *Current Directions in Psychological Science*, *30*(6), 519-525.

https://doi.org/10.1177/09637214211044109;

Miller, J. D., Lynam, D. R., Hyatt, C. S., & Campbell, W. K. (2017). Controversies in narcissism. *Annual Review of Clinical Psychology*, *13*, 291-315.

https://doi.org/10.1146/annurev-clinpsy-032816-045244; Wetzel, E., Brown, A., Hill, P. L., Chung, J. M., Robins, R. W., & Roberts, B. W. (2017). The narcissism epidemic is dead; long live the narcissism epidemic. *Psychological Science*, *28*(12), 1833-1847.

https://doi.org/10.1177/0956797617724208

³⁸ Vgl. Miller, J. D., Lynam, D. R., Hyatt, C. S., & Campbell, W. K. (2017). Controversies in narcissism. *Annual Review of Clinical Psychology*, *13*, 291-315.

https://doi.org/10.1146/annurev-clinpsy-032816-045244

einander wahrnehmen. Narzissmus als Persönlichkeitsstörung geht oft mit erheblichen Kosten im sozialen Umfeld einher, durch die ichsyntone Wahrnehmung ist die Krankheitseinsicht allerdings nicht immer gegeben. Gerade die Erforschung der subklinischen Ausprägung von Narzissmus als Persönlichkeitseigenschaft im Kontext der Dunklen Triade ermöglicht hier zunehmend Einblick in die unterschiedlichen Facetten von Narzissmus und bringt etwa Kenntnisse für den beruflichen Kontext.

Auch im Alltag erlangt das Thema durch die Möglichkeit zur Selbstdarstellung in den sozialen Medien wieder vermehrt Aufmerksamkeit. Die Möglichkeit, quasi vom Wohnzimmer aus die ganze Welt erreichen zu können, bietet Influener:innen die Chance, zur Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen beizutragen. Dabei ist, wie bei vielen Themen in den sozialen Medien, auch im Falle dieser Beiträge zu beachten, dass es diesbezüglich keine Qualitätskontrollen gibt und Informationen aus dem Internet nie ein Gespräch mit einer geschulten Fachperson (Psycholog:in, Psychiater:in, Therapeut:in) ersetzen können.

Energiewirtschaft und Energiewende Kurzfassung des Vortrages

Josef Bogensperger

Das Primärenergieportfolio Österreichs ist derzeit stark fossil geprägt, etwa 70 % der verbrauchten Primärenergie ist fossil. Der Stromverbrauch entspricht derzeit etwa 30 % des Primärenergieverbrauchs. Eine Umstellung des Stromerzeugungssystems auf ausschließlich erneuerbare Energieformen ist möglich, jedoch eine große Herausforderung. Eine aus Photovoltaik, Wind und Wasserkraft zusammengesetzte Erzeugungsstrategie in Verbindung mit großtechnologischen Energiespeichern und Gaskraftwerken, die mit grünem Methan betrieben werden, sowie einer entsprechenden Transportinfrastruktur sowohl für Energiegase als auch für Strom, hat die größten Erfolgschancen.

In Abbildung 1 wird das Primärenergieportfolio Österreichs dargestellt. Man erkennt, dass in den letzten Jahren der Energieverbrauch annähernd gleichgeblieben ist und zu knapp zwei Drittel mit importierten fossilen Energieträgern abgedeckt wird. Der Anteil an fossilen, heimischen Energieträgern beträgt etwa 6 %. Zusammen wird der Primärenergiebedarf Österreichs also zu etwa 70 % über fossile Energieträger abgedeckt. Der Stromverbrauch umfasst einen Teil des Primärenergiebedarfs. Die in Abbildung 1 dargestellte Wasserkraft stellt etwa 60 % des heimischen Stromverbrauchs dar. Daraus lässt sich erkennen, dass das Primärenergieportfolio Österreichs etwa dreimal so groß ist wie das Strombedarfsportfolio.

Abbildung 2 zeigt den monatlichen Stromverbrauch und seine Schwankungsbreite im Vergleich zur erneuerbaren Stromerzeugung und deren Schwankungsbreite. Klar ersichtlich ist die Deckungslücke im Winterhalbjahr, die besonders im Jänner ein Maximum erreicht. In einem System, in dem der Stromverbrauch ausschließlich über erneuerbare Energiequellen abgedeckt werden soll, ist das Schließen dieser Deckungslücke eine große Herausforderung.

Versucht man diese Deckungslücke mit der Technologie Windkraft zu schließen, so hat man zunächst den Vorteil, dass die Windproduktion im Winterhalbjahr höher ist als im Sommerhalbjahr und daher das Problem der Sommer-Winter-Umlagerung sich nicht in dem Ausmaß stellt, wie dies bei Photovoltaik der Fall ist. Wirft man einen Blick auf den Windkraftausbau in Österreich, so erkennt man, dass in den letzten Jahren der jährliche Zubau von Erzeugungskapazitäten zwischen 200 und 400 MW lag.

Für die folgende Szenario-Rechnung wird daher ein mittlerer Windkraftausbau in Höhe von 300 MW pro Kalenderjahr angenommen. Mit der Annahme von 2.000 Volllaststunden (der exakte Wert für Österreich 2020 liegt bei 2.270h) ergibt sich daher eine pro Jahr um 0,6 TWh steigende Windproduktion. Ausgehend von einer Bestandskapazität von 3.000 MW (im Jahr 2020) werden mit Windkraft bei 2.000 Volllaststunden 6 TWh/a erzeugt (der exakte Wert für Österreich 2020 liegt bei 6,8 TWh/a).

Die Deckungslücke im Jänner liegt zwischen ein und vier TWh. Möchte man den derzeitigen Bedarf gesichert mit erneuerbaren Energien abdecken, so muss die Windkraft im Jänner gesichert vier TWh mehr produzieren. Derzeit produziert die Windkraft in Österreich mit etwa 3.000 MW installierter Leistung zwischen 0,4 und 0,9 TWh im Monat Jänner. Wenn wir also vier TWh mit Windkraft gesichert abdecken möchten, so muss die derzeit vorhandene Windkraft-kapazität verzehnfacht werden (4 TWh dividiert durch 0,4 TWh).

Wenn wir unsere Forderungen reduzieren und nur die Schließung der Deckungslücke im Winterhalbjahr fordern (die Deckungslücke für das Winterhalbjahr liegt im Bereich zwischen 6 und 19 TWh), so bedarf es noch immer einer Versechsfachung der Windkraft in Österreich (Winterhalbjahresproduktion derzeit zwischen 3 und 5 TWh). Dies bedeutet 6 mal 3000 MW also 18.000 MW installierter Leistung Windkraft. Dividiert man nun diese benötigte installierte Leistung durch 300 MW jährlichen Ausbau, so ergibt das eine Bauzeit von 60 Jahren, wobei wir gerade einmal die ersten 10 Jahre hinter uns gebracht haben. In anderen Worten, bei einem Windkraftausbau von 500 % und Kapazitätserhöhung von 300 MW pro Jahr erreichen wir 2070 eine gesicherte Erzeugung durch Windkraft. Bei diesen Überlegungen sind Aspekte wie Speicherumlagerungen zwischen den Netzausbau und abnehmende Monaten, energetische Qualität der Standorte (die besten Standorte werden üblicherweise zuerst ausgebaut, weil sie wirtschaftlich attraktiver sind) nicht berücksichtigt.

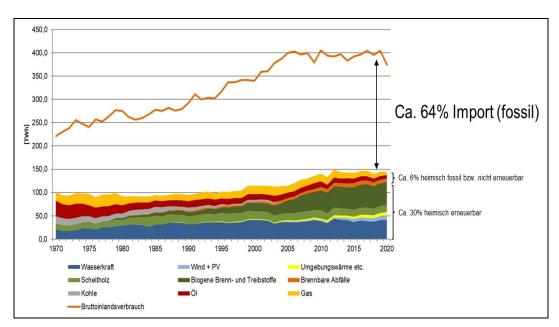


Abbildung 1: Primärenergieportfolio Österreichs (Grafik: VERBUND)

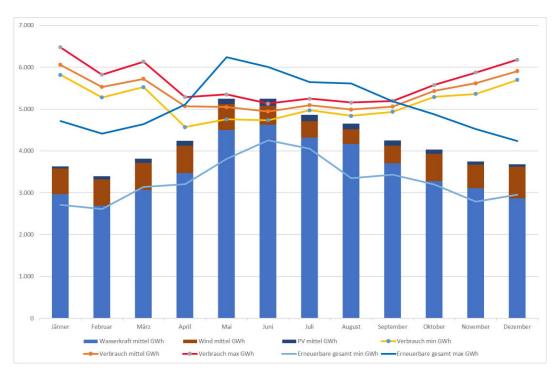


Abbildung 2: Monatlicher Stromverbrauch und monatliche erneuerbare Erzeugung in Österreich in GWh/m Schwankungsbreite für den Zeitraum 2010–2021 (Grafik: VERBUND)

Der Netzausbau ist ein besonders wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit erneuerbarer Energie. Zum einen stehen die neuen Produktionsstandorte nicht an den Orten, an konventionelle fossile Kraftwerke gestanden sind, zum anderen stellen die großen Produktionsschwankungen große Herausforderungen an den Netzbetrieb. Transportnetze werden üblicherweise nach dem Prinzip des (N-1)-Kriteriums betrieben. Dadurch ist ein ungestörter Betrieb auch dann gegeben, wenn Komponente ausfällt. Die Herausforderungen durch erneuerbare Energien haben dazu geführt, dass der Standardbetrieb bereits an 70 % der Kalendertage einen sogenannten Redispatch erfordern, das heißt, dass der Regelzonenführer Engpassmanagementmaßnahmen anordnet, weil das (N-1)-Kriterium verletzt wurde. Im Bericht "20 Jahre E-Control" wird gezeigt, dass die erwarteten Netzausbaukosten in den nächsten zehn Jahren etwa doppelt so hochgeschätzt werden, wie die Netzausbaukosten der letzten 20 Jahre waren.

Aufgrund des Gesagten ist leicht zu erkennen, dass selbst die Abdeckung des existierenden ausschließlich Stromverbrauchs erneuerbare Energien eine große Herausforderung darstellt. Bedenkt man nun, dass sowohl die Technologieentwicklung beim Thema Raumwärme in die Richtung von Wärmepumpen, als auch die Entwicklung beim Thema Mobilität in Richtung Elektrofahrzeuge zu einer deutlichen Erhöhung des Stromverbrauchs führen werden, so ist die Herausforderung eine noch wesentlich größere. Studien gehen von einer Verdopplung des Stromverbrauchs in den nächsten 20 Jahren Im Primärenergieportfolio stellt dies zunächst nur eine Verschiebung dar, es ist jedoch zu beachten, dass die Energiedichte und damit die Transportkapazität von Rohrleitungen für Energiegase ein Vielfaches von dem einer Stromleitung ist (etwa 10-fach).

Schlussendlich muss auch die Frage gestellt werden, ob der Flächenverbrauch der "Erneuerbaren" eine Abdeckung unseres Primärenergiebedarfs überhaupt zulässt. Abbildung 3 zeigt den Flächenverbrauch für Photovoltaik, für Wind und für Biomasse (Mais).

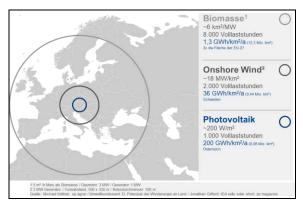


Abbildung 3: Erneuerbare und Flächenverbrauch (Grafik: VERBUND)

Möchte man mit diesen Technologien den Primärenergiebedarf der EU-27 aus dem Jahr 2018 abdecken (dieser liegt bei etwa 16.000 TWh) so liegt der Flächenbedarf ...

- bei Photovoltaik bei etwa 80.000 km², also in der Größenordnung von Österreich,
- bei *Onshore*-Wind bei etwa 440.000 km², also etwa die Fläche von Schweden,
- bei Biomasse bei 12.300.000 km², also etwa dreimal die Fläche der EU-27.

Aus diesem Kontext kann leicht geschlossen werden, dass Biomasse keine erfolgversprechende Lösungsstrategie darstellt, sondern nur bei Nischenanwendungen wie Klärschlamm, Gülle u. ä. einen Beitrag als Portfolioergänzung liefern kann.

Aus Sicht des Flächenverbrauchs ist daher eine aus Photovoltaik, Wind und Wasserkraft zusammengesetzte Strategie in Verbindung mit großtechnologischen Energiespeichern sinnvoll. Eine entsprechende Transportinfrastruktur, sowohl für Energiegase als auch für Strom, ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg.

Transformative Bloökonomie – Rohstoffverfügbarkeit und Verteilungseffizienz

Bernhard Kastner

Die Versorgung einer Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist eine komplizierte Angelegenheit, und in einer vernetzten Welt, in der die Orte von Produktion, Verarbeitung und Konsum räumliche wie zeitliche Distanzen globalen Maßstabs auseinanderliegen, Unterfangen, dessen Komplexität durch exakte Berechnungen darzustellen, unmöglich ist. Stattdessen hat es sich bewährt, Abläufe nach bestimmten Prinzipien zu organisieren, so dass ein Wirkungsgefüge entsteht, welches zwar adaptiv genug für die Bedürfnisse individueller Akteure des weltweiten Handelssystems ist, sich aber dennoch einer Logik bedient, die auf dem gesamten Planeten gleichermaßen interpretiert wird und nach denselben Zielen einer effizienten Ressourcenverteilung strebt. Obgleich Prinzipien der heutigen Wirtschaftsordnung seit über zwei Jahrhunderten großen Teilen der Erdbevölkerung gute Dienste geleistet haben, ist es mittlerweile doch allgemein anerkannt, dass sie gleichermaßen für die Zerstörung der Natur verantwortlich sind, wie auch demokratische Strukturen erodieren und Ungleichheiten fördern – selbst in jenen Regionen, denen der neoliberale Kapitalismus Wohlstand und Freiheit beschert hat. Waren die moralphilosophischen Grundlagen dieser politischen Ökonomie im 18. Jahrhundert auf einem "leeren Planeten" erdacht worden, als sich homo sapiens gerade aufgeklärt und damit zum Herrscher über die Natur erklärt hat, so hat sich seiner Individuen inzwischen Anzahl vervielfacht und seinen Ressourcenbedarf potenziert, womit die Nachschaffungskraft des Planeten den stetig steigenden Bedarf der Menschheit mittlerweile bei Weitem nicht mehr decken kann. Ein Update der ökonomischen Prinzipien, die bis heute den Grundgedanken des frühen homo oeconomicus in sich tragen, ist daher höchst dringlich.

Ökologische Bioökonomie: Wirtschaften nach naturwissenschaftl. Erkenntnissen

Je nachdem, wie tief man gräbt, findet man Überlegungen zur Funktionsweise der Natur bereits in der griechischen Antike, dem chinesischen Taoismus oder dem indischen Hinduismus, und 1913 schließlich prägte der britische Biologe Hermann Reinheimer den Begriff Bio-Ökonomik, mit dem er die engen Verflechtungen des web of life als symbiotischkooperative Handlungen individueller Lebensformen beschreibt, die darauf ausgerichtet sind, sich selbst und ihnen nahestehende Lebewesen ihre Lebensgrundlage zu erhalten, so wie Blumen und Bienen, Pilze und Bäume, oder die Darmflora des Menschen. Gut 50 Jahre später untersuchte der rumänische Mathematiker Nicolas Georgescu-Roegen die Ökonomie des Menschen, und stellte fest, dass sich diese auf einem Weg der Selbstzerstörung befindet, wohingegen die Ökonomie der Natur ein entropisches Fließgleichgewicht hergestellt hat, das über Äonen hinweg imstande ist, sich selbst zu erhalten.

Die Behauptung Georgescu-Roegens fußt auf dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik, demnach strebt Materie stets nach gleichmäßiger Verteilung. Im Alltag ist dieses Phänomen beispielsweise bei kochendem Wasser beobachten, das als Dampf im Raum dissipiert, bei der Verbrennung von fossilen Rohstoffen, die von Orten hoher Konzentration ultra-fein verteilt in der Atmosphäre landen, oder bei der Erosion von Gestein, das durch Wind und Wasser in mikroskopischen Portiönchen in der Landschaft verteilt wird. Diese "Unordnung" wird numerisch als Entropie ausgedrückt, und sie erhöht sich stets, denn die Umkehrung dieser Prozesse benötigt Energie, doch Energie kann nicht erschaffen, sondern nur übertragen oder aus Materie umgewandelt werden (erster Hauptsatz der Thermodynamik), wodurch Entropie wiederum weiter erhöht. Kommt Energie allerdings von außerhalb eines Systems, kann sich die Entropie darin verringern. Im System "Planet Erde" ist dies durch Sonnenenergie und Photosynthese der Fall.

Grüne Pflanzen wirken entsprechend "Entropie-Pumpen", die unordentlich verteilte CO2- und H2O-Moleküle aus der Atmosphäre saugen und in eine Struktur höherer Ordnung und niedriger Entropie bringen. Und weil der Mensch wie viele andere Lebewesen nach Quellen niedriger Entropie sucht, also etwa Baumstämme und Goldadern CO₂-Molekülen und verstreuten Gold-Atomen vorzieht, sollte seine wirtschaftliche Aktivität danach ausgerichtet sein, Orte geringer Entropie möglichst schonend zu behandeln und für eine systemweit halbwegs konstante Entropie zu sorgen. Demnach ist wirtschaftliche Aktivität also dann

bioökonomisch, wenn sie sich erneuerbarer Ressourcen bedient – allerdings nicht mehr als nachzuwachsen vermag –, und nicht-nachwachsende Rohstoffe nur verwendet, wenn der einmalige und irreversible Abbau unbedingt notwendig ist und die Degradation dieser Mineralien während ihres Gebrauchs so weit wie möglich reduziert wird.

Substitutive Bioökonomie: Ökonomisierung der Ökologie

Etwa zur selben Zeit, als Georgescu-Roegen die Fundamente seiner Bioökonomik errichtete, begannen sich andere Disziplinen in die molekularen Tiefen des Lebens vorzuarbeiten: Mit der Entschlüsselung der Proteinsynthese oder der Entdeckung des Gens etwa, war es bald darauf möglich, die Funktionsweise von allerlei Lebewesen nicht nur besser zu verstehen, sondern auch gezielt zu verändern und einzusetzen. Diese biotechnologischen Errungenschaften inspirierten Visionen wie etwa der "Zelle als Fabrik", die als solche dazu gebracht werden konnte, bestimmte Stoffe zu produzieren, definierte Funktionen in industriellen Prozessen oder Züchtung, übernehmen, durch genetische Manipulation oder Düngung schlichtweg als effiziente Biomasseproduzentin zu fungieren. In dieser Hinsicht relevante Grundlagenforschung wurde ab den 1990ern von finanzstarken Unternehmen vom Labormaßstab auf industrielle Bioraffinerien skaliert, in denen Biomasse, ähnlich wie in Ölraffinerien, in verschiedene Plattformchemikalien destilliert wird, die wiederum Anwendung unter anderem als Kunst- und Treibstoffe finden.

Angespornt durch die überwältigenden Erfolge, Bioökonomiestrategien wurden weltweit entwickelt, die das Wachstum biobasierter Wirtschaftssektoren ankurbeln sollten, weil man sich damit nicht nur in der Lage sah, selbstregenerierende Rohstoffe effizient für die Gesundheits- und Nahrungsmittelversorgung zu nutzen, sondern auch Energiesicherheit bei gleichzeitiger Elimination klimaschädlicher fossiler Emissionen versprechen konnte, und so existieren Mitte 2023 weltweit bereits mehr als 50 supra- und nationale Bioökonomiestrategien, die diese Versprechen einlösen sollten. Methoden zur Umsetzung werden aus der übernommen, nämlich Mainstreamökonomie Wettbewerb, Profitmaximierung, und beständiges Wachstum, und widersprechen also diametral den Maßnahmen, die gemäß der ökologischen Bioökonomie zu setzen sind.

Die ökologischen Auswirkungen – zum Beispiel ausgelaugte Böden durch intensiven Düngemittelund Pestizideinsatz, Kalamitäten anfällige Monokulturen, die ganze Landschaftsökosysteme zerstören, illegale Waldrodungen, und Fokus auf standortfremde cash crops zur Gewinnmaximierung - sie sind allgemein bekannt - vermindern die Fähigkeiten von Ökosystemen, sich selbst zu regenerieren, und geraten zusätzlich zu ihrer unmittelbaren Ausbeutung weiter unter Druck. Gesellschaftliche Auswirkungen werden erstmals zu Beginn der 2000er sichtbar. Damals beeinflusste Biomassebedarf von Bioraffinerien die Absatzmärkte von Lebensmitteln insofern, als dass deren Preise für Menschen in Niedriglohnländern teilweise unerschwinglich wurden. In diesem als "Tank-Teller-Trog-Debatte" bekannt gewordenen Dilemma wurden die ethischen Dimensionen wirtschaftlichen Handelns problematisiert. So ist der Biomassebedarf des Globalen Nordens nur durch Anbauflächen im Globalen Süden zu decken, was im Schatten der kolonial-imperialen Vorgeschichte schlichtweg zur weiteren Unterdrückung und Ausbeutung der dort ansässigen Bevölkerung führt. Doch auch der Globale Norden zieht nicht nur Vorteile aus der neoliberalen Wirtschaftslogik: Während sich das ökonomische Rational in alle Lebensbereiche vorschiebt, hält es auch Einzug in die Politik. Staatliche Funktionen, Grundversorgung und Infrastruktur werden nach Wirtschaftlichkeitskriterien organisiert oder privatisiert, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum als Staatsziele definiert (!), Nachrichten und Meinungsbildung über profitorientierte Medienhäuser gesteuert, und die Interessen des Kapitals legitimiert somit demokratisch in Staatsführung integriert. Die substitutive Bioökonomie ebnet mit ihrer Rhetorik dieser Dynamik nun den Weg bis in die Essenz des Lebens, wenn Designerbabies, Implantate und Stammzellenforschung die Grenze zwischen Mensch und Technologie verwischen, und die persönliche Lebensführung im Sinne eines optimalen Beitrags des Humankapitals zur volkswirtschaftlichen Performance organisiert wird.

Transformative Bioökonomie: Gesellschaftlicher Wandel mit dem homo biooeconomicus

Um das gesellschaftliche wie das ökologische Übel an ihrer gemeinsamen Wurzel zu packen, werden bereits seit langem Überlegungen angestellt wie ein Wirtschaftssystem aussehen könnte, das mit dem Wachstumsparadigma als Unmöglichkeit, physikalischer und alternativlosen Wettbewerb als Widerspruch zur kooperativen Naturorganisation bricht. Sie alle kommen zu dem Schluss, dass sich die mit der Entwicklung der Marktwirtschaft institutionalisierten Verhaltensregeln bereits in Habitus bzw. Hexis der Menschen eingeschrieben haben, und ein echter Paradigmenwechsel daher nur mit Veränderungen von gesellschaftlichem Verhalten, Werten und Normen zu erreichen ist, die auf einer individuellen und persönlichen Ebene umgesetzt werden müssen.

Eine dermaßen tiefgreifende Transformation der Gesellschaft ist also ein außerordentlich politischer Prozess, der die Beteiligung aller Betroffenen erfordert, insbesondere jener, die in den vergangenen Diskursen neoliberaler (Wirtschafts-)Politik übergangen wurden. Dazu zählen unter anderem die lokale Bevölkerung, gesellschaftliche Bewegungen oder Bauern- und Handwerkerorganisationen. Ergebnisse jahrelanger Transformationsforschung sehen in der Ergänzung volkswirtschaftlicher Indikatoren um gesellschaftlicher Dimensionen einen wirksamen Hebel, um den Stellenwert nicht durch monetäre Parameter erfassbarer Leistungen wie familiäre Pflegearbeit und Subsistenzwirtschaft zu erhöhen oder überhaupt erst sichtbar zu machen. Damit beginnt sich die Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft am Wohlergehen der Menschen zu orientieren, indem etwa die Bedeutung von zwischenmenschlichen Beziehungen, der Zugang zu und Umfang von Sozialversicherungsleistungen, der Grad der gewerkschaftlichen Organisation bzw. Mitbestimmungs-Profitbeteiligungsmöglichkeiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einem Unternehmen, oder die Möglichkeit zur frei(er)en Arbeitszeiteinteilung abgebildet werden.

Harte Preisregulierungen, die Streichung umweltschädlicher Subventionen, und Werbeverbote können dazu beitragen, überschießenden Konsum einzudämmen, zwischen Bedürfnis und Verlangen unterscheiden zu lernen, und Subjektivierungsmöglichkeiten und persönliche Wertesysteme außerhalb materieller Status-

symbolik zu entwickeln. Dabei ist vor allem die Politik zu moralischer und sachlicher Integrität zu erziehen, um als authentische Mediatorin zwischen einer destabilisierenden Gegenwart und einer resilienten Zukunft fungieren zu können, sodass nicht ökonomische Nachhaltigkeit, sondern die Nachhaltigkeit der Ökonomie die Entwicklungsrichtung bestimmt. In Hinsicht bietet wiederum die Ökologische Bioökonomie konkrete Anhaltspunkte, wie etwa eine funktionale und strukturelle Komplexitätsreduktion in Wirtschaftssystemen, zum Beispiel durch Regionalisierung von Wertschöpfungsketten, zweckmäßigem Produktdesign oder die Organisation in Kooperativen anstatt mehrgleisiger Konkurrenzen, die bereits auf nationaler und regionaler Ebene wirken. Finanzinstrumente wie die Einführung einer Maximalverdienstgrenze, Finanztransaktions-Zerschlagung steuern oder die Steuerparadiesen entfalten ihre volle Wirkung durch kompliziertere internationale Schulterschlüsse, liefern dafür aber enorme Mittel für die Finanzierung der Transformation.

Transformative Insgesamt sucht die Bioökonomie also nach Wegen zu einem guten Leben für Alle innerhalb der planetaren Grenzen. Während letztere sich durch naturwissenschaftliche Untersuchungen erfassen lassen, sind die Kriterien für ein gutes Leben auf ein gemeinsames Verständnis aller global vernetzten Gesellschaften angewiesen. Ihre Implementierung verspricht ein komplexes und ein nicht in allen Facetten letztendlich zu erfassendes Unterfangen zu werden, doch die Geschichte lehrt uns, dass auch ein unüberschaubares Wirkungsgefüge schon von einer Handvoll verständlicher Grundprinzipien geformt werden kann.

Zeitenwende in der internationalen Finanzpolitik – Aktuelle Herausforderungen

Aurel Schubert

Der Angriff Russlands – ein Angriff auf die Stabilität

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auch bei den Finanzmärkten eine Zeitenwende gebracht. Mit dem – für die Märkte überraschenden – Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 haben sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen über Nacht geändert. War zuvor gerade die Normalisierung COVID-19-Krise der im Gange, Lieferkettenprobleme begannen wieder Ordnung zu kommen, der Konsumstau sich aufzulösen, die Produktion sich zu erholen, wirbelte dieser externe Schock die sich langsam normalisierende Stabilität abrupt durcheinander. Der Einsatz der "Energiewaffe" und auch der "Lebensmittelwaffe" durch Russland verstärkte noch die Turbulenzen. Die seit über einem **I**ahrzehnt andauernde Periode Geldwertstabilität, d. h. niedriger Inflationsraten, wurde abrupt beendet und Preissteigerungen, wie seit den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts kehrten nicht mehr, zurück. Wirtschaftspolitik war gefordert, auf diesen Schock schnell zu reagieren, sowohl die Regierungen als auch die Notenbanken. Rapid steigende Notenbankzinsen, fiskalische Transfers, Eingriffe in die Märkte waren einige der Reaktionen. Die Krise und ihre Bekämpfung hatten Folgen für die Stabilität der Preise, der Budgets, der Finanzmärkte und Wirtschaftswachstums. Einige Finanzinstitute, die auf langfristige niedrige Zinsen gesetzt hatten, kamen in Bedrängnis. Ein Spannungsfeld zwischen Inflationsbekämpfung, Wachstumssicherung gegenüber rezessiven Kräften und Verteidigung der Finanzmarktstabilität tat sich auf. Die Wiederherstellung und Absicherung der Stabilität in dieser Krisenzeit wurde zur größten Herausforderung und Aufgabe der wirtschaftspolitischen Verantwortlichen, allen voran der Notenbanken. Und sie gelang. Der Aggressor hatte zumindest dieses Ziel nicht erreicht.

Sicherer Geldwert – auch bei neuer Inflation

Waren die Jahre seit der globalen Finanzkrise in Europa und auch weltweit von historisch niedrigen Inflationsraten geprägt, so hat sich das zuerst mit den Lieferkettenproblemen im Kontext der COVID-Krise - angebotsseitig und den Effekten der starken Nachfrage nach den Lockdowns - nachfrageseitig - grundlegend verändert. Mit der russischen Aggression gegenüber der Ukraine und der westlichen Welt generell hat die aufkeimende und zuerst als vorübergehend eingestufte Inflation neue Höhen und eine zeitliche Verlängerung erfahren. Die Inflationsraten erreichten Höhen, wie zuletzt nach dem zweiten Ölschock Ende der 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts. Nach anfänglichem Zögern – in der Hoffnung, dass der Inflationsschub nur vorübergehend sein werde und nach der Auflösung der Lieferkettenprobleme Normalität zurückkehren würde sahen sich die wichtigsten Notenbanken gezwungen, drastische geldpolitische Schritte zu ergreifen. Die Zinsen wurden in großen Schritten um 450 Basispunkte im Euroraum erhöht, um die Geldwertstabilität wiederherzustellen. starke Straffung der Geldpolitik führte dann auch schnell zu einem starken Anstieg Kreditzinsen und in der Folge zu einer starken Kreditnachfrage, Abschwächung der Geldmengenwachstums, der Investitionen und damit auch der Konjunktur, bis hin zu einer Rezession.

Notenbanken können mit ihrem wichtigsten Instrument, dem (kurzfristigen) Zinssatz, eine Inflation, die von der Angebotsseite kommt, wie gestiegenen stark Energieund Lebensmittelpreisen, nicht bekämpfen. Ihre Aktionen wirken nur nachfrageseitig, indem sie die Konsumnachfrage der Haushalte und die Investitionsnachfrage der Unternehmen beeinflussen und so über eine Konjunkturabkühlung den Preisdruck verringern. Daraus ergibt sich dann auch ein Dilemma: die Gefahr einer induzierten Rezession als Kollateralschaden der Inflationsbekämpfung. Hier müssen die Notenbanken mit viel Fingerspitzengefühl agieren. Das ist den wichtigsten Notenbanken, der Europäischen Zentralbank und der U.S. Federal Reserve, auch weitgehend gelungen. So konnten die Verwerfungen durch die russische Aggression abgemildert werden, wenn auch der Weg zurück zu den angestrebten Zielinflationsraten von rd. 2 % und zu stabilem Wachstum mehrere Jahre dauern wird. Solange es den

längerfristigen Notenbanken gelingt, die Unternehmen, Inflationserwartungen der Finanzmarktteilnehmer und Konsumenten nahe 2 % verankert zu halten, sollte es trotz stark angestiegener Lohnabschlüsse und Gewinnmargen mancher Unternehmen gelingen. Geldwertstabilität muss und kann auch in solchen turbulenten Zeiten abgesichert werden.

Sichere Finanzmärkte – Resilienz stärken

Die sehr plötzlich und stark gestiegenen Notenbankzinsen und in der Folge auch Marktzinsen haben manche Finanzinstitute, die ihre Geschäftsstrategie auf langfristig niedrige Zinsen (low for long) aufgebaut hatten, am falschen erwischt. Der starke Anstieg Refinanzierungskosten bei (zumindest anfänglich noch) niedrigen Erträgen und die Kapitalverluste auf die niedrig verzinsten Wertpapiere, die sie in der Niedrigzinsphase erworben hatten, haben manche in Schieflage gebracht. Neben einigen britischen Pensionsfonds, die schon im Herbst 2022 Probleme bekamen und denen durch Intervention der Bank of England geholfen werden musste, erwischte es im März 2023 mehrere Regionalbanken in den USA (wie die Silicon Valley Bank, Signature Bank und First Republic Bank). Kurz danach musste auch die Schweizer Großbank, Credit Suisse, mit massiver Staatshilfe dem Hauptkonkurrenten von übernommen werden. Die Finanzmarktstabilität war weltweit in Gefahr, und rasches und entschiedenes Handeln der Notenbanken und Finanzbehörden war notwendig, um einen Flächenbrand zu verhindern. Das gelang auch. Die Stabilität der Finanzmärkte konnte trotz der unerwarteten Turbulenzen gesichert werden. Eine unmittelbare Lehre ist, dass mehr getan werden muss, um die Resilienz der Finanzmärkte und Finanzinstitutionen auch in unerwartet turbulenten Zeiten weiter zu stärken, damit solche externen Schocks, wie die russische Aggression, zu keinen Verwerfungen führen können. Dies ist in Zeiten zunehmender geopolitischer Unsicherheiten und Risiken eine Notwendigkeit, da gut funktionierende Finanzdas Rückgrat einer Marktwirtschaft sind und daher Turbulenzen zu sehr weitreichenden Problemen führen können. Auch könnten potenzielle Aggressoren über Finanzmarktstörungen das wirtschaftliche Gesamtsystem in Gefahr bringen. Das ist dieses Mal Russland weder direkt noch indirekt gelungen, aber erhöhte Vorsicht ist geboten. Die Finanzmarktstabilität konnte durch

entschlossenes und schnelles Handeln abgesichert werden, aber der Aufbau von mehr Resilienz ist das Gebot der Stunde.

Sichere Zahlungsmittel – auch im digitalen Zeitalter

Im Zusammenhang mit den gegenüber Russland verhängten Sanktionen haben diverse "Kryptowährungen" erhöhte Aufmerksamkeit und auch Verwendung erfahren. Dabei handelt es sich nicht wirklich um "Währungen", sondern spekulative Anlageobjekte, mit denen Vermögenswerte am regulären Finanzsystem vorbei und unter Umgehung der Sanktionen übertragen werden können. Die letzten Jahre hatten eine Vielzahl solcher "Kryptowährungen" hervorgebracht. Mehrere sind auch in Folge von Betrugsfällen, auch Fehlern aber Geschäftsmodell pleitegegangen und wieder verschwunden, teilweise mit erheblichen Verlusten für die jeweiligen (gutgläubigen) unterliegen Investoren. Auch diese "Kryptowährungen" starken Preisoft schwankungen. Diese Entwicklung und auch die Pläne großer Internetplattformen, ein weltweit verwendbares digitales Zahlungsmittel entwickeln, haben auch die Notenbanken herausgefordert, sich mit der Zurverfügungstellung von digitalen Zahlungsmitteln auseinanderzusetzen. Inzwischen prüfen rd. 90 % der Notenbanken eine mögliche Ausgabe Digitalwährungen, wenn auch eine praktische Umsetzung derzeit noch kaum wo stattfindet. Auch die Europäische Zentralbank betreibt ein Projekt für die mögliche Entwicklung und Ausgabe eines digitalen Euro als Ergänzung zum physischen Euro der Banknoten und Münzen. Auch hier steht wieder der Stabilitäts- und Sicherheitsaspekt für die Notenbanken im Vordergrund. Wenn eine zunehmend digitale Wirtschaft ein digitales Zahlungsmittel erfordert, dann sollte es auch von den Notenbanken in Form von sicherem Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt werden. Es sollte eine stabilitätsorientierte Symbiose aus öffentlichem (Zentralbank-) Geld und privatem Geld (durch Banken und andere Finanzintermediäre verteilt) sein und so das Vertrauen der Bevölkerung in ein weiterhin stabiles Geldwesen absichern. Notenbanken können und müssen auch in Zeiten der Umbrüche sichere Zahlungsmittel für die Bevölkerung Verfügung stellen.

Sichere Staatsfinanzen – auch bei Rekordschulden

Der durch die Aggression Russlands ausgelöste starke Anstieg der Energiepreise und der darauffolgende allgemeine Inflationsschub haben auch in den Staatsfinanzen tiefe Spuren hinterlassen. Regierungen sahen sich dazu veranlasst, durch Subventionen und Zuschüsse die Explosion der Ausgaben der Haushalte und auch Unternehmen abzufedern. Damit kam es zu einem starken Anstieg der Staatsausgaben, der Budgetdefizite und der Staatsschulden. Damit erlitt auch die schon durch die notwendigen Corona-Hilfen erheblich belastete Stabilität der Staatsfinanzen einen weiteren Schock. Parallel dazu belasten die nunmehr stark steigenden Zinsen für die Bedienung der Staatsschuld die Budgets weiter. Als Resultat erreichen die von Staaten auf den internationalen Finanzmärkten zu (re)finanzierenden Staatsschulden ein Rekordniveau. Inzwischen gehen die Schuldenstände (in Relation zur Wirtschaftsleistung) zwar zurück, wenn auch nur sehr langsam. Auch in diesem Bereich sind die Wiederherstellung und dauerhafte Sicherung von Stabilität von vorrangiger Bedeutung.

Sichere Notenbanken – auch bei schrumpfenden Gewinnen

Auch die Bilanzen der Notenbanken spiegeln die turbulenten Entwicklungen der letzten Jahre und Unsicherheiten infolge der russischen Aggression wider. Während der globalen Finanzkrise und der COVID-Krise mussten die Notenbanken zur Stützung der Wirtschaft und der Finanzmärkte massiv niedrig verzinste Wertpapiere aufkaufen (quantitative easing). Nunmehr, in Zeiten stark steigender Zinsen, erleiden sie mit diesen aufgeblähten Portfolios große Kapitalverluste. Auch der Übergang von negativen Zinsen auf Einlagen bei den Notenbanken zu positiven Zinsen beschert ihnen Verluste. In Summe ergeben sich dadurch massiv reduzierte Notenbankgewinne, bis hin zu beträchtlichen Verlusten. Solche Verluste von Notenbanken infolge der zuvor getätigten Stabilitätspolitik sind an sich kein Problem, eine sondern Nachwirkung nur konjunkturstützenden Geldpolitik der letzten Jahre. Aber sie stellen eine neue, ungewohnte Situation und können leicht dar Missinterpretationen (Spekulationsverluste) und zu unberechtigtem Druck auf die Notenbanken und eventuell einer Gefährdung ihrer Unabhängigkeit führen. Auch kann die ausfallende Gewinnabfuhr an den Staat dessen Budgetprobleme weiter vergrößern und so politischen Druck auf Notenbanken erzeugen. Zudem gilt es hier, Ruhe und Vernunft zu bewahren und trotz der neuen Situation Stabilität und Sicherheit zu garantieren. Notenbanken sind nicht mit Privatunternehmen zu vergleichen und Notenbankverluste sind kein Anlass zur Panik. Vielmehr können sie die Konsequenz einer stabilitätssichernden, d.h. verantwortlichen Politik sein. Durch externe Aggression ausgelöste Verwerfungen bei den Finanzmärkten und in der Wirtschaft allgemein müssen und dürfen nicht zu Problemen bei Notenbanken führen. Unabhängige Notenbanken sind und bleiben Felsen der Stabilität, auch in turbulenten Zeiten, auch wenn sie vorübergehend Verluste schreiben oder sogar ein negatives Eigenkapital haben können.

Stabilität trotz Zeitenwende

Wir leben in einer Periode multipler Krisen (poly crises), die sehr unterschiedliche Ursachen und Auslöser haben, schnell aufeinanderfolgen, teilweise sich sogar überlappen und verstärken. Von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise über die COVID-19-Pandemie bis hin zum Angriffskrieg Russlands. Diese Krisen haben massive Auswirkungen auf die Wirtschaft und auch auf die Finanzmärkte. Sie alle haben das Potenzial, die Stabilität unserer Wirtschaft massiv gefährden. Die wirtschaftspolitischen gefordert, für sind Verantwortlichen Sicherung oder zumindest schnelle Wiederherstellung der Stabilität zu sorgen. In diesen multiplen Krisen der letzten Jahre mussten die Regierungen und Notenbanken sehr schnell auf völlig neue Herausforderungen reagieren. Oft unter großer Unsicherheit, da es weder Erfahrungswerte noch die notwendigen zeitnahen Informationen oder Statistiken gab. Aber es ist weitestgehend gelungen, Stabilität zu sichern oder schnell wiederherzustellen: ja, man kann es als Zeitenwende bezeichnen, aber "Zeitenwende, ohne Stabilitäts(w)ende."

Umfassende Landesverteldigung Strategien im Ländervergleich (D-A-CH)

Wolfgang Baumann

Bei der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) handelt es sich um ein von der Verfassung vorgegebenes gesamtstaatliches "Umsetzungskonzept", bei welchem unter Verantwortung des Bundeskanzleramts die Zusammenarbeit zwischen dem Innen-, Unterrichts-, Wirtschaftsund Verteidigungsministerium koordiniert wird. Das Ziel der ULV ist es, unter Integration aller zivilen und militärischen Vorsorgemaßnahmen Herausforderungen gesamtstaatlichen begegnen. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts setzte sich die Auffassung durch, dass eine erfolgreiche Verteidigung Österreichs einen umfassenden Sicherheitsansatz benötigt, der vom militärischen, zivilen, wirtschaftlichen und geistigen Bereich getragen werden soll. Der defensive Charakter der Landesverteidigung, die Abstützung auf zivile Schutzvorkehrungen und wirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen sollen dabei im Mittelpunkt stehen. Die Idee der ULV war geboren. Diese ist seit 1975 im Artikel 9a des Bundes-Verfassungsgesetzes verankert. Der ULV lagen drei Anlassfälle zugrunde. Ein Modell befasste sich mit einem Krisenfall im Kontext von internationalen Spannungen und einer eskalierenden Konfliktgefahr. Hier stand vor allem der wirtschaftliche Bereich inkl. der Mittelpunkt (Wirtschaftliche Vorsorge im Landesverteidigung, WLV). Das zweite Denkmodell befasste sich mit dem Neutralitätsfall, d. h. mit einer kriegerischen Auseinandersetzung in der Nachbarschaft. Im Neutralitätsfall kommen zu den wirtschaftlichen Vorsorgemaßnahmen (WLV) auch Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und der staatlichen Einrichtungen (Zivile Landesverteidigung, ZLV) hinzu. Parallel dazu kann das Bundesheer mobilisiert werden. Der dritte Fall behandelte eine direkt gegen Österreich gerichtete eine Militärische Landes-Aggression, die verteidigung (MLV) Österreichs notwendig macht. In diesem Verteidigungsfall steht das Bundesheer als militärische Komponente im Fokus.1

Mit der "Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie 2001" und besonders der "Österreichischen Sicherheitsstrategie verlor die umfassende Landesverteidigung an Stellenwert. Denn: "Österreich verwirklicht seine Sicherheitspolitik im Rahmen des Konzepts der "Umfassenden Sicherheitsvorsorge" (USV)."2 Die USV blieb jedoch bis heute ohne relevante Umsetzung.3 Daraus ergab sich bis zum Angriff Russlands auf die Ukraine ein sicherheitspolitisches Spannungsfeld. Erst der Angriff auf die Ukraine führte zu einem Beschluss aller Parteien im Nationalen Sicherheitsrat, die ULV wiederzubeleben. Die USV wurde nicht mehr erwähnt.4 Mit diesem Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates vom 25. Februar 2022 betreffend die Aufrechterhaltung der "Umfassenden Landesverteidigung" hat dieses Gremium der Bundesregierung einerseits "die Aufrechterhaltung der Landesverteidigung"" ,Umfassenden andererseits die "Vorlage eines diesbezüglichen Informationsberichts über die Wiederbelebungszuständigen maßnahmen der Bundesministerinnen und Bundesminister an Parlament" empfohlen. Zusätzlich soll noch 2023 eine neue Sicherheitsstrategie Regierung erstellt werden. Dafür wurde im Bundeskanzleramt eine Experten-Arbeitsgruppe eingerichtet. Die Krisen und Konflikte mit Auswirkungen auf oder in Österreich sind zuallererst durch nationale Vorbereitungen, Kräfte und Mittel abzuwehren - natürlich in Solidarität mit der EU.5 Abgeleitete Maßnahmen für den Neutralitäts- und Verteidigungsfall müssen erstellt werden.

folgen nun die Darstellungen gesamtstaatlichen Strategien im Ländervergleich.

¹ Vgl. Schneider (2012): "Gedanken zur Geschichte der Umfassenden Landesverteidigung (ULV)", Vortrag anlässlich des Traditionstages der LVAk am 17. 2. 2012, LVAk/ISS, Wien.

² BKA, Österreichische Sicherheitsstrategie 2013, S. 10; Bericht der Bundesregierung betreffend Österreichische Sicherheitsstrategie - Sicherheit in einer neuen Dekade -Sicherheit gestalten, III-218 BlgNR XXIV. GP, S. 7.

Vgl. Baumann (2021): Wird die Umfassende Landesverteidigung entsprechend der österreichischen Verfassung realisiert? – Eine Analyse unter besonderer Betrachtung der Umfassenden Sicherheit und der Geistigen Landesverteidigung, in Strategische Resilienz im Spannungsfeld zwischen Interdependenz und Autarkie unter besonderer Berücksichtigung der Beitragsleistung des Militärs in demokratischen Rechtsstaaten, MILES Verlag, Berlin.

⁴ Vgl. Baumann (2022): "Umfassende Landesverteidigung und Umfassende Sicherheitsvorsorge – Ungelöstes sicherheitspolitisches Spannungsfeld", in: "Sicher. Und morgen?", BMLV, Risikolandschaft Österreich 2022.

⁵ Vgl. Baumann (2022): "Umfassende Landesverteidigung ist wieder im Mittelpunkt", in: MilizInfo, BMLV, Wien Nr.3/2022, S. 16 - 17.

Deutschlands Konzeption der Zivilen Verteidigung und Einbettung in internationale Kooperationen

Jörn Thießen

Die Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes fordert einen deutlichen Ausbau Katastrophenvorsorge, es gebe "eklatante Defizite". Die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages spricht sich im Grundsatz für ein allgemeines gesellschaftliches Dienstjahr aus und stärkt damit die Position des Bundespräsidenten. Der Militärexperte Carlo Masala schreibt, Europa sei praktisch unvorbereitet auf eine neue Lage und bezieht sich auf den möglichen Sieg des D. Trump bei den anstehenden Wahlen in den USA. Er sehe "weder bei der Bundesregierung, noch beim Rest Europas eine ernsthafte Vorbereitung darauf." Zudem tritt der deutsche Verteidigungsminister mit der Forderung nach einem "Mentalitätswechsel" an die Öffentlichkeit und sagt: "Die Bedrohungsszenarien haben sich total geändert: Wir müssen in die Lage kommen, einen Angriff abwehren zu können." In diesem Kontext analysiert er, die heutige Bundeswehr und andere Armeen der EU auch - sei zurzeit nicht "kriegstüchtig" aufgestellt.

"Nationale Die Sicherheitsstrategie" der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 2023 spricht von der Aufgabe "Integrierte Sicherheit gemeinsam (zu) gestalten" und führt aus: "Sicherheit geht alle Menschen in unserem Lande etwas an, alle tragen dafür Verantwortung und haben etwas beizutragen. Deshalb will die Bundesregierung (...) einen kontinuierlichen Prozess des Zusammenwirkens aller staatlichen Ebenen, Wirtschaft und Gesellschaft für die Sicherheit unseres Landes befördern und damit auch die strategische Kultur in Deutschland weiterentwickeln. (...) Zivilverteidigung und Bevölkerungsschutz wollen wir in einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz stärken, bei dem Bundesregierung, Länder, Kommunen, Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Verantwortung übernehmen. (...) Unverzichtbare Grundlage unserer haftigkeit sind Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, ihren Beitrag hierzu zu leisten."

Auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt durchaus bezweifelt werden darf, ob eine Mehrheit der Menschen in Deutschland sich als unabdingbaren Bestandteil von Wehrhaftigkeit versteht, so knüpfen diese Sätze dennoch an die Situation des Kalten Krieges an, in der über die Pyramide der individuellen, staatlichen und wirtschaftlichgesellschaftlichen Sicherheitsvorsorge auf dem Hintergrund eminenter konventioneller und nuklearer Bedrohungen deutlich klarer und breiter debattiert wurde, als es heute der Fall ist.

Das "Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland" Bundeskanzler Willy Brandt aus dem Jahre 1972 spricht ausdrücklich und selbstverständlich von den Aufgaben und Herausforderungen der Verteidigung als "Gesamtaufgabe von Staat und Gesellschaft", die geprägt sei von Bedrohungen "gegen die demokratische Grundordnung der westlichen Staaten wie gegen Freiheit, Sicherheit Behauptungswillen" ihrer Bewohner. wird "überzeugende Verlangt eine umfassende Antwort", getragen von Gemeinsamkeit von Staat und Gesellschaft. Unter das Stichwort der "Gesamtverteidigung" fallen unter anderem folgende Aspekte: Erhaltung der Bundeswehr, Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, Selbstschutz, Schutzbau, Katastrophenschutz, Versorgung mit Nahrungsmitteln, Energie, Wasser, Transport und Fernmeldewesen. "Mobilmachungsergänzungen von Personal und Material und die zivilmilitärische Zusammenarbeit" werden deutlich hervorgehoben. Dabei ist die Reihung der genannten Aufgaben, orientiert an der Analyse damaliger Bedrohungen, klar: Aufrechterhaltung der Funktionen von Regierung, Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung, Schutz der Bevölkerung, Wahrung der öffentlichen Ordnung Versorgung von Bevölkerung Streitkräften. Die möglichen Einsätze sollten damals reichen von "Hilfe bei Schnee- und Ölkatastrophen, Waldbränden, Erdbeben (...) Überschwemmungen bis zu Brandunglücken und Flugunfällen." Der Verweis aus "Hungersnöte oder Dürrekatastrophen" verweist zudem auf die internationale Dimension dieses Aufgabenkataloges.

Die "Konzeption Zivile Verteidigung" Bundesregierung vom August 2016 wurde wenige Tage nach der Veröffentlichung des "Weißbuch Sicherheitspolitik und Zukunft Bundeswehr" der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Konzept betont, dass "sowohl die militärische als auch die Zivile Verteidigung als demselben Ziel verpflichtete, gleichrangige, jedoch organisatorisch voneinander unabhängige Komponenten der Gesamtverteidigung" seien und schließt damit fast wortgleich an die

Formulierungen des Weißbuchs von 1972 und Konzepte der 60ger Jahre an. Dem Thema "hybrider Bedrohungen" wird ausführlich Raum gegeben - es schließt sich der NATO-Strategie zur Bekämpfung dieser Gefahren aus dem Jahre 2015 an. Eine Kontroverse schuf das ansonsten nur spärlich rezipierte Konzept mit diesen Sätzen: "Im Falle einer Beendigung der Aussetzung des Vollzugs der Wehrpflicht entsteht stützungsbedarf der Bundeswehr bei Heranziehungsorganisationen und Unterbringungsinfrastruktur." Prompte Dementis aus dem Bundespresseamt und der Bundeswehr folgten, die keine Ansicht sahen, die Aussetzung der Wehrpflicht zu beenden. Kritische Stimmen bemängelten einen unzureichenden gegenseitigen Bezug beider Dokumente aufeinander im Hinblick auf schon damals unabdingbare gemeinsame Aufgaben. Auch wenn ausdrücklich auf das Weißbuch verwiesen und seine konzeptionellen Überlegungen verwiesen wurde, wurde mit der deutlichen Betonung organisatorischer Trennungen eine Chance vertan, zu einem kohärenten Konzept von Gesamtverteidigung zu gelangen.

Stellen wir uns heute die Frage, wie es um die Gesamtverteidigung in Deutschland steht, so ist zunächst zu konstatieren, dass allerspätestens mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, also der fast schon sprichwörtlichen "Zeitenwende" jeglicher Rest von Friedensdividende aufgebraucht ist. Schon in der Pandemie wurde bis zur Schmerzgrenze deutlich, wo die Grenzen staatlichen Handelns liegen, welche Hürden der der Bekämpfung Föderalismus bei übergreifenden Großlagen bereithält und wie diffizil das Verhältnis zwischen politischer Verantwortung, wissenschaftlicher Beratung und der unmittelbaren Notwendigkeit administrativer Gefahrenabwehr ist. Der Direktor bei der Führungsakademie der Bundeswehr, Torsten Sevecke, führt aus: "Bis in die späten 90iger Jahre hatte Deutschland eine umfassende Vorbereitung seiner Verwaltung, der zivilen und militärischen Infrastruktur und der privaten Wirtschaft auf die Landesverteidigung. (...) Ein wesentliches Element waren die Vorsorgeund Sicherstellungsgesetze, Planungsrecht, das Übungen und eine Wehrverwaltung, die u. a. den Vollzug der Allgemeinen Wehrpflicht ermöglichte. Insgesamt wurden dazu bis in die 80iger Jahre rd. 300 Gesetze erlassen oder geändert. Mit der deutschen Wiedervereinigung und der veränderten sicherheitspolitischen Lage wurden einige Gesetze entweder abgeschafft, außer Vollzug gesetzt oder sie haben keine Umsetzung mehr erfahren."

Diese Kulisse an Gesetzen, Verordnungen und (Einsatz-)Regeln jedoch definiert den Bezugsrahmen, an dem sich eine der heutigen Situation angemessene Gesamtverteidigung zu orientieren hat. Die enorme Bandbreite der Regelungen zur Sicherstellung und Vorsorge soll nach dem Willen der "Nationalen Sicherheitsstrategie" aus dem Jahr 2023 überprüft werden. Es steht zu hoffen, dass dies mit Elan vorangetrieben und die damit verbundene Chance genutzt wird, der breiten Öffentlichkeit darzulegen, mit welchen Mitteln und zu welchen Zwecken hier operiert wird.

Das in statu nascendi befindliche "Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen" (KRITIS-Dachgesetz) hat zum Ziel ein "kohärentes System zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen und wichtiger und besonders wichtiger Einrichtungen mit Blick auf physische Maßnahmen und IT-Sicherheitsmaßnahmen." Es ist ein bedeutender Baustein für ein Haus der Gesamtverteidigung, das nur dann erfolgreich errichtet werden kann, wenn seine Bewohnerinnen und Bewohner eine konstruktive Haltung zum Thema "Wehrhaftigkeit" verstärkt entwickeln, wenn sich dies im Bildungswesen, in den Institutionen der Zivilgesellschaft, in der Wissenschaft und Wirtschaft niederschlägt. Es geht hier (noch?) nicht um "total defence" wie im Modell Schwedens, sondern um eine umfassende und dauerhafte Herausbildung krisenfester Strukturen - dies auch und grundlegend in der Zivilcourage derjenigen Menschen, für die Staat und Gesellschaft diese Anstrengungen unternehmen. Es geht um nicht weniger als den Zusammenhalt unserer Demokratien Schutz absehbare Katastrophen – seien sie naturgemacht oder Menschenwerk. Eine Demokratie, die sich gegen innere wie äußere Feinde nicht beherzt verteidigen kann oder will, gerät in Gefahren, die auch mit den besten Gesetzen nicht abgewehrt werden können.

Von der "totalen Landesverteldigung" der Schweiz im Kalten Krieg zur Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee

Mauro Mantovani

Nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgte die das Ziel einer "totalen Landes-Schweiz verteidigung" mithilfe eines Verbundes ihrer Sicherheitsorgane, deren Kern eine auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhende Armee bildete, die bis in die 1990er-Jahre hinein bis zu 800'000 Mann mobilisieren konnte. Ergänzende Pfeiler der "totalen Landesverteidigung" waren zum einen der Zivilschutz, eine Organisation, die unter anderem mit der Errichtung und dem Betrieb von Schutzbauten betraut war, die der gesamten Wohnbevölkerung gewissermaßen eine "vertikale Evakuation" ermöglichten. Einen weiteren Pfeiler bildete eine Organisation für die Landesverteidigung wirtschaftliche "wirtschaftliche Landesversorgung"), die für die Vorratshaltung von kritischen Gütern für den Krisen- und Kriegsfall zuständig war. Ergänzt wurde die "totale Landesverteidigung" durch eine Aufbauorganisation für den Widerstand gegen eine totalitäre Besatzungsmacht: die "P-26". Diese komplexe Grossorganisation wurde in stufenübergreifenden Übungen regelmäßig überprüft. Eine ideologische Untermauerung erfolgte durch die seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende "geistige Landesverteidigung", deren prominentester Ausdruck das offiziöse Werk "Der totale Widerstand. Kleinkriegsanleitung für jedermann" von Hans von Dach und das offizielle "Zivilverteidigungsbüchlein" waren.1

Nach 1990 wurde diese inzwischen in Gesamtverteidigung umbenannte Verbundorganisation schrittweise aufgelöst und der Begriff Sicherheitspolitik trat an ihre Stelle. Unter Eindruck des Wegfalls einer militärischen

Vgl. Kälin, Die Fritz schweizerische «Gesamtverteidigung». Totale Landesverteidigung im Kalten Krieg als kleinstaatliche Selbstbehauptungsstrategie im 20. Jahrhundert, Bern (Schriftenreihe Bibliothek am Guisanplatz Nr. 72), 2018. Zur Widerstandsorganisation vgl. Hans von Dach, Der totale Widerstand. Kleinkriegsanleitung für jedermann, Biel (Eigenverlag) 1957; Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (Hg.), Zivilverteidigung, Aarau (Miles-Verlag) 1969, sowie Titus J. Meier, Widerstandsvorbereitungen für den Besetzungsfall. Die Schweiz im Kalten Krieg, Zürich (NZZ Libro) 2018.

Bedrohung wurde auch die Armee in vier Reformschritten von einer bestandesstarken Kampforganisation mit dem Auftrag der "Dissuasion" bzw. Abschreckung primär von Staaten des Warschauer Paktes in einem flächendeckenden Rundumdispositiv zu einer viel kleineren und kostengünstigeren Organisation reduziert, die heute vornehmlich Sicherungsaufträge in Unterstützung ziviler Behörden wahrnimmt und den Kampfauftrag lediglich auf einem Niveau betreibt, das der Devise "Savoir faire" folgt. Dies bedeutet, dass die Kompetenzen zur Führung des Gefechtes der verbundenen Waffen nur noch mit geringem Kräfteansatz, räumlich eng eingeschränkt und hauptsächlich in Form von Computersimulationen betrieben werden. Gleichzeitig wurden bei der Ausrüstung zahlreiche "Fähigkeitslücken" in Kauf genommen. Zu den unausgesprochenen Lücken des Kalten Krieges - nukleare Abschreckung, Abwehr von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern - traten in den letzten drei Jahrzehnten durch die technologische Entwicklung sowie den Nicht-Ersatz veralteter Systeme weitere Fähigkeitslücken in allen Operationsräumen.² Die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz ist mittlerweile an einem Punkt angelangt, wo die Bodentruppen weniger als 5 % des schweizerischen Territoriums oder der kritischen Infrastruktur halten könnten. Und nur mit Erklärung von "Aktivdienst" könnte diese Fähigkeit über drei Wochen hinaus verlängert werden.3

Seit dem Ausbruch des Ukrainekrieges im Februar 2022 strebt die Schweizer Armee an, die Verteidigungsfähigkeit wiederzuerlangen. In diesen zwei Jahren sind die Verteidigungsausgaben nur von ca. 0.7 % auf 0.75 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) erhöht worden. Ende 2023 beschloss das Parlament jedoch, die Verteidigungsbudgets bis 2035 schrittweise auf 1 % des BIP zu steigern. Die Armeeführung hatte zuvor einen ambitionierten Plan zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit vorgelegt, der auf der Erwartung von zusätzlichen 10 Mrd. Franken beruhte, die im Parlament allerdings keine Mehrheit fanden.⁴ Aber selbst die beschlossene Erhöhung umzusetzen wird schwierig sein, da sie

² Schweizer Armee, Gruppe Verteidigung, Die Verteidigungsfähigkeit stärken – Zielbild und Strategie für den Aufwuchs, 11. August 2023, besonders S. 44f. (Kapitel 5.2.1 Hauptsächliche Fähigkeitslücken).

³ Mauro Mantovani, Die Schweizer Armee im Zeitalter der Illusionen, 1990–2023, Schrittweiser Niedergang der Verteidigungsfähigkeit, Basel (Schwabe) 2024.

⁴ Vgl. Anm. 2.

äusserst unpopuläre Einsparungen bei anderen Bundesausgaben oder aber Steuererhöhungen erfordern würde.

Ende Januar 2024 verabschiedete der Bundesrat einen wegweisenden Bericht unter dem Titel "Verteidigungsfähigkeit und Kooperation". Darin werden die bisherige Planung der Armeeführung im Grundsatz bestätigt und ein weiteres Mal die Vielzahl von "Fähigkeitslücken" erwähnt. Die erklärte Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Armee wird allerdings durch einen schon 2016 erweiterten Verteidigungsbegriff vernebelt, der einen "hybriden", also staatlichen ebenso wie nichtstaatlichen - oder gar nicht fassbaren -Gegner im Blick hat. Die Armee soll dementsprechend ein "breites ausgewogenes Fähigkeitsprofil" entwickeln und sämtliche ihrer diesbezüglichen Kompetenzen erweitern: "Verteidigung bedeutet in einem solchen [d. h. hybriden] Umfeld, dass militärische Verbände im selben Raum gleichzeitig helfen, schützen und kämpfen können müssen." Die Grenzen des geplanten Ausbaus werden durch die personellen und finanziellen Ressourcen gesetzt werden. Bemerkenswert ist der erstmalige Hinweis auf Überlegungen zu einem Wiederaufbau einer Widerstandsorganisation, allerdings solle dieses Mal die Gesellschaft nicht militarisiert werden.5

Mit dem Ziel der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit begründet der Regierungsbericht auch die angestrebte Intensivierung der bilateralen und multilateralen Kooperation, wobei speziell jene mit der NATO beleuchtet wird. Hier tritt besonders die Absicht hervor, die Ausbildungskooperation und die Interoperabilität verbessern, letztere im Rahmen des Individually Tailored Partnership Programme ITPP und des Capability Operational Concept OCCder Atlantischen Allianz.

Zu den erwähnten personellen und finanziellen Vorbehalten kommen hierbei weitere Limiten: zum einen der Milizcharakter der Schweizer Armee, der nur professionelle Formationen (der Spezialkräfte, der Militärpolizei und der Luftwaffe) befähigt, im Ausland zu operieren. Zum anderen stellen sich rechtliche Probleme, namentlich, dass Milizsoldaten nicht zum Dienst im Ausland verpflichtet werden können, sowie der völkerrechtliche Neutralitätsstatus der

Schweiz, der zum standardmässigen Caveat bei allen internationalen Verträgen führt, wonach die Schweiz sich jederzeit aus der Kooperation zurückziehen kann. Wie weit die NATO-Staaten unter diesen Bedingungen bereit sind, mit der Schweiz "unter Artikel 5" zu kooperieren, ist fraglich.

Insgesamt betrachtet, ist die Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee nur geringem Masse durch die Gesamtverteidigungsorganisation des Kalten Krieges inspiriert, konkret allenfalls in Form erster Gedanken zu einer neuen, "resilienten" Widerstandsorganisation. Allgemein vergleichen ließe sich das Ambitionsniveau, das ebenso maximal ist wie bei der "totalen Landesverteidigung". Dies bedeutet inzwischen jedoch nicht mehr nur die "Wirkungsräume" Boden und Luft, sondern schließt auch den Cyberraum, den elektromagnetischen Raum, den Weltraum und den Informationsraum ein. Andere Parameter unterscheiden sich allerdings erheblich von jenen im Kalten Krieg: Das Ziel einer engeren Anbindung an die NATO etwa, aber auch die Bereitschaft, das Wehrpotenzial auszuschöpfen und den Sollbestand der Armee zu erhöhen, etwa durch die Verlängerung der Lebensdienstzeit, ganz zu schweigen von den finanziellen Anstrengungen.

94

⁵ Verteidigungsfähigkeit und Kooperation, Bericht des Bundesrates, Bern, 31. Januar 2024, besonders S. 5 (Kap. 3.1 Doktrin), S. 33 (Kap. 13 Schlussfolgerungen) und S. 19f. (Kap. 6.1 Zur Idee eines Widerstandskonzepts).

Anhang – Programm mit Teilnehmern

03. Oktober 2023

	03. OKTOBEI 2023	
ab 0900 Uhr	Registrierung	Eingang bei Wache (Stiftgasse 2a)
	Begrüßung & Eröffnung	Generalleutnant Mag. Erich Csitkovits
		(Kommandant der
		Landesverteidigungsakademie)
1000 Uhr		
bis	Video-Grußbotschaft	Bundesministerin für Landesverteidigung
1100 Uhr		Mag. Klaudia Tanner
	Einweisung in das Generalthema	HR Dr. M. Christian Ortner
	Elliweisung in das deneralend	(Leiter des Instituts für Strategie und
		Sicherheitspolitik / LVAk)
1100 Uhr		Signature (Sportary 207 M)
bis	Keynote	ao. UnivProf. MMag. DDr. Christian Stadler
1200 Uhr	•	(UNI Wien)
1200 Uhr		
bis	Mittagsbuffet (Aula)	
1300 Uhr		
4000111	Panel I	Moderator:
1300 Uhr	Internationale Beziehungen in der	HR Mag. Dr. Gunther Hauser (Leiter des
bis 1500 Uhr	Krise	Referats Intern. Sicherheit / ISS / LVAk)
1300 0111	-Ein resilientes EUropa?	Dr. Ursula Plassnik (FBM a.D.)
	-Die Hegemonialmacht USA am	Univ Prof. Dr. Reinhard Heinisch (UNI
	Wendepunkt?	Salzburg)
	ACITA IN FOLLANDON HITTORY	
	-Afrika im Fokus geopolitischer/ geostrategischer Interessen?	Dr. Gerald Hainzl (IFK / LVAk)
	-Multipolarität oder Bipolarität?	Di. Geralu Hallizi (IFK / LVAK)
	Struktur und Machtausprägung der	Oberst Mag. Dr. Herwig Jedlaucnik, MBA
	aktuellen globalen internationalen	(Leiter des Referats Strategie / ISS / LVAk)
	Beziehungen.	
1500 Uhr		
bis	Kaffeepause (Aula)	
1530 Uhr		
	Panel II	Moderator:
	Militär	Brigadier i.R. MMag. Wolfgang Peischel, PhD
		(ehem. Chefredakteur ÖMZ)
1530 Uhr		Vanessa Gottwick, PhD (Abteilungsleiterin
bis		Universität der Bundeswehr, München)
1730 Uhr	-Streitkräfte & Kriege in der	Oberst des Generalstabes Mag. (FH) Dr.
	Zeitenwende	Markus Reisner, PhD (Kommandant der
		Garde / BMLV)

		Generalmajor Mag. Andreas Rotheneder
		(Adjutant des Herrn Bundespräsidenten)
	-Historische Betrachtungen zu	
	taktischen und strategischen	HR Mag. Dr. Felix Schneider (Leiter des
	"Game-Changern" des	Referats Zeitgeschichte / ISS / LVAk)
	Schlachtfeldes	
1730 Uhr		
bis	Buffet (Aula)	
1830 Uhr		
	Panel III	Moderator:
	Diskussion mit Wehrsprechern	Brigadier Mag. Erich Cibulka (Präsident der
		Offiziersgesellschaft)
	-Impulsreferat:	Generalmajor Mag. Bruno Günter Hofbauer
1830 Uhr bis	Fähigkeitsprofil des ÖBH	(Leiter der Gruppe Grundsatzplanung / BMLV)
2030 Uhr		Die Herrn Abgeordneten zum Nationalrat:
		Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP)
	-Österreichische Sicherheits- und	David Stögmüller (Grüne)
	Verteidigungspolitik im Wandel	Mag. Volker Reifenberger (FPÖ)
		Robert Laimer (SPÖ)
		Dr. Helmut Brandstätter (NEOS)
2030 Uhr		
bis	Vin d'honneur (Aula)	
2200 Uhr		

04. Oktober 2023

04. OKOBOI 2025		
Panel IV	Moderator:	
Demokratie, Rechtsstaatlichkeit	MinR PrivDoz. MMag. Dr. Alexander	
& Militär	Balthasar (Leiter des Instituts für Staats- und	
	Militärrecht / LVAk)	
- Grundsatzreferat	MinR PrivDoz. MMag. Dr. Alexander	
,	Balthasar	
- Krisentauglichkeit der	Mag. Dr. Christian Pippan, (Institut für	
Grundrechte	Völkerrecht, Graz)	
- Militär & Demokratie	Dr. Elisabeth Hoffberger-Pippan (Peace	
	Research Institute, Frankfurt)	
Mittagsbuffet (Aula)		
Panel V	Moderator:	
Gesellschaft	HR Mag. Dr. Paul Ertl (Referatsleiter Zentrum	
Gesamtgesellschaftliche	für menschenorientierte Führung und	
Perzeptionen der Zeitenwende	Wehrpolitik / LVAk)	
-Spaltung der Gesellschaft?	Mag. Lisa Fellhofer, MBA (Direktorin Österreichischer Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem Extremismus)	
	Demokratie, Rechtsstaatlichkeit & Militär - Grundsatzreferat - Krisentauglichkeit der Grundrechte - Militär & Demokratie Mittagsbuffet (Aula) Panel V Gesellschaft Gesamtgesellschaftliche Perzeptionen der Zeitenwende	

	- Zum Thema Radikalisierung	Mag. Dr. Nicolas Stockhammer (Wissenschaftlicher Leiter Counter-
	- Medizinische Primärversorgung & Pandemie	Terrorism, CVE, Intelligence; Donau-UNI Krems) MR Dr. Susanne Rabady (Präsidentin ÖGAM, Leiterin Kompetenzzentrum für Allgemein-
	- Narzissmus, ein Erfolgsmodell?	und Familienmedizin Karl-Landsteiner Universität Krems) Kristina Trunetz, MSc (Psychologin im Heerespsychologischen Dienst / BMLV)
1500 Uhr bis 1530 Uhr	Kaffeepause (Aula)	, , ,
	Panel VI Wirtschaft Makro- und geoökonomische Herausforderungen	Moderator: Brigadier i.R. Mag. Reinhard Schöberl
	-Energiewirtschaft	Major des höheren militärtechnischen Dienstes DiplIng. Dr. Josef Bogensperger (VERBUND AG)
1530 Uhr bis 1730 Uhr	-Bioökonomie: Verfügbarkeit und Verteilungseffizienz von Rohstoffen	DiplIng. Bernhard Kastner (Zentrum für Bioökonomie / BOKU)
2733 3111	-Herausforderungen der Internationalen Finanzpolitik in Folge des Ukraine-Krieges	HonProf. Dr. Aurel Schubert (WU Wien)
	-Strategieentwicklung in der Wirtschaft	Hauptmann Mag. Thomas Axmann (Erste Group Bank AG)
1730 Uhr bis 1815 Uhr	Buffet (Aula)	
	Panel VII	Moderator:
	Technologie Fortschritt im Wandel: Status quo und Trends	Oberst Dr. Anton Dengg (Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement / LVAk)
1815 Uhr	-Digitale Entwicklungen	Ass. Prof. DiplIng. Dr. Johanna Pirker, BSc (Softwareentwicklerin & Forscherin am Institut für Interaktive Systeme & Data Science / Technische Universität, Graz)
bis 2015 Uhr	-Energieformen der Zukunft	em. UnivProf. DiplIng. Dr. Georg Brasseur (Institut für Elektrische Messtechnik und Sensorik / Technische Universität, Graz)
	-Methoden der strategischen Langfristplanung -Künstliche Intelligenz & Weltraum als verteidigungspolitische	Dr. Joachim Klerx (Innovation & Industrial Dynamics / Austrian Institute of Technology) Oberst Mag. (FH) Daniel Wurm, MAS MA (Fachexperte Generaldirektion

Herausforderungen

Verteidigungspolitik / BMLV)

05. Oktober 2023

	OJ. OKIODE	
1000 Uhr bis 1200 Uhr	Panel VIII Umfassende Landesverteidigung Strategien im Ländervergleich (D-A-CH)	Moderator: Oberst Mag. Dr. Wolfgang Baumann (Sicherheitspolitischer Berater LVAk / BMLV)
	-Deutschlands Konzeption der Zivilen Verteidigung und Ein- bettung in internationale Kooperationen	Jörn Thießen (Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern und für Heimat, Berlin)
	-Von der "totalen Landes- verteidigung" der Schweiz im Kalten Krieg zur Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit der	Dr. Mauro Mantovani (Dozent Strategische Studien, MILAK an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Zürich)
	Schweizer Armee -Herausforderungen der	Mag. Jutta Edthofer (Leiterin Abteilung IV/6: Sicherheitspolitik / Bundeskanzleramt)
	österreichischen ULV	
1200 Uhr bis 1300 Uhr	Mittagsbuffet (Aula)	
	Panel IX	Moderator:
	Medien	Oberst Mag. (FH) Michael Barthou, MBA
1300 Uhr bis 1500 Uhr	aktuelle Herausforderungen	MPA MA (Leiter Redaktion Zeitschriften/BMLV)
	-Propaganda & Manipulation	Dr.in Daniela Ingruber (Demokratie- und Kriegsforscherin, Donau-UNI Krems)
	-Medienethik & Künstliche Intelligenz	Dr.in Eugenia Stamboliev (Medien- und Technikphilosophin, UNI Wien)
	-Social Media & Kriegspropaganda am Beispiel des Ukrainekrieges	Oberstleutnant Mag. Lothar Riedl (TV- und Filmproduzent, Medienexperte, Dozent)
1500 Uhr bis 1530 Uhr	Kaffeepause (Aula)	

Institut für Strategie und Sicherheitspolitik *Lagebild Nr. 1/24*

1530 Uhr bis 1630 Uhr	Zusammenfassung & Ableitungen -für Politik und Gesellschaft -zur Effizienzsteigerung einer gesamtstaatlichen ULV -zum Fähigkeitsprofil von Streitkräften	HR Dr. M. Christian Ortner (Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik / LVAk)
ab 1630 Uhr	Abschiedsempfang (Aula)	

Konferenzmoderation: Oberst Mag. Ernst Felberbauer (Referatsleiter im Kommando / LVAk)



Save the Date

Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik 2024



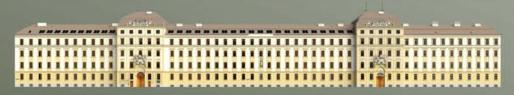
Krise. Chaos. Katharsis.

Globale & Regionale Strategiedimensionen

18. bis 20. September

Landesverteidigungsakademie Stiftgasse 2A, 1070 WIEN Sala Terrena (großer Festsaal)

Mit Vortragenden aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Militär



Im Rahmen der dreitägigen Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik 2023 wurden ausgewählte sicherheitspolitische Dimensionen der "Zeitenwende" in zahlreichen Vorträgen und Diskussionsrunden beleuchtet, hinterfragt und reflektiert, um Folgerungen für Politik und Gesellschaft, zur Effizienzsteigerung einer gesamtstaatlichen umfassenden Landesverteidigung (ULV) sowie zum Fähigkeitsprofil von Streitkräften treffen zu können.

Landesverteidigungsakademie Wien

ISBN: 978-3-903359-81-9

